

Der Standort der schweizerischen Industrie

**unter besonderer Berücksichtigung von Sinn und Möglichkeit
einer schweizerischen Standortspolitik**

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung
der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

vorgelegt von

Peter Ullrich

von Basel

Der Standort der schweizerischen Industrie

**unter besonderer Berücksichtigung von Sinn und Möglichkeit
einer schweizerischen Standortspolitik**

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung
der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

vorgelegt von

Peter Ullrich

von Basel

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät auf Antrag
der Herren Prof. Dr. E. Salin und Prof. Dr. L. Furlan.

Basel, den 7. Juli 1949.

Prof. Dr. F. Ranke, Dekan



Die Dissertation erscheint im Buchhandel unter dem gleichen Titel in der
Schriftenreihe «Staatswissenschaftliche Studien», herausgegeben von den
Herren Prof. Edgar Salin und Prof. L. V. Furlan, Neue Folge, Band 8,
im Verlag A. Francke AG., in Bern

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	V
Erster Teil	
<i>Der Standort der schweizerischen Industrie</i>	1
1. Kapitel: Die Standortsunterlagen der Schweiz	1
1. Materialorientierung	2
2. Kraftstofforientierung	3
3. Konsumorientierung	4
4. Arbeitsorientierung	5
5. Zusammenfassung	5
2. Kapitel: Die bedeutendsten Industrien der Schweiz	6
1. Baumwollindustrie	7
2. Seiden- und Kunstseidenindustrie	10
3. Wollindustrie	13
4. Leinenindustrie	14
5. Stickereiindustrie	15
6. Übrige Textilindustrie	18
7. Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie	19
8. Nahrungs- und Genussmittelindustrie	24
9. Chemische Industrie	29
10. Papier-, Leder- und Kautschukindustrie	33
11. Graphische Industrie	35
12. Holzbearbeitungsindustrie	36
13. Metallindustrie	38
14. Maschinen, Apparate und Instrumente	42
15. Uhren- und Bijouterieindustrie	46
16. Industrie der Erden und Steine	49
3. Kapitel: Die Industrieverteilung innerhalb der Kantone	52
Zweiter Teil	
<i>Über Sinn und Möglichkeit einer schweizerischen Standortspolitik</i>	59
1. Abschnitt: Allgemeine Betrachtungen	59
1. Kapitel: Problemstellung	59
I. Standorte nach privatwirtschaftlichem Interesse	60
II. Standorte nach volkswirtschaftlichem Interesse	62
1. Standorte nach dem Gesichtspunkt eines möglichst grossen Sozialproduktes	62
2. Standorte nach dem Gesichtspunkt der Erzielung eines hohen und gleichmässigen Beschäftigungsgrades	64
3. Metaökonomische Standorte	67
III. Zusammenfassung	67

	Seite
2. Kapitel: Ziele der staatlichen Standortpolitik	68
I. Der wirtschaftliche Aufgabenkreis	68
1. Maximierung des Sozialproduktes	69
2. Erreichung und Aufrechterhaltung eines hohen und gleichmässigen Beschäftigungsgrades	70
II. Der ausserwirtschaftliche Aufgabenkreis	72
III. Zusammenfassung	73
3. Kapitel: Methoden der staatlichen Standortpolitik	74
I. Die drei Prinzipien	75
1. Das indirekt autoritäre Prinzip	75
2. Das erzieherische Prinzip	76
3. Das präventive Prinzip	77
II. Die einzelnen Massnahmen	84
1. Beeinflussung der Erlöse	85
a) Absatzgarantien	85
b) Preisgarantien	87
c) Zollmassnahmen	87
2. Beeinflussung der Kosten	89
a) Grundkosten	90
b) Stehende Sach Kapitalkosten	91
c) Material- und Kraftstoffkosten	91
d) Arbeitskosten	92
e) Transportkosten	93
f) Zinssätze für Vorschusskapital	96
g) Amortisationsquote	97
h) Generalunkosten	97
i) Kosten der Betriebsverlegung	101
3. Zusammenfassung	101
2. Abschnitt: Anwendung: Die Schweiz	102
1. Kapitel: Notwendigkeit einer staatlichen Standortpolitik in der Schweiz?	102
I. Die Verstädterung in der Schweiz	103
II. Die durch Mono-Industrie gefährdeten Gebiete	109
1. Die Industriekantone	110
2. Kantone und Gebiete grösster Abhängigkeit von einzelnen Industrien	112
3. Erfahrungen der Krise der 1930er Jahre	118
4. Zusammenfassung	121
III. Die akuten Notstandsgebiete	123
1. Der Beschäftigungsgrad der Industrie	124
2. Industriezweige mit schlechtem Beschäftigungsgrad	127
3. Bedeutung dieser Industriezweige, Auswirkungen des schlechten Beschäftigungsgrades	130
4. Zusammenfassung	134
IV. Ergebnis der Untersuchung	134
2. Kapitel: Möglichkeiten und Schwierigkeiten einer schweizerischen Standortspolitik	135
I. Schwierigkeiten, die aus der rechtlichen Struktur der Schweiz herrühren	135
1. Wirtschaftsverfassung und staatliche Standortpolitik	135
2. Bundesstaat und staatliche Standortpolitik	141
II. Schwierigkeiten, die aus dem Kleinstaatcharakter der Schweiz und ihrer besonderen wirtschaftlichen Struktur herrühren	147
Schlusswort	152
Verzeichnis der benützten Literatur	155

Einleitung

Die Standortstheorie, die sich mit der Frage nach dem Ort, an dem gewirtschaftet wird, befasst, hat — verglichen etwa mit der Produktionstheorie, der Preisbildungstheorie, der Geld-, Kredit- und Währungstheorie und der Konjunkturtheorie — bis anhin nur geringe Beachtung gefunden; sie hat sich oftmals mit einer blossen Erwähnung begnügen müssen. Vollends vernachlässigt wurde bis noch vor wenigen Jahren die Frage, welche Stellung einer staatlichen Standortspolitik, d. h. einer bewussten Einwirkung des Staates auf die Standortwahl, im Rahmen der allgemeinen staatlichen Wirtschaftspolitik zukommt und was sie zu leisten vermag. Erst durch die Diskussionen und Untersuchungen über das Postulat der Vollbeschäftigung, zu dessen Entstehung einerseits die Erschütterungen der Weltwirtschaft durch die Krise der 1930er Jahre und andererseits die Erkenntnis, dass die «unsichtbare Hand» der Klassiker und eine durch liberale Selbsthilfemassnahmen betriebene Wirtschaftspolitik wohl vielleicht ein maximales Volkseinkommen, nicht aber einen hohen und gleichmässigen Beschäftigungsgrad zu gewährleisten in der Lage ist, geführt haben, liessen die staatliche Standortpolitik eine gewisse Aktualität gewinnen. Die Erkenntnis, dass das Ziel der Erreichung und Aufrechterhaltung eines hohen und gleichmässigen Beschäftigungsgrades in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem à la longue nur unter Anwendung interventionistischer Massnahmen des Staates zu realisieren ist, hat zu einem Suchen nach allen möglichen Mitteln geführt, die geeignet sind, Vollbeschäftigung zu gewährleisten und Wirtschaftskrisen zu verhindern oder zu mildern. Als eines dieser Mittel wurde die staatliche Standortpolitik erkannt.

Der vorliegenden Arbeit sind zwei Ziele gesteckt. Sie will erstens einmal eine zusammenfassende Darstellung des schweizerischen Industriekörpers in seiner standortsmässigen Lagerung geben und damit auch den Nachweis erbringen, dass die bisherigen standortstheoretischen Erkenntnisse fruchtbar bei der Erklärung von Fakten der wirtschaftlichen Wirklichkeit angewendet werden können. Die letzte ausführlichere Darstellung des schweizerischen Industriekörpers stammt von Landmann¹ aus dem Jahre 1925, ist aber nicht in erster

¹ Julius Landmann: Volkswirtschaft, Arbeitsrecht und Sozialversicherung der Schweiz, herausgegeben im Auftrage des Schweizerischen Bundesrates vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement. Einsiedeln 1925.

Linie an der Standortsfrage orientiert, berücksichtigt fast ausschliesslich die Exportindustrie und ist in gewissen Ergebnissen durch die Ereignisse dieser letzten 25 Jahre überholt worden, sodass eine Neufassung als angebracht erscheinen mag. Diese Darstellung ist aber nicht bloss Selbstzweck, sondern gibt auch die Mittel in die Hand, die zweite Aufgabe dieser Arbeit zu lösen.

Diese besteht darin, die Möglichkeiten einer staatlichen Standortspolitik in der Schweiz zu untersuchen. Die Schweiz wurde in den 1930er Jahren wie alle übrigen mit dem Nexus der Weltwirtschaft verflochtenen Länder von der Krise betroffen, und im Anschluss daran stellte sich die Notwendigkeit, die damals bestehende Wirtschaftsverfassung einer Überprüfung zu unterziehen und dem Verlangen der Wirtschaftssubjekte nach grösserer, durch den Staat garantierter wirtschaftlicher Sicherheit Rechnung zu tragen. Als vorläufiger Schlusspunkt dieser Diskussion ist die durch die Volksabstimmung vom 6. Juli 1947 angenommene Reform der Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung anzusehen, womit — wohl nicht dem Worte, aber dem Sinne nach — dem Staat die Pflicht überbunden wurde, durch eine Vollbeschäftigungs- und aktive Konjunkturpolitik für eine Mehrung der Wohlfahrt des Volkes und grössere wirtschaftliche Sicherheit des Bürgers zu sorgen. Es stellt sich demnach die Aufgabe, zu untersuchen, wie heute auch in der Schweiz das Ziel der tendenziellen Vollbeschäftigung dauernd und unter Beachtung der staatsrechtlichen Struktur und der bestehenden Wirtschaftsverfassung zu verwirklichen ist. Dazu ist es notwendig, alle möglichen Mittel und Massnahmen, die dem Staate zur Realisierung dieses Zieles zur Verfügung stehen, für den speziellen Fall der Schweiz zu durchdenken, ihre Wirksamkeit, Anwendbarkeit und die sich daraus ergebenden Konsequenzen sorgsam herauszuarbeiten. Wenn die staatliche Standortpolitik, als eine dieser Massnahmen, auch bei vielen Verfechtern der neuen Wirtschaftspolitik zu finden ist, so wird sie doch oft nur sehr kurz behandelt, ja meist sogar nur am Rande erwähnt. Es soll in dieser Arbeit nun untersucht werden, welchen Platz die staatliche Standortpolitik innerhalb der neuen Wirtschaftspolitik einnimmt, welcher Sinn hinter ihr steht, was sie erreichen soll und welche Schwierigkeiten bei einer Durchführung entstehen. Dies wird am speziellen Fall der Schweiz geschehen. Sollte etwa versucht werden, die sich für England, wo schon viel mehr in dieser Richtung getan worden ist, ergebenden Lösungsmöglichkeiten auf die Schweiz zu übertragen, so zeigen sich sehr bald Schwierigkeiten grundsätzlicher Art, die daraus entstehen, dass die Schweiz einmal kein Einheits-, sondern ein Bundesstaat ist, dass der Regierung des «frühsozialistischen» Englands Wege und Mittel offenstehen, die die grundsätzlich freie Wirtschaft der Schweiz nicht zulässt, dass die Schweiz ein Kleinstaat ist und dass ihre wirtschaftliche Struktur der englischen in lange nicht allen Teilen entspricht.

Es sei hier nachdrücklich unterstrichen, dass der Hauptzweck der Arbeit in der Anwendung der standortstheoretischen Erkenntnisse besteht, so dass auf eine eingehende Schilderung der Standorttheorie verzichtet werden muss, was allein schon aus Raumgründen als unmöglich erscheinen müsste. Die Kenntnis der Grundzüge der Standorttheorie muss deshalb voraus-

gesetzt werden. Die standortstheoretischen Ausführungen dieser Arbeit basieren grundsätzlich auf der Standortstheorie Alfred Webers¹, doch sind auch die seither erfolgten Erweiterungen der Weberschen Theorie und die übrigen Beiträge zur Standortstheorie — es seien hier besonders diejenigen von Salin, Ritschl, Palander und Furlan genannt — an den geeigneten Orten berücksichtigt, worauf jeweils besonders hingewiesen wird.

Der Übersichtlichkeit und Klarheit wegen mag es als angebracht erscheinen, einen kurzen Überblick über die ganze Arbeit zu geben. Der erste Teil der Arbeit befasst sich mit der Darstellung des Standortes des schweizerischen Industriekörpers. In drei Kapiteln werden die allgemeinen Standortsunterlagen der Schweiz, die Standorte der bedeutendsten Industrien und die Industrieverteilung innerhalb der Kantone untersucht. Der zweite Teil, der Sinn und Möglichkeit einer schweizerischen Standortspolitik behandelt, ist in zwei Abschnitte aufgeteilt, wobei der erste die staatliche Standortpolitik allgemein, der zweite speziell die schweizerische zum Gegenstande hat. Im ersten Kapitel des ersten Abschnittes wird in einer kurzgefassten theoretischen Grundlegung der Gegensatz zwischen privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Interessen hinsichtlich der Standortwahl der Industrien erörtert und mit der wirtschaftlichen Wirklichkeit konfrontiert. In einem zweiten Kapitel behandeln wir die sich einer staatlichen Standortpolitik aufdrängenden Ziele einer Regelung der Industrieverteilung, während das dritte Kapitel die möglichen wirtschaftlichen Methoden einer staatlichen Standortpolitik zum Inhalt hat. In diesem Kapitel wird ferner die auf Grund eines idealtypisch konstruierten Staates als bestmöglich erscheinende Methode herausgegriffen und ausführlich dargestellt. Im ersten Kapitel des zweiten Abschnittes ist die Frage nach der Notwendigkeit einer staatlichen Standortpolitik gestellt. Im zweiten Kapitel sind ausführlich die Schwierigkeiten untersucht, die sich der Durchführung einer schweizerischen Standortpolitik entgegenstellen würden.

Wir hoffen, mit dieser Arbeit zeigen zu können, einmal wie sich der schweizerische Industriekörper auf Grund der natürlichen Standortsunterlagen entwickelt hat und welche Faktoren zur heute bestehenden Industrieverteilung geführt haben und dann wie als Teilmassnahme der neuen Wirtschaftspolitik eine im Interesse der Volkswirtschaft als ganzer liegende Industrieverteilung einen krisenmildernden Effekt erzielen kann.

Wir möchten zum Schluss unterstreichen, dass die Arbeit als Ganzes zu nehmen ist, wobei jedes Kapitel auf dem vorangegangenen aufbaut. Was zu Beginn deshalb noch als fragwürdig erscheinen mag, ist bloss als Vorläufiges zu nehmen, das später zur vollen Klarheit gebracht wird.

¹ Alfred Weber: Über den Standort der Industrien, I. Teil, Reine Theorie des Standortes, Tübingen 1909. In der Folge zitiert: Weber, STOI, S.

Derselbe: Industrielle Standortslehre. Allgemeine und kapitalistische Theorie des Standortes, in: Grundriss der Sozialökonomik, IV. Abteilung, Tübingen 1914.

Bezüglich der Stellung der Weberschen Standortstheorie in der standortstheoretischen Diskussion und der Erweiterungen der theoretischen Einsichten seit Weber, sei auf die Arbeit von Niederhauser hingewiesen, mit der wir uns weitgehend identifizieren.

Elisabeth Niederhauser: Zur Gültigkeit und Fruchtbarkeit der industriellen Standortlehre Alfred Webers. Diss. Basel, Weinfelden 1944.

Erster Teil

Der Standort der schweizerischen Industrie

1. Kapitel

Die Standortsunterlagen der Schweiz

Bezeichnend für den schweizerischen Industriekörper ist vor allem seine frühzeitige und starke Entfaltung, eine Tatsache, die mehrfach schon festgestellt, untersucht und nach verschiedenen Seiten hin beleuchtet worden ist, so dass wir hier nicht näher darauf einzutreten haben ¹. Als Gründe, die zu dieser Entwicklung Anlass gegeben haben, nennt Landmann ² eine gute Verkehrslage ³, die Kontinuität der Wirtschaftsentwicklung — die später durch den Grundsatz der immerwährenden Neutralität weitgehend gesichert wurde, die Befruchtung durch ausländische Glaubensflüchtlinge, ein bedeutender Kapitalreichtum und ein grosser Reichtum an Wasserkraften.

Welches sind nun aber die konkreten Standortsunterlagen der Schweiz, auf denen sich die Industrie entwickeln konnte, welches sind die «industriellen Auslesefaktoren» ⁴? Ihre Kenntnis wird uns weitgehend die Erklärung dafür bieten, warum sich in der Schweiz gerade diese Industrien, und unter ihnen die eine mehr, die andere weniger, entwickeln konnten, und uns die Möglichkeit geben, beurteilen zu können, welche Industrien weitere natürliche Entwicklungsmöglichkeiten in sich bergen und welche ohne staatliche Intervention in der Schweiz nicht lebensfähig sind.

¹ Landmann, a. a. O. S. 138 f. — Vgl. auch das übrige dort aufgeführte Schrifttum.

² Landmann, a. a. O. S. 140 ff.

³ Landmann betont, dass eine günstige wirtschaftsgeographische Lage wohl die Voraussetzung, niemals aber die alleinige Ursache einer Wirtschaftsblüte sein könne. Diese sei immer im Menschen selbst zu suchen.

Vgl. über dieses Problem auch: *Tord Palander*: Beiträge zur Standortstheorie, Diss. Stockholm 1935, S. 3 ff. (Kapitel 1 und Anhang). Palander bekennt sich — offenbar in Unkenntnis Landmanns — zur selben Ansicht. Auch er führt aus, dass das Wirtschaftsleben einer Gegend nicht eine direkte Funktion der dort herrschenden geographischen Verhältnisse sein könne, sonst müssten Orte gleicher geographischer Bedingungen auf der ganzen Welt gleiches Wirtschaftsleben haben. Die Kenntnis der geographischen Verhältnisse lasse bloss Schlüsse auf die Produktionsmöglichkeiten zu.

Speziell die schweizerischen Verhältnisse betreffend ist zu sagen, dass sich die günstige Verkehrslage durch die Verschiebung des grossen Weltverkehrs gegen den Atlantik im 16. und 17. Jahrhundert nicht unwesentlich verschlechtert hat.

⁴ Landmann, a. a. O. S. 151.

1. Materialorientierung ¹

Angesichts der ungünstigen Transportlage der Schweiz (Binnenlage, wenig schiffbare Flüsse) und der Bodenarmut kann es nicht erstaunen, dass die eigentlich materialgebundenen Industrien in grösserem Masse fehlen. Es ist vor allem der Mangel an grossen, ergiebigen Kohlenlagern, der die Entstehung materialorientierter Industrien verunmöglicht hat. Von einer Montanindustrie in der Schweiz kann nicht gesprochen werden, wenn auch während der beiden Weltkriege die Zahl der Beschäftigten dieser Erwerbsklasse jeweils angestiegen ist. Von Bedeutung sind lediglich die Salzgewinnung, die den Inlandbedarf zu decken vermag, und die verschiedenen Steinbrüche, vor allem der Kalksteinbruch ². Etwas bedeutender ist die Industrie der Erden und Steine, besonders die Bindemittelindustrie (Zement, Kalk, Gips). Das Ausmass ihrer Bedeutung kommt aber nicht in der Zahl der Beschäftigten, sondern in den Investitionen für Gebäude und maschinelle Einrichtungen zum Ausdruck. Eine Vergleichsbasis lässt sich am leichtesten finden, indem die Zahlen der in jeder Industrie pro Arbeiter entfallenden Pferdekkräfte (PS pro Arbeiter) verglichen werden. Hier steht die Industrie der Erden und Steine an der Spitze aller schweizerischen Industriegruppen ³. Aber auch diese Industrie ist eindeutig auf den Inlandsmarkt eingestellt. — Weitere materialorientierte Industriezweige enthalten die Gruppen «Nahrungs- und Genussmittel-» und «Holzbearbeitungsindustrie», hier die Sägereien, dort die landwirtschaftlichen Verwertungsindustrien. — Daneben besteht eine Reihe von Industrien, deren Standort heute nur traditional ⁴ erklärbar ist, die aber zur Zeit ihrer Entstehung deutlich materialorientiert gewesen sind, wie z. B. die Eisenindustrie, als zur Eisenverarbeitung noch Holz in grossem Umfange benötigt wurde, oder die Glasindustrie, die ebenfalls am Holz orientiert war.

2. Kraftstofforientierung

Dagegen finden die kraftstofforientierten Industrien in der Schweiz günstige Standortsunterlagen. Dem Reichtum an Wasserkraften ist zu einem

¹ Materialorientierung, Kraftstofforientierung, Konsumorientierung und Arbeitsorientierung sind Begriffe nach Weber.

² Die Erwerbsklasse «Bergbau, Steinbrüche, Gruben» überstieg in keinem der Volkszählungsjahre seit 1888 4 ‰ der Gesamtzahl der Erwerbstätigen und wird deshalb oft zur Gruppe «Industrie und Handwerk» gezählt.

³ 1944 entfielen in der Industrie der Erden und Steine pro Arbeiter 7,1 PS, in der Bindemittelindustrie 31,0 PS. Im Durchschnitt aller Industriegruppen kamen 1944 3,4 PS auf einen Arbeiter.

Schweizerische Fabrikstatistik vom 14. September 1944. Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 163, herausgegeben vom Eidgenössischen Statistischen Amt, Bern 1946, S. 33*.

⁴ Auf die traditionellen Standorte — worauf wir andernorts noch ausführlicher zu sprechen kommen — hat besonders Salin hingewiesen.

Edgar Salin: Standortverschiebungen der deutschen Wirtschaft in: Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft; herausgegeben von Bernhard Harms, 1. Bd. Berlin 1929, S. 80. In der Folge zitiert: Salin, Standortverschiebungen, S.

erheblichen Teil die frühe Industrialisierung zu verdanken ¹. Der Stand der Technik vor Mitte des 19. Jahrhunderts erlaubte die Ausnützung der Wasserkräfte der Hauptflüsse noch nicht, so dass die Industrien sich auf die grösseren Bäche und Nebenflüsse beschränken mussten. Da die Wassermengen zum Antrieb der immer grösser werdenden Arbeitsmaschinen in wachsender Masse nicht mehr genügen konnten — was sich besonders bei niedrigem Wasserstand auswirkte — und da durch das Aufkommen des Eisenbahnverkehrs die Transportlage einer Grosszahl jener Standorte immer ungünstiger wurde, stellten sich viele Betriebe auf die Dampfmaschine um und unternahmen sogar Standortswechsel. Vorübergehend wenigstens war der Standortsvorteil der Wasserkräfte für die schweizerische Industrie dahingefallen, der Mangel an Kohlenlagern bewirkte eine Verschlechterung der Standortunterlagen der Schweiz überhaupt. Erst als in den 1890er Jahren die Möglichkeit der Übertragung elektrischer Energie über weite Distanzen erfunden und das Verteilungsnetz ausgebaut wurde, gewannen die Wasserkräfte für die Schweiz ihre alte Bedeutung wieder. — Diese hier kurz aufgezeichnete Entwicklung geht aus folgender Tabelle hervor ²:

Zahl der Pferdestärken (in %)

	Dampf %	Wasser %	Übrige %
1888	33,4	66,1	0,5
1895	36,8	60,4	2,8
1901	29,7	65,5	4,8
1911	19,5	75,6	4,9
1923	9,3	89,5	1,2

Heute kann die Elektrizität als «Ubiquität» ³ angesprochen werden, denn die Elektrizitätserzeugung ist nicht an einen bestimmten Kraftstoff gebunden, und die elektrische Energie lässt sich unter verhältnismässig geringem Aufwand an jeden beliebigen Ort lenken. Als Ubiquität kann die Elektrizität — nach der Theorie Webers — keine Industrie an ihr Lager

¹ Landmann, a. a. O. S. 140, S. 143 ff.

² Landmann, a. a. O. S. 150. Er zitiert diese Zahlen aus der Eidgenössischen Fabrikstatistik 1923. Die Tabelle gibt die Zahl der an Primärmotoren gewonnenen PS an.

³ Betreffs des Begriffs «Ubiquität» halten wir uns an die Definition Salins: Ubiquitäten sind «Stoffe, die erstens im ganzen Wirtschaftsgebiet und zweitens überall zu den gleichen Bedingungen erhältlich sind (wobei es gleichgültig ist, ob die Darbietung durch die Natur oder die Technik, ob ohne Kosten oder zu gleichen Kosten geschieht)». Salin, Standortverschiebungen, S. 78.

Im Gegensatz zu Weber behandelt Salin die Elektrizität als Ubiquität. Weber sah darin einfach «besonders billige Rechnungskohle». Diese Ansicht ist dem Stand der Technik der Kraftübertragung seiner Zeit zuzuschreiben. — Salin, Standortverschiebungen, S. 105; Weber, STOI, S. 90 ff. — Wir schliessen uns der Meinung Salins an, weil sich mit seiner Auffassung leichter theoretisch arbeiten lässt und sie der Wirklichkeit heute näher kommt.

binden, sondern sie verstärkt die Konsumkomponente der Standortsfigur¹. Es ist indessen zu beachten, dass Industrien mit sehr grossem Bedarf an elektrischer Energie oft eigene grössere Elektrizitätswerke errichten und ihren Standort in der Nähe jener Werke (in der Schweiz also in der Nähe der Wasserkräfte) wählen, um die Kosten der Energieübertragung auf ein Minimum zu reduzieren. Ein typisches Beispiel dafür ist die elektrochemische und elektrometallurgische Industrie, die vornehmlich die grossen Wasserkräfte des Wallis und des Rheinfalles an Ort und Stelle zur Umwandlung in billigen Strom verwendet. Verschiedene heute nur noch traditional erklärbare Standorte müssen auf das Wirken des Faktors Wasserkraft, als dieser noch ein «lagerfester»² Standortsfaktor war, zurückgeführt werden. Dies trifft besonders auf die Baumwollindustrie zu, die — da der Rohstoff importiert werden musste — arbeits- und kraftstofforientiert gewesen ist und heute noch zum Teil an den Läufen der Nebenflüsse (Linth, Töss, Thur etc.) liegt.

3. Konsumorientierung

Der durch die relativ kleine schweizerische Bevölkerung bedingte kleine Binnenmarkt liess die eigentlichen konsumorientierten Industrien nicht zu Grossindustrien werden, und da in der Schweiz die riesigen Agglomerationen, wie sie in andern Ländern bestehen, fehlen, kam es auch nicht zu einer Konzentration der vorhandenen konsumorientierten Industrien. Wir finden sie deshalb auch heute noch im wesentlichen über das ganze Land verteilt, mit Schwerpunkten in den Mittel- und Großstädten. Direkt konsumorientiert sind die Gasfabriken, Zweige der Industrie für Bau- und Wohnbedarf (z. B. Ziegeleiindustrie) sowie Teile der Bekleidungsindustrie. Indirekt konsumorientiert, d. h. als Konsumenten erscheinen andere Industrien, ist z. B. die Textilveredlungsindustrie. Daneben ist noch eine Anzahl von zum Teil sehr bedeutenden Industrien zu erwähnen, die als konsumorientierte Industrien entstanden, deren Standorte heute aber traditional geworden sind, wie z. B. die Bierbrauerei, die ihre fast ausschliessliche Konsumorientierung erst mit der Entwicklung der Kühltechnik abstreifen konnte. Traditional indirekt konsumorientiert ist vor allem die Maschinenindustrie, die sich aus kleinen Reparatur- und Konstruktionswerkstätten für Textilmaschinen ent-

¹ Als Ubiquität verstärkt der Kraftstoff die Konsumkomponente der Standortsfigur. «... ihre Wirkung (der Ubiquitäten) tritt in der Dynamik der Figuren einfach so zutage, dass sie als Verstärkung der Konsumkomponente (die vom Standort zum Konsumort hinführt) wirken, weil sie dieser Komponente eben ihr Gewicht, das vorher nicht in Erscheinung tritt, zuteilen.» Weber, STOI, S. 59.

² Die Unterscheidung zwischen lagerlöslichen und lagerfesten Gütern, die sich auf die technische Möglichkeit des stückweisen Abbaues und Transportes der Güter bezieht, ist Ritschl zu verdanken. Lagerlösliche Güter begründen eine Annäherungs-, lagerfeste eine Alternativattraktion. *Hans Ritschl*: Reine und historische Dynamik des Standorts der Erzeugungszweige, in: *Schmollers Jahrbuch*, 51. Jahrgang, II. Halbband, München und Leipzig 1927, S. 822 f.

Die Unterscheidung zwischen lagerfreien und lagerebenen Gütern (Ubiquitäten, bzw. lokalisierten Materialien im Sinne Webers) stammt von Engländer.

Oskar Engländer: Theorie des Güterverkehrs und der Frachtsätze, Jena 1924, S. 122.

wickelt hat und von der heute noch Teile konsumorientiert sind. Auch die Teerfarbenindustrie kann als traditional indirekt konsumorientiert angesprochen werden, und zwar konsumorientiert an den Textilfärbereien und -druckereien (Basel, Mülhausen!). Dem Fehlen des Massenabsatzes in der Schweiz, im Verein mit Schutzzöllen des Auslandes, ist die Verlegung vieler Zweig- oder gar Hauptbetriebe konsumorientierter Industrien ins Ausland zuzuschreiben.

4. Arbeitsorientierung

Zusammen mit dem Reichtum an Wasserkraften ist der Faktor Arbeit zum bedeutungsvollsten Standortsfaktor für die Schweiz geworden. Diesen beiden Faktoren ist es zuzuschreiben, dass sich trotz des Rohstoffmangels und der schlechten Transportlage eine weltbedeutende Industrie in der Schweiz zu entwickeln vermochte. Es ist vor allem die qualifizierte Arbeit, die auf jahrhundertealter Arbeitstradition beruht, die attraktiv auf gewisse Industrien gewirkt hat ¹. «Die schweizerische Industrie von heute geht vielfach auf die breite Grundlage der industriellen Heimarbeit zurück, die wiederum auf dem Boden des bäuerlichen Gewerbefleisses erwachsen ist ².» Die Abhängigkeit von qualifizierter Arbeit zwang die Industrien, selbst beim Übergang zur mechanisierten Betriebsweise, zumindest zu Beginn die Arbeitsgebiete aufzusuchen, woraus eine ziemlich weite räumliche Verteilung der typisch arbeitsorientierten Industrien entstand. Vorwiegend arbeitsorientiert, und zwar mehrheitlich an qualifizierter Arbeit, sind heute noch die Uhrenindustrie, die Maschinenindustrie, die Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie, die Stickerei- und die Wollindustrie. Früher ist natürlich die gesamte Textilindustrie vorwiegend arbeitsorientiert gewesen und ist heute noch grösstenteils in der Ostschweiz konzentriert. Diese Standorte haben sich in überwiegender Masse traditional erhalten, obwohl in den meisten Zweigen der Textilindustrie eine recht weitgehende Mechanisierung stattgefunden hat.

5. Zusammenfassung

Wenn nun zusammenfassend allgemein gefragt wird, für welche Industrien die speziellen Standortunterlagen der Schweiz Möglichkeiten zur Ausbildung von Grossindustrien bieten, so muss man sich immer vor Augen halten, dass angesichts des kleinen innern Marktes die Grossindustrien in den meisten Fällen mit den Exportindustrien identisch sind, so dass also die totalen Transportkosten (Antransport der Materialien plus Abtransport

¹ Nach Schlier läge also in der Schweiz vorwiegend «qualitative Arbeitsorientierung» vor.

Otto Schlier: Aufbau der europäischen Industrie nach dem Kriege, in: Zum wirtschaftlichen Schicksal Europas, I. Teil, herausgegeben von Alfred Weber, Heft 1, Berlin 1932, S. 32/33.

² A. Schwarz: Artikel «Industriestandorte» im Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Bern 1939, S. 610, Bd. 1.

der Produkte) ins Gewicht fallen werden. Gegenüber dem Ausland können sich folgende Industrien konkurrenzfähig halten¹:

1. Industrien, die, sofern sie nicht Rohstoffe des Landes, dann überseeische Rohstoffe unter Benützung des Kapitalreichtums der Schweiz verarbeiten, die möglichst weitgehend ins Produkt eingehen, also den Charakter von «Reinmaterialien»² haben sollen. Bei Verwendung überseeischer Rohstoffe stellen sich die Transportkosten für die Schweiz nicht erheblich schlechter als die des übrigen Europas, da die Seefrachtkosten die Kosten der Landfracht von den Seehäfen zu den schweizerischen Standorten übertreffen. Solche Materialien sind z. B. Textilrohstoffe, Kakao u. a.
2. Industrien, die besonders hochwertige Rohstoffe und Produkte von geringem Volumen unter Einsatz von Kapital verarbeiten, sodass die Transportkosten per Tonne Produkt verhältnismässig niedrig sind. Dazu gehören Halbfabrikate, z. B. Kämmlinge für Schappe, Edelmetalle u. a.
3. Industrien, die Material verwenden, das unter Einsatz von qualifizierter Arbeit und/oder grosser Kapitalmengen zu Produkten von so grossem Wert verarbeitet wird, dass die Höhe der Transportkosten im Verhältnis zum Wert des Produktes unbedeutend ist. Darunter fallen etwa: Uhren, Maschinen, chemische Produkte, Stickereien u. a.

Für Industrien, die eine dieser Charaktereigenschaften aufweisen, besteht — theoretisch wenigstens — die Möglichkeit, dass sie sich in der Schweiz als Grossindustrien erhalten oder sich zu solchen entwickeln werden.

2. Kapitel

Die bedeutendsten Industrien der Schweiz

In der Folge sollen Entstehungsgeschichte, theoretischer und praktischer Standort der nach der Zahl der Fabrikarbeiter wichtigsten Industrien der Schweiz dargestellt werden. Um den Rahmen dieser Arbeit nicht zu sprengen, sind wir gezwungen, uns dabei auf eine kurze Darstellung der wichtigsten Tatsachen zu beschränken. Wir folgen der Reihenfolge der Industriegruppen, wie sie durch die schweizerischen Fabrikstatistiken gegeben ist.

Nicht behandelt wird die Gruppe «Zentralanlagen für Kraft-, Gas- und Wasserlieferung», da die meisten Betriebe dieser Gruppe unter starkem staatlichem Einfluss stehen und zudem diese Gruppe zu den kleinsten der

¹ Die folgenden Ausführungen stützen sich auch auf Landmann. — Landmann, a. a. O. S. 152 ff.

² Weber versteht unter «Reinmaterial» ein Material, das sein Gesamtgewicht dem Produkt mitteilt, im Gegensatz zu den «Gewichtsverlustmaterialien», die nur teilweise oder — wie die Brennstoffe — gar nicht ins Produkt eingehen. Vgl. Weber, STOI, S. 53.

Schweiz gehört und in keinem Kanton zu irgendwelcher Bedeutung gelangen konnte. Tabelle 1 zeigt in Promillen an, wie die Gesamtzahl der Fabrikarbeiter der verschiedenen Industriegruppen im Jahre 1944 auf die einzelnen Kantone verteilt gewesen ist. Tabelle 2 vermittelt ein Bild darüber, welches in den verschiedenen Kantonen nach der Zahl der Fabrikarbeiter die bedeutendsten Industrien im Jahre 1944 gewesen sind. Beide Tabellen sind der schweizerischen Fabrikstatistik von 1944 entnommen ¹.

Als Stichjahr musste das Jahr 1944 gewählt werden, weil in jenem Jahr die letzte eingehende fabrikstatistische Erhebung durchgeführt worden ist. An sich hätte eines der Nachkriegsjahre besser gedient, doch für all diese Jahre fehlen die notwendigen zahlenmässigen Unterlagen.

I. Baumwollindustrie ²

Der Schwerpunkt der schweizerischen Baumwollindustrie liegt, wie Tabelle 1 zeigt, in der Ostschweiz, in den Kantonen St. Gallen, Zürich und Glarus, mit einem Ausläufer nach Westen in den Kanton Aargau. Trotz des Rückganges dieser Industrie ist sie in den Kantonen Glarus und den beiden Appenzell immer noch der wichtigste Industriezweig und steht im Kanton St. Gallen an zweiter Stelle. Die bedeutendsten Standorte sind Herisau, Wald, Wattwil und St. Gallen.

Zahl der Fabrikarbeiter 1944 ³

	SG	ZH	GL	AG	TG	Schweiz
Spinnerei	765	1681	840	630	8	4 863
Zwirnerei	733	439	59	195	174	2 202
Weissweberei	1352	2145	836	225	433	5 390
Buntweberei	645	264	44	621	355	2 841
Tüllweberei	—	—	—	—	176	176
Verbandstoffweberei	140	23	57	9	20	430
Druckerei, Malerei	247	7	240	—	23	629
Sengerei, Bleicherei	1256	455	98	449	427	3 447
Total	5138	5014	2174	2129	1616	19 978

Die Baumwolle wurde in der Schweiz im 14. Jahrhundert durch den Handel bekannt, sodass naturgemäss Basel und Zürich zu ersten Verarbeitungszentren wurden. Während aber in Basel Zunftschränken das Aufkom-

¹ Fabrikstatistik 1944, S. 23. «Tabelle 1 entspricht der Tabelle 14», Tabelle 2 der Tabelle 13.»

² Benützte Literatur:
Sam Streiff: Der Standort der schweizerischen Baumwollspinnerei, Diss. Bern 1924.
Oscar Haegi: Die Entwicklung der zürcher-oberländischen Baumwollindustrie. Diss. Bern 1925.

Landmann, a. a. O. S. 166 ff.

Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft 1939, Bd. 1, S. 206 ff.

³ Zahlen zusammengestellt aus der Fabrikstatistik 1944.

Promilleverteilung der Arbeiter jeder Industriegruppe auf die Kantone 1944

Tabelle 1

	ZH	BE	LU	UR	SZ	OW	NW	GL	ZG	FR	SO	BS	BL	SH	AR	AI	SG	GR	AG	TG	TI	VD	VS	NE	GE
Baumwollindustrie	251	53	6	—	27	—	—	109	23	—	1	—	5	10	59	4	257	0	107	81	7	0	—	—	0
Seidenindustrie, Kunstseide . . .	324	18	138	—	35	—	3	16	—	—	5	87	69	—	3	—	220	—	18	57	7	—	—	—	—
Wollindustrie	192	166	47	—	3	—	—	76	—	2	82	2	58	71	13	—	81	42	62	74	8	15	6	—	—
Leinenindustrie	265	422	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	8	—	—	19	—	214	17	—	7	—	27	16
Stickereiindustrie	42	14	—	—	—	—	—	—	—	16	—	8	—	—	134	10	635	—	9	129	—	3	—	—	—
Übrige Textilindustrie	136	112	3	—	22	12	—	24	—	—	40	56	53	—	3	—	105	—	385	24	—	6	—	1	18
Kleidung, Ausrüstung	184	119	25	4	18	4	1	5	3	14	91	38	22	7	11	1	117	6	126	79	52	30	3	7	33
Nahrungs-, Genussmittel	169	156	36	—	2	—	1	6	2	51	17	59	15	14	—	1	44	9	149	43	69	78	9	28	42
Chemische Industrie	108	91	15	2	2	—	—	0	0	7	13	299	59	6	—	—	21	32	81	21	28	31	146	—	38
Zentralanlagen	132	136	19	7	15	6	1	19	6	20	38	56	13	15	3	2	66	56	63	11	40	88	93	28	67
Papier, Leder, Kautschuk	212	126	39	17	16	—	1	18	27	29	114	23	28	17	7	—	55	14	66	42	35	50	2	39	23
Graphische Industrie	234	187	40	1	13	0	1	5	4	10	31	100	11	7	4	1	57	12	93	15	23	73	7	30	41
Holzbearbeitungsindustrie	151	153	37	2	31	13	6	17	14	30	40	48	20	19	9	1	76	28	107	65	22	53	11	21	26
Metallindustrie	118	146	48	—	10	—	—	5	14	9	134	38	47	56	2	0	45	3	111	39	22	33	61	25	34
Maschinen, Apparate, Instrumente	286	155	23	25	1	0	3	9	14	6	77	25	9	33	6	—	44	5	85	30	9	51	1	33	70
Uhren-, Bijouterieindustrie . . .	3	390	2	—	—	—	—	—	—	2	175	0	34	8	—	—	1	—	3	—	24	58	1	245	54
Industrie der Erden und Steine .	149	208	42	1	29	—	23	21	2	24	31	25	76	28	—	0	47	6	91	35	18	107	12	8	17
Alle Industriegruppen	189	160	31	8	11	2	2	15	9	13	74	46	27	22	8	1	71	9	92	41	25	46	17	40	41

Promilleverteilung der Arbeiter jedes Kantons auf die Industriegruppen 1944

Tabelle 2

	ZH	BE	LU	UR	SZ	OW	NW	GL	ZG	FR	SO	BS	BL	SH	AR	AI	SG	GR	AG	TG	TI	VD	VS	NE	GE	CH	
Baumwollindustrie	62	16	9	—	114	—	—	349	119	—	1	—	9	20	350	356	169	—	54	92	13	0	—	—	—	1	47
Seidenindustrie, Kunstseide .	58	4	153	—	107	—	39	37	—	—	2	64	87	—	13	—	105	—	7	47	9	—	—	—	—	34	
Wollindustrie	22	22	33	—	6	—	—	111	—	4	24	1	46	68	35	—	24	97	14	38	7	7	8	—	—	21	
Leinenindustrie	7	13	0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0	2	—	—	1	11	2	—	—	1	—	3	2	5	
Stückereiindustrie.	1	0	—	—	—	—	—	—	—	5	—	1	—	—	70	89	37	—	0	13	—	0	—	—	—	4	
Übrige Textilindustrie	9	9	1	—	24	89	—	20	—	—	7	15	24	—	4	—	18	—	51	7	—	2	—	0	5	12	
Kleidung, Ausrüstung	115	88	98	52	193	294	65	42	38	125	146	98	96	36	166	173	195	81	162	225	248	78	23	22	95	119	
Nahrungs-, Genussmittel . . .	59	64	78	—	10	—	17	28	16	261	15	84	38	40	4	104	41	65	106	69	185	113	35	45	69	66	
Chemische Industrie	27	27	23	15	7	—	—	1	2	26	8	308	105	12	—	—	14	167	42	24	56	32	408	—	45	48	
Zentralanlagen.	9	10	8	10	17	43	3	16	8	19	6	15	6	9	5	50	12	76	8	3	20	24	67	9	20	12	
Papier, Leder, Kautschuk . . .	51	36	58	95	67	—	25	55	137	102	70	23	48	35	40	—	35	68	33	46	65	50	4	45	26	46	
Graphische Industrie.	48	45	50	4	44	11	15	12	18	31	16	83	16	13	21	50	31	50	39	14	37	61	16	29	39	39	
Holzbearbeitungsindustrie. . .	55	66	82	21	193	545	153	80	106	162	37	71	52	58	76	119	73	211	79	107	60	80	44	35	45	68	
Metallindustrie.	63	92	159	—	93	—	—	35	152	68	181	82	175	250	29	34	63	37	121	95	88	73	353	62	84	100	
Maschinen, Apparate, Instru-	384	246	192	798	29	18	332	160	395	114	263	135	83	378	187	—	157	125	234	187	98	281	10	206	437	254	
mente	1	214	5	—	—	—	—	—	—	14	208	0	111	33	—	—	1	—	3	—	87	112	6	537	117	88	
Uhren-, Bijouterieindustrie . .	29	48	51	5	96	—	351	54	9	69	16	20	104	46	—	25	24	22	36	31	27	86	26	7	15	37	
Industrie der Erden und Steine																											

men einer Baumwollindustrie verhinderten, konnte sie sich in Zürich, frei von solchen Hemmnissen, in Anlehnung an die bodenständige Leinenindustrie rasch entwickeln und aufs Land und die Kantone Aargau und Glarus ausdehnen. Zürich und St. Gallen, wo ein Hugonotte die Baumwollindustrie eingeführt hatte, wurden zu Hauptzentren. Die gegen Ende des 18. Jahrhunderts einsetzende, aus England kommende Mechanisierung zwang auch zur Mechanisierung in der Schweiz. Die ständige Preisunterbietung durch das englische Maschinengarn zwang die schweizerische Baumwollindustrie zur Umstellung auf den Inlandsmarkt, und heute wird nur noch in relativ kleinem Masse exportiert. War es zu Anfang des 19. Jahrhunderts die mechanische Spinnerei, Mitte des Jahrhunderts die Buntweberei und Glarner Druckerei, bis zum ersten Weltkrieg die Stickerei, so ist es heute die Ausrüstungsindustrie, die noch einigermaßen für den Export arbeiten kann.

Die Spinnerei ist heute standortsmässig überwiegend kraftstofforientiert ¹, woraus auch die Tendenz zum Grossbetrieb verständlich wird ². Die Weberei zeichnet sich auch heute noch durch ein Überwiegen der Arbeitsorientierung aus ³, und ihre optimalen Standorte sind gute Arbeitsplätze in der Nähe leistungsfähiger Kraftquellen. Für die Weberei, die gemäss der Arbeitsorientierung eine kleinere durchschnittliche Betriebsgrösse aufweist ⁴, kann festgestellt werden, dass tatsächlicher und theoretischer Standort weitgehend übereinstimmen. Dies trifft für die Spinnerei nicht zu, deren Standorte nur teilweise angenähert optimal-rational sind. Angenähert optimal-rational sind die glarnerischen und innerschweizerischen Standorte. Besonders ungünstig sind die nördlich des Zürich- und Walensees gelegenen, die an zu kleinen Wasserläufen stehen (Aa, Jona, Töss). Diese Lagerung ist traditional zu erklären. Die kleinen Wasserläufe vermochten zu Beginn der Mechanisierung noch genügend Kraft zu liefern, genügten aber mit fortschreitender Mechanisierung immer weniger, so dass teurere Subsidiärkraft verwendet werden musste. Eine Verlegung der Spinnereien war der durch die grossen Kapitalinvestitionen bedingten hohen Deviationskosten wegen kaum möglich. Die fortschreitende Ubiquierung der Wasserkraft in der Form von Elektrizität im 20. Jahrhundert hat die Ungunst dieser Standorte etwas verbessert.

2. Seiden- und Kunstseidenindustrie ⁵

In dieser Industriegruppe zeichnen sich zwei Seidenindustriezentren — Zürich und Basel — und zwei Kunstseidenindustriezentren — St. Gallen

¹ 1944 entfielen pro Arbeiter 11,1 PS. — Fabrikstatistik 1944.

² Pro Betrieb kamen 1944 durchschnittlich 74 Arbeiter und 820 PS! — Fabrikstatistik 1944.

³ 1944 entfielen in der Weberei pro Arbeiter bloss 3,2 PS. — Fabrikstatistik 1944.

⁴ Pro Betrieb kamen 1944 bloss 66 Arbeiter und 211 PS. Fabrikstatistik 1944.

⁵ Benützte Literatur:

Karl Hintermeister: Die schweizerische Seidenindustrie, mit besonderer Berücksichtigung der mechanischen Seidenstoffweberei. Diss. Zürich 1916.

Fortsetzung siehe S. 11.

und Luzern — ab. Tabelle 2 zeigt, dass die Seiden- und Kunstseidenindustrie in den Kantonen Luzern, Schwyz und St. Gallen wohl zu den bedeutendsten Industrien gehört, aber nirgends an der Spitze sämtlicher Industrien steht.

*Zahl der Fabrikarbeiter 1944*¹

	ZH	SG	LU	BS	BL	Schweiz
Kunstseidenerzeugung	—	2345	1506	—	—	4 213
Spinnerei (Schappe)	—	—	419	41	653	1 454
Zwirnerei, Winderei	422	202	—	14	117	946
Stoffweberei	2853	372	—	8	—	4 385
Beuteltuchweberei	39	125	—	—	—	194
Bandfabrikation	—	—	—	589	226	926
Veredlung	1377	139	67	614	—	2 350
Total	4691	3183	1992	1266	966	14 468

a) Seidenindustrie

Wie die Baumwoll-, so ist auch die Seidenindustrie eine der ältesten Industrien des Landes. Sie ist in Zürich schon im 13. Jahrhundert bekannt, doch fällt ihr erster Aufschwung — durch Locarneser und französische Glaubensflüchtlinge hervorgerufen — ins 16. Jahrhundert. Basel und Zürich sind die ersten Verarbeitungsorte. Auffallend ist in dieser Industrie-Gruppe der starke, wenn auch sinkende Anteil der Frauenarbeit².

Spinnereien sind heute nur noch in der Form von *Schappe- oder Florett-spinnereien* in der Schweiz vorhanden, nachdem die tessinische Seidenspinnerei der italienischen und japanischen Konkurrenz erlegen ist. Durch das Aufkommen der Kunstseidenindustrie hat die Schappeindustrie stark gelitten und verspinnt heute zur Hälfte anderes Material als Seide. Während sie als Heimindustrie über das ganze Gebiet der Schweiz verteilt gewesen ist, konzentrierte sie sich mit dem Aufkommen der fabrikmässigen Fabrikationsweise in Basel und der nächsten Umgebung. Basel ist das Zentrum der schweizerischen, wohl der Schappeindustrie schlechthin.

«Die schweizerische *Seidenstoffweberei* ist seit ihrem Bestehen grösstenteils im Kanton Zürich konzentriert geblieben³.» Lange Zeit dominierte

Fritz Bodmer: Die schweizerische Seidenstoffweberei in der Zwischenkriegszeit (1918–1939). Diss. Zürich 1942.

H. Neef: Die Standortsfrage in der deutschen Bandindustrie. Diss. Köln 1926.

Gottfried Sigrist: Kunstseidenindustrie. Diss. Bern 1934.

Eva Flügge: Kunstseidenindustrie. Leipzig 1936.

Landmann, a. a. O. S. 190 ff.

Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft 1939, S. 99 ff. (Bd. 1), S. 310 ff. (Bd. 2).

¹ Zahlen zusammengestellt aus der Fabrikstatistik 1944.

² 1944 betrug der Anteil der weiblichen Arbeiter an der Gesamtzahl der Fabrikarbeiter der Seiden- und Kunstseidenindustrie immer noch mehr als 50 %. — Fabrikstatistik 1944.

³ Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft 1939, Bd. 2, S. 315.

die Heimarbeit, und erst um 1850 entstand der erste mechanische Stuhl. Die mechanische Betriebsweise konnte sich nur langsam durchsetzen, aber heute ist die Heimarbeit sozusagen ganz verschwunden ¹. Auch in diesem Zweig wird die Verarbeitung von Kunstseide immer wichtiger. Die Schutz-zollpolitik des Auslandes veranlasste viele schweizerische Unternehmungen, Zweigbetriebe im Ausland zu errichten, sodass sich aus- und inländische Produktionskraft der schweizerischen Seidenstoffweberei ungefähr die Waage halten.

Die *Seidenbandindustrie* wurde im 16. Jahrhundert durch einen holländischen Emigranten in Basel eingeführt und entwickelte sich auf dem Boden der alten Leinen- und Seidenindustrie. Zunfthewiderstände in Basel zwangen die Industrie, ins Baselbiet auszuwandern. Durch die Möglichkeit des elektrischen Antriebs der Stühle konnte sich die Heimarbeit bis heute konkurrenzfähig halten ². Die nach dem ersten Weltkrieg einsetzende Modewandlung brachte die Bandindustrie aber weitgehend zum Erliegen ³. «Das Zentrum der schweizerischen Bandindustrie befindet sich in Basel. Von den dort ansässigen Firmen ist auch der grösste Teil der Heimindustrie des Kantons Baselland und der angrenzenden Teile der Kantone Aargau, Bern und Solothurn abhängig ⁴.» Theoretisch ist die Bandindustrie in starkem Masse arbeitsorientiert, so dass für die Schweiz theoretischer und tatsächlicher Standort weitgehend zusammenfallen ⁵.

Die *Seidenveredlungsindustrie* ist standortsmässig sozusagen identisch mit der Seidenstoffweberei, also vornehmlich in Zürich und Umgebung zu finden, mit einem kleineren Zentrum in Basel. Theoretisch ist sie konsumorientiert an der Seidenstoffweberei und der Seidenbandindustrie.

b) Kunstseidenindustrie

Die ersten Kunstseidenfabriken entstanden in der Schweiz um 1890 in Glattbrugg und Spreitenbach (Chardonnetverfahren), doch gingen sie nach wenigen Jahren wieder ein. 1906 entstand die erste nach dem Viskoseverfahren arbeitende Fabrik, und zwar in Emmenbrücke. 1924 wurde in Widnau (St. Gallen) ein Zweigbetrieb errichtet. Zur gleichen Zeit entstanden in Rorschach und Steckborn zwei weitere Unternehmen, die ebenfalls nach dem Viskoseverfahren arbeiteten. Diese Standorte haben sich bis heute erhalten. Der eigentliche Aufschwung der Kunstseidenindustrie setzte Ende der 1920er Jahre ein. Um gegen das Ausland erfolgreich konkurrenzieren zu können, ist die schweizerische Kunstseideindustrie zu rationellster Betriebsweise und Beschränkung auf wenige, qualitativ hochstehende Sorten

¹ 1944 entfiel auf 100 Fabrikarbeiter bloss noch 1 Heimarbeiter! — Fabrikstatistik 1944.

² Auf 100 Fabrikarbeiter kommen 1944 immer noch 72 Heimarbeiter! Nur die Stickerie weist einen grösseren Anteil Heimarbeiter auf. — Fabrikstatistik 1944.

³ 1920 waren in der Bandindustrie siebenmal mehr Personen beschäftigt als 1944. Daraus ist der enorme Rückgang der Bandindustrie zu ersehen.

⁴ Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft 1939, Bd. 2, S. 314.

⁵ Vgl. die Berechnungen von H. Neef. H. Neef, a. a. O. S. 126 ff., S. 104 ff.

gezwungen. Typisch daher die hohe Kapitalintensität und die Produktion in Grossbetrieben ¹. Ausschlaggebend für den Standort war in der Frühzeit nicht der Bezug der Rohstoffe und der Chemikalien, sondern die Güte des Verfahrens. Die Standorte entstanden einigermassen zufällig. Später spielten dann geschultes Personal und günstige Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten die wichtigste Rolle. Der Charakter der Kapitalintensität gibt die Möglichkeit, mittels Schutzzöllen die Industrie in jedem einigermassen industrialisierten Land aufzubauen.

3. Wollindustrie ²

Die Wollindustrie ist in der Schweiz über das ganze Land verteilt und hat nirgends zu eigentlichen Schwerpunkten geführt. Nur im Kanton Glarus vermochte sie einen Anteil von mehr als 10% aller Fabrikarbeiter des Kantons zu erreichen (Tabelle 2). Die wichtigsten Standorte sind Schaffhausen, Derendingen, Wädenswil, Zürich, Liestal, Bürglen (Thurgau) und Hätzingen (Glarus).

Zahl der Fabrikarbeiter 1944 ³

	ZH	BE	SO	SG	GL	TG	SH	Schweiz
Spinnerei/Zwirnerei . .	121	326	517	134	133	492	580	2703
Kammgarnweberei . .	115	—	155	—	97	55	—	483
Tuch, Decken	1094	1089	—	434	206	15	65	4383
Teppiche	12	13	—	153	116	—	—	370
Filz, Filztuch	—	78	73	20	—	—	—	171
Färberei, Ausrüsterei .	407	6	—	—	140	116	—	994
Total	1749	1512	745	741	692	678	645	9104

Zusammen mit der Leinenindustrie ist die Wollindustrie die älteste schweizerische Textilindustrie, werden doch die ersten Manufakturen bereits im 12. und 13. Jahrhundert, hauptsächlich in Basel und Zürich, erwähnt. Obwohl auch die Wollindustrie zeitweise exportieren konnte und durch Hugenotten befruchtet wurde, konnte sie doch erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen eigentlichen Aufschwung nehmen. Sind es erst Zunftschranken gewesen, die den Aufschwung verhinderten, so waren es

¹ Pro Betrieb entfielen 1944 durchschnittlich 1053 Arbeiter (mehrheitlich männliche) und 4909 PS. Beides sind Höchstwerte innerhalb der Schweiz. Pro Arbeiter kamen 4,7 PS.
— Fabrikstatistik 1944.

² Benützte Literatur:

Karl Gutzwiller: Geschichtliches aus der Wollindustrie. Birsfelden 1916.

Ernst Braunschweig: Die schweizerische Wollindustrie. Diss. Zürich 1946.

Landmann, a. a. O. S. 215 ff.

Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft 1939, Bd. 2, S. 591 ff.

³ Zahlen zusammengestellt aus der Fabrikstatistik 1944.

später Konkurrenzierung durch die Baumwolle, ungenügende einheimische Rohstoffversorgung und ausländische Konkurrenz, so dass lange Zeit nur noch im Hausfleiss und in Kleinbetrieben produziert wurde. Ende 18. Jahrhundert wurden die ersten Tuchfabriken gegründet, aber erst das Aufkommen der Kammgarnspinnereien um 1870 leitete den Aufschwung ein. Die Kammgarnwebereien folgten erst im 20. Jahrhundert. Kammgarne und Tuche konnten in der Folge exportiert werden. Der Aufschwung der Wollindustrie ist um so bemerkenswerter, als alle übrigen Textilindustriestämme in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen sind ¹. Wie bei allen Textilindustriestämmen, kommt auch hier der Frauenarbeit erhebliche Bedeutung zu ². Die Heimarbeit ist weitgehend verschwunden. Angesichts des Reinmaterialcharakters der Wolle und der relativ niedrigen Zahl der pro Arbeiter entfallenden PS ³, kann in der schweizerischen Wollindustrie auf Arbeitsorientierung geschlossen werden, insbesondere was die Webereien betrifft, während bei den Spinnereien der billige Kraftstoffbezug ebenfalls stark in Rechnung zu stellen sein dürfte. Die eigentlichen rohstofforientierten Zweige der Wollindustrie mit ihren hohen Gewichtsverlusten — Wäscherei und Kämmerei — fehlen in der Schweiz. Sie sind in den überseeischen Wollproduktionsländern heimisch. Braunschweig ⁴ sieht in der Tatsache, dass sich in jenen Ländern ausser diesen beiden Zweigen keine eigentliche grosse Wollindustrie zu entwickeln vermochte, einen weiteren Beweis für die Stärke der Arbeitsorientierung.

4. Leinenindustrie ⁵

Der Schwerpunkt der schweizerischen Leinenindustrie liegt heute im Kanton Bern, der 42 % aller Fabrikarbeiter der Leinenindustrie umfasst. Daneben ist sie in stärkerem Masse nur noch in den Kantonen Zürich und Aargau zu finden, ohne aber in irgendeinem Kanton irgendwelche Bedeutung zu erlangen (Tabelle 2). Die wichtigsten Standorte sind Langenthal, Bern, Burgdorf, Niederlenz und Flurlingen (Zürich).

¹ Der Anteil der Fabrikarbeiter der Wollindustrie an der Gesamtzahl der Fabrikarbeiter der Textilindustrie stieg von 1923 bis 1944 von 7,7 % auf 17,3 %. Braunschweig, a. a. O. S. 40.

² 1944 betrug der Anteil 58%. — Fabrikstatistik 1944.

³ PS pro Arbeiter 1944: Wollindustrie: 3,7 PS. Spinnerei/Zwirnerei: 5,0 PS, Weberei: 3,1 PS. — Fabrikstatistik 1944.

⁴ Braunschweig, a. a. O. S. 87.

⁵ Benützte Literatur:

Georg Bein: Die historische Entwicklung der Leinwandweberei im Kanton Bern. Diss. Bern 1918.

Hektor Ammann: Die Anfänge der Leinenindustrie des Bodenseegebietes und der Ostschweiz, in: Zeitschrift für Schweizerische Geschichte, XXIII. Jhrg., Heft 3, 1943, S. 329 ff.

Landmann a. a. O. S. 210 ff.

Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft 1939, Bd. 2, S. 126 ff.

	BE	ZH	AG	Schweiz
Spinnerei, Seilerei	123	482	309	1015
Weberei	502	—	—	558
Segel, Zelttuch	128	41	137	311
Gurten, Schläuche	45	30	—	120
Bleicherei, Appretur	82	—	—	82
Total	880	553	446	2086

Die Leinenindustrie entwickelte sich von allen Textilindustriezweigen am frühesten zur Exportindustrie, wurden doch schon im 11. und 12. Jahrhundert Exporte der St.Galler Leinenindustrie erwähnt. Dies war auch das Gebiet ihres ersten Auftretens in der Schweiz. Nach einer längeren Blütezeit wurde gegen Ende des 17. Jahrhunderts die ausländische Konkurrenz (Sachsen, Schlesien, Österreich) immer stärker, und seit dem 18. Jahrhundert verdrängte die Baumwolle die Leinenindustrie immer mehr, so dass sie heute in der Ostschweiz sozusagen ganz verschwunden ist. Bis heute erhalten hat sich die im 17. Jahrhundert entstandene aargauische Leinenindustrie im Gebiet von Lenzburg. Nach einem neuerlichen kurzen, von der bernischen Leinenindustrie ausgehenden Aufschwung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte nach dem ersten Weltkrieg eine neue Absatzstockung ein, und heute wird fast nur noch für den Inlandmarkt produziert. Die eigentliche Bedeutung der Leinenindustrie liegt darin, dass sie — die Bevölkerung an Textilarbeit gewöhnend — die Basis für die Entwicklung der später entstehenden Baumwoll- und Seidenindustrie gegeben hat.

Die niedrigen PS-Zahlen pro Arbeiter ² und die Tatsache, dass die Rohstoffe Hanf und Flachs zum grössten Teile importiert werden, legt die Vermutung nahe, dass auch die Leinenindustrie eine arbeitsorientierte Industrie ist ³.

5. Stickereiindustrie ⁴

Das Zentrum der Stickereiindustrie liegt von Anbeginn an in der Ostschweiz, und zwar vornehmlich im Kanton St. Gallen, der 1944 über 60 %

¹ Zahlen zusammengestellt aus der Fabrikstatistik 1944.

² PS pro Arbeiter 1944: Leinenindustrie: 3,4 PS, Spinnerei/Seilerei: 5,8 PS, Weberei: 2,5 PS. — Fabrikstatistik 1944.

³ Es ist uns keine Standortsuntersuchung über die Leinenindustrie bekannt, so dass wir uns mit diesen Bemerkungen begnügen müssen. Eine eingehendere Untersuchung würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

⁴ Benützte Literatur:

Victor Nef: Untersuchungen zum Standort der schweizerischen Stickereiindustrie. Diss. Bern 1920.

Niklaus Küng: Die industrielle Umstellung im schweizerischen Stickereigebiet. Diss. Neuenburg, Bern 1937.

Olga Bebi: Der Zusammenbruch der Stickereiindustrie und der Aufbau neuer Industrien in der Ostschweiz. Diss. Zürich 1939.

Landmann, a. a. O. S. 176 ff.

aller in der Stickerei beschäftigten Fabrikarbeiter umfasst hat (Tabelle 1). Hingegen spielt die Stickerei in keinem Kanton mehr — nach der Zahl der Fabrikarbeiter gemessen — eine ausschlaggebende Rolle (Tabelle 2). Die wichtigsten Standorte sind St. Gallen, Appenzell und eine Reihe kleinerer Orte der Kantone St. Gallen, Appenzell und Thurgau.

*Zahl der Fabrikarbeiter 1944*¹

	SG	AR	TG	Schweiz
Schifflistickerei	578	109	163	870
Handmaschinenstickerei.	52	44	13	109
Kettenstickerei	114	—	15	172
Hand-, Kunststickerei	38	—	—	84
Lorrainestickerei.	260	45	34	408
Nachstickerei	28	3	—	31
Schererei, Ausschniderei.	21	—	—	21
Ätzerei, Bleicherei etc.	17	33	—	50
Total	1108	234	225	1745

Eingeführt wurde die Stickerei in der Ostschweiz um 1750. Die Voraussetzungen zu ihrer Entwicklung in diesem Gebiet waren ausgesprochen günstig: es handelte sich um ein altes Textilgebiet, fast alle Rohstoff- und Hilfsindustrien waren bereits in nächster Nähe und gut entwickelt vorhanden, Handelsbeziehungen zu vielen Ländern waren bereits angebahnt. Die rasch steigende Nachfrage nach St. Galler Stickereien brachte eine baldige Ausdehnung der Industrie in die umliegenden Gebiete, doch blieben diese mehr oder weniger vom Zentrum St. Gallen abhängig. Zu Beginn der 1850er Jahre erfolgte durch die Verwendung der verbesserten Handmaschine und die gewaltige amerikanische Nachfrage der grosse Aufschwung. Wesentliche Voraussetzung dazu war die qualitative und quantitative Verbesserung der Rohmaterial- und Hilfsindustrien. Nach und nach stellte sich das ganze Wirtschaftsleben der Ostschweiz auf die Stickerei ein und half so mit, den Qualitätsvorsprung zu halten und auszubauen. Die Handstickerei wurde fast vollständig verdrängt und findet sich heute nur noch in geringem Umfang in Appenzell Inner-Rhoden. Die Einführung des Fabrikgesetzes von 1878 hatte eine vorübergehende Rückbildung der Hausindustrie zur Folge. Um 1890 begann die Schiffliemaschine die Handmaschine zu verdrängen, die nur noch für Spezialitäten reserviert blieb. Die Schifflimaschinen standen fast nur in Fabriken, allerdings Kleinbetrieben, wurden mittels mechanischer Antriebskraft betrieben und brachten, da eine Verzehnfachung der Leistungsfähigkeit zu erreichen war, eine Verbilligung der Produktion mit sich. Noch immer war die Stickerei stark lohnarbeitsintensiv². Als Standorte waren grössere Ortschaften mit guten Verkehrsverbindungen zu St. Gallen optimal.

¹ Zahlen zusammengestellt aus der Fabrikstatistik 1944.

² Das Lohnquantum betrug ca. 23% des gesamten Anlagekapitals. — Nef, a. a. O. S. 59.

Um die Jahrhundertwende kam der Stickautomat auf, der zu grossen Teilen die qualifizierte durch unqualifizierte Arbeit ersetzte ¹ und mehr Antriebskraft und Anlagekapital benötigte ². Nachdem der erste Weltkrieg relativ gut überstanden wurde, setzte 1920, hervorgerufen durch einen entscheidenden Modewandel (Vereinfachung der Kleidung, speziell Wäsche), eine Strukturkrise ein, von der sich die Stickerei bis heute nicht mehr erholen konnte, wenn auch gerade die letzten Jahre seit Ende des zweiten Weltkrieges einen neuen, allerdings bescheidenen Aufschwung gebracht haben. Die Abhängigkeit der Stickerei von der Mode ist, wie diese Strukturkrise gezeigt hat, enorm gross ³. Die Stickerei ist auch heute noch eindeutig arbeitsorientiert, was sich in den von Nef errechneten, sehr hohen Arbeitskoeffizienten ⁴, aber auch in der geringen Zahl der PS pro Arbeiter und pro Betrieb ⁵ äussert. Dieser starken Arbeitsorientierung entspricht auch eine starke Agglomeriertheit, was für die Ostschweiz durchaus zutrifft. Innerhalb des Industriegebietes wirkt die Grundrente deglomerativ, so dass die Betriebe ausserhalb St. Gallens stehen und in der Stadt sich nur Verwaltungs- und Handelshäuser halten können. Die Deglomerationstendenzen vermögen aber eine gewisse, durch die sehr stark wirkenden Fühlungsvorteile gezogene Grenze nicht zu überwinden. Verstärkt werden die ohnehin schon starken Ersparnisindizes durch die Ansiedlung der Roh- und Hilfsstoffindustrien im selben Gebiet. Wenn auch der Stickautomat eine Abschwächung der Arbeitsorientierung gebracht hat, so bleibt sie doch immer noch in starkem Masse bestehen, und es ist bis heute noch nicht gelungen, den optimalen Standort für feine Stickerei von der Ostschweiz wegzuziehen, wenn auch gröbere Ware schon im 19. Jahrhundert auch anderswo, z. B. im Vorarlberg, billiger produziert werden konnte. Möglicherweise hat bei der Stickerei der Ostschweiz ein Ruf-Faktor mitgewirkt.

Der Anteil der Frauenarbeit war seit jeher in der Stickereiindustrie sehr hoch gewesen ⁶. Keine schweizerische Industrie weist einen höheren Anteil Frauenarbeit auf. Die Stickerei zeichnet sich auch durch den höchsten Anteil Heimarbeit aus ⁷, obwohl deren absolute Zahl im Sinken begriffen ist. Dies lässt darauf schliessen, dass sich die Heimarbeit, die ausgesprochene Qualitätsarbeit herstellt, besser halten konnte als die Fabrikarbeit, deren Produkte eher den Charakter von Stapelwaren aufweisen.

¹ 1 «Puncher» ersetzte die Arbeit von 10 gelernten Stickern. — Nef, a. a. O. S. 61.

² Das Lohnquantum sank auf ca. 15 % des gesamten Anlagekapitals. — Nef, a. a. O. S. 63.

³ Die Auswirkungen der Krise zeigen sich daran, dass die Zahl der Fabrikarbeiter sehr stark sank. 1911 gleich 100 gesetzt, ergibt für 1944 noch die Zahl 61 (1911: 28 606 Arbeiter, 1944: 1745 Arbeiter.)

⁴ «Arbeitskoeffizient»: Begriff nach Weber. — Vgl. die Berechnungen Nefs. Nef, a. a. O. S. 105 ff.

⁵ 1944 kamen pro Arbeiter 0,6 PS und pro Betrieb 6 PS. Dies sind die kleinsten Werte aller schweizerischen Industriegruppen. — Fabrikstatistik 1944.

⁶ Der Anteil der Frauenarbeit steigt seit 1911, 1944 beträgt er 77,7 %. — Fabrikstatistik 1944.

⁷ Auf 100 Fabrikarbeiter entfielen 1944 60 Heimarbeiter. Der Anteil der Heimarbeiter an der Zahl der Fabrikarbeiter steigt seit 1929. — Fabrikstatistik 1944.

6. Übrige Textilindustrie

In dieser Gruppe sind eine Reihe von Spezialzweigen der Textilindustrie zusammengefasst, die sich nicht einheitlich nach einem bestimmten Rohstoff klassifizieren lassen oder deren Arbeiterzahlen zu klein sind, als dass eine selbständige Gruppe hätte gebildet werden können. Dank der Hutgeflechtindustrie steht der Kanton Aargau in dieser Gruppe an der Spitze der Kantone; er umfasst nahezu 40 % aller in dieser Gruppe beschäftigten Fabrikarbeiter.

Zahl der Fabrikarbeiter 1944¹

	AG	ZH	BE	SG	Schweiz
Jute, Kokos etc.	—	203	197	—	561
Strohverarbeitung.	—	45	—	—	64
Hutgeflechte	1197	—	—	—	1260
Rosshaarspinnerei	—	51	71	—	141
Posamenterie, Litzen	454	24	26	77	773
Elastikweberei	107	73	—	104	447
Spitzenklöppelei.	—	—	—	48	61
Krepp, Stramin.	2	—	17	—	40
Textilabfälleverwertung	239	308	269	319	1836
Total	1999	704	580	548	5183

Hutgeflechtindustrie²

Die heutige Hutgeflechtindustrie ist aus der Strohindustrie herausgewachsen, deren Herkunft nicht ganz abgeklärt werden kann. Wahrscheinlich wurde sie im 17. Jahrhundert an ihre erste schweizerische Produktionsstätte, das tessinische Onsernonetal, gebracht. Wenig später wird die Strohflechtereie auch im Kanton Aargau, in Wohlen, erwähnt, wo sie bald einen guten Aufschwung nehmen kann und sich in die umliegenden Gebiete verteilt und auch in den Kantonen Fribourg (Bulle) und Obwalden heimisch wird. Aargau, Fribourg und Tessin sind die Zentren geblieben, unter denen Wohlen unbedingt das Primat zukommt, wo denn auch in den 1830er Jahren das Strohfärben und -weben aufkommt und wenig später der Flechtstuhl erfunden wird. Damit ist die Umwandlung von der Haus- zur Fabrikindustrie begründet. Um 1870 setzt eine sehr starke Konkurrenzierung durch China und Japan ein, und die aargauische Industrie kann sich nur durch elastische Anpassungen an die Mode halten. Immer mehr werden nun auch andere Fasern (Hanf, Kunstseide etc.) geflochten — die alte Stroh- wandelt

¹ Zahlen zusammengestellt aus der Fabrikstatistik 1944.

² Walter C. Corrodi: Die schweizerische Hutgeflechtindustrie. Diss. Zürich 1924. Landmann, a. a. O. S. 221 ff.

Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft 1939, Bd. 1, S. 604 ff.

sich zur neuen Hutgeflechtindustrie. Diese ist eine Fabrikindustrie, wenn auch die Kleinbetriebe vorherrschen ¹.

Zur Standortsfrage ist zu sagen, dass für die alte Strohindustrie Material- und Arbeitsplätze ausschlaggebend gewesen sind. Sie konnte sich dort besonders gut entwickeln, wo Ackerbau mit Betonung auf Getreidebau, auf relativ kärglichem Boden und in Kleinbetrieben getrieben wurde, so dass die Bevölkerung im Winter auf einen Nebenerwerb angewiesen war. An solchen Standorten standen der Strohflechtereie billige Arbeitskräfte und billiges Rohmaterial zur Verfügung, die die Nachteile der für eine modeabhängige Industrie grossen Entfernung von den Konsumzentren (Paris, London, Wien, Berlin) wohl wettzumachen vermochten. Die Einarbeitung der Bevölkerung, die im Sommer in der Landwirtschaft oder in der Fremdenindustrie Beschäftigung fand, und die Tatkraft der Unternehmer vermochten dann in der Folge wahrscheinlich Ersparnisindizes von solcher Höhe zu begründen, dass auch die moderne Hutgeflechtindustrie sich an jenem Standort (Wohlen) halten konnte. Der traditionale Charakter des Standorts der Hutgeflechtindustrie ist sehr stark.

7. Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie

Hinsichtlich der Zahl der Fabrikarbeiter steht diese Industriegruppe in der Schweiz hinter der Maschinenindustrie an zweiter Stelle. Einige der in ihr zusammengefassten Zweige vermochten sich zu bedeutenden Exportindustrien zu entwickeln. Als Ganzes genommen ist diese Industriegruppe seit etwa 1895 in einem grossen Aufschwung begriffen, was darin zum Ausdruck kommt, dass sich in diesem Zeitraum die Zahl der Fabrikarbeiter vervierfacht hat. Sie ist in allen Kantonen vertreten, steht in den Kantonen Tessin, Thurgau, St. Gallen und Schwyz an erster, in den Kantonen Zürich, Aargau, Obwalden und Appenzell I.-Rh. an zweiter Stelle (Tabelle 2). Am meisten Fabrikarbeiter der Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie vereinigt der Kanton Zürich auf sich, gefolgt von Aargau, Bern, und St. Gallen (Tabelle 1).

a) Konfektionsindustrie ²

Die Produkte der Konfektionsindustrie wurden erstmals zu Beginn des 19. Jahrhunderts in die Schweiz eingeführt, doch vermochte sich vorerst eine einheimische Industrie nicht zu entwickeln, da die Wirtschaftsverfassung ihr anfänglich grosse Hindernisse in den Weg stellte, die notwendigen Rohstoffe fast ganz aus dem Ausland bezogen werden mussten und keine geeigneten Arbeitskräfte vorhanden waren. Die ersten Betriebe

¹ 1944 entfielen pro Betrieb durchschnittlich 30 Arbeiter und 105 PS. Im gleichen Jahre kamen auf 100 Fabrikarbeiter bloss noch 19 Heimarbeiter. — Fabrikstatistik 1944.

² Alfred Justitz: Die schweizerische Kleiderkonfektionsindustrie und Maßschneiderei. Diss. Basel 1943.

Zahl der Fabrikarbeiter 1944 ¹

	ZH	AG	BE	SG	SO	TG	TI	Schweiz
Männerkleider, Uniformen	874	1082	778	722	890	482	686	7 314
Frauen- und Kinderkleider	2829	43	267	1562	95	419	212	7 007
Gewobene Leibwäsche	398	441	115	998	74	149	1056	3 761
Strickerei, Wirkerei	1022	1208	892	440	288	1426	78	6 494
Strumpfwaren	538	225	194	1550	—	316	—	2 620
Krawatten	65	—	—	—	—	—	—	103
Korsette, Hosenträger	281	185	25	53	—	32	—	731
Hüte, Mützen, Käppi	453	64	387	8	10	—	162	1 570
Kürschnerei	142	29	68	21	—	—	29	710
Handschuhe	9	—	—	—	—	—	—	116
Wäscherei, Kleiderfärberei	871	38	326	52	64	—	24	2 335
Steppdecken	81	41	6	—	14	7	—	307
Künstliche Blumen, Kränze	27	51	—	—	—	12	29	119
Putzmacherei	120	—	15	—	—	—	—	189
Schuhwarenherstellung	700	2341	776	145	2835	1071	57	8 967
Schuhwarenreparatur	87	18	76	—	27	—	—	306
Bürsten, Pinsel	19	323	82	227	103	—	17	1 089
Zelluloidwaren	235	76	16	108	184	—	—	727
Schirme, Stöcke	105	—	16	50	—	—	29	287
Zeughauswerkstätten	424	194	1916	381	34	67	220	5 743
Total	9280	6359	6000	5917	4618	3981	2599	50 495

entstanden zwischen 1850 und 1875. Schutzzölle verhalfen ihnen über die Anfangsschwierigkeiten und glichen auf dem Inlandsmarkt die ausländischen Preise den inländischen an. Der eigentliche Aufschwung vollzog sich aber erst während des ersten Weltkrieges, als die Importe ausblieben. Von da an stieg die Zahl der Betriebe und der Arbeiter ständig an.

Damen- und Herrenkonfektion halten sich 1944 mit je rund 7000 Fabrikarbeitern die Waage. In der ganzen Konfektionsindustrie ist die Betriebskonzentration gering, entfallen doch durchschnittlich bloss 33 Arbeiter auf einen Betrieb ².

Zur Frage des Standorts der Damenkonfektion sagt Justitz ³: «Der Standort der Fabrikationsbetriebe ist arbeits- und konsumorientiert. Die qualitativ wertvolleren Erzeugnisse werden mehr in den Städten, die weniger kostbaren auf dem Lande, besonders in den Gegenden nahe der Landesgrenze hergestellt, wo ehemals den Betrieben die billigen Arbeitskräfte des Auslandes zur Verfügung standen.» Das eigentliche Zentrum der Damenkonfektion liege in Zürich, weitere wichtige Orte seien St. Gallen, Genf und Basel. — Bezüglich des Standortes der Herrenkonfektion stellt Justitz fest ⁴: «Der gute und bessere Genre ist vor allem mode-konsumorientiert,

¹ Zahlen zusammengestellt aus der Fabrikstatistik 1944.

² Fabrikstatistik 1944.

³ Justitz, a. a. O. S. 30.

⁴ Justitz, a. a. O. S. 32.

der mittlere und billigere Genre arbeitsorientiert.» Die erste Gruppe sei in den Kantonen Zürich, St. Gallen und Tessin zu finden, die zweite in den Kantonen Aargau, Solothurn und Thurgau. Ferner seien noch traditionale, früher konsumorientierte Standorte festzustellen, die heute aber Produkte des Mittelgenres herstellten, und zwar in den Kantonen Bern und Luzern. Das Zentrum der besseren Konfektion liege in Zürich, Betriebserweiterungen erfolgten aber ausschliesslich ausserhalb der grösseren Städte. Weitere wichtige Standorte seien St. Gallen, Baden, Bremgarten, Olten, Zofingen, Kreuzlingen und Amriswil. — Das Vorwiegen der Arbeitsorientierung zeigt sich in der niedrigen Zahl der PS pro Arbeiter ¹ und dem hohen Anteil der weiblichen Arbeitskräfte ². Die niedrige PS-Zahl pro Arbeiter deutet auf die Möglichkeit des Bestehens von Heimarbeit hin, die denn auch recht stark ist ³.

b) Wirkerei, Strickerei und Strumpfwarenindustrie ⁴

Das moderne maschinelle Wirken und Stricken ist aus dem Handstricken hervorgegangen, einer vermutlich sehr alten Kunst, die etwa im 16. Jahrhundert in der Schweiz bekannt wurde und sich der geringen technischen Schwierigkeiten wegen rasch über das ganze Land ausbreiten konnte. Die erste Maschine zur Herstellung von Maschenwaren (1589 in England erfunden), kam Mitte des 17. Jahrhunderts in die Schweiz und begründete die Wirkerei-Hausindustrie. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts nahm diese blühende Hausindustrie an Bedeutung rasch ab (Modewechsel, ausländische Konkurrenz), und erst um 1850 erhielt sie durch neue Erfindungen, das Aufkommen des Wolltrikots und einer günstigen Moderichtung wegen neuen Auftrieb. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts fand die Wandlung zum Fabrikbetrieb statt. Während die Wirkerei im Kanton Thurgau, in Amriswil, wo ein sächsischer politischer Flüchtling (Sallmann) wirkte, entstand, wurde um die gleiche Zeit (durch Frau Zimmerli-Bäurlin) im Kanton Aargau, im Bezirk Zofingen, die mechanische Strickerei begründet. Obwohl sich Strickerei und Wirkerei bald durchdrangen, blieben die ursprünglichen Zentren doch erhalten: Thurgau, Zürich: Wirkerei; Aargau, Bern: Strickerei. Ihren eigentlichen grossen Aufschwung erlebte die Strickerei- und Wirkereiindustrie im und nach dem ersten Weltkrieg, doch 1920 setzte eine starke Krise ein (Valutaschwierigkeiten, Zollschränken, ausländische Konkurrenz). Nur noch feinste Qualitätsware konnte exportiert werden. Der zollgeschützte Inlandsmarkt konnte keinen genügenden Ersatz bieten. Der zweite Welt-

¹ 1944 entfielen nur 0,2 PS auf den Arbeiter, der niedrigste Wert in der ganzen schweizerischen Industrie. — Fabrikstatistik 1944.

² Damenkonfektion 95 %, Herrenkonfektion 75 % weibliche Fabrikarbeiter. — Fabrikstatistik 1944.

³ 1944 entfielen auf 100 Fabrikarbeiter 34 Heimarbeiter, im ganzen in der Konfektionsindustrie 4935 Heimarbeiter. — Fabrikstatistik 1944.

⁴ Ernst Fahrländer: Die schweizerische Wirkerei- und Strickereiindustrie. Diss. Bern 1946.

krieg vermochte nicht die erhoffte Besserung der Lage zu bringen (Rohstoffmangel, politische Verhältnisse).

Die schweizerische Strumpfindustrie wurde bis zum ersten Weltkrieg von der deutschen Konkurrenz ganz an die Wand gedrückt, und erst der Ausbruch jenes Krieges brachte ihr einen ersten Aufschwung. Obwohl bald nach Kriegsende die deutsche Konkurrenz wieder einsetzte, konnte die Strumpfindustrie doch teilweise als Ausweichmöglichkeit für die niedergehende Stickereiindustrie dienen. Erst nach 1927, als Deutschland anderweitig stark engagiert war, konnte sich die Strumpfindustrie wieder erholen. Auch heute noch ist sie stark auf den Kanton St. Gallen konzentriert.

Der theoretische Standort der ganzen Wirkerei- und Strickereiindustrie dürfte vornehmlich arbeitsorientiert sein, entfallen doch in der Wirkerei und Strickerei ca. 25 %, in der Strumpfindustrie ca. 50 % der Produktkosten auf direkte Lohnkosten ¹. Ein weiterer Faktor, der auf Arbeitsorientierung schliessen lässt, ist der geringe Umfang der verwendeten motorischen Kraft ². Der tatsächliche Standort ist stark auf das Wirken individueller Faktoren zurückzuführen, doch wurde sowohl in der Ostschweiz als im Gebiet um Zofingen auf der alten Hausindustrie aufgebaut. Die Tatsache, dass die Produktionsstandorte in ländlichen Gegenden liegen und auch in diesem Industriezweig der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte sehr hoch ist ³, lässt auf quantitative Arbeitsorientierung schliessen. Die Produktion geschieht meist in Klein- und Mittelbetrieben, und die Heimarbeit ist, wenn auch im Vergleich zu früher unbedeutend, absolut immer noch ziemlich hoch ⁴.

c) Schuhindustrie ⁵

Hervorgegangen ist die moderne Schuhindustrie aus dem alten Schuhmacherhandwerk, und zwar kamen die ersten Anstösse zum Fabrikbetrieb aus Amerika, wo zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Erfindung der Nähmaschine die maschinelle Fabrikation der Schäfte ermöglichte und damit den grossen Umschwung einleitete. Dieser wurde durch weitere amerikanische Erfindungen weitergeführt, so z. B. das maschinelle Zusammenfügen von Sohle und Schaft und die maschinelle Herstellung von Rahmenschuhen. Dies erst brachte den Fabrikschuh qualitativ an den handgefertigten Schuh heran. Heute spielt die Handarbeit in den Schuhfabriken nur eine untergeordnete Rolle, sind doch in grösseren Betrieben bis zu 4000 verschiedene Maschinen aufgestellt.

¹ Fahrländer, a. a. O. S. 138.

² 1944: Wirkerei/Strickerei: 0,6 PS pro Arbeiter, 35 PS pro Betrieb. Strumpfwarenindustrie: 0,5 PS pro Arbeiter, 24 PS pro Betrieb. — Fabrikstatistik 1944.

³ Anteil der weiblichen Fabrikarbeiter: Wirkerei/Strickerei: 88 %, Strumpfindustrie: 73 %. — Fabrikstatistik 1944.

⁴ 1944 entfielen in der Wirkerei und Strickerei auf 100 Fabrikarbeiter 24 Heimarbeiter. Total waren es 1566 Heimarbeiter, worunter 1553 Frauen. Das Aufkommen der Nähmaschine verdrängt die Heimarbeit immer mehr. — Fabrikstatistik 1944.

⁵ *Walter Roediger*: Das Schuhgewerbe in der Schweiz. Diss. Zürich 1925.

Die erste schweizerische Schuhfabrik wurde 1851 in Schönenwerd (durch C. F. Bally) aus einer Band- und Hosen trägerfabrik heraus entwickelt. Die anfänglich schlechte Qualität der Schuhe zwang zum Export, hauptsächlich nach dem noch sehr rückständigen Südamerika. Die genannten Erfindungen liessen jedoch einen raschen Aufschwung zu, und besonders um die Jahrhundertwende entstanden sehr viele neue Fabriken. Der erste Weltkrieg brachte wegen Rohstoffmangels und Exportschwierigkeiten einen empfindlichen Produktionsrückgang, die eigentliche Krise setzte aber erst 1920 ein. Erst Einfuhrbeschränkungen des Bundes hielten die ausländische Konkurrenz wieder vom schweizerischen Markte zurück. Immer mehr zeigte sich die Eigenart der schweizerischen Schuhindustrie, die sich auf den Luxus- und Modeschuh spezialisierte und dadurch Weltbedeutung erlangte. Das Auftreten der billigen Bataschuhe in der Schweiz und die gleichzeitig einsetzende Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre brachten die Industrie in eine schwierige Lage, die noch verschärft wurde durch die Tatsache, dass sich unter dem Schutz der Zollmauern die schweizerische Schuhindustrie überexpandiert hatte. Erst zu Beginn des zweiten Weltkrieges fand die Marktüberschwemmung ein Ende (Militäraufträge, grössere private Reserven wegen Krieges). Wegen Rohstoff- und Exportschwierigkeiten ging die Zahl der Fabrikarbeiter während des Krieges leicht zurück.

Die Hochwertigkeit von Rohstoff und Produkt und die geringe Zahl der verwendeten motorischen PS ¹ lassen auf Arbeitsorientierung in der schweizerischen Schuhindustrie schliessen. Die Tatsache, dass die meisten Schuhfabriken in ländlichen Gegenden liegen, liesse quantitative Arbeitsorientierung vermuten, doch ist aus dem geringen Anteil der weiblichen Arbeitskräfte ² und dem hohen Prozentsatz an gelernten Arbeitern ³ der Schluss zu ziehen, dass dem gewerblichen Können der Arbeitskräfte doch ziemliche Bedeutung beigemessen wird. — Das Zentrum der schweizerischen Schuhindustrie liegt in den Kantonen Solothurn und Aargau, die mehr als 50 % der Schuhindustriearbeiter umfassen. Ein kleineres Zentrum befindet sich in der Ostschweiz im Kanton Thurgau. Hauptproduktionsort ist Schönenwerd, weitere bedeutende Standorte sind Aarau, Villmergen, Dulliken, Olten, Herzogenbuchsee, Oberaach und Gelterkinden. Die Heimarbeit ist fast ganz verschwunden ⁴, der fabrikmässige Grossbetrieb herrscht vor ⁵.

¹ Pro Betrieb entfielen 1944 93 PS, pro Arbeiter 0,9 PS. — Fabrikstatistik 1944.

² Anteil der weiblichen Fabrikarbeiter an der Zahl aller Fabrikarbeiter im Jahre 1944: 44 %. — Fabrikstatistik 1944.

³ 1939 waren 74 % aller Arbeiter gelernte Arbeiter! — Eidgenössische Betriebszählung vom 24. August 1939, Bd. 3: Die Gewerbebetriebe in der Schweiz 1939. Statistische Quellenwerke der Schweiz, herausgegeben vom Eidgenössischen Statistischen Amt, Heft 163, Bern 1942.

⁴ 1944 kamen auf 100 Fabrikarbeiter bloss noch 4 Heimarbeiter. — Fabrikstatistik 1944.

⁵ Pro Betrieb entfielen 1944 durchschnittlich 100 Arbeiter. — Von den total 90 Betrieben umfassten die 12 mit je mehr als 200 Arbeitern (oder 13 %) 65 % aller Arbeiter und PS. — Fabrikstatistik 1944.

8. Nahrungs- und Genussmittelindustrie ¹

Diese Industriegruppe stand 1944 nach der Zahl der Fabrikarbeiter unter den schweizerischen Industriegruppen an sechster Stelle. Die meisten in ihr enthaltenen Zweige sind noch recht jung, d. h. — obwohl schon sehr lange bekannt —, gingen sie doch erst im letzten Jahrhundert zur fabrikmässigen Produktionsweise über. Sie ist die bedeutendste Industrie im Kanton Fribourg und nimmt auch in den Kantonen Tessin, Waadt und Aargau vordere Plätze in der Rangfolge der Industrien ein. Absolut am meisten Fabrikarbeiter dieser Gruppe weist der Kanton Zürich auf, gefolgt von den Kantonen Bern und Aargau.

Zahl der Fabrikarbeiter 1944 ²

	ZH	BE	AG	VD	TI	FR	Schweiz
Müllerei	239	379	184	183	106	34	1 963
Bäckerei	415	32	—	20	18	75	871
Biskuits, Zuckerwaren	644	330	202	82	30	323	2 463
Schokolade, Kakao	650	406	49	753	262	661	3 712
Teigwaren	157	156	42	113	40	16	1 247
Kaffeerösterei, -surrogate . .	40	24	—	54	—	—	330
Zucker	5	294	38	—	—	—	383
Vegetabilische Konserven . .	831	701	487	61	13	21	3 565
Milchsiederei	31	173	—	—	—	34	318
Schachtelkäse	26	455	—	—	—	—	664
Andere Milchprodukte	28	46	—	31	—	—	178
Speisefett, -öl	138	414	—	103	33	—	1 557
Wurstwaren, Fleischkonserven	440	81	68	—	54	—	1 519
Bierbrauerei	518	221	198	35	82	166	1 960
Andere alkoholische Getränke	—	—	—	—	18	—	49
Sprit, Presshefe	—	20	17	—	—	9	54
Mineralwasser, Limonaden . .	76	18	26	62	34	—	330
Andere alkoholfreie Getränke	74	13	—	18	—	—	136
Speiseessig, Senf, Gewürze . .	27	11	13	—	—	—	176
Kunsteis	—	1	—	—	—	—	20
Tabakprodukte	409	602	2850	691	1249	92	7 001
Total	4748	4377	4174	2206	1939	1425	28 096

a) Schokoladenindustrie ³

In der Schweiz ist die Schokolade zu Beginn des 19. Jahrhunderts — von Frankreich und Italien herkommend — bekanntgeworden, weshalb be-

¹ Karl Oetiker: Die Standorte der schweizerischen Industrie der Lebens- und Genussmittel. Diss. Basel 1915.

Neumann und Weckerle: Industrien der Nahrungs- und Genussmittel, in: Die schweizerische Industrie und ihre Arbeiter, herausgegeben im Auftrag des schweizerischen Gewerkschaftsbundes. 3. Folge, Olten 1945.

Landmann, a. a. O. S. 271 ff.

Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft 1939, Bd. 2, S. 204 ff.

² Zahlen zusammengestellt aus der Fabrikstatistik 1944.

³ Benützte Literatur: Hans Hartmann: Zur ökonomischen Theorie der schwei-

zeichnenderweise die ersten Betriebe in der romanischen Schweiz entstanden sind (Bleniot 1803, Vevey 1819, Serrières 1826). Suchard gelang es, durch geschickte Propaganda die Schokolade bald zu einem eigentlichen Marktartikel zu machen, aber der Aufschwung der schweizerischen Schokoladenindustrie zur weltbedeutenden Exportindustrie wurde erst durch die Erfindung der Milkschokolade (durch Peter 1875) und der Fondantschokolade (durch Lindt 1879) begründet. Von da an setzte ein sprunghafter Aufstieg ein, doch schon vor dem ersten Weltkrieg machten sich die Anzeichen eines Exportrückganges geltend, der durch ausländische Zollmauern und die zu ihrer Umgehung errichteten Auslandsbetriebe schweizerischer Unternehmungen hervorgerufen wurde. Nach 1920 ging dieser Prozess in vermehrtem Masse weiter, und heute ist die Schokoladenindustrie stark auf den Inlandsmarkt angewiesen.

Die ersten Standorte waren arbeitsorientiert (Bleniot) oder entstanden zufälligerweise. Je mehr die Mechanisierung fortschritt, desto stärker wurde die Attraktion der Fallwerke als Kraftmateriallager. Die Erfindung der Milkschokolade hatte insofern eine Verstärkung der schweizerischen Standorte gebracht, als einmal die Qualität gehoben werden konnte und gleichzeitig der Anteil der überseeischen Rohstoffe (Zucker, Kakao) im fertigen Produkt gesenkt werden konnte. Die Folge dieser Erfindung war die Verlegung einzelner Betriebe in die eigentlichen Milchgegenden (Gruyère, Mittelland). Die Möglichkeit der Verwendung von Trockenmilch, die ein Reinmaterial ist, hob diesen spezifisch schweizerischen Standortsvorteil wieder auf, und lediglich die besondere Qualität der Schweizer Milch und die speziellen Produktionsverfahren sicherten der schweizerischen Schokoladenindustrie noch einen gewissen Vorteil. Die fortgesetzte Auswanderung der Industrie trug dazu bei, diesen speziellen Ruf weiter zu untergraben. — Heute ist die Schokoladenindustrie primär konsumorientiert, da Kakao und Zucker als überseeische Rohmaterialien innerhalb der Schweiz nicht attraktiv wirken, Trockenmilch ein Reinmaterial ist, der Kraftstoff Elektrizität als Ubiquität gelten darf und qualifizierte Arbeit praktisch keine Rolle spielt ¹. Neben der Konsumorientierung, die sich in einer langsamen Binnenwanderung von der welschen in die deutsche Schweiz äussert ², sind für die Lage der tatsächlichen Standorte wohl auch traditionale Momente und die Einarbeitung der Arbeitskräfte von Bedeutung. Die wichtigsten Kantone sind immer noch Waadt, Freiburg, Zürich, Neuenburg und Bern, die wichtigsten Standorte sind Broc, Bern, Kilchberg (Zürich), Neuenburg, Orbe und Freiburg. Die Schokoladenindustrie ist heute eine typische Grossbetriebsindustrie ³.

zerischen Schokoladenindustrie mit besonderer Berücksichtigung der Standortsfrage. Diss. Bern 1919.

Alfred Gutzwiller: Die schweizerische Schokoladenindustrie und die Weltkakaowirtschaft. Diss. Basel 1931.

¹ 1939 betrug der Anteil der gelernten Arbeit an der Gesamtarbeiterzahl bloss 7%. — Eidgenössische Betriebszählung 1939, Bd. 3.

² Neumann und Weckerle, a. a. O. S. 91 f.

³ Von den total 34 Betrieben umfassten die 5 (15%) mit je mehr als 200 Arbeitern 60% der Arbeiter und 50% der PS. — Pro Betrieb entfielen 1944 durchschnittlich 109 Arbeiter und 443 PS. — Fabrikstatistik 1944.

b) Konservenindustrie

Unter der Bezeichnung «Konservenindustrie» hat man sowohl die Konservierung von Früchten und Gemüse als auch die Herstellung von Suppenpräparaten zu verstehen. Die Entstehung der Konservenindustrie ist aus dem Trachten der Menschen nach Erhaltung leicht verderblicher Nahrungsmittel herzuleiten. Die ersten Ansätze in der Schweiz fallen in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, als ungefähr gleichzeitig die Konservenfabrik in Lenzburg und die Suppenpräparatefabrik in Kemptthal gegründet worden sind. Die Industrie konnte einen raschen Aufschwung nehmen, doch wurden ihr nach anfänglichen Erfolgen um die Jahrhundertwende die Auslandsmärkte durch Schutzzölle verschlossen, so dass es zur Gründung von Zweigbetrieben im Ausland kommen musste. Seit jener Zeit arbeitet die Industrie fast ausschliesslich für den Inlandsmarkt.

Die Standorte der Konservenindustrie sind theoretisch und praktisch materialorientiert, und zwar an den Rohstoffen Gemüse und Früchte, wobei es besonders die rasche Verderblichkeit der Rohstoffe ist, die den Produktionsort an deren Lager bindet. Entscheidend ist somit dieser spezielle Faktor ¹. Die Standorte sind deshalb in ländlichen Gegenden zu suchen, wo der Industrie, die nur sehr wenig qualifizierte Arbeit benötigt, zudem noch billige Arbeitskräfte in genügender Anzahl zur Verfügung stehen. Die wichtigsten Standorte sind Lenzburg, Seon, Stalden, Rorschach, Bischofszell, Frauenfeld für die Konserven und Kemptthal und Thayngen für die Suppenindustrie. Die Produktion geschieht meist in Grossbetrieben ².

c) Brauereiindustrie

Die heutige Brauereiindustrie ist aus dem alten Hausbrau entstanden, der sich der geringen Haltbarkeit des Bieres wegen sehr lange behaupten konnte. Erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts gestatteten Vervollkommnungen der Produktionstechnik — insbesondere die Erfindung der Kältemaschine und die Verbesserung der Gärungsmethoden, die das Bier haltbarer und schmackhafter machten — den Übergang zur modernen Brauereiindustrie, die nun unabhängig von Jahreszeit und Witterung produzieren konnte. Mit der fortschreitenden Mechanisierung ³ ging gleichzeitig ein Konzentrationsprozess einher, da nur kapitalkräftige Unternehmen die neuen Einrichtungen anschaffen konnten. Da diese neuen Maschinen das Produktionsminimum erheblich heraufsetzten, ergab sich ein die Nachfrage stark übersteigendes Angebot, und der daraus entstehende Konkurrenzkampf

¹ Oetiker, a. a. O. S. 172.

² 1944 umfassten von den total 50 Betrieben die 5 (10%) mit je mehr als 200 Arbeitern 55% aller Arbeiter und PS. — Fabrikstatistik 1944.

³ Die pro Arbeiter entfallenden PS stiegen von 3,5 im Jahr 1911 auf 5,6 PS anno 1929 und auf 12,6 PS im Jahr 1944. — PS pro Betrieb: 1911: 102 PS, 1929: 284 PS, 1944: 450 PS. — Daraus wird der Mechanisierungsprozess deutlich. — Fabrikstatistik 1944.

(«Hektoliterjagd») eliminierte weitere Unternehmungen¹. So ist es nicht erstaunlich, dass sich heute die Brauerei massgeblich in Grossbetrieben vollzieht².

Primär ist die Brauerei von allem Anfang an konsumorientiert an den grossen Industrie- und Bevölkerungsagglomerationen, was angesichts dessen, dass das Wasser als Ubiquität ca. 80% des Endproduktes ausmacht, die übrigen Rohmaterialien fast ausschliesslich importiert werden müssen und dem Faktor Arbeit nur geringe Bedeutung zukommt, sehr verständlich sein dürfte. Früher wirkte die geringe Haltbarkeit des Bieres in gleicher Richtung. Vor dem Aufkommen der modernen Kühltechnik vermochten die Felsenkeller als Lagerräume für fertiges Bier eine gewisse Attraktion auf den Standort auszuüben, doch wirkt dieser ehemals spezielle Standortsfaktor nur noch traditional nach. Allenthalben wird auch das Wasser — besonders weiches Wasser eignet sich für die Brauerei — als spezieller Standortsfaktor gewürdigt, doch gehen hier die Meinungen weit auseinander. Vermutlich, allerdings eher im Ausland (München, Pilsen), kann auch vom Wirken eines Ruf-Faktors gesprochen werden. — Die Lagerung der tatsächlichen Standorte zeigt, dass sich theoretisch-optimale und tatsächliche Standorte in der Schweiz nicht schlecht entsprechen: die wichtigsten Standorte sind Zürich, Basel, Rheinfelden, Winterthur, Bern, Fribourg; die wichtigsten Kantone: Zürich, Bern, Aargau, Freiburg, Baselstadt und St. Gallen.

d) Tabakindustrie³

Der Tabak wurde um die Mitte des 16. Jahrhunderts in der Schweiz bekannt, sein Genuss aber erst behördlich erlaubt, als die fiskalische Nutzung des Tabakgenusses erkannt worden war. Schon seit Beginn des Tabakanbaues waren das Waadtland (Broyegebiet) und der Tessin (Sottoceneri) die Hauptanbaugebiete, doch vermochte der schweizerische Tabakanbau weder qualitativ noch quantitativ je eine erhebliche Bedeutung zu erlangen. Die Zigarrenfabrikation, die um 1850 in der Schweiz bekannt wurde — im Tessin und Waadtland durch ausländische politische Flüchtlinge, im Aargau durch einen aus Amerika zurückgekehrten Aargauer —, gab der Tabakindustrie den eigentlichen Aufschwung. Um 1870 trat erstmals die Zigarettenfabrikation auf, doch erst die Verbilligung der Produktion durch Einführung der maschinellen Fabrikationsweise (um 1890) und die im ersten Welt-

¹ Es liegt hier die bekannte Erscheinung vor, dass der kapitalintensive Betrieb (unter Voraussetzung des Handelns nach dem wirtschaftlichen Prinzip) besonders stark darauf tendiert die Ausbringung auf ein Maximum zu steigern, um den Anteil der Kosten der Amortisation und Verzinsung des Anlagekapitals pro Einheit des Produktes auf ein Minimum zu drücken.

² Von den total 55 Betrieben umfassten 1944 die 13 (26%) mit je mehr als 50 Arbeitern rund 60% aller PS und Arbeiter. — Fabrikstatistik 1944.

³ Benützte Literatur:

Hans Peter Scheibli: Marktformen und Marktinterventionen in der Schweizerischen Tabakwirtschaft. Diss. Basel 1946.

Paul Haas: Die tessinische Tabakindustrie und die Verhältnisse ihres Standorts. Diss. Bern 1930.

Robert Kropf: Die schweizerische Zigarettenindustrie. Diss. Zürich 1938.

krieg einsetzende Geschmacksänderung ermöglichten ihr eine grössere Verbreitung. Die Tabakindustrie konnte sich nie zur Exportindustrie entwickeln; den Inlandsmarkt — nicht zuletzt durch Zollschranken — vermochte sie sich aber weitgehend zu bewahren.

«Das Hauptzentrum der schweizerischen Tabakindustrie liegt im Kanton Aargau und im angrenzenden luzernischen Gebiet, d. h. also im Wynen- und Seetal ¹.» Die Hauptproduktionsorte sind Reinach, Beinwil, Burg und Menziken. Ein zweites Zentrum liegt im Tessin, in den Orten Mendrisio, Chiasso und Brissago ². Das dritte Zentrum liegt in den Kantonen Waadt und Wallis, mit den Orten Vevey, Payerne und Yverdon ³. — Die Zigarrenindustrie ist auch heute noch in grossem Masse arbeitsorientiert, wie dies aus den Berechnungen von Haas hervorgeht ⁴. Die Zigarren werden meist von Hand hergestellt, und zwar ist dazu eine besondere Fingerfertigkeit notwendig, die vornehmlich Frauen eignet, woraus der hohe Anteil Frauenarbeit resultiert ⁵. Der tatsächliche Standort stimmt weitgehend mit dem theoretisch-optimalen überein: die Betriebe sind meist in ländlichen Gegenden zu finden, in den Kantonen Aargau, Waadt und Tessin (hier nahe der Grenze, der billigen ausländischen Arbeitskräfte und früher der Schmuggelmöglichkeiten wegen!). Die Anhäufung der Produktion an relativ wenigen Arbeitsplätzen — woraus höhere Ersparnisindizes entstehen — entspricht durchaus dem Charakter der Arbeitsorientierung. Die Zigaretten wurden zu Beginn in Zigarrenfabriken von Hand hergestellt, so dass sich auch für die Zigarettenfabrikation Arbeitsorientierung ergeben hatte. Mit dem Aufkommen der maschinellen Produktionsweise wurde die Bindung an die Arbeitsplätze gelöst, und die Zigarettenindustrie wurde eindeutig konsumorientiert. Die starke Konzentration auf Zürich und Genf und die Erhaltung von Standorten in ländlichen Gegenden zeigen, dass Agglomerationsvorteile ⁶ und irrationale Faktoren (Unternehmergeist, sprachliche Affinitäten, Zufälligkeiten) zur Erklärung der konkreten Standorte herangezogen werden müssen. Auch bei der Zigarettenindustrie ist der Anteil der Frauenarbeit sehr gross ⁷. Die Produktion ist in hohem Masse mechanisiert ⁸.

¹ Scheibli, a. a. O. S. 25. — 1939 umfasste dieses Gebiet rund 46 % der Betriebe und 47 % der Arbeiter. — Eidgenössische Betriebszählung 1939.

² Scheibli, a. a. O. S. 25. — Nach der eidgenössischen Betriebszählung von 1939 umfasste der Tessin 14 % der Betriebe und 16 % der Arbeiter.

³ Scheibli, a. a. O. S. 25. — Waadt und Wallis zusammen umfassten 1939 8 % der Betriebe und 11 % der Arbeiter. — Eidgenössische Betriebszählung 1939.

⁴ Haas, a. a. O. S. 87 ff. — Oetiker kam schon vor Haas zu ähnlichen Ergebnissen (Oetiker, a. a. O. S. 156 ff.).

⁵ 1944 betrug der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte 78 %. — PS pro Arbeiter: 0,28 PS. Auch dieser Wert deutet auf Arbeitsorientierung. — Fabrikstatistik 1944.

⁶ Kropf, a. a. O. S. 39 ff. Der hohe Formkoeffizient deutet auf das Wirken von Agglomerationsfaktoren hin.

⁷ 1939 betrug der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte 77 %. — Eidgenössische Betriebszählung 1939.

⁸ 1939 entfielen pro Arbeiter bloss 0,8 PS und pro Betrieb 49 PS. — Eidgenössische Betriebszählung 1939. — Die verwendeten Maschinen brauchen nur wenig Antriebskraft, so dass diese Zahlen kein richtiges Bild vermitteln.

9. Chemische Industrie¹

Die Bedeutung der chemischen Industrie, die erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden, seither aber in stetigem Aufschwung begriffen ist, liegt nicht so sehr in der Zahl der in ihr beschäftigten Arbeiter, wo sie nur eine untergeordnete Rolle spielt, als darin, dass sie sich zu einer der ersten Exportindustrien emporzuschwingen vermochte und in einzelnen Zweigen Weltbedeutung gewonnen hat. Ihr Schwerpunkt liegt in der Stadt Basel, wo rund ein Drittel sämtlicher Fabrikarbeiter der schweizerischen chemischen Industrie konzentriert ist. Ein weiteres Zentrum findet sich im Kanton Wallis (Tabelle 1). Wie Tabelle 2 zeigt, ist sie in diesen beiden Kantonen auch die weitaus wichtigste Industrie, im Wallis 40%, in Baselstadt 30 % der Fabrikarbeiter des Kantons umfassend.

Zahl der Fabrikarbeiter 1944²

	BS	VS	ZH	BE	AG	Schweiz
Teerfarben	2824	762	38	—	—	4 031
Heilmittel, Riechstoffe	3003	—	355	608	416	6 237
Farbwaren, Lacke	32	—	317	100	156	1 075
Salze, Säuren, Düngemittel . .	42	182	387	—	478	1 581
Verdichtete Gase	10	17	70	24	14	186
Elektrochemische Produkte . .	—	1938	229	240	112	3 078
Seifen, Kerzen	131	7	357	119	45	1 354
Technische Fette, Wicse . . .	49	—	126	21	87	444
Leim, Gelatine	—	—	60	—	45	272
Stärke, Klebstoffe	—	—	122	—	9	206
Sprengstoffe, Feuerwerk . . .	—	44	—	443	285	900
Zündhölzchen, -kerzen	—	—	9	128	—	384
Zelluloid	—	—	—	180	—	180
Künstliche Edelsteine, Perlen	—	38	4	—	—	105
Linoleum, Kunstleder	—	—	101	—	—	247
Kehrichtverbrennung	12	—	38	—	—	50
Total	6103	2988	2213	1863	1647	20 420

a) Teerfarbenindustrie

Schon bald nach der Erfindung der ersten Teerfarben in England und Frankreich wurden in Basel in der Zeit zwischen 1859 und 1868 die ersten

¹ Benützte Literatur:

Waller Mangold: Die Entstehung und Entwicklung der Basler Exportindustrie mit besonderer Berücksichtigung ihres Standortes. Diss. Basel 1935.

Waller Jaeger: Der Standortsaufbau der Basler Industrie. Diss. Basel 1936.

Carl Christiansen: Chemische und Farbenindustrie. STO I, II. Teil, Heft 2, Tübingen 1914.

Landmann, a. a. O. S. 249.

Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft 1939, Bd. 1, S. 323 ff.

Neumann und Weckerle: Papierfabrikation, Chemische Industrie, in: Die Schweizerische Industrie und ihre Arbeiter, 8. Folge, Olten 1946.

² Zahlen zusammengestellt aus der Fabrikstatistik 1944.

Teerfarbenfabriken errichtet. Anlass dazu boten — trotz des Fehlens von nahen Rohmaterial- und Kraftstofflagern — einesteiis die das Produkt und nicht das Verfahren schützende französische Patentgesetzgebung und das Fehlen einer solchen in der Schweiz überhaupt, andernteils die guten Absatzverhältnisse und Fühlungsvorteile mit den Basler Seidenfärbereien und Mülhauser Druckereien sowie die persönliche Initiative der ersten Unternehmer. Die Basler Betriebe vermochten sich bald auf dem Weltmarkt durchzusetzen und waren stark am allgemeinen grossen Aufschwung der chemischen Industrie beteiligt. Ausländische Schutzzölle zwangen bald zu Betriebsverlegungen ins Ausland. Je länger desto klarer zeigte es sich, dass die ungünstige Rohstofflage, der kleine innere Markt und die billigere ausländische Konkurrenz die Fabrikation von Massenartikeln in der Schweiz verunmöglichten und dass die Erhaltung der Industrie nur durch Spezialisierung auf hochwertige Qualitätsprodukte zu erreichen war. Durch den zweiten Weltkrieg ist — wenigstens für eine gewisse Zeit — der grösste Konkurrent, Deutschland, ausgeschaltet worden, und die Zukunft muss zeigen, ob die schweizerische Teerfarbenindustrie einen Teil des deutschen Erbes übernehmen kann.

Zur Zeit der Entstehung war die Teerfarbenindustrie standortsmässig an den Färbereien konsumorientiert, da die Farben vorerst nur eine geringe Haltbarkeit aufwiesen und noch keine eigenen Applikationsbetriebe angegliedert werden konnten. Mit der Entwicklung dieser und dem Anwachsen der Betriebsgrösse wird das Wasser zum ausschlaggebenden Standortsfaktor, einerseits des grossen Bedarfes bei der Produktion, anderseits der Notwendigkeit der Fortschaffung giftiger Abwässer wegen. Standorte an grossen Flussläufen bergen zudem noch die Möglichkeit, durch billigere Wassertransporte höhere Ersparnisindizes zu schaffen (Basler Rheinhafen!). Die Attraktion der Rohstofflager ist nicht sehr gross, da die Teerdestillate (besonders Benzol) in der Produktion nur geringe Gewichtsverluste erleiden. Die Entwicklung der Elektrizität wirkt in der Schweiz in der Richtung der Stärkung der Rationalität der Basler Standorte (Kraftwerk Augst!). Die Arbeitskraft in der Teerfarbenindustrie ist von geringer Bedeutung, da nur geringe Geschicklichkeit vonnöten ist ¹, dagegen spielt die Güte des Forscherstabes eine sehr grosse Rolle, wobei der Basler Universität und der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich grosses Verdienst zukommt. — Zur Erklärung der Konzentration der schweizerischen Teerfarbenindustrie in Basel sind einmal traditionale Elemente, dann aber auch die Standortsträgheit, die angesichts der hohen Anlagekosten ² und der daher bedingten Grossaggregate ³ sehr bedeutend ist, heranzuziehen. Dieser und speziell der

¹ 1939 betrug der Anteil der gelernten Arbeiter an der Gesamtarbeiterzahl bloss 18 %. — Eidgenössische Betriebszählung 1939, Bd. 3.

² Nach Landmann kann «das Verhältnis zwischen Anlagekapital und Arbeitsintensität ziemlich adäquat erfasst werden nach dem Verhältnis zwischen der Zahl der in Betrieben verwendeten motorischen Pferdekraften und der Zahl der beschäftigten Arbeiter». Landmann, a. a. O. S. 155. — In der Teerfarbenindustrie entfielen 1944 pro Arbeiter 8,4 PS. — Fabrikstatistik 1944.

³ 1944 umfassten von den total 9 Betrieben die 3 (33 %) mit je mehr als 500 Arbeitern 74 % aller Arbeiter und 64 % aller PS. — Pro Betrieb entfielen durchschnittlich 448 Arbeiter und 3750 PS. — Fabrikstatistik 1944.

Hochwertigkeit der Basler Produkte ist die Erhaltung einer bedeutenden Teerfarbenindustrie in der Schweiz überhaupt zu verdanken, da auch Basel — obwohl in der Schweiz der einzig mögliche — durchaus nicht als optimaler Standort angesehen werden kann.

b) Heilmittel- und synthetische Riechstoffindustrie

Der Beginn der fabrikmässigen Herstellung von Heilmitteln fällt in die Zeit um 1880, während vorher der Bedarf durch die Apotheken gedeckt worden ist. Es sind generell zwei Wurzeln der heutigen pharmazeutischen Industrie festzustellen: 1. Betriebe, die aus Apotheken herausgewachsen sind, und 2. Betriebe, die in enger Anlehnung an die Teerfarbenindustrie entstanden sind, und zwar weil zu Beginn meist die gleichen Rohstoffe verwendet worden sind, weil die pharmazeutische Industrie eine grosse Vertriebsorganisation benötigt, die die Teerfarbenindustrie bereits besessen hat, und weil die Teerfarbenindustrie an der Angliederung eines Zweiges interessiert war, dessen Produktion eine grosse Nachfragekonstanz eignet. Wie die Teerfarbenindustrie, nahm auch die pharmazeutische Industrie einen raschen Aufschwung, der besonders im ersten Weltkrieg sehr gross war, musste sich aber schon bald auf hochwertige Spezialitäten umstellen und die Fabrikation von Massenartikeln dem Auslande überlassen. — In den 1890er Jahren ist auch die Industrie für Herstellung synthetischer Riechstoffe entstanden, die sich aber weitgehend von der Teerfarbenindustrie loszulösen vermochte und heute vornehmlich auf Genf konzentriert ist. — Die pharmazeutische Industrie weist ähnliche Züge wie die Teerfarbenindustrie auf, nur dass bei ihr der Faktor Arbeit eine grössere Rolle spielt ¹ und mehr Frauen beschäftigt sind ². Die ausserordentlich kostspieligen Anlagen führten auch hier zu starker Betriebskonzentration ³. Auch in diesem Industriezweig überragt als Standort Basel, doch nicht in gleichem Masse wie bei der Teerfarbenindustrie. Genf, Zürich, Bern, Zofingen sind weitere wichtige Produktionsorte.

c) Industrie der Schwerchemikalien (Salze, Säuren etc.)

Die schwere chemische Industrie, deren Anfänge in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts zurückreichen (1778 Säurefabrik Winterthur), vermochte sich des Rohstoffmangels (Kohle!) und des hohen Lohnniveaus wegen in der Schweiz nie richtig durchzusetzen und blieb im wesentlichen

¹ Pro Arbeiter entfielen 1944 in der chemisch-pharmazeutischen Industrie bloss 3,5 PS. — Fabrikstatistik 1944.

² Der Anteil der Frauenarbeit beträgt in der pharmazeutischen Industrie 1944 30 %, in der Teerfarbenindustrie nur 6 % (schwerere, gefährlichere Arbeit). Fabrikstatistik 1944.

³ 1944 umfassten von den total 83 Betrieben die 4 (5 %) mit je mehr als 500 Arbeitern 55 % aller Arbeiter und 63 % aller PS. — Fabrikstatistik 1944. — Immerhin scheinen sich in diesem Zweig auch Klein- und Mittelbetriebe — anders als in der Teerfarbenindustrie — halten zu können.

auf den Inlandsmarkt beschränkt, ohne aber dessen Bedarf decken zu können. Der durch die primitiven Verkehrsmittel bedingte anfängliche Entfernungs-
schutz ging im Laufe des 19. Jahrhunderts verloren, und der überwiegende
Teil des Inlandbedarfes wurde durch das Ausland gedeckt. Der erste Welt-
krieg zeigte drastisch die Folgen dieser Abhängigkeit im Bezug der chemischen
Basisprodukte vom Ausland, und daher wurde 1916 in Zurzach (Salzlager!)
eine Sodafabrik, in Schweizerhalle (Nähe der Basler chemischen Industrie,
Salzlager) im gleichen Jahre eine Säurefabrik errichtet, die zusammen mit
der alten Säurefabrik in Uetikon (Zürich), die aber transportkostenmässig
Basel gegenüber ungünstig gelegen war, einen grösseren Teil des Inland-
bedarfes zu decken vermochten. Die Kunstdüngerfabrikation, etwa 1880 in
der Schweiz aufgenommen, blieb im wesentlichen — der grossen benötigten
Menge elektrischer Energie wegen — im Kanton Wallis konzentriert.

Die Abhängigkeit der theoretisch und praktisch optimalen Produktions-
orte vom Produkt und der angewandten Technik lässt keine allgemeinen
Aussagen über die Standorte der schweizerischen chemischen Schwerindustrie
zu, und eine eingehende Untersuchung würde über den Rahmen dieser Arbeit
hinausgehen. Konsumorientierung, Kraftstofforientierung und ausseröko-
nomische Faktoren (Unabhängigkeit vom Ausland etc.) scheinen die schwei-
zerischen Standorte bestimmt zu haben ¹.

d) Elektrochemische Industrie

Der erste Zweig der elektrochemischen Industrie in der Schweiz war
die Aluminiumindustrie — 1889 in Neuhausen begründet — die aber heute
in den schweizerischen Statistiken der Metallindustrie zugezählt wird (siehe
daselbst). Kurz vor der Jahrhundertwende (1894) wurde die Herstellung
von Kalziumkarbid aufgenommen, auf dem die Produktion einer ganzen
Reihe weiterer, wichtiger Zwischenprodukte basiert. Die Entwicklung
eigener Kalziumkarbidindustrien in den bisherigen Absatzländern (Frank-
reich, Deutschland, Italien) im und unmittelbar nach dem ersten Welt-
krieg, liess die Bedeutung dieses schweizerischen Industriezweiges erheblich
zurückgehen, und die Produktion von Chloraten, Ferrolegierungen, Schleif-
mitteln etc. wurde wichtiger.

Die Tatsache, dass sich in der Schweiz eine weltbedeutende elektro-
chemische Industrie zu entwickeln vermochte, trotzdem wichtige Rohstoffe
fehlen, ist «dem Reichtum des Landes an Wasserkraften in Verbindung mit
der hochentwickelten Technik der Ausnützung dieser Kräfte» ² zu ver-
danken. Deshalb ist es auch nicht erstaunlich, dass der Standort kraftstoff-
orientiert und in der Nähe der Wasserkräfte zu suchen ist (Neuhausen,
Chippis, Martigny). Es ist hier zu beachten, dass der Faktor Elektrizität, in

¹ Die Verschiedenartigkeit der Betriebe dieses Zweiges lässt Zahlenvergleiche
von beschränkter Gültigkeit sein. — 1944 entfielen pro Betrieb durchschnittlich 93 Ar-
beiter und 1382 PS, pro Arbeiter 15 PS. Der Anteil der Frauenarbeit betrug der schweren,
gefährlichen Arbeit wegen bloss 3 %. — Fabrikstatistik 1944.

² Landmann, a. a. O. S. 253.

solchen Mengen gebraucht, nicht als Ubiquität gelten kann. Wie bei allen Zweigen der chemischen Industrie ist die Betriebskonzentration sehr gross ¹ und spielt der Faktor Arbeit eine untergeordnete Rolle ².

10. Papier-, Leder- und Kautschukindustrie

Diese Industriegruppe, zum Teil sehr alte Zweige enthaltend, ist eine der kleineren der Schweiz, und keiner ihrer Zweige vermochte sich als Exportindustrie zu entwickeln. Sie ist ziemlich verteilt über das ganze Gebiet der Schweiz und spielt auch innerhalb der Kantone nirgends eine erhebliche Rolle.

Zahl der Fabrikarbeiter 1944 ³

	ZH	BE	SO	AG	SG	Schweiz
Holzstoff, Zellulose, Papier, Karton.	441	1143	1830	221	193	6 169
Buntpapier, Tapeten	—	—	—	24	—	115
Buchbinderei	573	606	9	72	25	2 228
Karton-, Papierwaren	1764	239	144	545	459	5 633
Lederfabrikation	292	230	162	130	279	1 768
Sattlerei, Lederwaren	716	224	57	62	105	2 295
Kautschukwaren	324	—	16	234	16	1 217
Total	4110	2442	2218	1288	1077	19 425

a) Papierindustrie ⁴

Sie ist eine der ältesten Industrien der Schweiz, werden die ersten Papiermühlen doch schon in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts erwähnt. Von den sich im Gefolge der Reformation und der Erfindung der Buchdruckerkunst rasch über die ganze Schweiz ausbreitenden Mühlen, konnten nur diejenigen von Basel überlokale Bedeutung erlangen (Konzil, Rhein als Verkehrsader!). Der grosse Kapitalbedarf der um 1824 in der Schweiz einsetzenden Mechanisierung und der durch den steigenden Papierbedarf (Aufkommen des Zeitungswesens) bedingte Rohstoffmangel — das Angebot an Lumpen, damals der einzige Rohstoff, konnte nicht beliebig gesteigert werden — liess um die Mitte des 19. Jahrhunderts eine ganze Reihe alter

¹ 1944 umfassten von den total 19 Betrieben die 3 (16 %) mit je mehr als 200 Arbeitern 64 % aller Arbeiter und 76 % aller PS. — Pro Betrieb entfielen 162 Arbeiter und 1546 PS. — Fabrikstatistik 1944.

² PS pro Arbeiter 1944: 9,5 PS. — Anteil der Frauenarbeit bloss 4 %. — Fabrikstatistik 1944.

³ Zahlen zusammengestellt aus der Fabrikstatistik 1944.

⁴ *Gustav A. Frick*: Die schweizerische Papierfabrikation unter besonderer Berücksichtigung ihres Standortes. Diss. Zürich 1923.

Landmann, a. a. O. S. 259 ff.

Neumann und Weckerle: Papierfabrikation, Chemische Industrie, in: Die schweizerische Industrie und ihre Arbeiter, 8. Folge, Olten 1946.

Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft 1939, Bd. 2, S. 208 ff.

Mühlen verschwinden. Diese Rohstoffknappheit führte dann zur Erfindung des Holzschliffes (1850) — der sich aber nur für billige, wenig haltbare Papiere verwenden liess — und der Zellulose (1870), die auch für höherwertige Papiere taugte. Diese beiden Erfindungen leiteten die eigentliche Gründungs-epoche der modernen Papierindustrie ein, die aber nie zur Exportindustrie werden konnte, da die Rohstofflage der Schweiz gegenüber dem Ausland zu ungünstig war und der innere kleine Markt zu wenig Rückhalt bot. Der Inlandsmarkt, den sie fast vollständig zu beliefern vermag, ist der Papierindustrie durch Zollschranken gesichert. — Die ersten Papiermühlen waren — der schlechten und teuren Transportverbindungen wegen — an den Konsumort gebunden. Das Wasser, als Kraftstoff und Rohmaterial in grossen Mengen benötigt, konnte bei der damaligen geringen Produktionsmenge in der Schweiz als Ubiquität gelten, was sich aber mit der Steigerung der Ausbringung änderte. Die Mechanisierung der Produktion brachte wegen der grossen benötigten Kohlenmengen eine allmähliche Standortsverschiebung möglichst entlang der grossen Normalspurbahnen in Richtung auf Basel. Die Erfindung des Holzschliffes und der Zellulose liess die waldreichen Gegenden (Jura, Mittelland, Graubünden) attraktiv werden, da aber nicht der ganze Holzbedarf aus schweizerischen Wäldern gedeckt werden kann, blieb der Nordwesten weiterhin attraktiv. Die Möglichkeit der Ersetzung der Kohle durch Elektrizität und die Verbesserung der Transportleistungen gestatteten erst eine Annäherung an die Rohstoffbasis. Daraus sind auch die vertikalen Zusammenschlüsse (Holzschliff- und Zellulosefabriken gehen zur Papierherstellung über, wodurch Transport und Lagerkosten vermieden werden können) zu erklären. Die Papierherstellung, die schon immer viel Kapital benötigte, ist heute zur Produktion in Grossbetrieben ¹ gezwungen und zeichnet sich durch hohen Kraftbedarf ² und relative Bedeutungslosigkeit des Faktors Arbeit ³ aus. Die wichtigsten Standorte sind Biberist, Balsthal, Root (Luzern), Riedholz (Attisholz), Cham, Zwingen, Grellingen, Landquart. Die papierverarbeitende Industrie ist noch gleichmässiger über die Kantone verteilt, mit einem Schwerpunkt in Zürich. Der Handarbeit kommt ziemliche Bedeutung zu, Mittel- und Kleinbetrieb herrschen vor ⁴.

b) Lederindustrie ⁵

Erst die wissenschaftliche Erforschung des Gerbevorganges im 19. Jahrhundert vermochte die seit dem Mittelalter bestehenden Gerbeverfahren

¹ 1944 umfassten von den total 43 Betrieben die 10 (23%) mit je mehr als 200 Arbeitern 65% der Arbeiter und 68% der PS. — Pro Betrieb entfielen durchschnittlich 143 Arbeiter. — Fabrikstatistik 1944.

² PS pro Betrieb: 2084 PS! — Fabrikstatistik 1944.

³ PS pro Arbeiter 1944: 14,5 PS, einer der höchsten Werte innerhalb der schweizerischen Industrien. — Fabrikstatistik 1944.

⁴ Pro Arbeiter kam 1944 bloss 1,0 PS, pro Betrieb bloss 36 Arbeiter und 35 PS. — Fabrikstatistik 1944.

⁵ *André Kurz*: Entwicklung, Struktur und Organisation der schweizerischen Gerberei. Diss. Bern 1947.

Landmann, a. a. O. S. 266 ff.

Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft 1939, Bd. 1, S. 503 ff.

grundlegend umzugestalten. Die schweizerischen Gerbereien begegneten den neuen Schnellgerbverfahren lange Zeit mit Misstrauen, so dass die mächtig aufkommende Schuhindustrie ihren steigenden Bedarf an leichten, billigen Ledern im Ausland decken musste. Erst der erste Weltkrieg gab den schweizerischen Gerbereien die Möglichkeit, ihre Produktionsanlagen zu modernisieren, und seither ist es ihnen unter Zollschutz möglich, einen grossen Teil des Inlandbedarfes zu decken, wobei allerdings nicht alle Ledersorten produziert werden.

Die alten Gerbereien waren ein «Ubiquitätsgewerbe»¹ und demgemäss nach den Konsumplätzen über die ganze Schweiz verteilt. Nach dem technischen Umwälzungsprozess wurden die Gerbereien vorwiegend materialorientiert nach den Lagern der Häute, Felle und Gerbstoffe. Wasser darf in der Schweiz als Ubiquität gelten, Kraft- und Arbeitskosten² scheinen wenig Bedeutung zu haben. Staatliche Massnahmen der verschiedensten Art liessen die natürlichen Standortsgesetze nicht zur Wirkung kommen. Die Lage der Gerbereien in der Schweiz ist standortsmässig rational, wenn vorwiegend inländische Häute mit mineralischen oder Extraktgerbstoffen verarbeitet werden. Zudem wirkt sich das Vorhandensein der bedeutenden Schuhindustrie positiv aus. Die meisten konkreten Standorte müssen traditional erklärt werden, wenn sie auch eine gewisse Tendenz zur Konsumorientierung erkennen lässt (Zentral-, Ostschweiz). Wie bei der Papierindustrie scheint auch hier die verarbeitende Industrie weitgehend arbeitsorientierend zu sein.

II. Graphische Industrie³

Die graphische Industrie ist auf sämtliche Kantone der Schweiz verteilt, doch umfassen die Kantone Zürich, Bern und Baselstadt mehr als 50 % aller in dieser Gruppe beschäftigten Fabrikarbeiter (Tabelle 1). Innerhalb der Kantone konnte sie aber nirgends zu einiger Bedeutung kommen (Tabelle 2).

Zahl der Fabrikarbeiter 1944⁴

	ZH	BE	BS	AG	Schweiz
Schriftgiesserei, Klischees	240	185	139	—	763
Lithographie	565	450	145	300	1 961
Lichtpaus-, photographische Anstalten	142	46	7	—	315
Buchdruckerei	2829	2386	1350	1232	13 387
Total	3829	3067	1641	1532	16 426

¹ Kurz, a. a. O. S. 57.

² 1944: 226 PS pro Betrieb, 47 Arbeiter pro Betrieb, 4,8 PS pro Arbeiter. — Fabrikstatistik 1944.

³ Die Literatur zu dieser Industriegruppe ist sehr spärlich, vgl. etwa: Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft 1939, Bd. 1, S. 545 ff.

⁴ Zahlen zusammengestellt aus der Fabrikstatistik 1944.

Dies ist der älteste und nach der Zahl der Fabrikarbeiter auch bedeutendste Zweig dieser Gruppe. Sie konnte sich schon im 16. Jahrhundert in Basel und Zürich zu einer über die engen Stadtgrenzen hinausgehenden Bedeutung aufschwingen. Erst im 19. Jahrhundert gestatteten die neuen technischen Mittel (Schnellpresse, Rotationsdruck) der Buchdruckerei, zur industriell organisierten Produktion überzugehen. Ungefähr in die gleiche Zeit fällt auch die Entwicklung der übrigen Zweige der graphischen Industrie. Bis heute konnte sich aber, speziell in der Buchdruckerei, in starkem Masse der Klein- und Mittelbetrieb erhalten¹, da nur geringer Kapitaleaufwand nötig ist. Zudem brauchen die wenigen Maschinen wenig motorische Kraft².

Die starke Konzentration der Industrie in den grössten Konsumzentren³ lässt mit einiger Sicherheit auf starke Konsumorientierung schliessen⁴. Die wichtigsten Standorte sind Zürich, Basel, Bern, Genf, Lausanne, Zofingen.

12. Holzbearbeitungsindustrie

Die Holzbearbeitungsindustrie, die mit ihren rund 30 000 Fabrikarbeitern an fünfter Stelle unter den schweizerischen Industrien steht, weist im ganzen ein hohes Alter auf, ist ziemlich gleichmässig über das ganze Gebiet der Schweiz verteilt und in allen Kantonen vertreten. Sie ist die bedeutendste Industrie in den Kantonen Graubünden, Schwyz und besonders im Kanton Obwalden, wo rund 55 % aller Fabrikarbeiter in der Holzbearbeitungsindustrie, speziell der Parketterie, beschäftigt sind (Tabelle 2). Die wichtigsten Holzbearbeitungskantone sind Bern, Zürich und Aargau, die zusammen ca. 40 % aller Fabrikarbeiter der Gruppe umfassen (Tabelle 1).

a) Sägereiindustrie⁵

Die Sägereiindustrie, eine der ältesten Industrien der Schweiz überhaupt (erste urkundliche Erwähnung im 14. Jahrhundert), hat seit Beginn des 20. Jahrhunderts an Bedeutung verloren mit dem Aufkommen der Sperrholzproduktion (1908) und anderer Substitutionsgüter (Holzfaserplatten, Kunststoffe etc.). Mit Ausnahme einer kurzen Periode während des ersten Weltkrieges, wo speziell nach Frankreich exportiert werden konnte, blieb die Sägereiindustrie fast immer auf den Inlandsmarkt beschränkt.

¹ 1944 entfielen in der Buchdruckerei pro Betrieb durchschnittlich bloss 29 Arbeiter. — Fabrikstatistik 1944.

² PS pro Betrieb 1944: graphische Industrie: 43 PS, Buchdruckerei: 47 PS, graphische Industrie: 1,5 PS, Buchdruckerei 1,6 PS pro Arbeiter. — Fabrikstatistik 1944.

³ 1944 umfassten Basel, Zürich, Bern und Genf zusammen 43 % aller in der graphischen und der Buchdruckereiindustrie beschäftigten Arbeiter. — Fabrikstatistik 1944.

⁴ Es ist uns keine eingehende Standortsuntersuchung bekannt, so dass wir uns mit dieser Bemerkung begnügen müssen. Auch das Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft vermutet Konsumorientierung (S. 546).

⁵ Hermann Tromp: Der Standort der schweizerischen Sägereiindustrie, Diss. St. Gallen 1947.

Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft 1939, Bd. 1, S. 586 ff.

Zahl der Fabrikarbeiter 1944 ¹

	BE	ZH	AG	SG	TG	Schweiz
Sägerei, Zimmerei, Hobelwerke, Imprägnierung	2441	1589	969	630	456	10 545
Parketterie	20	54	7	12	—	384
Möbelfabriken, Tapeziererei . .	703	756	1207	742	905	7 607
Bau- und Möbelschreinerei . .	631	1512	321	454	311	6 080
Modellschreinerei	6	44	—	—	—	201
Drechserei, Schnitzerei	399	76	16	209	33	1 223
Fässer	12	8	77	—	—	215
Grobe Holzwaren	117	75	289	98	176	1 795
Sportgeräte	—	149	70	32	—	367
Korkwaren	76	54	63	—	—	294
Korbwaren, Rohrmöbel	59	45	46	—	—	213
Goldleisten, Rahmen	—	29	46	53	12	250
Total	4464	4391	3111	2230	1893	29 174

Die ersten Standorte der im 17. Jahrhundert mechanisierten Sägereiindustrie sind eindeutig material- und kraftstofforientiert gewesen und lagen an kleineren Flussläufen in der Nähe von Wäldern. Mit der Verbesserung des Verkehrswesens und der Möglichkeit der Übertragung der Elektrizität auf grosse Distanzen hat sich der theoretisch-optimale Standort in Richtung auf die Konsumorte verschoben, und es kam zur Gründung von Sägereien in Städten. Eine wirkliche Lösung vom Materiallager — der Kraftstoff Elektrizität konnte bald als Ubiquität gelten — hat indessen nicht stattgefunden, sind heute doch bloss 10 % der Sägerei-Fabrikarbeiter in den vier Großstädten beschäftigt ². Die Betrachtung des konkreten Standortbildes zeigt, dass sich traditionale Standorte offenbar durch Rationalisierung eine «auchrationale Weiterexistenz» zu sichern wussten. Die Standorte im Norden und Nordwesten des Landes sind materialorientiert an den Materiallagern des Schwarzwaldes und Österreichs. Die ziemlich weite geographische Verteilung des schweizerischen Waldbestandes hat sich auf die Erhaltung der Kleinsägerei als landwirtschaftliches Nebengewerbe günstig ausgewirkt, doch liegt das Schwergewicht der Produktion bei den Mittelbetrieben ³.

b) Möbelindustrie

Die heutige Möbelindustrie — aus der alten handwerklichen Schreinerei stammend — konnte sich erst nach Abstreifen der Zunftthemmisse im Laufe des 19. Jahrhunderts richtig entfalten. Viel zur raschen Entwicklung beigetragen hat der starke Aufschwung der Hotellerie zu Ende des letzten und

¹ Zahlen zusammengestellt aus der Fabrikstatistik 1944.

² Zum Vergleich möge dienen, dass in der Holzbearbeitungsindustrie insgesamt 14 % der Fabrikarbeiter auf die 4 Großstädte entfallen. — Fabrikstatistik 1944.

³ 1944 entfielen pro Betrieb durchschnittlich 20 Arbeiter. — Von den total 521 Betrieben umfassten die 9 (2 %) mit je mehr als 100 Arbeitern bloss 12 % der Arbeiter und 13 % der PS. — Fabrikstatistik 1944.

Beginn des jetzigen Jahrhunderts. Die ersten Möbelfabriken sind in den 1880er Jahren entstanden, konnten aber, da die Maschinen einen relativ kleinen Anteil am gesamten Arbeitsvorgang umfassen, die Klein- und Mittelbetriebe nicht verdrängen¹.

Die Möbelindustrie ist in zwei Zweigen der Holzbearbeitungsindustrie zusammengefasst: 1. Möbelfabriken/Tapeziererei, 2. Bau- und Möbelschreinerei. Diese beiden Zweige sind standortsmässig ungleich orientiert. Bei den Möbelfabriken ist Arbeitsorientierung zu vermuten, da bloss 12 % der Fabrikarbeiter in den vier Großstädten vorhanden sind² und nach der Zahl der Fabrikarbeiter deutlich zwei Kantone ohne grössere Städte an der Spitze stehen: Aargau und Thurgau. Der Standort der Fabriken ist meist auf dem Lande zu suchen, während eine eigene Verkaufsorganisation an den Konsumorten die wichtige Fühlung mit den Konsumenten aufrechterhält. — Demgegenüber ist beim Zweig Bau- und Möbelschreinerei eher auf Konsumorientierung zu schliessen, da 29 % der Fabrikarbeiter in den vier Grossstädten sind³ und die Spitzenkantone Zürich, Bern, Waadt, St. Gallen, Baselstadt und Genf alles Kantone mit grösseren Städten sind. Der kleinere Produktionsumfang lässt eine eigene Verkaufsorganisation als unwirtschaftlich erscheinen, weshalb die hier noch wichtigeren Fühlungsvorteile den Standort an die Konsumplätze drängen.

13. Metallindustrie⁴

Sie ist nach der Zahl der Fabrikarbeiter gemessen die zweitgrösste Industriegruppe der Schweiz und umfasst 10 % aller schweizerischen Fabrikarbeiter. In fast allen Kantonen vertreten, steht sie in Baselland an der Spitze der Industrien und umfasste 1944 in den Kantonen Wallis und Schaffhausen mehr als 25 % der Fabrikarbeiter des Kantons. Die wichtigsten Metallindustriekantone sind Bern, Solothurn, Zürich und Aargau.

a) Eisen- und Stahlindustrie⁵

Die Eisengewinnung und -verarbeitung in der Schweiz ist schon sehr alt, im Vergleich zu andern Ländern und zum heutigen Inlandbedarf aber

¹ 1944: Möbelfabriken: 26 Arbeiter pro Betrieb. 60 PS pro Betrieb. Bau- und Möbelschreinerei: pro Betrieb 16 Arbeiter und 49 PS. — Fabrikstatistik 1944.

² Fabrikstatistik 1944.

³ Fabrikstatistik 1944.

⁴ Benützte Literatur:

Neumann und Weckerle: Die Metallindustrie, in: Die Schweizerische Industrie und ihre Arbeiter, 6. Folge, Olten 1946.

Bruno Linke: Die schweizerische Maschinenindustrie und ihre Entwicklung in wirtschaftlicher Beziehung. Frauenfeld 1911.

Hans Fehlmann: Die schweizerischen Eisenerze und ihre Verwendung. Sonderabdruck aus dem Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins (SEV), Jahrgang 1938, Nr. 20, Zürich 1938.

Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft 1939, Bd. 2, S. 159 ff.

⁵ Die schweizerische Eisen- und Stahlindustrie ist statistisch nicht rein ausscheidbar, da einzelne Zweige auch andere Metalle bearbeiten, gewisse Zweige sich überschneiden

Zahl der Fabrikarbeiter 1944 ¹

	BE	SO	ZH	AG	VS	SH	Schweiz
Eisen-, Stahl-, Walzwerke . . .	74	2059	—	36	—	1917	5 035
Aluminiumfabrikation	—	—	—	—	1421	102	1 523
Aluminiumwalzwerke	—	—	—	439	998	133	2 136
Kupfer-, Messingwerke	1089	648	—	20	16	—	1 821
Metallgiessereien etc.	310	144	240	1237	—	—	2 315
Andere Legierungen	—	8	131	4	—	15	286
Blattmetall, Metallpulver . . .	225	—	—	—	—	—	225
Drahtzieherei, Drahtwaren . .	893	13	176	332	—	28	2 616
Schrauben, Fassonteile	318	1861	108	47	—	—	3 614
Eisenkonstruktionen	305	24	505	246	145	12	2 249
Schlosserei, Eisenmöbel . . .	941	573	1265	419	8	25	5 737
Zeugschmiederei	349	23	498	3	—	—	1 332
Stanzwerkzeuge, Bestecke . .	321	39	127	92	—	—	1 184
Feilen	18	—	92	—	—	—	548
Aluminiumwaren	141	72	195	181	—	—	1 348
Blechemballagen	557	63	15	18	—	—	1 545
Beleuchtungskörper	36	—	294	449	—	—	915
Email- und andere Metall- waren	369	13	757	1045	—	80	5 186
Herstellung von Metallüber- zügen	79	83	230	29	—	6	912
Installationswerkstätten . . .	177	82	396	158	—	58	2 136
Münz-, Gravieranstalten . . .	47	—	20	—	—	—	67
Total	6249	5705	5040	4755	2588	2376	42 730

unbedeutend. Die wichtigsten Erzlager sind schon seit Jahrhunderten bekannt (Gonzen 1050, Jura 1136, Fricktal 1207) und haben eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Während die Gonzenlagerstätte fast dauernd in Betrieb blieb und heute das wichtigste einheimische Erzlager darstellt, geriet das Fricktaler Lager in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Vergessenheit, da die phosphorhaltigen Erze im Hochofen ein brüchiges Eisen lieferten. Erst während des ersten Weltkrieges wurde das Fricktaler Lager gleichsam wieder entdeckt, doch wurden die Erze zur Verhüttung ins Ausland geschickt. Noch immer werden die Verwertungsmöglichkeiten dieses grössten schweizerischen Erzlagers studiert.

Die jurassischen Bohnerze waren es, die im 17. und 18. Jahrhundert den Anlass zur Entwicklung einer ansehnlichen Hüttenindustrie im Berner, Solothurner und Neuenburger Jura gaben, die bis um die Mitte des letzten Jahrhunderts den inländischen Roheisenbedarf nahezu zu decken vermochte.

und die selbständigen Eisengiessereien und Giessereien der Maschinenfabriken der Maschinenindustrie zugezählt werden. Nach dem Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft 1939 umfasst die Eisen- und Stahlindustrie: Eisen-, Stahl-, Walzwerke, Metallgiessereien, Glockengiessereien, Armaturenfabriken, Drahtzieherei, Drahtwaren, selbständige Giessereien (aus der Maschinenindustrie). Total ergibt das: 137 Betriebe, 14 145 Fabrikarbeiter und 76 700 PS. — Dies um einigermaßen einen Überblick über die schweizerische Eisen- und Stahlindustrie im Jahr 1944 zu erhalten. Zahlen aus der Fabrikstatistik 1944.

¹ Zahlen zusammengestellt aus der Fabrikstatistik 1944.

Nach 1857 bringen die Erfindung der Verwendungsmöglichkeit von Koks an Stelle von Holzkohle und die Transportverbilligungen infolge des Anschlusses der Schweiz an das europäische Eisenbahnnetz der schweizerischen Hüttenindustrie den Untergang. Die Giessereien, Walz- und Hammerwerke blieben bestehen, die Hochöfen verschwanden jedoch innert weniger Jahre bis auf jenen in Choindez, der seiner relativ günstigen Transportlage wegen auf Koksbetrieb umgestellt werden konnte (1870), um 1935 aber dann ebenfalls endgültig abgeblasen zu werden. An seiner Stelle wurde ein Elektro-Niederschachtofen erstellt, der ganz auf die Verwendung einheimischer Rohstoffe eingestellt ist. Seit 1935 existieren in der Schweiz somit nur noch Elektroöfen.

Die Tatsache, dass der Schwerpunkt der schweizerischen Eisen- und Stahlindustrie immer noch am Südostabhang des Juras entlang der Aare liegt (Biel, Gerlafingen, Solothurn, Langendorf, Balsthal, Klus, Olten, Aarau), zeigt, dass sich das alte Standortbild trotz des Verschwindens der jurassischen Hüttenindustrie und trotz des Wechsels von der Holzkohle (Wälder des Jura und des Mittellandes) zu Kohle und Elektrizität traditional erhalten hat. Eine Standortsverschiebung auf das schweizerische «Lager» für Kohle und Roheisen, Basel, oder in Richtung auf das grösste Konsumzentrum, Zürich, lässt sich nicht nachweisen, so dass vermutet werden muss, spezielle Standortfaktoren (Einstellung der Bevölkerung auf die Schwerindustrie, Stand der Abschreibungen etc.) und Standortträgheit hätten an den alten Standorten eine auchrationale Weiterexistenz ermöglicht. Die angesichts der Grossbetriebe ¹ mit grossen Mengen stehenden Kapitals ² zu erwartenden sehr hohen Deviationskosten mögen die Verharrungstendenzen am alten Standort verstärkt haben, und die Möglichkeit, in zunehmendem Masse Kohle durch Elektrizität zu ersetzen, mag die Rationalität der alten Standorte gesteigert haben. Die Stärke der Verharrungstendenzen wird offensichtlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die aus kleinsten Werkstätten hervorgegangenen Grossbetriebe in Luzern und Schaffhausen und Biel/Bözingen seit Anbeginn an am selben Orte geblieben sind.

b) Aluminiumindustrie

Die Aluminiumindustrie, eine sehr junge Industrie (erst 1854 gelang zum erstenmal die fabrikmässige Herstellung von Aluminium), fand Ende der 1880er Jahre Eingang in die Schweiz. Gemeinsam mit einer deutschen Finanzierungsgesellschaft gründete die schweizerische Maschinenindustrie

¹ 1944 umfassten von den total 137 Betrieben der Eisen- und Stahlindustrie die 13 (10 %) mit je mehr als 200 Arbeitern 70 % aller Arbeiter und 79 % aller PS. — Bei den Eisen-, Stahl- und Walzwerken allein umfassten von den total 11 Betrieben die 3 (27 %) mit je mehr als 500 Arbeitern 91 % aller Arbeiter und PS! — In diesem Zweig allein entfielen 1944 pro Betrieb 458 Arbeiter, in der ganzen Eisen- und Stahlindustrie 103 Arbeiter. — Fabrikstatistik 1944.

² PS pro Arbeiter 1944: Eisen- und Stahlindustrie: 5,4 PS, Eisen-, Stahl-, Walzwerke: 7,0 PS. — Pro Betrieb in diesem Zweig allein: 3223 PS, in der ganzen Eisen- und Stahlindustrie 560 PS. — Fabrikstatistik 1944.

im Jahre 1888 in Neuhausen am Rheinflall ein Grossunternehmen, die «Aluminium-Industrie-Aktien-Gesellschaft Neuhausen» (AIAG), die rasch Weltbedeutung erreichen sollte. Die Geschichte der schweizerischen Aluminiumindustrie deckt sich weitgehend mit der Geschichte der AIAG. 1890 nahm sie die Produktion auf und erzielte grosse Erfolge. Schon sehr bald dehnte sich das Unternehmen auf das Ausland aus und umfasste Bauxitlager, Tonerdefabriken, Kraftwerke und Aluminiumhütten in Frankreich, Deutschland und Österreich. 1905 erfolgte die bedeutsame Gründung des Zweigbetriebes Chippis, der Neuhausen rasch überflügelte. Der grosse Aufschwung der Aluminiumindustrie wurde durch den ersten Weltkrieg begründet, und überall stieg der Produktionsumfang sprunghaft an. Der Preissturz nach Kriegsende, der Ausfall Deutschlands und Österreichs und das Erstarken der amerikanischen Konkurrenz zwangen die AIAG, sich einem bisher vernachlässigten Zweig zuzuwenden, der Verarbeitungsindustrie, wo aber unabhängig von ihr schon einige wertvolle Ansätze entstanden waren (Binningen, Gontenschwil). Die Zwischenkriegszeit war durch eine starke Expansion gekennzeichnet, wenn auch der Anteil an der Weltproduktion gesunken war. Der zweite Weltkrieg brachte der AIAG einen neuen starken Aufschwung.

Während Bauxit- und Kohlenvorkommen den Standort der Tonerdefabriken bestimmen, ist es die billige elektrische Energie, die auf den Standort der Aluminiumfabriken in höchstem Masse attraktiv wirkt¹. Da Kohle und Bauxit in der Schweiz fehlen, konnten hier keine Tonerdefabriken entstehen, so dass die Schweiz also hinsichtlich des Rohstoffbezuges ganz vom Ausland abhängig ist. Billigster Strom ist erfahrungsgemäss dort zu haben, wo grosse Wasserkräfte vorhanden sind, und es waren denn auch die billigen, grossen Wasserkräfte des Rheinfalles und des Wallis, die bestimmend für die Standorte Neuhausen und Chippis gewesen sind. Die Attraktivkraft des Standortes Chippis dürfte durch die Möglichkeit, billige Arbeitskräfte heranzuziehen (Bauern-Arbeiter!)² verstärkt worden sein. Die Notwendigkeit der Beschaffung gewaltiger Mengen elektrischer Energie gibt einen Hinweis darauf, dass sehr grosse Kapitalinvestitionen vorgenommen werden müssen, so dass die Produktion fast nur in Grossbetrieben möglich ist³.

Chippis ist heute der weitaus wichtigste Standort der Aluminiumindustrie in der Schweiz. Weitere Hütten befinden sich in Sierre, Martigny und Neuhausen. Walzwerke stehen in Chippis, Menziken, Rorschach, Kreuz-

¹ Zur Aufbereitung von 1 t Tonerde seien 10 t Braunkohle (bzw. 3–5 t Steinkohle), zur Herstellung von 1 kg Aluminium 30 kWh erforderlich! — Neumann und Weckerle, a. a. O. S. 92. — 1944 entfielen pro Betrieb in der Aluminiumfabrikation 1543 PS, bei den Aluminiumwalzwerken durchschnittlich 2313 PS. — Fabrikstatistik 1944.

² Aluminiumfabrikation und -walzwerke zusammen wiesen 1939 nur 10 % gelernte Arbeiter auf. — Eidgenössische Betriebszählung 1939, Bd. 3. — 1944 entfielen bei der Aluminiumproduktion pro Arbeiter 4,1 PS, bei den Walzwerken 6,5 PS. — Fabrikstatistik 1944.

³ Von den total 10 Betrieben der beiden Zweige umfassten die zwei (20 %) mit je mehr als 500 Arbeitern 64 % aller Arbeiter und 55 % aller PS. — Fabrikstatistik 1944. Arbeiter pro Betrieb 1944: Fabrikation: 381 Arbeiter, Walzwerke: 356 Arbeiter. — Fabrikstatistik 1944.

lingen und Neuhausen. Die wichtigsten Standorte der aluminiumverarbeitenden Industrie, bei der der Faktor Arbeit eine grössere Rolle spielt ¹, sind Binningen, Frauenfeld und Gontenschwil.

14. Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente ²

Die Maschinenindustrie hat sich zur weitaus mächtigsten Industrie des Landes aufgeschwungen, umfasste sie doch 1944 allein mehr als 25 % aller Fabrikarbeiter und steht demgemäss auch in vorderster Linie der Exportindustrien. Ihr Schwergewicht liegt in der Ostschweiz, im Kanton Zürich, wo nahezu 30 % aller Fabrikarbeiter der Maschinenindustrie konzentriert sind. Bern, Aargau, Solothurn und Genf sind die nächst wichtigsten Kantone (Tabelle 1). In 10 Kantonen steht die Maschinenindustrie, zum Teil mit weitem Abstand, an der Spitze der Industrien, so z. B. in Genf, Zürich, Zug und Waadt (Tabelle 2).

«Die Einführung der umwälzenden englischen Erfindungen in der Spinnerei und Weberei, sowie der damit zusammenhängende Übergang zum mechanischen Grossbetrieb gab zu Ende des 18. Jahrhunderts in der Schweiz, wie vorher in England, den eigentlichen Anstoss zur Entfaltung der Maschinenindustrie. Aus Reparaturwerkstätten für die zunächst aus England bezogenen Spinnmaschinen entwickelten sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts die ersten Maschinenfabriken ³.» Ähnliche Impulse gingen auch von der Mechanisierung der Papier- und Mühlenindustrie aus. — Die erste Phase der Weiterentwicklung der jungen Maschinenindustrie wurde durch die Notwendigkeit bestimmt, die Antriebsmaschinen den wesentlich vergrösserten Arbeitsmaschinen anzupassen, weshalb zuerst einmal die alten Wasserräder durch leistungsfähigere Turbinen ersetzt wurden und später auch die Konstruktion von Dampfmaschinen aufgenommen wurde. — Die zweite Phase der Weiterentwicklung wurde 1891 durch die Erfindung der Übertragung elektrischer Energie auf weite Strecken begründet. Die Umstellung im Beleuchtungswesen, der Ausbau der Wasserkräfte etc. liessen eine mächtige Elektroindustrie entstehen, die dann durch die um 1910 einsetzende Elektrifizierung der Bahnen einen neuen mächtigen Auftrieb erhielt. — Die Entwicklung dieser verschiedenen Zweige der Maschinenindustrie brachte eine besondere Werkzeugmaschinenindustrie hervor, die im ersten Weltkrieg (Maschinen

¹ 1944 entfielen pro Betrieb bloss 112 Arbeiter und 277 PS. Pro Arbeiter kamen bloss 2,5 PS. — Fabrikstatistik 1944.

² Benützte Literatur:

Bruno Lincke: op. cit.

Bruno Lincke: Die schweizerische Maschinen- und Elektroindustrie. Zum 50jährigen Bestehen des Vereins schweizerischer Maschinenindustrieller 1883–1933. Zürich 1936.

Neumann und Weckerle: Die Maschinenindustrie, in: Die schweizerische Industrie und ihre Arbeiter, 7. Folge, Olten 1946.

Landmann, a. a. O. 238 ff.

Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft 1939, Bd. 2, S. 151 ff.

³ Lincke: Die schweizerische Maschinen- und Elektroindustrie, S. 39.

Zahl der Fabrikarbeiter 1944 ¹

	ZH	BE	AG	SO	GE	Schweiz
Selbständige Eisengiessereien .	301	1069	94	2364	—	4 179
Maschinenbau	19 271	5 143	6438	679	3163	45 422
Mechanische Werkstätten . .	806	442	172	215	256	3 342
Bau und Reparatur von Eisen- bahnwagen	1 799	730	—	784	83	5 873
Automobilbau	487	379	31	392	57	3 490
Reparatur von Automobilen .	961	337	69	77	153	2 616
Bau und Reparatur von Flug- zeugen	428	248	5	104	—	1 936
Motor- und andere Fahrräder	151	500	95	23	234	1 363
Bau und Reparatur anderer Fahrzeuge	66	1 068	540	—	16	1 818
Wagen	111	10	—	27	10	336
Waffen, Munition	1 021	3 598	90	275	2584	11 178
Feinmechanische Apparate, Optik	479	735	479	176	249	3 754
Rechen-, Schreibmaschinen .	641	41	4	19	—	1 506
Chirurgische Instrumente . .	61	—	—	—	—	215
Elektrische Apparate	2 969	2 199	870	2181	728	15 046
Kabel, Metalfaden, Emaildraht	176	—	308	—	—	1 399
Glühlampen	146	34	34	—	—	371
Elektrotechnisches Isolier- material	127	—	—	995	—	1 906
Klaviere	37	98	—	—	—	169
Orgeln	81	—	—	—	8	107
Radioapparate, Grammophone	740	157	—	—	15	1 971
Andere Musikinstrumente . .	90	—	—	—	—	250
Total	30 995	16 788	9229	8311	7556	108 247

zur Munitionsherstellung!) einen mächtigen Aufschwung nahm und heute an Exportwerten gemessen an der Spitze aller Maschinenindustrieweige steht.

Die ersten Standorte der Maschinenindustrie in der Schweiz waren konsumorientiert, und zwar am Arbeitsmaschinenbedarf der Textilindustrie, deshalb also auf die Ostschweiz konzentriert (Zürich, Winterthur, Rüti, Arbon). Mit der Aufnahme anderer Produktionsweige fiel diese Konsumorientierung dahin. Standortsbestimmend werden nun eine gute Verkehrslage und — angesichts der anfänglichen Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften — die Nähe schon bestehender Betriebe. Später, mit dem Abnehmen dieser Knappheit, der Verbesserung der Transportbedingungen und der fortschreitenden Ubiquierung der Elektrizität, wurden die Standorte in wachsendem Masse frei, und die Standortswahl vollzog sich nach speziellen Faktoren (Fühlungsvorteile, billiges Land etc.), nicht selten auch nach vollkommen arationalen Gesichtspunkten ². Trotzdem die Abhängigkeit von der ostschweizerischen Textilindustrie bald verschwand und die schweize-

¹ Zahlen zusammengestellt aus der Fabrikstatistik 1944.

² Der Standort Baden war z. B. für die 1891 gegründete AG. Brown, Boveri & Cie. nach speziellen Faktoren, vielleicht gar nach arationalen gewählt worden. Der Aufstieg, den dieses Unternehmen genommen hat, zeigt die relative Bedeutungslosigkeit der Standortswahl in der schweizerischen Maschinenindustrie.

rische Hüttenindustrie seit 1860 einem Niedergang verfiel, trat keine allgemeine Standortsverschiebung in Richtung auf den transportkostenmässig günstigsten Platz, Basel (Antransport von Kohle und Roheisen, Abtransport der Produkte ins Ausland), ein. Dies erklärt sich einerseits aus den hohen Deviationskosten, die die Verlegung der Grossaggregate ¹ gebracht hätte, und andererseits daraus, dass die transportkostenmässig ungünstige Lage der Schweiz und das hohe Lohnniveau schon seit Beginn immer stärker in Richtung der hochentwickelten Präzisionsarbeit gedrängt haben, bei der die Transportkosten hinter den Arbeitskosten stark zurücktreten ². Nur auf diese Weise — Verlegung der Produktion auf Produkte, die einen hohen Kapitalaufwand und besonders viel qualifizierte Arbeit verlangen — konnte sich die schweizerische Maschinenindustrie gegenüber dem Ausland konkurrenzfähig halten. Die schweizerische Maschinenindustrie stellt ein Musterbeispiel dar für eine die natürlichen Standortsunterlagen der Schweiz optimal ausnutzende Industrie.

a) Maschinenbau ³

Der Maschinenbau, der älteste Zweig dieser Gruppe, steht nach der Zahl der Fabrikarbeiter mit weitem Abstand an der Spitze sämtlicher anderer Zweige der Maschinenindustrie. Er umfasst etwa 40 % der Maschinenindustrie-Fabrikarbeiter. Er zeichnet sich durch eine starke Betriebskonzentration ⁴ und eine — für die Verhältnisse in der schweizerischen Maschinenindustrie — hohe Zahl von PS pro Arbeiter ⁵ aus. Der Schwerpunkt dieses Zweiges liegt im Kanton Zürich, wo mehr als 40 % aller in diesem Zweig beschäftigten Fabrikarbeiter konzentriert sind. Die wichtigsten Standorte sind Zürich, Winterthur, Baden, Genf, Uzwil, Bern, Rüti und Luzern.

b) Elektroindustrie ⁶

An zweiter Stelle innerhalb der Maschinenindustrie steht die Elektroindustrie, die eine stürmische, fast überbordende Entwicklung hinter sich hat. Auch bei ihr entfällt auf die Grossbetriebe der überwiegende Teil der Produktion, doch konnten sich auch Kleinbetriebe in starkem Masse halten ⁷.

¹ 1944 Maschinenindustrie: 89 Arbeiter pro Betrieb, 276 PS pro Betrieb. — Von den total 1212 Betrieben umfassten 1944 die 46 (4 %) mit je mehr als 500 Arbeitern 48 % der Arbeiter und 59 % der PS. — Fabrikstatistik 1944.

² 1944 entfielen pro Arbeiter durchschnittlich bloss 3,1 PS. — Fabrikstatistik 1944. 1939 waren 50 % aller Fabrikarbeiter der Maschinenindustrie gelernte Arbeiter, ein in keiner andern Industrie erreichter Wert. — Eidgenössische Betriebszählung 1939, Bd. 3.

³ Zweig 149 der Fabrikstatistik 1944.

⁴ Von den total 308 Betrieben umfassten 1944 die 18 (5 %) mit je mehr als 500 Arbeitern 53 % aller Arbeiter und 67 % aller PS. — Pro Betrieb entfielen 1944 durchschnittlich 147 Arbeiter und 604 PS. — Fabrikstatistik 1944.

⁵ 4,1 PS pro Arbeiter. — Fabrikstatistik 1944.

⁶ Zweige 162–165 der Fabrikstatistik 1944.

⁷ 1944 umfassten die 21 (12 %) mit je mehr als 200 Arbeitern von den total 180 Betrieben 61 % der Arbeiter und 68 % der PS. Pro Betrieb kamen 104 Arbeiter und 286 PS. — Fabrikstatistik 1944.

Die Bedeutung der hochqualifizierten Arbeit äussert sich in der niedrigen PS-Zahl pro Arbeiter ¹. Die Kantone Zürich und Solothurn stehen an der Spitze, gefolgt von Bern, Baselstadt und Zug. Die wichtigsten Standorte sind Zürich-Oerlikon, Solothurn-Zuchwil, Zug, Bern, Basel.

c) Herstellung von Waffen und Munition ²

Dieser Zweig steht an dritter Stelle im Jahre 1944, doch dürfte in Friedenszeiten die Zahl der darin Beschäftigten normalerweise ziemlich tiefer liegen ³. Die Produktion erfolgt fast nur in Grossbetrieben, weshalb auch diesem Zweig eine äusserst starke Betriebskonzentration eignet ⁴. Die Handarbeit herrscht vor, bei den Waffenabteilungen die qualifizierte, bei der Munitionsherstellung die unqualifizierte ⁵. Der Kanton Bern, als Sitz der meisten eidgenössischen Werkstätten, steht an der Spitze. Die wichtigsten Standorte sind Thun, Bern, Altdorf, Zürich, Genf, Neuhausen und Wimmis.

d) Automobilindustrie ⁶

Der jüngste Zweig der schweizerischen Maschinenindustrie, der Automobilbau, vermochte in der Schweiz nicht in dem Mass Fuss zu fassen, wie dies angesichts der Entwicklung der übrigen Zweige der Maschinenindustrie hätte erwartet werden können. Die Kleinheit des innern Marktes liess den Bau grosser Serien von Personenwagen nicht zu, so dass das Ausland trotz Zollschränken auf dem inländischen Markt konkurrenzfähiger blieb und heute noch ist. Hingegen konnte sich die Schweiz auf dem Gebiet des Baus qualitativ hochstehender schwerer Last- und Gesellschaftswagen eine international sehr bedeutende Stellung sichern, und auch der Traktorenbau und die Karosserieindustrie konnten sich erfreulich entwickeln. Dieser besondere Charakter der Automobilindustrie macht es auch verständlich, dass der qualifizierten Arbeit die grösste Bedeutung zukommt ⁷. Während beim Automobilbau der Grossteil der Produktion in Mittel- bis Grossbetrieben geschieht ⁸, ist für das Reparaturgewerbe der Kleinbetrieb typisch ⁹. — Die wichtigsten Standorte sind Arbon, Zürich, Biel, Basel, Bern und Genf.

¹ 1944: 2,8 PS pro Arbeiter. — Fabrikstatistik 1944.

² Zweig 158 der Fabrikstatistik 1944.

³ 1937 waren es bloss 10 Betriebe (1944: 24). 3832 Arbeiter (1944: 11 178) und 6519 PS (1944: 21 115). — Fabrikstatistik 1937.

⁴ 1944 waren pro Betrieb durchschnittlich 466 Arbeiter (zweithöchster Wert aller schweizerischen Industriezweige) und 880 PS zu verzeichnen. — Von den total 27 Betrieben umfassten die 7 (25 %) mit je mehr als 500 Arbeitern 89 % der Arbeiter und 87 % der PS. — Fabrikstatistik 1944.

⁵ 1944: 1,9 PS pro Arbeiter. — Fabrikstatistik 1944.

⁶ Zweige 152 und 153 der Fabrikstatistik 1944.

⁷ Daraus ist die niedrige Zahl der pro Arbeiter entfallenden PS zu erklären: 2,2 PS pro Arbeiter beim Automobilbau, 2,1 PS pro Arbeiter bei den Reparaturwerkstätten. — Fabrikstatistik 1944.

⁸ 1944 umfassten von den total 69 Betrieben die 3 (4 %) mit je mehr als 200 Arbeitern 58 % aller Arbeiter und 64 % aller PS. — Pro Betrieb entfielen 51 Arbeiter und 113 PS. — Fabrikstatistik 1944.

⁹ 1944 kamen pro Betrieb 17 Arbeiter und 37 PS. — Fabrikstatistik 1944.

e) Herstellung und Reparatur von Eisenbahnwagen ¹

Dies ist einer der ältesten Zweige der schweizerischen Maschinenindustrie und vermochte sich bis heute einen guten Ruf zu bewahren. Die Produktion geschieht verständlicherweise fast nur in Grossbetrieben ², wobei dem Faktor Arbeit grosse Bedeutung zukommt ³. Nach der Zahl der Fabrikarbeiter steht der Kanton Zürich mit Abstand an der Spitze. Zürich-Schlieren, Neuhausen, Pratteln, Bern, Bellinzona und Yverdon sind die wichtigsten Standorte.

f) Feinmechanische Industrie ⁴

Wenn auch die feinmechanische Industrie nach der Zahl der Fabrikarbeiter einer der kleineren Zweige der Maschinenindustrie ist, so vermochte sie sich doch schon relativ früh zu Weltbedeutung zu entwickeln. Sie ist, zusammen mit der Musikinstrumenteindustrie, derjenige Zweig der Maschinenindustrie, bei der die hochqualifizierte Präzisionsarbeit am meisten vorherrscht ⁵ und wo demgemäss Klein- und Mittelbetriebe ⁶ die typische Betriebsgrösse sind. Die Kantone Zürich und Waadt stehen an der Spitze, Genf, Bern, Zürich, Heerbrugg, Yverdon, Aarau und Neuenburg sind die bedeutendsten Standorte.

15. Uhren- und Bijouterieindustrie ⁷

Die Uhrenindustrie — unter allen schweizerischen Industrien wohl die weltbedeutendste — vermochte sich nach der Zahl der Fabrikarbeiter seit mehr als 100 Jahren immer in vorderster Linie zu halten und steht an der Exportbedeutung gemessen zusammen mit der Maschinenindustrie im ersten Rang. Ihr Schwergewicht liegt in den jurassischen Teilen der Westschweiz, in den Kantonen Bern, Neuenburg, Solothurn, Waadt und Genf, die 1944 zusammen mehr als 90 % der Fabrikarbeiter der Uhrenindustrie umfassten (Tabelle 1). Sie ist im Kanton Neuenburg weitaus die bedeutendste Industrie und steht in den Kantonen Bern, Solothurn, Genf und Baselland an zweiter Stelle (Tabelle 2).

¹ Zweig 151 der Fabrikstatistik 1944.

² 1944 umfassten die 5 (21 %) Betriebe mit je mehr als 500 Arbeitern von den total 24 Betrieben 63 % der Arbeiter und 66 % der PS. — Pro Betrieb kamen 245 Arbeiter und 664 PS durchschnittlich. — Fabrikstatistik 1944.

³ 1944: 2,7 PS pro Arbeiter. — Fabrikstatistik 1944.

⁴ Zweige 159–161 der Fabrikstatistik 1944.

⁵ 1944 kamen pro Arbeiter nur 1,0 PS. — Fabrikstatistik 1944.

⁶ 1944 entfielen pro Betrieb bloss 47 Arbeiter und 48 PS. — Fabrikstatistik 1944.

⁷ Benützte Literatur:

Neumann und Weckerle: Uhren und Bijouterien, in: Die schweizerische Industrie und ihre Arbeiter, 2. Folge, Olten 1945.

Jean-David Croll: L'introduction d'industries nouvelles dans les Montagnes neuchâteloises de 1930 à fin 1938. Diss. Neuenburg 1940.

Helene Hagenbach: Die Entwicklung der Genfer Bijouterieindustrie. Diss. Bern 1927. Landmann, a. a. O. S. 226 ff.

Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft 1939, Bd. 2, S. 437 ff.

*Zahl der Fabrikarbeiter 1944*¹

	BE	NE	SO	VD	GE	Schweiz
Scheideanstalten	—	93	—	—	60	153
Gold- und Silberschmuck . .	39	454	—	59	141	972
Ketten, Armbänder	—	—	—	—	257	257
Bearbeitung von Edelsteinen .	82	—	—	209	12	350
Uhrensteine	1 509	591	5	528	58	3 533
Uhrenschalen aus Gold . . .	40	510	21	—	185	756
Uhrenschalen aus Silber . . .	53	—	34	—	—	87
Uhrenschalen aus andern Me- tallen	2 037	316	223	—	232	2 839
Uhrengläser, Zifferblätter . .	1 038	939	34	—	307	2 365
Zeiger, Federn, Spiralen . . .	498	530	83	7	156	1 275
Aufziehkronen, Bügel	9	41	10	147	126	333
Andere Uhrenbestandteile . .	2 125	1531	635	367	20	4 898
Roh- und Gehwerke	710	1110	3133	115	19	5 183
Fabrikation von Uhren	6 226	2933	2388	747	452	14 104
Turm- und Wanduhren, Wecker	212	38	—	—	—	256
Uhrenmacherwerkzeuge	33	101	—	—	—	137
Total	14 611	9187	6566	2179	2025	37 498

Die Uhrenindustrie in der Schweiz hat drei Wurzeln. Am frühesten, schon im 16. Jahrhundert, war sie in Genf entwickelt, und zwar, da die Uhr damals mehr Schmuck als Zeitmesser gewesen war, als Spezialzweig des dort in hoher Blüte stehenden Goldschmiedehandwerkes. Die guten Handelsbeziehungen und das Wirken französischer Hugenotten liessen den neuen Erwerbszweig eine rasche Entfaltung nehmen und um die Mitte des 19. Jahrhunderts seine Blüte erleben. Wenn auch in Genf die ersten Ansätze zur fabrikmässigen Produktionsweise von Uhren und Rohwerken unter-
nommen wurden (1804), so ist doch bis heute das Handwerk als Entstehungs-
grundlage der Genfer Uhrenindustrie daraus ersichtlich, dass die Her-
stellung luxuriöser Qualitätsuhren Hauptzweig und der Klein- und Mittel-
betrieb (als Nachfolger der alten «ateliers») die typische Betriebsgrösse des
Platzes Genf geblieben ist.

Im Neuenburger Jura entwickelte sich die Uhrenindustrie Ende des 17. Jahrhunderts von Le Locle ausgehend auf der Basis eines von der Frei-
grafschaft eingeführten, bodenständigen Turmuhrenhandwerks, wobei dem
Wirken Daniel Jean Richards (1679) entscheidende Bedeutung zukam. Von
Zunftschranken frei, breitete sich der neue Erwerbszweig rasch aus, nahm
jedoch den grossen Aufschwung, der zur Überflügelung Genfs anfangs des
19. Jahrhunderts führte, erst mit der Mitte des 18. Jahrhunderts einsetzen-
den, immer weitergehenden Arbeitsteilung, die die alte Hausindustrie bald
zum Verschwinden brachte und die Entstehung der modernen Fabrik-
industrie einleitete (1812: Erste Uhrenfabrik im Val-de-Ruz).

Von geringerer Bedeutung blieb die waadtländische Uhrenindustrie
im Jouxthal, die — anfangs des 18. Jahrhunderts als Heimindustrie ent-

¹ Zahlen zusammengestellt aus der Fabrikstatistik 1944.

standen — wohl Uhren von hoher Präzision erzeugte, aber immer fast ganz von Genf abhängig blieb. — Auf der Grundlage eines Turm- und Stubenuhrenhandwerks entstand um die Mitte des 18. Jahrhunderts die Uhrenindustrie in Ste-Croix, konnte jedoch die Krise anfangs des 19. Jahrhunderts nicht überstehen, worauf die Bevölkerung das Hauptgewicht immer mehr auf die Herstellung von Musikdosen verlegte.

Als einziges der drei alten Produktionsgebiete dehnte sich das neuenburgische aus, und zwar waren es Neuenburger Emigranten, die in den 1830er Jahren die Uhrenindustrie im Kanton Bern begründeten, zuerst im Sankt-Immer-Tal, dann auch in Delsberg, Pruntrut und um 1850 in Biel. Bald hatte die bernische Uhrenindustrie nach der Zahl der Fabrikarbeiter den Kanton Neuenburg überflügelt. Dem Jura entlang dehnte sich die Uhrenindustrie weiter aus nach dem Kanton Solothurn (Grenchen, Solothurn), dem Kanton Baselland (Waldenburg), ja bis nach Schaffhausen und später auch ins Tessin. In all diesen Kantonen hatte die Uhrenindustrie sogleich den Zug ins Grosse und trug fabrikmässigen Charakter, dies im Gegensatz zur Entwicklung an den drei ursprünglichen Orten.

Schon von allem Anfang an war die schweizerische Uhrenindustrie stark exportorientiert ¹, weshalb auch ihr Beschäftigungsgrad bis zu einem gewissen Grad die Weltkonjunkturlage getreulich widerspiegelt. Die Absatzkrise, die in den Jahren 1920/21 begann, war wohl die bisher stärkste, doch wurde sie durch Übelstände der innern Organisation (Überschuldung, Halsabschneiderkonkurrenz, Aufblähung des Produktionsapparates durch Herstellung von Granatzündern während des ersten Weltkrieges) noch verschärft. Speziell die erhöhte Ausfuhr von Schablonen und Uhrenbestandteilen barg die grosse Gefahr der allmählichen Abwanderung der Industrie ins Ausland. Da private Selbsthilfemassnahmen versagten, sah sich der Bund zum Eingreifen genötigt und beteiligte sich 1931 an der Gründung der «Allgemeinen Schweizerischen Uhrenindustrie AG.» (ASUAG), einer Super-Holding, die die Sanierung, Reglementierung und besonders die Verhinderung der Emigrierung der Industrie zum Ziele hatte. Die vom Bund ergriffenen Massnahmen (Bauverbot, Preisfestsetzung, Unterstellung der Schablonen- und Uhrenbestandteilausfuhr unter die Bewilligungspflicht etc.) scheinen dazu angetan zu sein, der schweizerischen Uhrenindustrie einen gesunden Weiterbestand zu sichern.

Angesichts dessen, dass die in der Uhrenindustrie verarbeiteten Materialien mengenmässig unbedeutend sind, der Wert des Produktes — der fast ausschliesslich durch Arbeit geschaffen wird — im Verhältnis zu seinem Gewicht sehr gross ist und bei der Produktion äusserst wenig motorische Kraft ² verwendet wird, muss der rationale Standort der schweizerischen Uhrenindustrie stark arbeitsorientiert sein. Welche Bedeutung dabei der qualifizierten Arbeit und der generationenlangen Arbeitstradition zukommt, zeigt sich daran, dass die Ausbreitung der Uhrenindustrie in andere Kantone

¹ Der wertmässige Anteil des Uhrenexportes am schweizerischen Gesamtexport betrug 1929–1939 und 1945–1948 durchschnittlich 15–20 %!

² 1944 entfielen pro Arbeiter bloss 0,6 PS. — Fabrikstatistik 1944.

und Länder fast nur unter Heranziehung gelernter Uhrenarbeiter möglich war und eine Ausbreitung überhaupt erst mit der Erfindung der Mechanisierung der Produktion vor sich gehen konnte. Dieser heute noch trotz aller Mechanisierung starken Arbeitsorientierung entsprechen der hohe Anteil gelernter Arbeit ¹, die relativ kleine durchschnittliche Betriebsgrösse ² und der hohe Anteil Frauenarbeit ³.

Das Gebiet des Juras blieb seit Beginn der Standort der Uhrenindustrie, wenn sich auch mit dem Aufkommen der fabrikmässigen Produktionsweise der Schwerpunkt von den Bergen in die Täler und Ebenen verlagerte und damit der Kanton Neuenburg von Bern und der Kanton Genf von Solothurn — wo besonders die Herstellung von Roh- und Gehwerken konzentriert ist — nach der Zahl der Fabrikarbeiter überflügelt worden sind. Chaux-de-Fonds ist immer noch das Zentrum der schweizerischen Uhrenindustrie, weitere wichtige Standorte sind Biel, Grenchen, Le Locle, Genf, Solothurn, St-Imier, Tavannes und Moutier.

Wie die Maschinenindustrie ist auch die Uhrenindustrie mustergültig als eine die natürlichen Standortsunterlagen optimal ausnutzende Industrie.

16. Industrie der Erden und Steine ⁴

Die Industrie der Erden und Steine, eine der kleineren Industriegruppen und fast ausschliesslich dem Inlandbedarf dienend, ist einigermaßen gleichmässig über das ganze Gebiet der Schweiz verteilt — die Kantone Bern, Zürich und Waadt stehen an der Spitze — und hat sich nur im Kanton Nidwalden (Glashütte Hergiswil!) zu entscheidender Bedeutung entwickeln können.

a) Bindemittelindustrie (Zement, Kalk, Gips) ⁵

Die jüngste und bedeutendste der Bindemittelindustrien ist die Zementindustrie, die angesichts des in der Schweiz in guter Qualität und grossen Mengen vorhandenen Rohstoffs (Kalk) und des grossen Bedarfs an guten Bindemitteln im letzten Jahrhundert (Eisenbahnbau) erstaunlich spät, erst in den 1870er Jahren in die Schweiz gekommen ist (Luterbach, St-Sulpice) ⁶.

¹ 1939 betrug der Anteil der Gelernten 45 %, derjenige der Angelernten 42 % und derjenige der Ungelernten 13 %. Bei den Männern sind mehr als 50 % gelernte Arbeiter, bei den Frauen mehr als 50 % angelernte Arbeiter. — Eidgenössische Betriebszählung, Bd. 3, 1939.

² 1944 entfielen pro Betrieb bloss 43 Arbeiter und 28 PS. — Fabrikstatistik 1944.

³ 1944 betrug der Anteil der Frauenarbeit 48 %. Für gewisse Arbeiten eignen sich Frauen bedeutend besser als Männer. Die Heimarbeit ist fast ganz verschwunden, 1944 kamen auf 100 Fabrikarbeiter noch 8 Heimarbeiter. — Fabrikstatistik 1944.

⁴ Neumann und Weckerle: Industrien der Erden und Steine, in: Die schweizerische Industrie und ihre Arbeiter, 1. Folge, Olten 1944.

Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft 1939, Bd. 2, S. 423 ff.

⁵ Leider sind in der Fabrikstatistik 1944 die einzelnen Bindemittelindustrien nicht auseinandergehalten, so dass wir uns mit den Sammelwerten begnügen müssen.

⁶ Vor der Portland- war die Romanzementindustrie in der Schweiz vorhanden (1846 in Aarau), doch verlor der Romanzement fast jegliche Bedeutung.

Zahl der Fabrikarbeiter 1944 ¹

	BE	ZH	VD	AG	BL	Schweiz
Bearbeitung von Natursteinen	73	79	25	51	—	587
Zement, Kalk, Gips	303	13	238	431	153	1 814
Zementwaren, Kunststeine . .	598	414	206	199	224	2 885
Ziegel, Backsteine	1164	606	665	389	642	5 036
Töpferei, Porzellan	869	440	37	247	—	1 842
Hafnerei, Ofenfabrikation . .	—	84	—	—	—	130
Glashütten	125	182	266	—	—	1 139
Glasbearbeitung	69	212	94	—	8	879
Schmiereisen etc.	38	156	—	—	—	282
Kohlenbriketts	7	60	68	7	—	624
Salinen	—	—	30	88	94	212
Asphalt, Bitumen, Dachpappe	8	77	—	7	62	218
Total	3254	2323	1679	1419	1183	15 648

Die Industrie konnte sich gut entwickeln, in kleinem Masse sogar exportieren, begann dann aber schon relativ früh unter Überkapazität ² zu leiden, was einen rücksichtslosen Konkurrenzkampf zur Folge hatte und schliesslich 1911 zum Zusammenschluss in einem äusserst straff organisierten Preis- und Kontingentskartell (E. G. Portland) führte.

Auch die Kalk- und Gipsindustrie, an Bedeutung weit hinter der Zementindustrie zurückstehend, schloss sich aus den nämlichen Gründen zu solchen Kartellen zusammen, die alle untereinander in enger Verbindung stehen und als Ziel die Schaffung und Erhaltung «günstiger» Konkurrenzverhältnisse haben.

Alle drei Industrien sind materialorientiert, die Kalk- und Zementindustrie an Kalk-, die Gipsindustrie an Gipssteinlagern, die beide in der Schweiz in reichlichem Masse vorhanden sind. Für die Zementindustrie sind bei der Auswahl der Kalksteinlager entscheidend: die Möglichkeit, zu günstigen Bedingungen genügend elektrische Energie zu erhalten, und eine transportkostenmässig gute Lage ³. Diesen Kriterien gemäss schälten sich die Kantone Aargau, Bern und Waadt als beste Standorte heraus. Die bedeutendsten Zementstandorte sind Holderbank, Wildeggen, Aarau, Laufen, Liesberg, St-Sulpice, Heerbrugg, die meist auch Standorte der Kalkindustrie sind. Netstal, Brunnen, Beckenried, Thayngen sind weitere Standorte der Kalkindustrie. Für die Gipsindustrie sind Felsenau (Aargau), Ennetmoos, Läufern, Leissigen und Bex die wichtigsten Standorte.

¹ Zahlen aus der Fabrikstatistik 1944.

² Es liegt hier die ähnliche Erscheinung wie bei der Brauereindustrie vor. Die kapitalintensiven Industrien sind gezwungen, ihre Ausbringung möglichst zu steigern, um den Anteil der Kosten der Amortisation und Verzinsung pro Produkteinheit auf ein Minimum zu bringen. — Die Kapitalintensität der Bindemittelindustrie zeigt sich in der Zahl der PS pro Arbeiter: 1944: 31,0 PS! Höchster Wert der schweizerischen Industrie. Pro Betrieb entfielen 1944 bloss 45 Arbeiter, aber 1407 PS. — Fabrikstatistik 1944.

³ Die Lage des Zementstandortes muss günstig sein sowohl in bezug auf den Antransport der Kohle (nach Neumann und Weckerle geht Kohle zu 50 % ins Produkt ein. Neumann und Weckerle, a. a. O., S. 12) als auf den Abtransport des relativ geringwertigen Produktes.

b) Ziegeleiindustrie ¹

Die Ziegelherstellung — schon im Altertum betrieben — hat auch in der Schweiz recht früh (14. Jahrhundert) in der Form landwirtschaftlicher Nebenbetriebe Eingang gefunden, da Ton praktisch überall vorhanden und leicht zu gewinnen, der Ziegel leicht herzustellen und äusserst handlich ist. Erst um 1860 mit dem Aufkommen neuer Öfen und neuer Maschinen begann sich die Ziegelei zur selbständigen Ziegeleiindustrie umzuformen und nahm gegen Ende des 19. Jahrhunderts einen starken Aufschwung. Der Mangel an Edeltonglagern liess indessen in der Schweiz keine feinere Tonwarenindustrie in grösserem Umfang entstehen ². Ähnlich wie bei der Binde- mittelindustrie brachten schon kurz nach dem ersten Weltkrieg fortgesetzte Rationalisierungsmassnahmen eine starke Überspannung der Produktionskapazität, der ebenfalls durch Zusammenschlüsse zu regionalen Preis- und Kontingentskartellen zu begegnen versucht wurde.

Da für die Ziegeleiindustrie der Elektrizitätsbedarf nicht sehr gross ist, die Elektrizität also als Ubiquität angesprochen werden kann, Kohle als Brennstoff seit der Einführung der brennstoffsparenden Öfen stark an Bedeutung verloren hat, der Faktor Arbeit qualitativ und quantitativ unwichtig ist ³ und der Ton selbst für einen grossen Teil der Schweiz als Ubiquität gelten darf, muss der theoretische Standort der Ziegeleiindustrie konsumorientiert sein. Diese Lagerung findet sich auch in der Wirklichkeit, die wichtigsten Standorte sind die in der Nähe grosser Bevölkerungsagglomerationen oder in Gebieten grosser Bevölkerungsdichte zu suchen, und zwar am Tonlager. Eine Konzentration an wenigen Orten hat in der Ziegeleiindustrie nicht stattfinden können, weil erstens der geringe Wert der Produkte keinen Absatz auf weite Strecken erlaubt und zweitens die Kartellisierung einer Konzentrationstendenz entgegenwirkt ⁴. Die wichtigsten Standorte sind Allschwil, Zürich, Bern, Laufen, Payerne, Frick, Pfungen, Thayngen, Hochdorf, Heerbrugg und Lohn (Schaffhausen).

c) Glasindustrie ⁵

Trotzdem die Glasherstellung schon seit dem Altertum bekannt war, in der Schweiz alle Rohstoffe (Holz, Quarzsand, Kalk) vorhanden waren und im 14. Jahrhundert einige Glashütten entstanden, dauerte es bis ins 18. Jahrhundert und brauchte durch ins waldreiche Entlebuch einwandernde

¹ Benützte Literatur:

Hans Pfaff: Die Ziegeleiindustrie der Schweiz. Diss. Basel 1936.

² Die Porzellanfabrik Langenthal bezieht ihren Rohstoff ganz, die Fabriken feuerfester Erzeugnisse in Moutier, Lausen, Delsberg, Lohn und Bonfol zum Teil aus dem Ausland.

³ 1939 waren von der in der Ziegeleiindustrie Beschäftigten bloss 9 % Gelernte, aber 67 % Ungelernte. — Eidgenössische Betriebszählung, Bd. 3, 1939.

⁴ Deshalb ist auch die durchschnittliche Betriebsgrösse klein geblieben. 1944 entfielen pro Betrieb durchschnittlich 53 Arbeiter und 231 PS. — Fabrikstatistik 1944.

⁵ *Fritz Lehmann*: Les verreries suisses. Diss. Lausanne 1939.

Karl Dürr: Wilhelm Launhardts geometrische Begründung der reinen Theorie des Industriestandorts. Mit einer Anwendung auf die schweizerische Glasindustrie, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 80. Jahrgang, Heft I, 1944, S. 28 ff.

Schwarzwälder (im Schwarzwald bestand eine alte Glasindustrie), bis die schweizerische Glasindustrie einige Bedeutung erlangen konnte. Der kleine innere Markt gestattete nicht ohne weiteres, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts aufkommenden, die Ausbringung stark steigernden und zur Überkapazität neigenden, neuen Produktionsmethoden anzuwenden. Erst das Flascheneinfuhrverbot von 1922 gab der schweizerischen Glasindustrie die Möglichkeit ruhiger Entfaltung, und heute deckt sie den Inlandbedarf für alle gangbaren Glaswaren.

In der ersten Epoche (bis Mitte 19. Jahrhundert) waren die Standorte theoretisch und praktisch materialorientiert am Holz, das als Brennstoff und zur Herstellung von Pottasche verwendet wurde. Die Standorte lagen also in oder nahe von Wäldern. Das Aufbrauchen der Rohstoff- und Brennmaterialgrundlage zwang oft zu Betriebsverlegungen. Die zweite Epoche (bis heute) wurde durch den Wechsel der Produktionstechnik (Ersetzung der Pottasche durch Soda und Glaubersalz) und die Verbesserung der Verkehrstechnik — Ersetzung des Brennstoffes Holz durch Kohle zur Folge habend — eingeleitet, so dass die theoretisch-optimalen Standorte sich vom Holz lösen und ins Innere der Standortsfigur, an den transportkostenmässig günstigsten Ort wandern konnten ¹. Keine der heutigen Hütten — vielleicht mit Ausnahme der Elektrohütte Romont — liegt theoretisch-optimal, bei allen haben traditionale oder spezielle Faktoren (vorhandenes Industriegebäude, Wohnort des Unternehmers, billiger Strom etc.) eine Deviation vom theoretisch-optimalen Standort gebracht. Fribourg, Wauwil, St-Prex, Bülach und Moutier liegen indessen relativ günstig, etwas weniger gut Hergiswil und eigentlich schlecht Monthey.

3. Kapitel

Die Industrieverteilung innerhalb der Kantone

Nachdem die allgemeinen Standortsunterlagen der Schweiz festgestellt und die wichtigsten Industrien besprochen worden sind, bleibt nun zur Charakterisierung des schweizerischen Industriekörpers noch die Untersuchung der Industrieverteilung innerhalb der einzelnen Kantone, wobei die Tabelle 2 die notwendigen detaillierten zahlenmässigen Grundlagen gibt, so dass wir uns bei jedem Kanton auf einige wenige Bemerkungen beschränken können ².

¹ Der Standort kommt ins Innere der Standortsfigur zu liegen, da nach der Ersetzung des Holzes durch andere Materialien keine Komponente mehr gleich gross oder grösser als die Summe der übrigen ist. — Als optimale Standorte bezeichnet Lehmann je nach Lagern und Konsumorten: Olten, Biel, Pratteln, Basel, Lengnau, Zurzach (Lehmann, a. a. O. S. 220), während nach Dürrs Berechnungen Olten, Brugg, Moutier, Luzern und Bülach günstig liegen (Dürr, a. a. O. S. 45). Trotzdem pro Arbeiter nur 2,2 PS entfallen (Fabrikstatistik 1944), ist, wie Lehmann nachweist (a. a. O. S. 175 f.), keine Attraktion der Arbeitsplätze zu verzeichnen.

² Eine auch nur einigermaßen detaillierte Wiedergabe der Industriegeschichte in den einzelnen Kantonen würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen und liegt, da die

Im Kanton *Zürich* dominiert die Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente, die mehr als 38 % aller Fabrikarbeiter des Kantons beschäftigt. Mit 11,5 % steht die Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie an zweiter Stelle, während keine der übrigen Industrien einen Anteil von 10 % oder mehr aller Fabrikarbeiter erreicht. Mit rund 6 % folgen die Metallindustrie, Baumwollindustrie, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Seiden- und Kunstseidenindustrie und die Holzbearbeitungsindustrie an dritter Stelle. — Nach der Zahl der Fabrikarbeiter gemessen steht unter den Industriezweigen der Maschinenbau mit Abstand an der Spitze (25 %), gefolgt von den Zweigen: Herstellung elektrischer Apparate, Buchdruckerei, Seidenstoffweberei und Frauen- und Kinderkonfektionsindustrie.

Der Kanton *Bern* weist eine erheblich gleichmässigere Industrieverteilung auf, wenn auch die Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente und die Uhren- und Bijouterieindustrie deutlich an der Spitze stehen (25 %, bzw. 21 % der Fabrikarbeiter umfassend). Mit rund 9 % folgen die Metallindustrie und die Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie an dritter Stelle. — Die wichtigsten Industriezweige sind: Fabrikation und Zusammensetzen von Uhren, Maschinenbau, Waffen und Munitionsherstellung, Sägereiindustrie, Buchdruckerei und Herstellung elektrischer Apparate.

Der Kanton *Luzern* gehört zu den Kantonen mit der gleichmässigsten Industrieverteilung. Auch hier steht die Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente (19 %) an der Spitze, gefolgt von der Metallindustrie (16 %) und der Seiden- und Kunstseidenindustrie (15 %). Mit 9,8 % folgt die Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie an dritter Stelle. — Kunstseidenindustrie, Maschinenbau und Eisen-, Stahl- und Walzwerke sind in dieser Reihenfolge die weitaus bedeutendsten Industriezweige des Kantons.

1944 wurde der Kanton *Uri* von einem einzelnen Zweig der Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente, der Waffen- und Munitionsherstellung, dominiert — 80 % aller Fabrikarbeiter waren in dieser Gruppe, 74 % allein in diesem Zweig konzentriert — und zwar wie dies in diesem Zeitpunkt sonst nirgends in der Schweiz der Fall war ¹. Neben der Waffen- und Munitionsherstellung waren Herstellung von Kautschukwaren und Herstellung von Kabeln, Metallfaden und Emaildraht die nächstgrössten Zweige.

Wie der Kanton *Luzern* gehört auch der Kanton *Schwyz* zu jenen Kantonen, bei denen eine eigentliche Konzentration der Industrie auf einzelne Gruppen fehlt. Mit je 19 % aller Fabrikarbeiter stehen die Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie und die Holzbearbeitungsindustrie obenan,

Geschichte der einzelnen Industrien ja in grossen Zügen bereits dargestellt worden ist, ausserhalb der Erfordernisse des dieser Arbeit gestellten Themas. Wir verweisen deshalb auf die für eine Reihe von Kantonen bestehenden Einzeluntersuchungen.

Die letzte Fabrikstatistik wurde 1944 unternommen, weshalb die hier gegebenen Zahlen auf jenen Zeitpunkt bezogen sind, obwohl dazumal die Kriegsverhältnisse zu einigen Verzerrungen des Bildes geführt haben mögen. Grundlegende Verschiebungen indessen dürften sich seither nicht ergeben haben.

¹ Die Verhältnisse im Kanton Uri sind durch den Einfluss des Krieges etwas verzerrt.

gefolgt von der Baumwollindustrie und der Seiden- und Kunstseidenindustrie mit je 11 % und der Metallindustrie und der Industrie der Erden und Steine mit je 9 %. — Die wichtigsten Industriezweige sind: Zeughauswerkstätten, Möbelfabriken, Seidenstoffweberei und Buchdruckerei.

Die Holzbearbeitungsindustrie, die 55 % aller Fabrikarbeiter des Kantons umfasste, beherrschte in starkem Masse den Kanton *Obwalden*. Im zweiten Rang steht die Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie mit 29 %, so dass sich das Bild einer sehr ungleichmässigen Industrieverteilung ergibt. — Unter den Industriezweigen sind die Zeughauswerkstätten (27 %), die Parketterieindustrie und die Sägereiindustrie die wichtigsten.

Auch der Kanton *Nidwalden* bietet das Bild einer sehr ungleichmässigen Verteilung der Industrie: auf die Industrie der Erden und Steine entfallen 35 %, auf die Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente 33 % aller Fabrikarbeiter des Kantons. An dritter Stelle mit 15 % folgt die Holzbearbeitungsindustrie. — An der Spitze der Industriezweige stand 1944 die Flugzeugindustrie, gefolgt von der Glashüttenindustrie und der Sägereiindustrie.

Der Kanton *Glarus* wird durch die Baumwollindustrie beherrscht (35 %). Die Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente steht an zweiter Stelle (16 %), gefolgt von der Wollindustrie (11 %) und der Holzbearbeitungsindustrie (8 %). — Die wichtigsten Industriezweige sind: Herstellung elektrischer Apparate, Baumwollspinnerei, Baumwollweissweberei und Papierindustrie.

Ähnlich wie der Kanton Zürich, nur in stärkerem Masse, wird der Kanton *Zug* von einem einzelnen Zweig der Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente — der Herstellung elektrischer Apparate — dominiert: 40 % der Fabrikarbeiter des Kantons fallen auf diese Gruppe, 34 % allein auf diesen einzelnen Zweig! Immerhin vermochten vier weitere Gruppen Anteile von mehr als 10 % zu erreichen, so dass sich ein nicht so einseitiges Bild wie im Kanton Zürich ergibt: Metallindustrie 15 %, Papierindustrie 14 %, Baumwollindustrie 12 % und Holzbearbeitungsindustrie 11 %. — Unter den Industriezweigen folgen der Herstellung elektrischer Apparate die Zweige: Email- und übrige Metallwaren, Baumwollspinnerei und Papier- und Zelluloseherstellung.

Der Kanton *Freiburg* gehört zur Reihe der Kantone mit ziemlich gleichmässiger Industrieverteilung. An der Spitze der Industriegruppen steht die Nahrungs- und Genussmittelindustrie mit 26 % der Fabrikarbeiter des Kantons, gefolgt von vier weiteren Industrien mit Anteilen von über 10 %: Holzbearbeitungsindustrie (16 %), Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie (12,5 %), Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente (11 %) und Papierindustrie (10 %). — In der Rangfolge der Industriezweige stehen Schokoladeindustrie, Papierverarbeitungsindustrie, Herstellung elektrischer Apparate und Sägereiindustrie obenan.

Im Kanton *Solothurn* stehen die gleichen Industrien mit gleichen Anteilen an der Gesamtzahl der Fabrikarbeiter des Kantons wie im Kanton Bern an der Spitze: Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente

26 % und Uhren- und Bijouterieindustrie 21 %. Auch die nächstgrösseren beiden Gruppen sind die nämlichen wie in Bern: Metallindustrie 18 %, Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie 15 %. — Nach der Zahl der Fabrikarbeiter ist die Herstellung der Roh- und Gewerke (Uhrenindustrie) der wichtigste Industriezweig, dem Schuhindustrie, Fabrikation und Zusammensetzen von Uhren, selbständige Eisengiessereien, Herstellung elektrischer Apparate und Eisen-, Stahl- und Walzwerke in dieser Reihenfolge folgen.

Die chemische Industrie, mit 31 % aller Fabrikarbeiter des Kantons, beherrscht den Kanton *Baselstadt*, und nur noch die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate überschreitet einen Anteil von 10 % (13,5 %). Im nächsten Rang mit 9,8 % steht die Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie, dann folgen drei Industrien mit je rund 8 %: Nahrungs- und Genussmittelindustrie, graphische Industrie und Metallindustrie. — An der Spitze der Industriezweige steht die chemisch-pharmazeutische Industrie, gefolgt von der Teerfarbenindustrie, der Buchdruckerei, der Herstellung elektrischer Apparate, der Herstellung von Wurstwaren und Fleischkonserven und der Seiden- und Kunstseidenveredlungsindustrie.

Der Kanton *Baselland* ist der Kanton mit der gleichmässigsten Industrieverteilung, umfasst doch seine nach der Zahl der Fabrikarbeiter wichtigste Industriegruppe, die Metallindustrie, bloss 17,5 % aller Fabrikarbeiter und sind doch noch weitere vier Industrien mit Anteilen von rund 10 % der Fabrikarbeiter des Kantons vorhanden: Uhrenindustrie 11 %, chemische Industrie 10,5 %, Industrie der Erden und Steine 10 % und Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie 9,6 %. — Die wichtigsten Industriezweige sind: Fabrikation und Zusammensetzen von Uhren, Schappespinerei, Ziegeleiindustrie und Herstellung von wollenen Tuchen und Decken.

Der Kanton *Schaffhausen* wird — ähnlich dem Kanton Obwalden, nur schwächer — durch zwei Industrien beherrscht: Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente mit 38 % und Metallindustrie mit 25 % aller Fabrikarbeiter des Kantons. Die nächstgrösste Industrie, die Wollindustrie, erreicht nur einen Anteil von 7 % der Fabrikarbeiter. — Die Eisen-, Stahl- und Walzwerke stehen unter den Industriezweigen an erster Stelle, allein 20 % der Fabrikarbeiter des Kantons auf sich vereinigend, gefolgt von den Zweigen Maschinenbau, Bau und Reparatur von Eisenbahnwagen, Waffen- und Munitionsherstellung und Wollspinnerei und -zwirnerei.

Ähnlich wie im Kanton Glarus ist es die Baumwollindustrie, die auch im Kanton *Appenzell A.-Rh.* vorherrscht, 35 % der Fabrikarbeiter des Kantons auf sich konzentrierend. Im zweiten Rang folgt die Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente (19 %), im dritten die Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie (17 %). — Die wichtigsten Industriezweige sind Baumwollveredlungsindustrie, Herstellung elektrotechnischen Isoliermaterials, Strickerei/Wirkerei und Strumpfwarenindustrie.

Auch im Kanton *Appenzell I.-Rh.* steht die Baumwollindustrie mit 36 % der Fabrikarbeiter des Kantons obenan. Auf die Gruppe Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie entfallen 17 %, auf die Holzbear-

beitungsindustrie 12 % und auf die Nahrungs- und Genussmittelindustrie 10 % der Fabrikarbeiter des Kantons. — Die Baumwollspinnerei ist der wichtigste Industriezweig.

Der Kanton *St. Gallen* gehört zu den Kantonen mit der gleichmässigsten Industrieverteilung, umfasst doch nach der Zahl der Fabrikarbeiter die wichtigste Industrie, die Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie, nur 19,5 % aller Fabrikarbeiter und sind noch weitere drei Industrien mit je mehr als 10 % der Fabrikarbeiter zu verzeichnen: Baumwollindustrie 17 %, Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente 16 % und Seiden- und Kunstseidenindustrie 10,5 %. — Der Maschinenbau ist der bedeutendste Industriezweig, gefolgt von der Kunstseidenerzeugung, der Frauen- und Kinderkonfektion, der Baumwollweissweberei, der Baumwollveredlungsindustrie, der Strumpfwarenindustrie und der feinmechanischen Industrie.

Wie der Kanton Freiburg gehört auch der Kanton *Graubünden* zu den Kantonen mit einigermaßen gleichmässiger Industrieverteilung, wobei die Holzbearbeitungsindustrie mit 21 % aller Fabrikarbeiter des Kantons die grösste Industrie ist. An zweiter Stelle steht die chemische Industrie (17 %), an dritter die Maschinen-, Apparate- und Instrumenteindustrie (12,5 %) und an vierter Stelle die Wollindustrie (9,7 %). — Die wichtigsten Industriezweige sind: chemisch-pharmazeutische Industrie, Sägereiindustrie und Herstellung wollener Tuche und Decken.

Auch im Kanton *Aargau* gibt es keine stärkere Konzentration auf eine einzelne Industriegruppe; die nach der Zahl der Fabrikarbeiter bedeutendste Industrie, die Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente, weist bloss einen Anteil von 23 % der Fabrikarbeiter des Kantons auf. An zweiter Stelle kommt die Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie (16 %), im dritten die Metallindustrie (12 %) und die Nahrungs- und Genussmittelindustrie (11 %). — Mit ziemlichem Abstand ist der Maschinenbau der wichtigste Industriezweig, gefolgt von der Tabakindustrie, der Schuhindustrie, den Metallgiessereien, der Buchdruckerei, der Strickerei/Wirkerei, den Möbelfabriken und der Hutgeflechtindustrie.

Ebenfalls in die Kantone mit ziemlich gleichmässiger Industrieverteilung gehört der Kanton *Thurgau*. Seine wichtigste Industrie ist die Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie mit 22,5 % der Fabrikarbeiter des Kantons, dann kommt die Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente mit 19 %, dann die Holzbearbeitungsindustrie mit 11 %, die Metallindustrie mit 9,5 % und die Baumwollindustrie mit 9,2 %. — Automobilindustrie, Wirkerei/Strickerei und Maschinenbau stehen unter den Industriezweigen deutlich obenan, gefolgt von der Schuhindustrie und den Möbelfabriken.

Auch im Kanton *Tessin* ist die Industrieverteilung einigermaßen gleichmässig, doch ist die Konzentration auf die beiden wichtigsten Industriegruppen — Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie (25 %) und Nahrungs- und Genussmittelindustrie (18,5 %) — deutlich stärker als in den drei vorher genannten Kantonen. Einen Anteil von 10 % der Fabrikarbeiter des Kantons erreicht keine weitere Industriegruppe. Industrie der

Maschinen, Apparate und Instrumente (9,8 %), Metallindustrie (8,8 %) und Uhrenindustrie (8,7 %) sind die nächstgrössten Industriegruppen. — Unter den Industriezweigen steht die Tabakindustrie an erster Stelle, gefolgt von den Zweigen «Leibwäsche aus gewobenen Stoffen», Uhrensteine und Männerkleider/Uniformen.

Wenn auch der Kanton *Waadt* zu den Kantonen mit ziemlich gleichmässiger Industrieverteilung zu rechnen ist, so steht doch die Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente mit 28 % aller Fabrikarbeiter des Kantons deutlich an der Spitze. Mit je 11 % folgen die Nahrungs- und Genussmittelindustrie und die Uhren- und Bijouterieindustrie. Im dritten Rang stehen die Industrie der Erden und Steine und die Holzbearbeitungsindustrie mit je etwas mehr als 8 %. — Buchdruckerei, Maschinenbau und Herstellung von Radioapparaten und Grammophonen sind die wichtigsten Zweige, gefolgt von der Schokoladeindustrie, Fabrikation und Zusammensetzen von Uhren, Herstellung von Rechen- und Schreibmaschinen und Registrierkassen und der Tabakindustrie.

Der Kanton *Wallis* ist deutlich beherrscht durch zwei Industriegruppen: durch die chemische Industrie mit 41 % der Fabrikarbeiter des Kantons und durch die Metallindustrie mit 35 %. Wallis dürfte am ehesten mit dem Kanton Obwalden zu vergleichen sein. — An der Spitze der Industriezweige steht die elektrochemische Industrie, die allein 27 % der Fabrikarbeiter auf sich vereinigt, gefolgt von der Aluminiumfabrikation, die 19 % aller Fabrikarbeiter beschäftigt, der Aluminiumwalzwerke und der Teerfarbenindustrie.

Wie in den Kantonen Uri und Obwalden, so ist es auch im Kanton *Neuenburg* eine einzige Industriegruppe, hier die Uhrenindustrie, die mit ihren 54 % allein mehr als die Hälfte aller Fabrikarbeiter des Kantons umfasst und so den ganzen Kanton in ein starkes Abhängigkeitsverhältnis zu ihr bringt. Nur noch eine Gruppe, die Maschinen-, Apparate- und Instrumenteindustrie mit 21 % vermag einige Bedeutung zu erlangen. — Unter den Industriezweigen steht «Fabrikation und Zusammensetzen von Uhren» mit grossem Abstand an der Spitze — allein 17 % aller Fabrikarbeiter auf sich vereinigend — gefolgt von der «Herstellung anderer Uhrenbestandteile», Herstellung von Roh- und Gehwerken, Maschinenbau und Herstellung elektrischer Apparate.

Auch im Kanton *Genf* ist es eine einzige Industriegruppe, hier die Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente, die mit ihren 44 % aller Fabrikarbeiter des Kantons den ganzen Kanton beherrscht. An zweiter Stelle mit bloss 12 % steht die Uhrenindustrie, dann kommt die Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie (9,5 %) und die Metallindustrie (8,4 %). — Der Maschinenbau mit 18 % aller Fabrikarbeiter steht unter den Industriezweigen deutlich obenan, Herstellung von Waffen und Munition, Herstellung elektrischer Apparate, Heilmittel- und synthetische Riechstoffindustrie und Buchdruckerei sind die nächstgrössten Industriezweige.

Wenn wir nun noch die *gesamtschweizerischen* Verhältnisse betrachten, so fällt auf, dass hier, wie in vielen Kantonen, eine ziemliche Konzentration

auf die Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente zu verzeichnen ist. Sie umfasst mehr als 25 % sämtlicher Fabrikarbeiter der Schweiz. Ihr grösster Zweig, der Maschinenbau, beschäftigt allein nahezu soviel Fabrikarbeiter (11 %) wie die nächstgrösste schweizerische Industrie-gruppe, die Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie (12 %). An dritter Stelle mit genau 10 % steht die Metallindustrie gefolgt von der Uhren-industrie mit 8,8 %, der Holzbearbeitungsindustrie mit 6,8 % und der Nahrungs- und Genussmittelindustrie mit 6,6 %. Alle übrigen Gruppen haben unter 5 % liegende Anteile. — Mit erheblichem Abstand auf den Maschinenbau folgen unter den Industriezweigen: Herstellung elektrischer Apparate, Fabrikation und Zusammensetzen von Uhren, Buchdruckerei, Waffen- und Munitionsherstellung, Sägereiindustrie, Schuhwarenherstellung, Bau- und Möbelschreinerei, Männerkleider- und Uniformfabrikation, Frauen- und Kinderkonfektionsindustrie und die Tabakindustrie.

Zweiter Teil

Über Sinn und Möglichkeit einer schweizerischen Standortpolitik

1. Abschnitt

Allgemeine Betrachtungen

Bevor wir daran gehen, die Möglichkeiten einer schweizerischen Standortpolitik mit all den sich ergebenden Schwierigkeiten und Konsequenzen zu untersuchen, mag es als zweckmässig erscheinen, grundsätzlich auf die Frage der staatlichen Standortpolitik einzutreten und die entstehenden Probleme grundsätzlich zu diskutieren. Diese Betrachtungen basieren nicht auf den konkreten Verhältnissen eines bestimmten Staates, sondern auf einem bestimmten Staatstypus, auf einem idealtypisch konstruierten Modell. Wenn wir hier von «Staat» sprechen, so meinen wir dabei stets einen demokratischen Staat mit verfassungsmässig garantierten bürgerlichen Freiheiten — insbesondere garantierter Handels- und Gewerbefreiheit —, der sich aber auf Grund der neuen theoretischen und praktischen Einsichten zu einer aktiven Konjunktur- und Sozialpolitik bekennt und der, in Anerkennung der Pflicht der Förderung der allgemeinen Wohlfahrt, je nach der wirtschaftspolitischen Situation auch wirtschaftspolitische Massnahmen ergreift, die vom Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit abweichen können. Es handelt sich also um eine Wirtschaftsordnung, die als spät-kapitalistische Verkehrswirtschaft umschrieben werden könnte. Gerade weil aber diese Betrachtungen nicht auf den konkreten Verhältnissen eines bestimmten Staates basieren, mögen sie mehr zur prinzipiellen Klärung des ganzen Fragenkomplexes «Standortpolitik» beitragen, als wenn versucht würde, ein vollkommenes, in alle Einzelheiten gehendes System einer staatlichen Standortpolitik in der Schweiz beispielsweise zu geben. Der zweite Abschnitt dieses Teiles wird zum Ziele haben, die hier grundsätzlich erarbeiteten Resultate in einem bestimmten Staat, in der Schweiz, fruchtbar anzuwenden.

1. Kapitel

Problemstellung

Die Tatsache, dass überhaupt von einer «staatlichen Standortpolitik» gesprochen wird, weist darauf hin, dass die frei gefassten Entscheidungen der Privatunternehmer hinsichtlich der Wahl der Standorte ihrer Industrien offenbar in irgendwelcher Weise nicht genügen können, so dass staatliche

Interventionen ergänzend in die Lücke treten müssen. Die Grundfrage, die sich uns stellt, lautet also: wieso entstehen aus der Standortsverteilung der Industrie — wie sie sich durch weitgehend garantierte Handels- und Gewerbefreiheit und Freizügigkeit ergibt — Probleme, die so schwerwiegend sind, dass ihre Lösung dem Staate anvertraut werden soll? Welches sind diese Probleme?

Bisher sind die Unternehmer in der Wahl ihrer Standorte frei gewesen, und wir haben zuerst einmal zu fragen, nach welchen Gesichtspunkten sie hierbei vorgegangen sind.

I. Standorte nach privatwirtschaftlichem Interesse

Welches ist für eine bestimmte Industrie nach dem Gesichtspunkt des Unternehmerinteresses der optimale Standort?

Es sei angenommen, der Unternehmer handle rein rational¹, d. h. er strebe darnach, seinen Reingewinn so gross wie möglich zu gestalten. Diese Maxime wird auch seine Handlungen betreffs Wahl des Standortes bestimmen. Er wird seinen Betrieb deshalb an dem Orte errichten, der ihm den höchsten Reingewinn verspricht. Unter Annahme rationalen Verhaltens des Unternehmers ist demnach der Gewinnmaximalpunkt als privatwirtschaftlich optimaler Standort zu bezeichnen.

Es ist allerdings hierbei zu beachten, dass man nur in bezug auf eine ganze bestimmte Qualität des Produktes, auf ein ganz bestimmtes Betriebssystem und eine ganz bestimmte Technik des Produktionsverfahrens von einem optimalen Standort sprechen kann. Ein Wechsel des Betriebssystems oder der Produktionstechnik wird meist einer Verlagerung des optimalen Standortes gleichkommen².

Sollte nun aber versucht werden, die sich uns heute in der wirtschaftlichen Wirklichkeit darbietende Verteilung der Industriestandorte nach rein rationalen Gesichtspunkten zu erklären, so wird sich zeigen, dass die Industrien oft an keineswegs rationalen Standorten stehen. Zur Erklärung der konkreten Standorte müssen — wie wir bereits gesehen haben — weitere Faktoren herangezogen werden.

Erstens einmal werden die meisten der Standorte heute nur traditional zu erklären sein, d. h. die Errichtung dieser Standorte ist durchaus nach rationalen Gesichtspunkten vollzogen worden, doch ist die Rationalität dieser Standorte durch die technische Entwicklung, die eine Änderung der Standortsunterlagen bewirkte, aufgehoben worden. «Der traditionale Standort von heute ist vielleicht der rationale Standort von gestern, und der rationale Standort von heute wird voraussichtlich der traditionale Standort —

¹ «Rationales Handeln» heisst hier Handeln nach dem Erwerbsprinzip. Ein Unternehmer handelt nach dem Erwerbsprinzip, wenn er nach Maximierung seines Reingewinnes strebt. — Soziologische Definitionen des Rationalprinzips — wie sie sich etwa bei Max Weber finden — sind hier nicht berücksichtigt.

² Auf diesen Sachverhalt hat besonders Salin hingewiesen.

Salin, Standortsverschiebungen, S. 79 ff. Vgl. auch die Ausführungen Niederhausers. Niederhauser, a. a. O. S. 154, 157.

wenn nicht schon von morgen, so — von übermorgen sein ¹.» Wie Salin weiter betont, ist zu beachten, dass die Industrien auf veränderte Standortunterlagen nur selten sofort mit einer Standortsverlegung reagieren, es sei denn, es trete Rohstofferschöpfung oder ein Wechsel in der Kraftstoffunterlage auf, sondern dass sie zuerst versuchen, ihrem traditional gewordenen Standort durch Schaffung neuer Verbraucherschichten, durch Verbesserung der Transportbedingungen, durch Heranführung billigerer Arbeitskräfte etc. eine auchrationale Weiterexistenz zu sichern. Erst wenn die Standortunterlagen durch solche Anpassungsinterventionen nicht mehr wirksam verbessert werden können, wird in der Regel eine Betriebsverlegung in Frage kommen, die — wie Salin ausführt — so vor sich geht, dass «eine Ausdehnung der alten Unternehmungen und vor allem die Errichtung neuer Unternehmungen des gleichen Industriezweiges nicht am alten, traditionellen, sondern an einem neuen, standortsmässig-rational-erwerbswirtschaftlich günstigeren Punkt stattfindet, und insbesondere werden neue, rationellere Verfahren nur am günstigeren Ort zur Durchführung gelangen». Es wird — wie Salin es nennt — ein Wechsel in der «Standortsgewichtigkeit» vor sich gehen ².

Zweitens liegt in der Wirklichkeit die Sache so, dass die Unternehmer ihre Standorte nicht immer und ausschliesslich nach rein wirtschaftlichen Zwecksetzungen orientieren; ausserwirtschaftliche Gründe, wie Komfortvorteile, Gesundheitsrücksichten etc., können eine Deviation des Standortes vom Gewinnmaximalpunkt bewirken. Sind die ausserwirtschaftlichen Bedürfnisse so stark, dass sie die rein wirtschaftlichen Überlegungen zu verdrängen vermögen, so erfolgt die Standortswahl nicht mehr nach rationalen, sondern nach arationalen Gesichtspunkten. Der Unternehmer wird dann seinen Standort nicht nach dem Gesichtspunkt des höchsten Reingewinnes, sondern nach dem Gesichtspunkte höchsten privaten Nutzens wählen.

Nennen wir den Standort, der durch rein wirtschaftliche Überlegungen bestimmt ist, den «privatwirtschaftlich rationalen Standort», und denjenigen Standort, bei dem auch oder nur ausserwirtschaftliche Gründe mitgespielt haben, den «privatwirtschaftlich arationalen Standort». Rationaler und arationaler Standort können sich decken, eine Notwendigkeit dazu besteht aber nicht. Die Theorie kann sich erklärend nur mit dem privatwirtschaftlich rationalen Standort befassen, die Erklärung eines Standortes, bei dessen Wahl auch ausserwirtschaftliche Gründe mitgespielt haben, entzieht sich ihrer Betrachtung. Ihre Aufgabe ist es ja auch, die allgemeinen Fälle, die Regelfälle, und nicht die Besonderheiten und Ausnahmen zu erklären. Sie kann bloss das Vorhandensein anderer als rein wirtschaftlicher Überlegungen feststellen. Mit den arationalen Standorten hat sich die «empirische» Theorie weiter zu befassen.

Das zweite Problem, das sich uns stellt, geht dahin, zu untersuchen, welches nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten die rationalen Standorte sind.

¹ Salin, Standortsverschiebungen, S. 80.

² Salin, Standortsverschiebungen, S. 81.

II. Standorte nach volkswirtschaftlichem Interesse

1. Standorte nach dem Gesichtspunkt der Erzielung eines möglichst grossen Sozialproduktes

Setzen wir als Ziel der staatlichen Tätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet einzig das Trachten nach einem möglichst grossen realen Volkseinkommen, so sind optimal diejenigen Standorte, an denen der Volkswirtschaft bei der Produktion möglichst geringe Kosten entstehen. Die optimalen Standorte liegen also an den Punkten niedrigster realer Kosten, an den Kostenminimalpunkten, denn «Produktion zu niedrigsten realen Kosten heisst Erzielung höchster Produktivität der vorhandenen Produktionsmittel und damit höchsten Realeinkommens»¹.

Da die Auswahl der Industriestandorte durch die Unternehmer erfolgt, ist die Frage von grosser Wichtigkeit, ob und unter welchen Bedingungen Gewinnmaximal- und Kostenminimalpunkt notwendigerweise zusammenfallen müssen. Setzen wir das Bestehen einer freien Verkehrswirtschaft mit vollkommener Konkurrenz voraus, so müssen Gewinnmaximal- und Kostenminimalpunkt notwendigerweise zusammenfallen. Unter den gemachten Voraussetzungen gilt für die Preise — die sich am Verbrauchsort zusammensetzen aus den Produktionskosten plus den Transportkosten plus dem «landesüblichen» Gewinn der Produzenten — das Prinzip der Preisunabhängigkeit, das besagt, dass kein Anbieter und kein Nachfrager durch sein Verhalten die Preise auf dem Markte beeinflussen kann. Sind die Preise aber fest, so ist der Kostenminimalpunkt zugleich der Punkt, der die Erzielung des maximalen Reingewinnes zulässt, demnach also auch der Gewinnmaximalpunkt. Die Unternehmer wahren unter den gemachten Voraussetzungen in Verfolgung ihrer eigenen Interessen auch die Interessen der gesamten Volkswirtschaft, was von der liberalen und neoliberalen Theorie a priori angenommen wird.

Betrachten wir dieses Problem nunmehr in der wirtschaftlichen Wirklichkeit. Besteht auch hier eine Notwendigkeit für das Zusammenfallen von Gewinnmaximal- und Kostenminimalpunkt? Selbst wenn wir die Annahme beibehalten, dass die Unternehmer rational handeln, ihren Standort also ausschliesslich nach dem Gesichtspunkt des grösstmöglichen Reingewinnes wählen, so müssen Gewinnmaximal- und Kostenminimalpunkt nicht notwendigerweise zusammenfallen, was durch das Vorhandensein «rentenartiger Gewinne, Hartmanns Ruf-Faktor² und Palanders³ Bemerkung über die Lage des Agglomerationsstandortes im Segment der kritischen Isodapanen, die eine Machtfrage sei»⁴, bewiesen wird. Berücksichtigen wir weiter, dass die Marktübersicht der Unternehmer nicht vollkommen ist, so dass sie selbst bei rationalem Handeln den absolut besten Standort nicht immer be-

¹ Niederhauser, a. a. O. S. 149.

² Hans Hartmann: op. cit. Infolge speziellen Rufes eines Standorts kann an diesem Standort der für ein bestimmtes Produkt zu erzielende Preis höher sein als anderswo, selbst wenn absolut gleichwertige Produkte verglichen werden.

³ Palander: a. a. O. S. 204/5.

⁴ Niederhauser, a. a. O. S. 149.

stimmen können, so erhöht sich die Zahl der Fälle, wo Gewinnmaximal- und Kostenminimalpunkt auseinanderfallen.

Stellen wir endlich in Rechnung, dass die Unternehmer nicht durchwegs rational handeln und dass die «Standortsträgheit» einer sofortigen Reaktion auf Verschiebungen der Standortsunterlagen entgegenwirkt, so dass sich auch traditionale Standorte halten können, so erkennen wir vollends, dass in der wirtschaftlichen Wirklichkeit keine Gewähr für ein Zusammenfallen von Gewinnmaximal- und Kostenminimalpunkt geboten ist.

Zwischen privatwirtschaftlichem und volkswirtschaftlichem Interesse tritt aber auch noch in einer anderen Beziehung ein Gegensatz auf¹. Eine Standortwahl im privatwirtschaftlichen Interesse geschieht — wie wir ausgeführt haben — unter Annahme rationalen Handelns immer im Hinblick auf eine Maximierung des Reingewinnes. Der Standort wird also so gewählt, dass nach möglichst kurzer Zeit ein möglichst hoher Reingewinn erzielt werden kann. Im Interesse der gesamten Volkswirtschaft kann es jedoch liegen, dass unter dem Gesichtspunkt der Förderung der produktiven Kräfte Investitionen an solchen Orten vorgenommen, d. h. solche Standorte gewählt werden, die erst in der fernerer Zukunft eine privatwirtschaftlich rentable Produktion zulassen. Es entsteht somit ein Gegensatz zwischen dem kurzfristigen privatwirtschaftlichen Nutzen und dem langfristigen volkswirtschaftlichen Nutzen. Die Wirtschaftsrechnung eines Privatunternehmers wird in der Regel einen kurzfristigeren Charakter aufweisen als diejenige der Volkswirtschaft.

Als Gründe, warum die Unternehmer die zurückgebliebenen Gebiete als Standorte meiden, können etwa folgende angegeben werden: die Steuern und Sozialabgaben sind in der Regel in diesen Gebieten höher als anderswo, die Beschaffung von Kapital zu angemessenen Zinssätzen ist schwieriger als in blühenden Gebieten, oftmals sogar unmöglich, die Kaufkraft der Bevölkerung dieser Gebiete ist gering, junge, entwicklungsfähige Arbeitskräfte fehlen meist, da sie — als die mobilsten aller Arbeitskräfte — zuerst wegziehen². Dies alles sind Faktoren, die nicht eben attraktiv auf Industrien wirken, so dass es eigentlich nicht erstaunlich ist, dass die «depressed areas» eine ziemlich grosse Verharrungstendenz aufweisen.

Als Resultat dieser Ausführungen sei festgehalten, dass die Unternehmer in Verfolgung ihrer eigenen kurzfristigen Interessen nicht notwendigerweise auch die langfristigen Interessen der ganzen Volkswirtschaft wahren.

Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre und der durch J. M. Keynes begründeten Erkenntnis, dass der dem Gleichgewicht entsprechende Beschäftigungsgrad nicht notwendigerweise mit Vollbeschäftigung zusammenfallen müsse, dass also ein Gleichgewicht mit unfreiwilliger

¹ Auf diesen Gegensatz — allerdings die Sphäre des Eisenbahnbaues betreffend — hat Salin hingewiesen. Vgl. Votum *Edgar Salin*, in: Deutsche Verkehrsprobleme der Gegenwart, Verhandlungen der Friedrich-List-Gesellschaft vom 27. Oktober 1927, herausgegeben von Edgar Salin, Berlin 1927, S. 68 f.

² Man nennt diese Erscheinung den «selektiven Charakter» der Wanderungen. Besonders Cole misst diesem Tatbestand grosse Bedeutung zu.

Cole, G. D. H. *Building and Planning*, London 1945.

Arbeitslosigkeit durchaus bestehen könne, ist ein neues Ziel der staatlichen Tätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet entstanden: die Erreichung und Aufrechterhaltung eines hohen und gleichmässigen Beschäftigungsgrades. — Wir haben auch hier zu untersuchen, welches unter dieser Zielsetzung die optimalen Standorte sind und ob diese sich mit den von den Unternehmern gewählten notwendigerweise decken müssen.

2. Standorte nach dem Gesichtspunkt der Erzielung eines hohen und gleichmässigen Beschäftigungsgrades

Nach der Analyse Beveridges ¹ hängt der Umfang der Arbeitslosigkeit zu jeder Zeit und in jedem Gemeinwesen von drei Faktoren ab: 1. von den Faktoren, die die Grösse der effektiven Gesamtnachfrage nach den Gütern erster Ordnung bestimmen, 2. von den Faktoren, die die Richtung der effektiven Gesamtnachfrage bestimmen, und 3. von den Faktoren, die bestimmen, in welcher Art und Weise die Produktion auf die Nachfrage reagiert. Arbeitslosigkeit entsteht demnach, wenn der Umfang der effektiven Gesamtnachfrage zu klein ist, um alle Arbeitskräfte in den Produktionsprozess aufzunehmen. Dies ist nach Beveridge der Hauptgrund der Arbeitslosigkeit ². Sie kann aber auch entstehen oder bestehen bleiben, wenn die Gesamtnachfrage zwar gross genug ist, aber örtlich oder beruflich nicht mit den brachliegenden Arbeitskräften übereinstimmt ³. Anders ausgedrückt: die Standortsverteilung ist unter dem Vollbeschäftigungsgesichtspunkt dann als optimal zu bezeichnen, wenn durch sie die gesamte wirksame Nachfrage nach Arbeit geographisch so verteilt ist, dass der totale innerhalb des betreffenden Staates bestehende Beschäftigungsgrad dem Umfang der wirksamen Gesamtnachfrage entspricht.

Die Unternehmer wählen, wenn sie rational handeln, ihre Standorte nach dem Gesichtspunkt der Maximierung des Reingewinnes aus und errichten ihre Betriebe nicht dort, wo beschäftigungslose Arbeitskräfte vorhanden sind, obwohl an diesen Standorten das Lohnniveau vermutlich etwas niedriger sein dürfte als an Orten, wo Vollbeschäftigung oder gar Überbeschäftigung herrscht. In aller Regel dürfte aber die Spanne zwischen den durch die verschiedenen hohen Arbeitskosten verursachten Gesamtkosten — speziell unter den heutigen, durch Gesamtarbeitsverträge gekennzeichneten Verhältnissen — nicht so gross sein, dass Neugründungen von Industrien und Betriebsverlegungen in Gebiete mit schlechtem Beschäftigungsgrad einen grösseren Umfang annehmen würden. In erster Linie würden ja auch Industrien, die am lokalen Bedarf orientiert sind, von Gebieten mit schlechtem Beschäftigungsgrad und dementsprechend schwacher Nachfrage ferngehalten. Es besteht demnach kein «Mechanismus», der notwendigerweise die Gewinnmaximalpunkte und die Standorte nach dem Gesichtspunkt der Vollbeschäftigung zur Deckung bringt. Die «unrichtige» Standorts-

¹ Sir William Beveridge: Full Employment in a Free Society. London 1944. S. 24.

² Beveridge, a. a. O. S. 26.

³ Beveridge, a. a. O. S. 24.

verteilung, die deshalb zustande kommt, hat zur Folge, dass — trotzdem die wirksame Nachfrage dem Vollbeschäftigungsniveau entsprechen würde — in gewissen Gebieten des betreffenden Staates Mangel an Arbeitskräften besteht, während in andern Gebieten ein Mangel an Arbeitsmöglichkeiten zu verzeichnen ist. Dadurch wird eine Wanderungsbewegung ausgelöst werden in Richtung auf die prosperierenden Gebiete, und die Tendenz zur Übervölkerung in jenen Gebieten und Städten wird die Wohn- und Verkehrsbedingungen verschlechtern, so dass dem Staate erhöhte Ausgaben für öffentliche Anlagen entstehen, während in den verlassenen Gebieten die brachliegenden Produktionsfaktoren nicht in erwünschter Masse wieder in den Produktionsprozess eingeschaltet werden. Worswick ¹ legt an einem einfachen Beispiel dar, dass vom privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt aus London, als ein industriell stark entwickeltes Gebiet, für die Unternehmer einer vorwiegend konsum- und arbeitsorientierten Industrie standortsmässig wohl günstiger sei als Wales, ein akutes Notstandsgebiet, weil in der Nähe Londons alle Vorteile eines solchen Gebietes ausgenützt werden könnten. Dazu kommen bei London noch die «Fühlungsvorteile» ² zum dortigen grossen Geld- und Kapitalmarkt und die Attraktion Londons als Arbeitskraftlager, Welthandelsplatz und Welthafen. Diese Vorteile schlagen sich in den privaten Kosten, d. h. denjenigen Kosten, die dem Unternehmer bei der Produktion entstehen, nieder. Sie dürften in London tiefer sein als in Wales. Vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus aber sei Wales vorzuziehen, einerseits weil dort die sozialen Kosten — das sind nach Worswick diejenigen Kosten, die der Staat zu übernehmen hat, also z. B. Verkehrskommunikationen, Reinigung der Strassen, Wasserversorgung, Drainage etc. — niedriger seien, andererseits weil dieses Gebiet eines industriellen Antriebes bedürfe. Privatwirtschaftlich — zumindest kurzfristig — sei London günstig; volkswirtschaftlich und à la longue gesehen sollte Wales berücksichtigt werden.

Ein schlagendes Beispiel für den Fall, wo die ein bestimmtes Gebiet in sehr starkem Masse beherrschende Industrie einer Strukturkrise zum Opfer fiel und damit — zumindest vorübergehend — dieses Gebiet in eine sehr prekäre Lage brachte, liefert das ostschweizerische Stickereigebiet. Die Wahl der Standorte der Betriebe der Stickereiindustrie in der Ostschweiz durch die Unternehmer dürfte aller Voraussicht nach auf rein rationaler Grundlage erfolgt sein, da durch die Spezialisierung der Bevölkerung auf die Stickerei und das Vorhandensein aller benötigten Hilfs- und Rohstoffindustrien den Unternehmern die Möglichkeit gegeben wurde, sehr grosse Ersparnisindizes zu realisieren. Auch vom volkswirtschaftlichen Gesichtsp-

¹ G. D. N. Worswick: Die Stabilität und Elastizität der Vollbeschäftigung, in: Vollbeschäftigung, 6 Studien zur Theorie der Wirtschaftspolitik, herausgegeben vom Statistischen Institut der Universität Oxford, Einleitung von Edgar Salin, deutsche Übertragung von Christof Reiner. Bern 1946, S. 138.

² Auf die Fühlungsvorteile weist besonders Ritschl hin. Sie können mit den übrigen Elementen der Standortgravitation zusammen unter Umständen eine Ablenkung vom transportkostenmässigen Minimalpunkt bewirken.

Ritschl, a. a. O. S. 825/6.

punkt aus — wenigstens kurzfristig betrachtet — dürfte in der Ostschweiz der optimale Standort für die Stickerei zu suchen gewesen sein. Volkswirtschaftlich unerwünscht war jedoch, dass sich in der Ostschweiz praktisch nur die Stickereiindustrie stark entwickelte und dass neu entstehende Industrien sich in andern Gebieten niederliessen, so dass Bevölkerung und Wirtschaft der Kantone Appenzell, St. Gallen und Thurgau in ein sehr starkes Abhängigkeitsverhältnis zu dieser einen Industrie gerieten ¹. Das hatte zur Folge, dass, als diese eine Industrie einer Krise zum Opfer fiel, sich das ganze betreffende Gebiet auf einen Schlag in ein akutes Notstandsgebiet verwandelte. Dazu kam noch, dass die Stickerei als typische Export-, Luxus- und Modeindustrie ohnehin nicht mit einer grossen Nachfragekonstanz rechnen konnte und starken Beschäftigungsschwankungen ausgeliefert war.

Die im Jahre 1920 einsetzende Krise traf denn auch die Ostschweiz mit verheerender Wirkung, und ausser der Verbindung einer Anzahl Sticker mit der Landwirtschaft bestand in der ersten Zeit für die Beschäftigungslosen keinerlei Ausweichmöglichkeit in andere Industrien, und es musste — da die Stickerei bis heute ihre alte Bedeutung nicht zurückzugewinnen vermochte ² — notwendigerweise zu Bevölkerungsabwanderungen kommen ³. Die dieser Industrieverteilung innewohnende Gefahr wurde zwar schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts erkannt, und man bemühte sich, wenn auch nicht gerade mit grossem Nachdruck, um gewisse vorbeugende Massnahmen, doch ging es noch bis 1926 und brauchte als Anstoss die grosse Strukturkrise, bis endlich zentralisierte Bemühungen zur Bekämpfung dieses Problems unternommen wurden. Da war es hingegen schon zu spät ⁴.

Die starke Konzentration, dies sei unterstrichen, wirkt selbst nicht krisenerzeugend, schafft aber einen zusätzlichen Gefahrfaktor, indem sie bei einer Krise die Notlage des betreffenden Gebietes wesentlich verschärft.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die freie Standortswahl der Unternehmer keineswegs Gewähr dafür gibt, dass eine Standortverteilung resultiert, die der Erreichung und Aufrechterhaltung eines hohen und gleichmässigen Beschäftigungsgrades dienlich ist.

¹ 1920 waren 14 % der Gesamtbevölkerung der Kantone Appenzell, St. Gallen und Thurgau in der Stickereiindustrie und ihren Hilfsindustrien beschäftigt.

² Von 100 Fabrikarbeitern kamen 1911 auf die Stickerei in den beiden Appenzell zusammen 68, in St. Gallen 49 und im Thurgau 40 Arbeiter. 1944 waren es in beiden Appenzell zusammen noch 7, in St. Gallen noch 4 und im Thurgau noch 1 Arbeiter!

Küng, a. a. O. S. 156. Schweizerische Fabrikstatistik 1944.

³ Diese äussern sich in der Bevölkerungsabnahme der Stickereikantone. Wird deren Bevölkerungsstand von 1910 gleich 100 gesetzt, so lauten die entsprechenden Zahlen für 1941: Appenzell A.-Rh.: 77, Appenzell I.-Rh.: 91; St. Gallen: 94, und Thurgau: 102. Die gesamtschweizerische Zahl für 1941 beträgt 114. — Nach den Ergebnissen der eidgenössischen Volkszählungen errechnet.

⁴ Die Arbeitslosenzahlen vermögen — so führt die ganze einschlägige Literatur aus — kein getreues Bild der Lage zu geben, da die Teilarbeitslosigkeit und die Arbeitslosigkeit der Heimarbeiter nur ungenügend erfasst worden sei. — Immerhin kommt Bebié für 1921 auf die Zahl von insgesamt 25 000 Arbeitslosen in allen drei Stickereikantonen. Dies entspräche einem Anteil von 5 % der Gesamtbevölkerung der 3 Kantone oder 30 % sämtlicher in der Stickerei und ihren Hilfsindustrien Beschäftigten (inkl. kaufmännische Angestellte).

Bebié, a. a. O. S. 61.

3. Metaökonomische Standorte

Damit ist eine im Interesse des Staates liegende Standortverteilung gemeint, die sich ausschliesslich nach ausserwirtschaftlichen Zwecksetzungen orientiert. In erster Linie sind hier wohl die militärisch-strategischen Gesichtspunkte zu nennen. Diese können es notwendig machen, bestimmte, wehrwirtschaftlich wichtige Industrien von ihrem natürlichen Standort zu lösen und an Standorte zu verbringen, für die keinerlei rationale Gründe sprechen. Um solche Industrien beispielsweise vor Luftangriffen einiger-massen zu schützen, kann ihre Verlegung ins Landesinnere, eventuell sogar unter die Erdoberfläche, geboten sein. — Andere metaökonomische Standorte können aus Gründen der Autarkie, aus Prestigerücksichten u. a. entstehen.

Hier kann auch von einem möglichen Zusammenfallen der privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Standorte nicht mehr gesprochen werden, da in der Regel die metaökonomischen Zielsetzungen des Staates vollkommen ausserhalb des Kreises der Zwecksetzungen der Individuen stehen. Eine nach metaökonomischen Faktoren orientierte Standortverteilung wird sich demnach nicht anders als auf Betreiben des Staates hin erreichen lassen.

III. Zusammenfassung

Die bisherigen Ausführungen haben bewiesen, dass nur unter der Annahme des Bestehens einer freien Verkehrswirtschaft mit vollkommener Konkurrenz das privatwirtschaftliche und das volkswirtschaftliche Interesse hinsichtlich der Wahl der Industriestandorte notwendigerweise zusammenfallen, da unter diesen Annahmen der Kostenminimalpunkt sich mit dem Gewinnmaximalpunkt decken muss. In allen andern Fällen hingegen musste ein Auseinanderklaffen des privatwirtschaftlichen und des volkswirtschaftlichen Standorts festgestellt werden:

1. In der wirtschaftlichen Wirklichkeit besteht keine Notwendigkeit für das Zusammenfallen von Gewinnmaximal- und Kostenminimalpunkt, somit ist durch eine freie Wahl der Standorte durch die Unternehmer die Erreichung eines möglichst grossen realen Volkseinkommens nicht gewährleistet.

2. Wird die Standortwahl ausschliesslich den Unternehmern überlassen, so werden die produktiven Kräfte nicht immer in dem Masse gefördert, wie dies den langfristigen Interessen der ganzen Volkswirtschaft dienlich wäre.

3. Die freie Standortwahl durch die Privatunternehmer hat zur Folge, dass die wirksame Nachfrage nach Arbeit nicht in optimaler Weise über das ganze Land verteilt wird, so dass neben dem Bestehenbleiben von Arbeitslosigkeit unter Umständen eine Tendenz zur Überbeschäftigung herrschen kann. Grosse städtische Industrieagglomerationen, Gebiete mit grosser Abhängigkeit von einzelnen Industrien und die Verschärfung der Notlage innerhalb der akuten Notstandsgebiete sind die Folgen der Standortwahl nach dem Gesichtspunkt des meist kurzfristigen Unternehmerinteresses.

4. Die sich auch in der Standortwahl niederschlagenden ausserwirtschaftlichen Zwecksetzungen des Staates werden durch die Privatunternehmer bei freier Standortwahl nicht genügend berücksichtigt.

«In short, reliance on the free play of economic forces to bring about a right distribution of industries and population has been largely responsible for many of our worst and most intractable social and economic problems¹.»

In der Erkenntnis, dass die Privatunternehmer in einer Vielzahl von Fällen durch ihre Standortwahl das Interesse der ganzen Volkswirtschaft nicht in optimaler Weise wahren oder es gar offensichtlich verletzen, soll versucht werden, durch Beeinflussung der Standortwahl den Interessen der ganzen Volkswirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen.

2. Kapitel

Ziele der staatlichen Standortpolitik .

Die Ausführungen des vorangegangenen Kapitels liessen erkennen, dass in der wirtschaftlichen Wirklichkeit hinsichtlich der Wahl der Industriestandorte zwischen den Zielen der Privatunternehmer und denjenigen der ganzen Volkswirtschaft ein Interessengegensatz besteht. Bei konsequenter Verfolgung seiner Zielsetzungen auf wirtschaftlichem Gebiet wird der Staat versuchen müssen, diesen Interessengegensatz auszuschalten und den Interessen der ganzen Volkswirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Die Summe der einzelnen, in dieser Richtung unternommenen Massnahmen bezeichnen wir als «staatliche Standortpolitik», und in diesem Kapitel soll dargelegt werden, welche Ziele sie im einzelnen verfolgt und was sie erreichen kann.

I. Der wirtschaftliche Aufgabenkreis

Die staatliche Standortpolitik muss — wie jede andere wirtschaftspolitische Massnahme des Staates — als ein Teil der gesamten wirtschaftspolitischen Massnahmen angesehen werden, als deren Ziel heute bezeichnet werden kann «die Vereinigung eines hohen und gleichmässigen Beschäftigungsgrades mit einem maximalen Lebensstandard»². Sie dient somit zur Erreichung gewisser Teilziele innerhalb dieses Doppelzieles der Tätigkeit des Staates auf wirtschaftlichem Gebiet.

Wenn wir nun daran gehen, die Aufgaben der Standortpolitik innerhalb der beiden einzelnen Ziele dieses Doppelzieles der wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates zu untersuchen, so sind wir uns wohl bewusst, dass heute eine

¹ Cole, a. a. O. S. 21.

² So umschreibt La Roche das Ziel einer an der gemeinsamen Wohlfahrt orientierten Wirtschaftspolitik, wobei er offenbar stillschweigend impliziert, dass die «Wohlfahrt des Volkes» eher in der guten Versorgung mit Butter als mit Kanonen besteht!

Charles La Roche: Die schweizerische Konjunkturpolitik in der Nachkriegszeit, in: Untersuchungen des Instituts für Wirtschaftsforschung an der Eidgenössischen Technischen Hochschule, Bd. 3, Zürich 1947, S. 26.

so radikale Trennung der beiden Zielsetzungen praktisch nicht mehr möglich ist und dass sich die Massnahmen, die zu ihrer Realisierung führen sollen, vielfach überlagern und überschneiden, wählen aber gleichwohl diese Methode der Separation, weil damit wesentlich klarere Ergebnisse gewonnen werden können.

Es seien zuerst die Aufgaben der Standortpolitik innerhalb der rein auf Maximierung des Sozialproduktes ausgerichteten Wirtschaftspolitik untersucht.

1. Maximierung des Sozialproduktes

Wir haben festgestellt, dass das Sozialprodukt dann seinen höchstmöglichen Stand erreichen wird, wenn jegliche Produktion zu niedrigsten Kosten geschieht. Produktion zu niedrigsten Kosten heisst aber nicht nur Anwendung der produktivsten, rationellsten Produktionsmethoden, sondern auch Produktion am billigst möglichen Ort. Das Ziel der staatlichen Standortpolitik im Rahmen dieser allgemeinen Wirtschaftspolitik würde deshalb darin bestehen, zu gewährleisten, dass die Unternehmer als Standorte die Kostenminimalpunkte auswählen. Da — wie wir ebenfalls festgestellt haben — in einer freien Verkehrswirtschaft mit vollkommener Konkurrenz für die Unternehmer ein rationaler Antrieb dafür vorhanden ist, die Produktionsstätten an den Kostenminimalpunkten zu errichten, würde die staatliche Standortpolitik im Prinzip darin bestehen, die Bedingungen der vollkommenen Konkurrenz möglichst weitgehend auf die wirtschaftliche Wirklichkeit zu übertragen. Dem Preismechanismus als Ordnungsprinzip der Wirtschaft bliebe es überlassen, eine optimale Verteilung der Produktionsfaktoren herbeizuführen, und die Interventionen des Staates würden sich darauf beschränken, jene Gleichgewichtsstörungen zu beseitigen, die durch zu geringe oder zu langsame Wirkung des Preismechanismus entstanden sind. Je besser es gelingt, die Unternehmer zu rein rationalem Handeln zu veranlassen und ausserökonomische Gesichtspunkte als Faktoren der Standortwahl fallen zu lassen, je besser es gelingt, die Marktübersicht der Unternehmer zu vervollkommen, und je besser es gelingt, das Prinzip der Preisunabhängigkeit zu verwirklichen, desto mehr werden die Standorte optimal-rationalen Charakter haben, desto niedriger werden die realen Kosten der Produktion sein und einen desto höheren Stand wird das Sozialprodukt erreichen.

Ist die staatliche Wirtschaftspolitik einseitig an der Maximierung des Sozialproduktes orientiert, so gibt es nur einen legalen Grund, das Sozialprodukt auf einem niedrigeren als dem höchstmöglichen Stand zu halten. Dann nämlich, wenn es darum geht, in zurückgebliebenen Gebieten die Entwicklung der produktiven Kräfte zu fördern. Der Staat wird den Interessengegensatz zwischen kurzfristigem privatwirtschaftlichem und langfristigem volkswirtschaftlichem Interesse so zu überwinden suchen, dass er durch marktkonforme Massnahmen vom Sozialprodukt der Gegenwart Mittel abzweigt, die zur rascheren wirtschaftlichen Entwicklung der zurückgebliebenen Gebiete verwendet werden. Die Verminderung des Sozialproduktes

der Gegenwart geschieht aber nur, um das Sozialprodukt der Zukunft über dasjenige der Gegenwart hinaus zu vergrössern.

Wenden wir uns nun dem andern Teilziel der wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates zu und untersuchen wir Stellung und Aufgaben der Standortspolitik im Rahmen einer auf Vollbeschäftigung gerichteten Wirtschaftspolitik.

2. Erreichung und Aufrechterhaltung eines hohen und gleichmässigen Beschäftigungsgrades

Wenn wir den Ausführungen Beveridges folgen, so erkennen wir unmittelbar Stellung und Aufgabe der staatlichen Standortpolitik innerhalb der gesamten Vollbeschäftigungspolitik. Den drei Quellen der Arbeitslosigkeit entsprechend ¹, sucht Beveridge nach drei wirksamen Gegenmassnahmen, um jederzeit Vollbeschäftigung ² garantieren zu können: 1. Aufrechterhaltung einer hinreichenden Ausgabensumme für Konsumgüter; 2. Standortkontrolle der Industrie und 3. Förderung der beruflichen Mobilität der Arbeit. Hauptmassnahme für Beveridge ist die erste, Standortkontrolle und Erhöhung der Mobilität der Arbeit seien Hilfsmassnahmen ³. Demnach hat die staatliche Standortpolitik innerhalb der gesamten Vollbeschäftigungspolitik bloss die Stellung einer Subsidiärmassnahme. Ihre Aufgabe ist es, die Richtung der wirksamen Nachfrage zu kontrollieren, um zu verhindern, dass aus einer lokalen Fehlleitung der Nachfrage nach Arbeit Arbeitslosigkeit bestehen bleibt.

Steigt in einer Volkswirtschaft, in der Arbeitslosigkeit herrscht, die wirksame Gesamtnachfrage, so kann ein Sinken des Prozentsatzes der Arbeitslosigkeit erwartet werden. Soll die wirksame Nachfrage so weit erhöht werden, dass praktisch alle Arbeitslosigkeit zum Verschwinden gebracht wird, ist die Richtung, in der diese Erhöhung wirkt, aber unkontrolliert — was einem System der freien Standortwahl durch die Unternehmer entsprechen würde —, so wird sich, da Arbeit und Kapital nicht vollkommen homogen und mobil sind, in den ohnehin schon stärker beschäftigten Erwerbszweigen eine starke Tendenz zur Überbeschäftigung mit allen ihren nachteiligen Folgen geltend machen ⁴. Die wirksame Nachfrage muss also, wenn sie unkontrolliert ist, absolut mehr steigen, um alle Arbeitskräfte in den Produktionsprozess aufzusaugen, als wenn sie kontrolliert ist. Durch eine Standortkontrolle kann erreicht werden, dass die inflatorische Saugwirkung auf dem Arbeitsmarkt zumindest vermindert werden kann, ohne dass deswegen aber eine grössere Zahl von Arbeitskräften ausserhalb des Produktionsprozesses bleiben müsste.

¹ Vgl. S. 64.

² Unter «Vollbeschäftigung» versteht Beveridge nicht 100%ige Beschäftigung, doch soll der durchschnittliche Satz der gesamten Arbeitslosigkeit (inkl. saisonale Arbeitslosigkeit) niemals 3% aller Berufstätigen übersteigen. — Beveridge, a. a. O. S. 124–131.

³ Beveridge, a. a. O. S. 29.

⁴ Auf diesen Sachverhalt macht auch besonders La Roche aufmerksam. La Roche, a. a. O. S. 22.

Wird anderseits der Umfang der wirksamen Nachfrage unverändert gelassen und bloss gleichmässiger über das ganze Land verteilt, so werden wohl einige soziale Übel der konzentrierten Arbeitslosigkeit ausgeschaltet werden können, aber die Arbeitslosigkeit wird lediglich über das ganze Land verteilt und nicht verringert. Es ist deshalb notwendig, sowohl die wirksame Gesamtnachfrage absolut zu erhöhen als auch die Richtung, in der sie wirkt, zu kontrollieren.

Wie Beveridge ¹ nachweist, ist für England die «falsche» geographische Verteilung der Nachfrage nach Arbeit bedeutungsvoller als die nicht mit dem Angebot übereinstimmende berufliche Verteilung; die berufliche Mobilität sei deshalb offenbar grösser als die örtliche. Dies wird wohl solange bestehen bleiben — oder sich eher noch verstärken — je mehr einerseits der Produktionsprozess mechanisiert wird, je weniger gelernte und je mehr ungelernte Arbeit verlangt wird, und andererseits das Moment der Heimatverwurzelung innerhalb der Volkswirtschaft noch eine Kraft von einiger Wirksamkeit sein wird. Wenn aber die lokale Mobilität wirklich kleiner ist als die berufliche und daher von der geringeren lokalen Mobilität grössere Schwierigkeiten in der Produktionsanpassung an die Nachfrage hervorgehen als aus der beruflichen Mobilität, so kann auch hier die Standortspolitik wesentlich dazu beitragen, die Entstehung von Engpässen zu vermeiden. Nur wenn die Nachfrage nach Arbeit gross ist, wird die Frage der Mobilität der Arbeit dringend, denn bei schwacher Nachfrage und niedrigem Beschäftigungsgrad werden sich genügend Arbeitskräfte finden, die bereit sind, Beschäftigung und/oder Ort zu wechseln. Dem Vollbeschäftigungszustand entspricht aber eine starke effektive Nachfrage, so dass also gerade hier die Gefahr von Engpässen entsteht, soll der gesamten wirksamen Nachfrage nach Arbeit entsprochen werden ². Die Gefahr von Engpässen wird um so grösser sein, je näher der Beschäftigungsgrad der Vollbeschäftigung ist. Wenn die örtliche Mobilität der Arbeit nicht gross genug ist, um eine minimale Arbeitslosenziffer zu garantieren, so müssen Industrien an die Orte verlegt werden, wo diese Beschäftigungslosen vorhanden sind. Die örtliche Mobilität der Arbeit könnte allerdings, sozusagen «künstlich», erhöht werden, d. h. die Entstehung solcher Engpässe könnte eliminiert werden, wenn die Arbeitskräfte durch staatliches Dekret in die offenen Stellen gewiesen werden können. Das Verschwinden der Arbeitslosigkeit, das so zu erreichen wäre, ist aber nur zum Preise der Einbusse der persönlichen Freiheit der Arbeitskräfte zu erreichen, weshalb Beveridge zum Schluss kommt, dass die staatliche Standortpolitik der Industrie die Alternative sei sowohl für die erzwungene Dirigierung der Arbeit als auch für die Zulassung von Notstandsgebieten ³.

Wie wir gesehen haben, sind als Resultate der Standortwahl nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten riesige städtische Industrieagglomerationen, akute Notstandsgebiete und Gebiete mit sehr einseitiger In-

¹ Beveridge, a. a. O. S. 62 ff., §§ 78, 79, Tabelle 6/7.

² Beveridge, a. a. O. S. 85 f.

³ Beveridge, a. a. O. S. 32.

dustricorientierung entstanden. Dadurch, dass den akuten Notstandsgebieten durch eine sinnvoll angewandte staatliche Standortpolitik eine erhöhte Attraktionskraft auf Industrien verliehen wird, werden die dort ansässigen Beschäftigungslosen — zumindest zum Teil — wieder in den Produktionsprozess aufgenommen, womit das betreffende Gebiet wieder langsam zu einem Gebiet mit normaler Beschäftigungslage und adäquater Bevölkerungszahl wird.

Eine sinnvolle staatliche Standortpolitik wird aber auch versuchen, in den durch Mono-Industrie gefährdeten Gebieten durch Ansiedlung neuer Industrien den Grad der Abhängigkeit der dortigen Bevölkerung von den betreffenden Hauptindustrien zu vermindern, um so der Gefahr vorzubeugen, dass das betreffende Gebiet durch einen plötzlichen Niedergang «seiner» Industrie quasi «über Nacht» zu einem akuten Notstandsgebiet wird. Sie stellt hier also eine Präventivmassnahme dar. Diese Aufgabe fällt ebenfalls dem Staat zu, denn wenn schon in Zeiten normaler Geschäftstätigkeit das betreffende Gebiet nicht als Standort verschiedenartiger Industrien gewählt worden ist, so dürfte dies auch in Krisenzeiten vermutlich nicht in stärkerem Masse der Fall sein, da die Spezialisierung von Arbeitskräften und Gebäuden — besonders bei alteingessenen Industrien — oftmals sehr weit gediehen ist und eine Umstellung grössere Kosten verursachen würde. Dies, obwohl leerstehende Fabrikobjekte und relativ billige Arbeitskräfte einen gewissen Anreiz bieten würden. Zudem sind auch die Unternehmer der niedergehenden Hauptindustrie meist finanziell so stark geschwächt, dass sie nicht in der Lage sind, neue Beschäftigungsmöglichkeiten grösseren Umfangs aufzubauen.

Bei den städtischen Riesenagglomerationen wird eine staatliche Standortpolitik versuchen müssen, jeglichen weiteren namhaften Zuzug zu verhindern, eventuell sogar Teile des städtischen Industriekörpers zum Abzug in andere Gebiete zu veranlassen. Hier erwächst der staatlichen Standortpolitik die wahrscheinlich schwierigste Aufgabe, gerade weil der Zug nach der Stadt nicht nur — vielleicht sogar nur zum geringsten Teil — rationalen Überlegungen entspringt.

II. Der metaökonomische Aufgabenkreis

Die negativen Auswirkungen der durch die freie Standortwahl der Unternehmer entstandenen Industrievertelung liegen indessen nicht nur auf rein wirtschaftlichem Gebiet. Deshalb hat die staatliche Standortpolitik auch zur weiteren Aufgabe, diese politisch, sozial, kulturell und militärisch nachteiligen Folgen nach Möglichkeit zu bekämpfen. Die staatliche Standortpolitik, die zwar in erster Linie eine wirtschaftspolitische Massnahme darstellt und daher in erster Linie wirtschaftliche Ziele anstreben wird, kann in Verfolgung dieser Ziele aber auch gleichzeitig dazu beitragen, die ungünstigen Auswirkungen auf metaökonomischem Gebiet zu bekämpfen. Auch hier stellt sie bloss eine Teilmassnahme dar, die allein nicht die gesteckten Ziele erreichen kann. Sie fasst die Übel gewissermassen an der Wurzel an: die ungünstigen Auswirkungen ausserwirtschaftlicher Art der nach dem privat-

wirtschaftlichen Interesse zustande gekommenen Industrieverteilung sollen nicht bloss nach ihrem Auftreten — post festum — gemildert werden, sondern die staatliche Standortpolitik ist dazu angetan, deren Entstehungsursachen zum Verschwinden zu bringen und ein neuerliches Auftreten zu vermeiden.

Ist es möglich, durch eine überlegte Lenkung der Industrieverteilung zu erreichen, dass die Arbeitslosenziffer sinkt oder dauernd tief bleibt, indem die wirksame Nachfrage nach Arbeit nicht länger in falsche Richtungen gelenkt wird, so vollbringt die staatliche Standortpolitik auch eine Leistung auf sozialpolitischem Gebiet, indem sie dafür sorgt, dass «von Staats wegen Massnahmen zugunsten jener Schichten» getroffen werden, «deren Erhaltung und Gedeihen durch den Staats- und Gesellschaftszweck gefordert ist, die aber durch den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung oder durch das Ungleichgewicht der Wirtschaftsmacht gefährdet sind»¹. Der Schutz dieser Schichten drängt sich aber nicht nur aus den sozialpolitischen Pflichten des Staates auf. Überspitzen sich in einem Staat die Klassegegensätze, so dass die Gefahr eines «Ausbruchs sozialer Kräfte» besteht, so können Bestand und Wohlergehen von Staat und Gemeinschaft gefährdet sein. Beide haben also ein eminentes Interesse an der Aufrechterhaltung von «Ruhe und Ordnung im Innern». So erfüllt die staatliche Standortpolitik, indem sie indirekt zur Abschwächung der Klassegegensätze beiträgt, auch eine allgemein staatspolitische Aufgabe.

Wir hatten schon Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass die vielleicht schwierigste Aufgabe des Staates und der staatlichen Standortpolitik darin besteht, die städtischen Industrieagglomerationen an weiterem Anwachsen zu hindern. Die Nachteile der Großstädte in bevölkerungspolitischer und hygienischer Hinsicht sind zu bekannt, als dass besonders darauf hingewiesen werden müsste. In Anerkennung dieser Tatsache und der Pflicht, für eine in jeglicher Hinsicht gesunde Bevölkerung zu sorgen, muss der Staat ein weiteres Anwachsen der Städte zu verhindern suchen. Die Lenkung der Industrie-standorte ist eines der zur Verfügung stehenden Mittel, doch bleibt es immer noch fraglich, ob eine einmal eingesetzte Landflucht durch staatliche Massnahmen gestoppt werden kann, sollen diese nicht ganz rigoroser Natur sein.

Die staatliche Standortpolitik kann zur weiteren Aufgabe haben, eine auch unter militärisch-strategischen Gesichtspunkten richtige Standortsverteilung herbeizuführen, namentlich starke Zusammenballungen aufzulockern, kriegswirtschaftlich besonders wichtige Industrien an Orte zu bringen, die vor möglicher Feindeinwirkung relativ sicher sind, und strategisch besonders gefährdete Gebiete möglichst von Industrien freizuhalten.

III. Zusammenfassung

Zusammenfassend ist zu sagen, dass der Staat generell frei ist in der Festlegung der Zielsetzungen auf wirtschaftlichem Gebiet. Je nach den sich

¹ So umschreibt Salin die Sozialpolitik im weitesten Sinn. — *Edgar Salin*: Von der Sozialpolitik zum Recht auf Arbeit, in: Schweizerische Wirtschaftsfragen, Festgabe für Fritz Mangold, Basel 1941, S. 261.

zu verschiedenen Zeiten ergebenden verschiedenen Verhältnissen und Umständen wird die Rangfolge der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse ein verschiedenartiges Gesicht aufweisen. Mit der Änderung der Rangfolge der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse ändert sich auch die Reihenfolge der durch die staatliche Standortpolitik zu erreichenden Ziele und damit auch das Gesicht der staatlichen Standortpolitik, da diese ja nur eine der vielen möglichen Massnahmen der staatlichen Wirtschaftspolitik darstellt. Deshalb kann auch nicht für alle Länder und für alle Zeiten gültig gesagt werden, dieses oder jenes Ziel sei das Hauptziel der staatlichen Standortpolitik, wenn schon — beeinflusst durch die Atlantik-Charta, die als Ausfluss des Verlangens der Menschen nach Sicherheit, auch wirtschaftlicher Sicherheit, und des Wunsches, sich diese Sicherheit durch den Staat garantieren zu lassen, angesehen werden kann — seit Kriegsende, zumindest in den Ländern der westlichen Hemisphäre, die Tendenz vorherrscht, der Erreichung und Aufrechterhaltung eines hohen und gleichmässigen Beschäftigungsgrades das Primat vor allen andern wirtschaftlichen Zielsetzungen zuzuerkennen, selbst wenn dies nur zum Preise eines kleineren als des grösstmöglichen realen Volkseinkommens möglich ist.

3. Kapitel

Methode der staatlichen Standortpolitik

Die im vorangegangenen Kapitel gemachten Ausführungen haben gezeigt, dass sich die Zielsetzung der staatlichen Standortpolitik nach der allgemeinen Zielsetzung der staatlichen Wirtschaftspolitik zu richten hat, so dass sich — da der staatlichen Tätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet eine Vielheit sich zum Teil entgegenlaufender Ziele gesetzt ist — für die staatliche Standortpolitik keine eindeutige, für alle Zeiten und Länder gültige und feste Zielsetzung ergibt. Trotz der Vielzahl der möglichen volkswirtschaftlichen Zielsetzungen bleibt das Problem, das wir hier zu behandeln haben, immer dasselbe: wie kann der Staat bewirken, dass privatwirtschaftliches und volkswirtschaftliches Interesse hinsichtlich der Standortwahl industrieller Unternehmungen auf einen Nenner gebracht werden, so dass die Standortwahl der Unternehmer auch den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen gerecht wird. Dieses Problem besteht ungeachtet dessen, welchem der verschiedenen volkswirtschaftlichen Zielsetzungen das Primat zuerkannt wird. Wie, nach welchem Grundprinzip kann durch staatliche Intervention dieser Interessengegensatz überwunden werden, und welche Mittel und Massnahmen stehen dabei dem Staat zur Verfügung?

Zuerst muss Klarheit herrschen über das Prinzip, nach dem der Interessengegensatz überwunden werden soll. Wie kann der «Staat»¹ erreichen, dass die Unternehmer die volkswirtschaftlich erwünschten Standorte einnehmen?

¹ Bezüglich des Inhalts des Begriffes «Staat» sei auf die Umschreibung auf S. 59 verwiesen. Jene Ausführungen haben auch hier Gültigkeit.

I. Die drei Prinzipien

Nach Bresciani ¹ stehen dem Staat grundsätzlich drei Prinzipien offen, wenn er «die Handlungsweise der Individuen in bestimmter Richtung zu beeinflussen» sucht: Das erste Prinzip würde darin bestehen, dass der Staat Verordnungen erlässt und die Wirtschaftssubjekte so — kraft seiner Staatsgewalt — mittels Verboten und Kontrollen dazu zwingt, gewisse Dinge zu tun und andere zu unterlassen, ohne aber die Lenkung des gesamten Wirtschaftsprozesses auf Grund eines Zentralplanes selbst zu übernehmen. Dieses Prinzip könnte «indirekt autoritäres Prinzip» genannt werden.

Zweites Prinzip: «Der Staat sucht die Menschen zu überzeugen, dass sie im Interesse der Gemeinschaft in einer bestimmten Weise handeln oder sich gewisser Handlungen enthalten sollten» ², wobei der staatlichen Propaganda ausschlaggebende Bedeutung zukommen würde. Der Staat sucht «die Einzelnen zu veranlassen, das öffentliche Wohl ihren Interessen voranzustellen und die persönlichen Wünsche und Geschmacksrichtungen zu unterdrücken» ³.

Dieses wäre das «erzieherische Prinzip».

Das dritte Prinzip wäre dadurch gekennzeichnet, dass der Staat versucht, «mit Hilfe verschiedener anspornender Mittel, wie Prämien, Subventionen, Steuererhebungen, die Menschen dazu zu veranlassen, sich bestimmten Beschäftigungen zu widmen — oder im Gegenteil sie durch Steuern, Produktionsabgaben usw. von anderen Beschäftigungsarten fernzuhalten. In diesen Fällen zwingt der Staat die Menschen nicht, etwas zu tun oder nicht zu tun, sondern er begnügt sich damit, ein ganzes System von ermunternden und bremsenden Massnahmen aufzustellen» ⁴. Dieses Prinzip könnte «präventives Prinzip» genannt werden.

Unter diesen drei Prinzipien hat der Staat auch zu wählen, wenn er sich vor die Notwendigkeit gestellt sieht, zu erreichen, dass die Unternehmer bei der Standortwahl auch den volkswirtschaftlichen Interessen gerecht werden. Er wird dabei nach jenem Prinzip vorgehen, das einerseits in Einklang steht mit den allgemeinen rechtlichen Gegebenheiten und das andererseits verspricht, das Ziel mit einem Minimum an Aufwand und Zeit und ohne Entstehen schwerwiegender negativer lang- und kurzfristiger Nebenwirkungen zu erreichen.

I. Das indirekt autoritäre Prinzip

Wohl die einfachste Art, das gegebene Ziel zu erreichen, würde darin bestehen, dem Staate Zwangsgewalt über die Unternehmer zu verleihen, was bedeutete, dass die Unternehmer den Standort einnehmen müssten, der ihnen vom Staate vorgeschrieben wird. Sie müssten die privatwirtschaft-

¹ *Costantino Bresciani-Turroni*: Einführung in die Wirtschaftspolitik, eingeleitet von Luigi Einaudi, deutsche Übertragung von Anton Zahorsky, Bern 1948, S. 104 ff.

² Bresciani, a. a. O. S. 105.

³ Bresciani, a. a. O. S. 105.

⁴ Bresciani, a. a. O. S. 104/5.

lich rationalen zugunsten der volkswirtschaftlich erwünschten Standorte verlassen. — Diese Lösung des Problems verträgt sich aber keineswegs mit den Bedingungen, die diesem Kapitel vorangestellt wurden: auf staatspolitischem Gebiet würden die persönlichen Freiheitsrechte einer Gruppe von Wirtschaftssubjekten sehr empfindlich beschnitten — vom Bestehen auch nur grundsätzlich garantierter Handels- und Gewerbefreiheit und Freizügigkeit kann nicht mehr gesprochen werden. Dann aber wird von einem Teil der Wirtschaftssubjekte ein Abgehen vom Handeln nach dem Erwerbsprinzip gefordert. — Selbst wenn sich diese Methode auf politischem Wege durchsetzen könnte, wäre die Erreichung des wirtschaftlichen Zieles durchaus noch nicht gesichert. Die Unternehmer, zumindest ein Teil von ihnen, würden beabsichtigte Investitionen unterlassen, wenn diese nur an Orten vollzogen werden dürften, die als zu wenig gewinnversprechend erscheinen. In einem nicht vollkommen zentral geleiteten Staat kann die Investitionskontrolle nur negativ angewendet werden. Da also beabsichtigte Investitionen verboten, nicht aber Investitionen schlechthin befohlen werden können, besteht die begründete Gefahr, dass durch Anwendung dieser Methode der Investitionswille als Ganzes vermindert wird. Diesem aber kommt im Rahmen einer Vollbeschäftigungspolitik z. B. überragende Bedeutung zu. Der Staat müsste den Ausfall privater Investition selbst übernehmen, wenn auf die Dauer eine genügend grosse Nachfrage aufrechterhalten bleiben sollte¹. Dadurch wäre ein immer grösser werdender Einfluss des Staates auf den gesamten Wirtschaftsprozess ausgelöst, der wohl kaum mit den genannten Bedingungen vereinbar ist.

2. Das erzieherische Prinzip

Es lässt sich denken, dass der Staat eine Art «Standortsberatungsstelle» einrichtete, deren Aufgabe es wäre, die volkswirtschaftlich erwünschten Standorte «anzupreisen». Die Unternehmer sollen durch das Mittel der Propaganda dazu gebracht werden, bei der Standortwahl freiwillig die volkswirtschaftlichen Interessen obenanzustellen. Wenn sich diese Variante gegenüber der erstgenannten zwar vorteilhaft dadurch unterscheidet, dass sie ohne staatliche Zwangsgewalt auskommt, so haftet ihr aber der entscheidende Nachteil an, dass ihre Wirksamkeit erheblich kleiner sein dürfte. Selbst wenn Unternehmer den Grundsatz der Maximierung des Gewinnes aufgeben würden zugunsten des volkswirtschaftlichen Interesses, so wäre ihnen doch ein schlechter Dienst erwiesen, solange nicht alle Unternehmer des betreffenden Industriezweiges ebenso handeln könnten und würden. Die Unternehmer, die den Gewinnmaximalpunkt aufgeben würden zugun-

¹ Dies ist ein sehr eindrückliches Beispiel dafür, wie durch ergriffene Massnahmen unbeabsichtigte, negative Nebenwirkungen ausgelöst werden können, die die positive Wirkung der ergriffenen Massnahmen mehr als bloss aufheben. — Es macht sich hier der Tatbestand geltend, den E. Küng als «Nebenwirkungen und Kumulationstendenz» der staatlichen Interventionen bezeichnet.

Emil Küng: Grenzen und Motive der staatlichen Wirtschaftspolitik, Diss. Bern 1940, S. 57 ff.

sten der den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechenden Standorte, würden ihren am privatwirtschaftlich rationalen Standort verharrenden Konkurrenten gegenüber konkurrenzmassig stark im Nachteil sein. Wirksamkeit des Konkurrenzmechanismus vorausgesetzt, dürfte ihr Bestehen nicht von langer Dauer sein, da die Konkurrenten auf Grund ihres Differentialgewinnes zu niedrigeren Preisen anbieten könnten. Gerade jene Unternehmer also, die den Vorschlägen der «Standortsberatungsstelle» Folge leisteten, würden durch diese im Interesse der ganzen Volkswirtschaft liegende Handlungsweise aus dem Konkurrenzkampf herausgeworfen werden. Daher wird dieser Institution à la longue kein grosser Erfolg vorausgesagt werden können.

Auch diese Massnahme befriedigt also nicht; ihre Erfolgsaussichten stehen auf zu schwachen Füßen. Überhaupt dürfte auf der Basis des Grundsatzes, dass der privatwirtschaftlich rationale Standort zugunsten der im volkswirtschaftlichen Interesse liegenden aufgegeben werden muss, ohne dass dazu ein rationaler Antrieb besteht — erfolge der Standortswechsel zwangsmässig oder freiwillig —, kaum eine befriedigende Lösung gefunden werden können.

3. Das präventive Prinzip

Dieses würde darin bestehen, dass mittels Datenänderungen, die durch den Staat vorzunehmen sind, das Zusammenfallen der volkswirtschaftlich erwünschten mit den privatwirtschaftlich rationalen Standorten an den volkswirtschaftlich erwünschten Standorten erreicht werden muss. Wird zum Beispiel die Erreichung eines maximalen realen Volkseinkommens vorausgesetzt, so würde das bedeuten, dass staatliche Massnahmen ein generelles Zusammenfallen von Gewinnmaximal- und Kostenminimalpunkt garantieren sollen. Diese Massnahmen dürfen gemäss den gemachten Voraussetzungen nicht gegen die verfassungsmässig garantierten Freiheiten verstossen, noch so weit gehen, dass der Effekt eine Änderung des bestehenden Wirtschaftssystems bedeuten würde.

Dieses Prinzip vereinigt verschiedene Vorteile auf sich. Auf eine einfache Formel gebracht, liegt das Entscheidende darin, dass der Unternehmer nun in Verfolgung seiner eigenen Interessen auch die Interessen der «Allgemeinheit» wahrt — also genau das, was den Vertretern des «Laissez-faire» vorgeschwebt hat. Das wirtschaftlich Notwendige ist somit erreichbar, ohne dass die bürgerlichen Freiheiten massgeblich beschnitten werden. Dem zweiten Prinzip gegenüber hängt der Erfolg der staatlichen Bemühungen nun nicht mehr bloss vom «guten Willen» der Unternehmer ab, es wird von ihnen kein arationales Verhalten mehr gefordert, sondern für den rational handelnden Unternehmer besteht — wie noch gezeigt werden wird — ein rationaler Antrieb dazu, seine Industrie an die volkswirtschaftlich erwünschten Standorte zu bringen.

Wie ist nun das möglich, wie können Allgemeininteresse und Privatinteresse auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden? Da der Unternehmer seinen Standort nach dem Kriterium der Maximierung des Ge-

winnes richtet — bei Annahme rationalen Handelns —, muss der Staat, wenn er die Standortswahl lenken will, diesem Kriterium Rechnung tragen, also den Gewinn zu beeinflussen suchen und ihn lokal oder regional differieren lassen. Er muss sein Augenmerk deshalb auf die Kosten- und Absatzstruktur der einzelnen Industrien richten.

Die staatlichen Interventionen können grundsätzlich zweierlei Art sein:

1. Positiv: Anreiz zu neuen Standorten. An den unter volkswirtschaftlichem Interesse erwünschten Standorten lässt der Staat Massnahmen wirksam werden, die geeignet sind, diese Orte gleichzeitig zum privatwirtschaftlich rationalen Standort für bestimmte Industrien zu machen. An diesen Orten werden kostensenkende und/oder erlössteigernde Massnahmen zur Anwendung gelangen.

2. Negativ: Verhinderung unerwünschter Standorte. Die Verlegung eines privatwirtschaftlich rationalen Standortes wird nicht nur dadurch erreicht, dass an andern Orten kostensenkende und/oder erlössteigernde Massnahmen zur Auswirkung gelangen, sondern an den bisherigen privatwirtschaftlich rationalen Standorten müssen kostenerhöhende und/oder erlösenkende staatliche Massnahmen wirksam werden.

Diese beiden Arten von Massnahmen sind offenbar bestimmt, ineinanderzugreifen und miteinander zu wirken. Durch die negativen Massnahmen wird versucht, die Unternehmer zur Aufgabe ihres bisherigen Standortes bzw. zum Verzicht auf Niederlassung an volkswirtschaftlich unerwünschten Standorten zu veranlassen, während die positiven Massnahmen die solchermassen «entwurzelten» Unternehmer an die neuen privatwirtschaftlich rationalen Standorte — die eben gleichzeitig die volkswirtschaftlich erwünschten sind — zu ziehen haben. Diese beiden Arten von Massnahmen sind also eigentlich als die beiden Teile eines einzigen Vorganges anzusprechen.

Diese Massnahmen können eine — zumindest vorübergehende — Senkung des realen Volkseinkommens, eine Redistribution der Einkommen und eventuell einen negativen Einfluss auf den technischen Fortschritt zur Folge haben. Es ist jedoch nicht stichhaltig, diese an und für sich richtige Feststellung als Einwand gegen eine staatliche Standortspolitik ins Feld führen zu wollen — es sei denn, als einziges Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik werde das Erreichen eines möglichst hohen realen Volkseinkommens anerkannt. Wird dem Staate aber auch die Verantwortung für die Aufrechterhaltung eines hohen und gleichmässigen Beschäftigungsgrades aufgebürdet, so können Massnahmen, die dem Streben nach einem maximalen realen Volkseinkommen zuwiderlaufen, notwendig werden. Sie sind dann auch gerechtfertigt, sofern sie unter Beachtung der gemachten Annahmen den Preismechanismus als Ganzes nicht ausser Kraft setzen. Anerkennt der Staat das Doppelziel der Vollbeschäftigung und des hohen realen Volkseinkommens, so kann ein Ziel nicht mehr maximal, sondern nur, unter Berücksichtigung des andern Zieles, optimal erreicht werden, da unter Umständen die beiden Ziele sich diametral entgegentlaufende Massnahmen erfordern.

In der wirtschaftlichen Wirklichkeit lässt der Staat in den akuten Notstandsgebieten und den durch Mono-Industrie gefährdeten Gebieten Massnahmen wirksam werden, die attraktiv auf Industrien wirken bzw. ein Stärkerwerden der Abhängigkeit von der betreffenden praktisch einzig vorhandenen Industrie verhindern oder gar Teile der diesen Notstand verursachenden Industrie zum Wegzug bringen. In bezug auf die grossen städtischen Industrieagglomerationen werden ebenfalls negative Massnahmen zur Anwendung kommen, um zumindest einen weiteren Zuzug an Industrien zu verhindern.

Es muss betont werden, dass die staatlichen Absichten den natürlichen Entwicklungstendenzen nicht diametral zuwiderlaufen sollen. Die staatlichen Massnahmen können praktisch die natürlichen Standortsunterlagen nicht ausser acht lassen oder gar vollkommen zu verändern suchen. Ein privatwirtschaftlich vollkommen arationaler Standort für eine bestimmte Industrie ist auch à la longue nicht in einen privatwirtschaftlich rationalen Standort zu verwandeln. Handelt es sich gar um die Produktion «einlagerfester Güter», d. h. unbedingt lagergebundener, lagerfester Güter ¹, so wird keine staatliche Massnahme eine Standortsverschiebung zustande bringen können, da die betreffenden Industrien an die örtlichen Gütervorkommen fixiert sind. Hingegen können und sollen die staatlichen Massnahmen nach Möglichkeit die natürlichen Standortsunterlagen ergänzen und kleinere Differenzen ausgleichen. Nehmen wir an, der Standort einer bestimmten Industrie sei privatwirtschaftlich hundertprozentig rational. Würde diese Industrie den volkswirtschaftlich erwünschten Standort einnehmen, so wäre ihr Standort beispielsweise privatwirtschaftlich nur siebzigprozentig rational. Will der Staat den Standortswechsel erreichen, so muss er am volkswirtschaftlich erwünschten Standort der betreffenden Industrie ebenfalls einen hundertprozentig privatwirtschaftlich rationalen Standort garantieren, also die Differenz von 30 % auszugleichen suchen. Unter den ihm am volkswirtschaftlich erwünschten Standort den gleichen Nutzen versprechenden Industrien wird der Staat jene bevorzugen, bei denen die auszugleichende Differenz am kleinsten ist, und unter diesen wiederum jene, bei denen diese Differenzen nur vorübergehender Art sind, also etwa von anfänglich ungenügender Einarbeitung der neuen Belegschaft herrühren. Es ist ausdrücklich zu unterstreichen, dass es bei der staatlichen Standortpolitik nicht darum gehen kann, eine bestimmte Industrie an einem bestimmten Ort auf die Dauer nur durch massive, staatliche Zuschüsse zu erhalten. Der Staat hat den durch solche Massnahmen entstehenden Kosten Rechnung zu tragen und daher, wenn immer möglich, im Sinne der natürlichen Standortsunterlagen zu wirken.

Hat sich eine bestimmte Industrie an einem den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechenden Standort «eingelebt» und weist vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus ihr Standort hier ohne das Wirken der

¹ Da bei einlagerfesten Gütern ex definitione nur ein Lager im betreffenden Wirtschaftskreis vorkommt, ist der Standort fest an ihr Lager gebunden.

staatlichen Massnahmen eine nicht wesentlich unter dem Maximum liegende Rationalität auf, so kann oft damit gerechnet werden, dass die Standortsträgheit den staatlichen Absichten in diesem Falle zu Hilfe kommt, indem sie verhindert, dass die Industrie diesen Standort nach Aufhören der Wirksamkeit der staatlichen Massnahmen verlässt — es sei denn, diese Industrie gehöre einem Zweig an, der durch einen rücksichtslosen Konkurrenzkampf gekennzeichnet ist.

Bei der Auswahl unter den verschiedenen «neuen» Industrien, die in einem bestimmten Gebiet natürliche, relativ günstige Standortunterlagen finden, wird der volkswirtschaftliche Aspekt die entscheidende Rolle spielen. Für das betreffende akute oder potentielle Notstandsgebiet wird sich jegliche neue Industrie positiv auswirken, sei es, dass sie neue Beschäftigung schafft oder die einseitige Abhängigkeit von einer einzigen Industrie mindert. Vom Standpunkt des Staates aus gesehen, sind aber nicht alle neuen Industrien gleichwertig. Durch blosse Betriebsverlegung von einem Gebiet in ein anderes muss für die Volkswirtschaft als Ganzes in the short run kein Gewinn entstehen, hingegen kann sich in the long run ein solcher ergeben — er erscheint dann als vermiedener Verlust — eben weil beispielsweise die Abhängigkeit der Bevölkerung des betreffenden Gebietes von einer Industrie gemindert wird. Einen effektiven Gewinn für die Volkswirtschaft, der sich in einer Erhöhung des realen Volkseinkommens manifestiert, verursachen jene Industrien, die 1. entweder bisher in der betreffenden Volkswirtschaft überhaupt noch nicht vorhanden waren und deren Produkte bisher importiert werden mussten¹ oder 2. wohl schon vorhanden waren, deren Produkte aber den ganzen Inlandsbedarf nicht zu decken vermochten, oder 3. auf ganz neuen Erfindungen oder Verfahren beruhen. Wichtig ist dabei, dass keine dieser hier genannten Industrien im Inland schon bestehende Unternehmen konkurrenzieren wird².

Diese Art der staatlichen Standortpolitik, wie sie hier charakterisiert ist, weicht teilweise von den Vorschlägen englischer Autoren, wie z. B. Beveridge und Cole ab, die meistens dem Staate von vorneherein eine, wenn auch nur partielle, Zwangsgewalt zusprechen wollen.

Beveridge beschränkt sich weitgehend darauf, die Gründe darzulegen, die eine staatliche Standortpolitik («controlled location of industry») notwendig machen. Er rechtfertigt diese staatliche Massnahme damit, dass er sagt, es sei besser und greife weniger ins individuelle Leben ein, die Unternehmer in ihrer Standortwahl zu kontrollieren, als sie unkontrolliert zu lassen und von den Arbeitskräften um der Beschäftigung willen die Aufgabe ihrer Heimstätten zu verlangen. Die staatliche Standortpolitik sei die

¹ Vom Gesichtspunkt der Erzielung eines grösstmöglichen realen Volkseinkommens aus wird sich die Neueinführung einer Produktion, deren Produkte bisher importiert wurden, nur dann als vorteilhaft erweisen, wenn das Gesetz der komparativen Kosten zeigt, dass das Volkseinkommen durch die Neueinführung dieser Industrie grösser wird, als wenn deren Produkte importiert und andere Produkte vermehrt exportiert werden könnten.

² Unter 3. genannte neue Industrien können unter Umständen allerdings schon bestehende Unternehmen konkurrenzieren.

Alternative sowohl für die erzwungene Dirigierung der Arbeit als auch für die Zulassung von Notstandsgebieten¹. Beveridges praktische Vorschläge über die anzuwendende Methode beschränken sich auf die Wiedergabe zweier Berichte², denen er im wesentlichen beistimmt. Darnach verlangt er eine Kontrolle in doppelter Hinsicht: 1. eine negative Kontrolle über die Industriestandorte des ganzen Landes, die die Einwilligung zur Errichtung von industriellen Unternehmungen zu erteilen hat, und 2. eine positive Kontrolle, die gleichzeitig mit der negativen zu wirken und wünschenswerte Standorte zu fördern hat³. Darüber aber wie diese Kontrollen arbeiten, nach welchen Prinzipien und Richtlinien, und wie sie zu rechtfertigen sind unter der Voraussetzung der Erhaltung der bürgerlichen Freiheiten, die Beveridge je nicht durchbrechen will⁴, darüber ist nicht viel ausgesagt. Wie sollen unerwünschte Standorte verhindert, wie erwünschte gefördert werden? Beveridge begnügt sich mit der Erwähnung von zwei Massnahmen, nämlich: die finanziellen Mittel müssten zentral und zu den staatlichen Zinssätzen beschafft werden und es dränge sich eine Revision der Besteuerung auf⁵. Eine eingehende Darstellung der anzuwendenden Methode bleibt Beveridge aber schuldig.

Wesentlich mehr ist bei Cole zu finden — nicht nur dass er detaillierte Gründe dafür angibt, warum er eine Standortpolitik für notwendig hält⁶ —, er beschäftigt sich darüber hinaus auch eingehender damit, wie in einem Staate mit grundsätzlich freiem Unternehmertum eine Standortpolitik durchgeführt werden kann, ohne dass wirtschaftlich negative Folgen aus dieser Massnahme entstehen, z. B. ein Sinken des «inducement to invest», und ohne dass am Grundsatz des freien Unternehmertums gerüttelt wird. Cole betont⁷, dass der Staat wohl gewisse Standorte verbieten könne, dass es aber praktisch kaum durchführbar sei, Unternehmern gewisse Standorte vorzuschreiben, da der Investitionsakt bei freiem Unternehmertum ein freiwilliger Akt sei. Unter einem solchen System sei es dann aber auch nicht wünschbar, dass der Staat selbst Industrien der verschiedensten Art an jenen Orten errichte, die von den Privatunternehmern unberücksichtigt gelassen seien. «In practice the State could go no further than to ban certain areas to the firms wishing to set up new enterprises, while leaving them a wide choice of alternative areas, and/or offer such firms inducements to settle in the areas which would fit in best with the requirements of the national economic plan⁸.» Solche Antriebe würden umfassen: Zurverfügungstellung billigen Landes, Zurverfügungstellung von überflüssigen Gebäuden aus der

¹ Beveridge, a. a. O. S. 32.

² Beveridge, a. a. O. S. 166 ff. 1. Report of the Royal Commission on the Distribution of the Industrial Population, 1940, Cmd. 6153, genannt: Barlow Commission. 2. Expert Committee on Compensation and Betterment, 1942, Cmd. 6386, genannt Uthwatt Committee.

³ Beveridge, a. a. O. S. 168, S. 170.

⁴ Beveridge, a. a. O. S. 21.

⁵ Beveridge, a. a. O. S. 165.

⁶ Cole, a. a. O. Kapitel 1 und 3, besonders S. 16 ff., S. 21 f.

⁷ Cole, a. a. O. S. 46.

⁸ Cole, a. a. O. S. 46.

Kriegsindustrie, Unterstützung mit niedrig verzinslichem Kapital oder mit langfristigen Krediten, Sicherung von Märkten etc. Coles Lösung ist also nicht ganz frei von staatlichen Zwangsmitteln, was allerdings besser zu seiner Gesamtkonzeption zu passen scheint, da sich bei ihm nirgends eine Liste von ausdrücklich zu bewahrenden bürgerlichen Freiheiten findet wie bei Beveridge. Eine Untersuchung darüber, wie selbst diese Zwangsmittel ausgeschaltet werden können und wie die Bevorzugung einer Anzahl von Industrien und Orten zu rechtfertigen ist, wird aber auch von Cole nicht gegeben.

Die Behandlung des Problems und die angegebenen Lösungen bei Beveridge und Cole mögen für das «frühsozialistische» England von heute Geltung haben und genügen — einer noch grundsätzlich freien Marktwirtschaft mit einer wesentlich kleineren staatlichen Sphäre wie in der Schweiz sind diese Massnahmen, die zur Erreichung der gesetzten Ziele führen sollen, nicht angepasst, und wir haben nach andern Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Kehren wir zu unserer eigenen Methode zurück. Mittels dieses Prinzips sollte es möglich sein, im Enderfolg dasselbe zu erreichen wie mittels Zwangsgewalt, obwohl hervorzuheben ist, dass bei der Anwendung des präventiven Prinzips erheblich mehr Reibungswiderstände zu überwinden sein werden und dem Staat grössere Kosten entstehen werden als bei Anwendung des indirekt autoritären Prinzips. Von grosser Wichtigkeit ist indessen, dass ein Rückgang des Investitionswillens nicht zu erwarten ist oder dass er sich zumindest in viel kleinerem Umfang bemerkbar machen wird als beim indirekt autoritären Prinzip.

Die Reaktionsgeschwindigkeit auf die künstlichen Veränderungen der Standortsunterlagen wird in erster Linie davon abhängen, wie gross die Spanne zwischen dem Gewinn am alten und demjenigen am neuen Standort sein wird. Je grösser diese Spanne ist, desto rascher dürfte der Standortswechsel zu erwarten sein. Die Differenz muss auf alle Fälle so gross sein, dass bei normalem Konjunkturverlauf innert weniger Jahre die gesamten Kosten des Standortswechsels (Umkzugskosten für Mobilien, Umschulungskurse für Arbeitskräfte, durch Betriebsunterbruch entgangener Gewinn etc.) ausgeglichen sein werden ¹. In diesem Zusammenhang erlangt der Stand der Abschreibungen der zu verlegenden Industrie ziemliche Bedeutung, denn, je weiter die Abschreibungen an den alten Anlagen gediehen sind, desto grösser dürfte die Reaktionsgeschwindigkeit auf die Änderung der Standortsunterlagen sein.

¹ Niederhauser weist richtig darauf hin, dass die durch die Standortsverlegung entstehenden Kosten «in die theoretische Formulierung der Bedingungen der Ablenkbarkeit einer Industrie von ihrem Standort» einbezogen werden können — eine Möglichkeit, die Weber noch nicht gesehen oder wenigstens nicht ausdrücklich erwähnt hat. «In der konstruktiven Darstellung des gedanklichen Modells bewirken diese durch das investierte Kapital bedingten Umzugskosten, die bei einer Ablenkung entstehen, eine Verkürzung des Radius der kritischen Isodapane.» Niederhauser, a. a. O. S. 155 «Kritische Isodapane»: Begriff nach Alfred Weber. Die Isodapanen sind Niveaulinien gleich hoher zusätzlicher Transportkosten, die aus einer Deviation vom Transportkostenminimalpunkt entstehen. Die kritische Isodapane ist nach Weber diejenige Isodapane, die eine Erhöhung der Transportkosten angibt, die gleich hoch ist wie die von einem bestimmten andern Platz erwartete Kostenersparnis. Weber, STOI, S. 102.

Es ist weiter zu beachten, dass der Beschäftigungsgrad, d. h. die Höhe der wirksamen Nachfrage, die Reaktionsgeschwindigkeit ebenfalls beeinflussen wird. Erwarten die Unternehmer ein Ansteigen des Beschäftigungsgrades, so wird die Reaktionsgeschwindigkeit aller Voraussicht nach grösser sein, als wenn ein Absinken erwartet wird. Die Antizipationen der Unternehmer über die zukünftige Entwicklung werden in bezug auf den zu erwartenden Erfolg einer staatlichen Standortpolitik zu einem zentralen Punkt.

Wir haben oben darauf hingewiesen, dass der Wechsel des Standortes sich in der Regel als ein langsamer Wechsel der Standortsgewichtigkeit darstellen wird. Selbst beim Bestehen einer staatlichen Standortpolitik wird dies weiter der Fall sein, obwohl sich hier die Standortunterlagen innert ganz kurzer Zeit ändern werden und die Möglichkeit einer allmählichen Anpassung an die Veränderungen also dahinfällt. Trotzdem steigen die Chancen, dass Standortsverschiebungen in grösserer Zahl auftreten werden. Dies besonders dann, wenn die durch die staatlichen Massnahmen hervorgerufenen Gewinnspannen erheblich sind. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle werden sich bloss die Grenzproduzenten und die neu entstehenden Unternehmen und Filialbetriebe nach diesen veränderten Standortunterlagen orientieren. Es wären schon ganz drastische Massnahmen notwendig, um beim Grossteil der bestehenden Industrien eine Standortsverlegung herbeizuführen — abgesehen davon, dass dies gar nicht wünschbar ist.

Bevor der Staat an die praktische Verwirklichung der Standortpolitik gehen kann, muss er sich notwendigerweise erst Klarheit darüber verschaffen, was erreicht werden soll. Es wird zu untersuchen sein: 1. welche Gebiete und Orte eines industriellen Antriebes bedürfen, wo die Industrieorientierung zu einseitig ist und welche Agglomerationen vor weiterem Wachstum bewahrt werden sollten. Es wird dann 2. festzustellen sein, welche Industrien in den akuten Notstandsgebieten und in den durch Mono-Industrie gefährdeten Gebieten gute natürliche Standortunterlagen finden, welche Industrien sich am besten als Ausweichmöglichkeiten eignen und welche Industrien speziell von Gebieten zu einseitiger Industrieverteilung und Riesenagglomerationen ferngehalten werden müssen. Dann werden 3. die einzelnen zu treffenden Massnahmen, die Einwirkungen auf die Kosten- und Absatzstruktur der betreffenden Industrien zu bestimmen sein, und erst dann kann 4. die praktische Durchführung der Massnahmen erfolgen. Mit andern Worten, es entsteht die Notwendigkeit eines «nationalen Planes», dessen Inhalt die Beantwortung der Fragen nach dem Wo, dem Was und dem Wie darstellen wird. Die Verantwortung für die Verwirklichung des Planes liegt beim Staat, der die «Allgemeinheit» vertritt, da ja die Erstellung nach allgemein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu geschehen hat. Damit ist nicht gesagt, dass auch die ganze praktische Durchführung ausschliesslich zentral erfolgen muss, es lässt sich durchaus denken, dass Teile davon an untergeordnete Behörden, eventuell sogar an Verbände der Privatwirtschaft delegiert werden. Weil aber der Plan unter allgemein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aufgestellt worden ist, ergibt sich, dass auch die finanziellen Aufwendungen prinzipiell zentral und nicht regional oder

lokal getragen werden müssen. In der Praxis wird, gerade wenn Delegation einzelner Aufgaben vorkommt, der Zusammenarbeit zwischen zentralen, regionalen und lokalen Behörden grösste Bedeutung beizumessen sein.

Nachdem nun über das Grundsätzliche Klarheit geschaffen sein sollte, besteht die weitere Aufgabe darin, die einzelnen in Frage kommenden Massnahmen, ihre Wirksamkeit und Anwendbarkeit in Kürze zu untersuchen.

II. Die einzelnen Massnahmen

Prinzipiell ist zu fragen: wie kann der Staat erreichen, dass sich, bei einer bestimmten Industrie, auf eine bestimmte Produktionstechnik bezogen, zwischen dem neuen und dem alten Standort eine Gewinnspanne ergibt, ohne dass durch die staatlichen Interventionen der Preismechanismus als Ganzes ausser Kraft gesetzt wird? Dabei ist es — theoretisch gesehen — gleichgültig, ob am alten Standort eine Gewinnsenkung oder am neuen Standort eine Gewinnsteigerung oder beides zusammen ausgelöst wird.

Da der Gewinn (im privatwirtschaftlichen Sinne) als die Differenz aus zwei Grössen, aus Kosten und Erlös (als Produkt aus erzieltm Preis und abgesetzter Menge), definiert ist, kann er also auch durch Variierung dieser beiden Grössen verändert werden. Die Standortsunterlagen können deshalb entweder durch Beeinflussung der Erlöse oder der Kosten verändert werden.

Um aus dem ganzen Katalog der möglichen wirtschaftspolitischen Mittel und Massnahmen des Staates diejenigen herauskristallisieren zu können, die als standortspolitisch relevante Massnahmen zu bezeichnen sind, und um unter diesen eine nach dem Grad der Wirksamkeit abgestufte Rangfolge zu erstellen, ist es notwendig, zuerst die Anforderungen zu statuieren, die an standortspolitische Massnahmen gestellt werden müssen, wobei zudem zu beachten sein wird, dass das präventive Prinzip das gültige Prinzip der hier behandelten Standortpolitik ist.

1. Die standortspolitischen Massnahmen dürfen nicht mit der Rechtsordnung und der herrschenden Wirtschaftsverfassung in Widerspruch stehen. Abweichungen von der Handels- und Gewerbefreiheit sind nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen statthaft. Zum indirekt autoritären Prinzip gehörende Massnahmen kommen deshalb nicht zur Diskussion.

2. Die standortspolitischen Massnahmen sollen möglichst dauerhafte, erhebliche Gewinndifferenzen schaffen, da bei nur kurzfristig wirkenden Massnahmen die Unternehmer natürlich bloss versuchen würden, mittels Anpassungsmassnahmen die Zeit der Wirksamkeit der staatlichen Massnahme zu überbrücken, ihren Standort also zu halten und nicht zu wechseln, wodurch die staatliche Massnahme wirkungslos verpuffen würde.

3. Die standortspolitischen Massnahmen sollen möglichst stark alternativen Charakter haben, d. h. sie sollen so stark differenziert werden können, dass unbeabsichtigte Nebenwirkungen auf andere Industrien oder Gebiete auf ein Minimum reduziert werden. Es soll z. B. nur eine bestimmte Industrie in einem bestimmten Gebiet von einer solchen Massnahme betroffen werden, ohne dass dabei die gleiche Industrie in andern Gebieten von dieser

Massnahme ebenfalls berührt wird. Können die unbeabsichtigten Nebenwirkungen, die von einer bestimmten Massnahme ausgelöst werden, nicht von der beabsichtigten Wirkung separiert werden und zum Verschwinden gebracht werden, so kann unter Umständen der ganze Erfolg der Massnahme in Frage gestellt sein.

4. Die standortspolitischen Massnahmen sollen nach Möglichkeit Massnahmen «juristisch-organisatorischer»¹ Natur sein, d. h. keine staatlichen finanziellen Mittel benötigen. Unter sonst gleichen Bedingungen ist diesen, gegenüber den finanziellen Massnahmen, die nur infolge des Einsatzes finanzieller Mittel durch den Staat wirken, der Vorzug zu geben.

5. Da Massnahmen, die einen komplizierten administrativen Vollzug verlangen, dem Staat zusätzliche Kosten verursachen, geht eine weitere Anforderung an die standortspolitischen Massnahmen nach administrativ leichter Durchführbarkeit. Deshalb und weil dadurch das ganze System vereinfacht wird, sollen die zweiseitig anwendbaren standortspolitischen Massnahmen den nur einseitig anwendbaren vorgezogen werden. Zweiseitig anwendbar heisst, dass eine bestimmte Massnahme als positive und negative Massnahme verwendet werden kann, also gewinnsteigernd und gewinnsenkend wirken kann.

6. Die standortspolitischen Massnahmen sollen auf möglichst alle nach standortsmässigen Gesichtspunkten geordneten Industriegruppen eine Wirkung ausüben, also arbeits-, konsum-, material- und kraftstofforientierte Industrien betreffen. Auch diese Forderung findet ihre Rechtfertigung im Bestreben, ein leicht überschaubares, administrativ einfaches und möglichst wenig Kosten verursachendes System zu schaffen.

Während die unter Punkt 1 genannte Anforderung *conditio sine qua non* ist, also absolut erfüllt werden muss, sind alle übrigen Anforderungen solche, die mehr oder weniger gut durch die verschiedenen Massnahmen erfüllt werden können. Alle Massnahmen müssen die erste Bedingung erfüllen, während die besondere Eignung einer Massnahme daraus hervorgeht, dass sie möglichst vielen der übrigen Bedingungen in möglichst vollkommener Weise entspricht.

1. Beeinflussung der Erlöse

Hierher gehören alle jene Massnahmen des Staates, die durch Beeinflussung der Preise oder der abgesetzten Mengen eine Veränderung des Gewinnes herbeiführen sollen.

*a) Absatzgarantien*²

Die Anwendung dieser Massnahme auf die Belange der Standortspolitik stellen wir uns so vor, dass der Staat denjenigen Industrien, die ihre

¹ E. Küng, a. a. O. S. 18.

² Diese Massnahme wird auch von Cole erwähnt. Cole, a. a. O. S. 46.

Standorte an volkswirtschaftlich erwünschte Standorte — sei es in akuten Notstandsgebieten oder in durch Mono-Industrie gefährdeten Gebieten — verlegen, für eine bestimmte Zeit eine Abnahmegarantie für einen bestimmten Teil ihrer Produktion gibt. Das Wertvolle dieser Massnahme, die direkt keine Gewinndifferenzen zu erzeugen vermag, liegt darin, dass die betreffenden Unternehmer damit rechnen können, während der Anlaufzeit ein bestimmtes Quantum ihrer Produktion mit Sicherheit absetzen zu können. Indessen kann diese Massnahme nur dann wirksam gemacht werden, wenn ein System des durch den Staat gelenkten Konsums — Rationierung — besteht, wenn der Staat die Einfuhr der Produkte der betreffenden Industrie auf einen beliebig tiefen Stand drosseln kann oder wenn der Staat selbst als Abnehmer, direkt oder indirekt, auftritt, was aber nur bei solchen Gütern in Frage kommen dürfte, die der Staat zur Erfüllung der ihm übertragenen Aufgaben benötigt. Die Absatzgarantien sind als standortspolitische Massnahme nur von untergeordneter Bedeutung, da sie direkt keine Gewinndifferenzen bewirken, nur unter einem System starker staatlicher Beeinflussung der Wirtschaft oder nur mit Wirkung auf bestimmte Industrien und nicht zweiseitig angewandt werden können und administrativ nicht leicht zu handhaben sind.

Es stellt sich hier die Frage, ob es zu rechtfertigen ist, einer beschränkten Auswahl von Industrien eine Sonderbehandlung zukommen zu lassen und ob durch diese Sonderbehandlung nicht dem Grundsatz der Rechtsgleichheit in krasser Weise widersprochen wird. Dazu ist zu sagen, dass unter «Rechtsgleichheit» nicht «absolut-formale», sondern «relative-sachliche Gleichheit»¹ zu verstehen ist und dass es also darauf ankommt, tatsächliche, wesentliche, sachliche Verschiedenheiten herauszuarbeiten, die dann auch eine verschiedene rechtliche Behandlung erfahren sollen. Wir halten dafür, dass auch in diesem Zusammenhang hier wesentliche, den Fakten selbst inhärente Verschiedenheiten bestehen. Will der Staat in einem bestimmten Gebiet die Einführung neuer Industrien aktivieren, so muss er — da bei den Unternehmern immer Handeln nach dem Erwerbsprinzip vorzusetzen ist, die Standortunterlagen dieses Gebietes so verändern, dass es sich als Standort für eine grössere Zahl verschiedenartiger Industrien eignet als vorher. Eine dieser Massnahmen ist die Gewährung von Absatzgarantien. Ferner ist hervorzuheben, dass die sich neu in den betreffenden Gebieten niederlassenden Industrien eine Leistung zugunsten der Volkswirtschaft vollbringen, und es ist völlig irrelevant, wenn gesagt wird, dass, da die Standortwahl in jenem Gebiet nur aus Gewinnmotiven erfolgt, eine Sonderbehandlung nicht am Platze sei. In einem Staat mit garantierten bürgerlichen Freiheiten und einem grundsätzlich marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaftssystem sind Leistungen zugunsten der «Allgemeinheit» nur mit Rücksicht auf die Ziele der Privatunternehmer zu erreichen — es sei denn, der Staat betätige sich selbst als Unternehmer. Massnahmen, die der Befriedigung der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse dienen, sind unserer Ansicht nach — wenn sie

¹ *Erwin Ruck: Schweizerisches Verwaltungsrecht, Bd. 1, Zürich 1939, S. 137.*

nicht in grober Weise gegen die Freiheitsrechte und die Rechtsgleichheit verstossen — durchaus zu rechtfertigen.

b) Preisgarantien

Durch diese Massnahme, die meist mit Absatzgarantien verkoppelt ist, soll jenen Industrien, die ihren Produktionsort an volkswirtschaftlich erwünschte Standorte verlegen, ein Preis garantiert werden, der ihren Kosten entspricht. Da diese hier höher sind als an den privatwirtschaftlich rationalen Standorten, wird ein über dem Marktpreis liegender Preis garantiert. Durch diese Massnahme soll ein Zusammenfallen von volkswirtschaftlich erwünschten und privatwirtschaftlich rationalen Standorten an den ersteren erreicht werden. Diese Massnahme kann aber nur angewandt werden, wenn entweder der Marktmechanismus ausser Kraft gesetzt und durch ein System der dirigierten Preise ersetzt wird oder wenn sich der Staat verpflichtet, die aus der Kostendifferenz sich ergebende Preisdifferenz selbst zu übernehmen, sei es indem er die ganze Produktion der betreffenden Industrien zum höheren Preis übernimmt und zum Marktpreis wieder dem Konsum übergibt oder indem er die Kostendifferenz den betreffenden Industrien direkt vergütet, was aber eher als Subvention denn als Preisgarantie zu bezeichnen ist. Da indessen die Ersetzung des Systems der freien Marktpreise durch ein System der Preiskontrolle dem von unkonstruierten idealtypischen Modell widerspricht, können die Preisgarantien als standortpolitische Massnahme — sollen sie dauernde, erhebliche Gewinndifferenzen begründen — nur in einer Form vorgenommen werden, die vom Staat einen Einsatz grosser finanzieller Mittel verlangt. Weil zudem ein administrativ kompliziertes System notwendig wäre, um eine alternative Wirkung dieser Massnahme zu garantieren, und eine zweiseitige Anwendung nicht möglich ist, können auch die Preisgarantien nicht als standortpolitische Massnahme erster Ordnung bezeichnet werden.

c) Zollmassnahmen

Zölle können unter gewissen Bedingungen und in beschränktem Masse auch als standortpolitische Massnahme angewandt werden, obwohl sie primär Schutz und Förderung der inländischen Wirtschaft — in unserem Zusammenhang besonders der inländischen Industrie — und die Beschaffung finanzieller Mittel für den Staat bezwecken. Deshalb aber kommt eine Anwendung als standortpolitische Massnahme nur dann in Frage, wenn dadurch die Erreichung der gesteckten primären Ziele nicht tangiert wird.

Als positive standortpolitische Massnahme verwendet, sollen Erhöhungen der Einfuhrzölle auf Fabrikate solche Industrien begünstigen, die in akuten Notstandsgebieten und durch Mono-Industrie gefährdeten Gebieten im Inland zwar optimale Standortsunterlagen finden, durch die im Inland auftretende, billiger anbietende ausländische Konkurrenz aber entweder an der Aufnahme der Produktion bisher überhaupt verhindert oder

nur zu geringer Entfaltung gekommen sind. Diese Zölle sind also Schutz-zölle im eigentlichen Sinne und – können sie nach Erstarken der betreffenden Industrie wieder aufgehoben werden — Erziehungszölle ganz im Sinne Lists. Die begünstigende Wirkung, die ein Zusammenfallen von volkswirtschaftlich erwünschten und privatwirtschaftlich rationalen Standorten am ersteren anstrebt, wird dabei auf dem Wege einer Absatz- und/oder Preissteigerung erzielt¹. Wird die staatliche Wirtschaftspolitik einzig durch das Streben nach einem möglichst grossen Sozialprodukt bestimmt, so entscheidet das Gesetz der komparativen Kosten letztlich darüber, ob diese Massnahme in den verschiedenen konkreten Fällen zur Anwendung kommen soll oder nicht. Anerkennt der Staat aber auch andere wirtschaftspolitische Ziele, wie z. B. die Erreichung tendenzieller Vollbeschäftigung, und meta-ökonomische Ziele, so ist ein nach wirtschaftlich rationalen Gesichtspunkten ausgerichteter Entscheid in praxi darüber in den meisten Fällen nicht mehr möglich, ob solch eine konkrete Massnahme durchgeführt werden soll oder nicht, und der Entscheid wird dem Ermessen der politischen Behörden anheimgestellt.

Als negative Massnahme sind die Zölle praktisch nicht anwendbar, da eine Erhöhung der Ausfuhrzölle auf die Fabrikate einer Industrie, die ein durch Mono-Industrie gefährdetes Gebiet erzeugt, eine Verschlechterung der Konkurrenzlage auf den ausländischen Märkten und deshalb eine Abwanderungsbewegung ins Ausland und nicht ins übrige Inland zur Folge hätte, was aber nicht Ziel dieser Massnahme sein kann.

Damit ist auch gerade ein Hauptnachteil, der dieser Massnahme anhaftet, genannt: durch Zollmassnahmen kann wohl ein Einfluss auf Entstehen und Vergehen von Industrien innerhalb der Grenzen des betreffenden Staates schlechthin, nicht aber ein Einfluss auf den konkreten Standort ausgeübt werden². Deshalb sind Zölle eher eine Massnahme der allgemeinen Industrie- als der speziellen Standortspolitik. Der zweite Hauptnachteil besteht darin, dass die Zölle kaum so weitgehend differenziert werden können, dass sie alternativ wirken, wodurch unbeabsichtigte Nebenwirkungen, die nur sehr schwer vorauszubestimmen und zu kontrollieren sind, ausgelöst werden können. Diese Nachteile sind ausschlaggebend dafür, dass die Zölle in praxi wohl nur selten in den Dienst der staatlichen Standortpolitik gestellt werden können³.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass keine dieser bisher genannten Massnahmen den an eine standortpolitische Massnahme erster Ordnung gestellten Anforderungen genügt, und es gilt nunmehr zu untersuchen, ob

¹ Auf die durch eine Absatzsteigerung erzeugte Rückwirkung auf die Kostenstruktur der betroffenen Betriebe wird der Einfachheit halber nicht eingegangen.

² Über die Auswirkungen von Schutzzöllen verschiedener Staaten an den gemeinsamen Landesgrenzen vgl. die Ausführungen Wehs. *Max Weh: Die Landesgrenze als Standortfaktor*, untersucht an der oberbadisch-schweizerischen Grenzindustrie. Diss. Basel 1932, S. 28 ff.

³ Im Zusammenhang mit den Zöllen wird das Problem der internationalen Verteilung der Industriestandorte tangiert, ein Problem, das in keinem direkten Zusammenhang mit unserer Fragestellung steht, weshalb wir bloss auf die diesbezüglichen Beiträge

sich unter jenen Massnahmen, die auf dem Wege einer Beeinflussung der Kosten eine Wirkung auf die Standortsverteilung zu erzielen beabsichtigen, solche finden und welches ihre speziellen Charaktereigenschaften sind.

2. Beeinflussung der Kosten

Hierher gehören alle jene Massnahmen des Staates, die geeignet sind, die bei der Produktion und dem Versand der Produkte entstehenden Kosten zu beeinflussen. Da eine ganze Anzahl dieser Massnahmen zweiseitig anwendbar sind, können sie sowohl attraktiv als auch abstossend auf Industrien wirken. Da sie sich selbst auf die spezielle Produktionstechnik abstimmen lassen, ist Gewähr dafür geboten, dass sie weitgehend alternativ wirken werden.

Um die Angriffspunkte der kostenbeeinflussenden Massnahmen zu finden, sei zuerst die Kostenstruktur irgendeines isoliert gedachten Produktions- und Absatzprozesses untersucht ¹. Die Kosten, die einem Betrieb aus der Produktion und dem Absatz der Produkte entstehen, können generell in folgende Gruppen gegliedert werden:

1. Grundkosten, d. h. Kosten, die aus der Beschaffung der Standortsstelle entstehen.
2. Stehende Sachkapitalkosten, d. h. Kosten, die aus der Erstellung der Gebäude, der Anschaffung von Maschinen und andern Einrichtungen entstehen.
3. Anschaffungskosten für Material und Kraftstoffe.
4. Arbeitskosten.
5. Transportkosten, d. h. Kosten für die Herbeischaffung der Roh- und Kraftstoffe und den Versand der Produkte.
6. Zinssätze für das Vorschusskapital (Anlage- und Betriebskapital).
7. Amortisationsquote für das stehende Kapital.
8. Generalunkosten, d. h. Kosten aus Steuern, Versicherungen, Sozialabgaben, Heizung, Beleuchtung etc.

Webers und Furlans, der die Standortprobleme in den Mittelpunkt der Weltwirtschaftslehre stellt, hinweisen.

Alfred Weber: Die Standortlehre und die Handelspolitik, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, Bd. 32, Tübingen 1911, S. 667 ff.

Derselbe: Europa als Weltindustriezentrum und die Idee der Zollunion, in: Europäische Zollunion, herausgegeben von Hans Heimann, Berlin 1926, S. 122 ff.

Louis V. Furlan: Die Standortprobleme in der Volks- und Weltwirtschaftslehre, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 1913, 2. Bd., 1. Heft, S. 1 ff.

Derselbe: Die Standorttheorie in Einstellung auf die Weltwirtschaft, in: Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart, 4. Bd., Wien 1928, S. 62 ff.

¹ Die folgende Untersuchung wurde in Anlehnung an Weber vollzogen. — Weber, STOI, S. 22 ff.

Weber untersucht diese 8 Kostengruppen, zu denen als weiteres Element des Warenpreises der Gewinn kommt, um daraus die generellen (nicht speziellen) Standortsfaktoren, die regional (nicht agglomerativ bzw. deglomerativ) wirken müssen und natürlich-technischen (nicht gesellschaftlich-kulturellen) Charakters sein müssen, zu gewinnen. — Die Agglomerativ- bzw. Deglomerativfaktoren können — wie Weber selbst bemerkt — nicht auf diese Weise gefunden werden.

Von diesen Kostengruppen sind deren drei sogenannte «Standortsfaktoren» im Sinne Webers, also generelle Regionalfaktoren natürlich — technischen Charakters, nämlich die Arbeitskosten, die Transportkosten und die Material- und Kraftstoffkosten. Dabei werden die Material- und Kraftstoffkosten und die Transportkosten zusammengefasst ¹. Die übrigen Kostengruppen können ebenfalls je nach der Lage des Produktionsortes differieren, sind jedoch nicht Standortsfaktoren im Sinne Webers ².

Für unsere Zwecke allerdings kann die Webersche Unterteilung nicht genügen, da in unserem Zusammenhang alle Kostengruppen eine Rolle spielen, die in irgendeinem Gemeinwesen standortsmässig differieren. Von Wichtigkeit sind gerade auch jene Kosten, die aus der Verknüpfung eines Betriebes mit Staat und Gesellschaft sich ergeben, da diese offenbar besonders leicht durch den Staat beeinflusst werden können. Uns interessiert in erster Linie, welche Kostengruppen sich leicht, d. h. ohne grossen Aufwand, durch staatliche Massnahmen je nach der Lage des Produktionsortes grössenmässig verändern lassen, wobei das idealtypische Modell des Staates, in dem wir uns bewegen, die Grenzen der staatlichen Beeinflussung des Ablaufs des Wirtschaftsprozesses bestimmt.

Welches sind nun diese kostenbeeinflussenden Massnahmen? Wählen wir bei dieser Untersuchung wieder die von Weber aufgeführten acht Kostengruppen und betrachten wir, wie sie sich staatlicher Beeinflussung gegenüber verhalten.

a) Grundkosten

Wie Weber ausführt, differieren die Kosten für die Beschaffung der Standortsstelle nur nach dem Mass der Agglomeration und nicht regional, so dass sie also eine Industrie nicht über weite Strecken verteilen oder attrahieren können, sondern höchstens geeignet sind, die Betriebe an den Rand grösserer Agglomerationen zu verdrängen oder unter einer Mehrzahl möglicher Standorte auswählend zu wirken. Auch staatliche Eingriffe vermögen an dieser Tatsache nichts zu ändern. Die Tätigkeit des Staates wird sich in bezug auf die Bodenkosten darauf beschränken müssen, an den volkswirtschaftlich erwünschten Standorten Bauland für Fabriken billig zur Verfügung zu stellen. Die Differenz zwischen dem vom Staat für das betreffende Land bezahlten Preis und demjenigen, zu dem es an die Industrien abgegeben wird, kann entweder zu Lasten des Staates gehen, stellt dann also eine Subvention à fonds perdu dar, oder kann als unverzinsliches oder niedrig verzinsliches Darlehen an die betreffenden Industrien behandelt werden. — Diese Massnahme allein ist niemals geeignet, die Verlegung einer Industrie herbeizuführen, da die Bodenkosten in der Mehrzahl der Industrien bloss einen unerheblichen Teil der Gesamtkosten ausmachen. Sie ist indessen geeignet, den Unternehmern die Schwierigkeiten beim Landkauf aus dem Wege zu räumen und im Verein mit andern Massnahmen zu wirken. Wesentliche Schwierigkeiten ergeben sich bei der Durchführung dieser Massnahme nicht,

¹ Weber, *STOI*, S. 33.

² Weber, *STOI*, S. 28–33.

hingegen können schwerwiegende Probleme aus dem Streben nach möglichst wohlfeiler Erwerbung von Land durch den Staat entstehen, die aber hauptsächlich auf juristischem Gebiet liegen und um die Frage der «Enteignung» kreisen. — Dieser Massnahme wird in der von uns durchgearbeiteten Literatur doch wohl zu grosses Gewicht beigemessen. Sie wird erwähnt von Beveridge, Cole, N. Küng und Salin ¹.

b) Stehende Sachkapitalkosten

Der Staat kann dadurch, dass er sich verpflichtet, an den volkswirtschaftlich erwünschten Standorten für neu entstehende Industrien die Kosten, die aus der Erstellung der Gebäude, der Zufahrtstrassen, Anschlussgeleise, Kanalisation, Leitungen etc. und aus der Beschaffung der Maschinen entstehen, zu senken, für gewisse Industrien ein Zusammenfallen von volkswirtschaftlich erwünschtem und privatwirtschaftlich rationalem Standort erreichen, wodurch diesen Gebieten eine erhöhte Attraktionskraft auf Industrien verliehen würde. Es stellt sich nun allerdings die Frage, auf welche Weise diese Kostensenkung zustande kommen kann. Die einfachste Lösung würde in der Ausrichtung staatlicher Subventionen bestehen, was allerdings den grossen Nachteil hätte, dass der Staat — wenn auch nur einmalig — grössere finanzielle Mittel aufwenden müsste, und es stellt sich dann auch das Problem der Beschaffung dieser Mittel. — Eine andere Möglichkeit der Kostensenkung würde darin bestehen, dass sich der Staat zwischen die Industrien, die den neuen Standort einnehmen, und die Bau- und Maschinenindustrie einschaltete, um für die Industrien an den neuen Standorten Sonderpreise zu erreichen. Der praktische Erfolg dieser Massnahme ist allerdings sehr ungewiss, so dass die Subventionen als das beste Mittel der Senkung der Kosten für die Beschaffung des stehenden Sachkapitals erscheinen müssen, da in einem System der grundsätzlich freien Marktwirtschaft der Staat keine weiteren Möglichkeiten der Beeinflussung der Preisbildung in der Hand hat.

c) Anschaffungskosten für Material- und Kraftstoffe

Bei jeglicher Industrie, insbesondere aber bei material- und kraftstofforientierten Industrien, nimmt diese Kostengruppe unter den Gesamtkosten einen wesentlichen Platz ein, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie nicht bloss einmalig, wie etwa die aus der Beschaffung der Standortsstelle entstehenden Kosten, auftritt.

Gelingt es deshalb dem Staat, diese Kostengruppe einer Beeinflussung zugänglich zu machen, so kann diesen Massnahmen eine bedeutende Wirkung auf die industrielle Standortverteilung vorausgesagt werden. Eine solche

¹ Beveridge, a. a. O. S. 168/9.

Cole, a. a. O. S. 46.

N. Küng, a. a. O. S. 136.

Salin, Standortsverschiebungen, S. 101.

Wirkung zu erzielen fällt aber in einem Staat mit wesentlich freier Marktwirtschaft und deshalb sehr kleinem staatlichem Wirtschaftssektor sehr schwer. Eine direkte Beeinflussung der Preisbildung der die hauptsächlichsten Rohmaterialien und Kraftstoffe erzeugenden Industrien ist im idealtypisch konstruierten Modell nicht möglich. Eine im Interesse einer volkswirtschaftlich richtigen Standortsverteilung vorgenommene Preisdifferenzierung ist nur durch Verhandlungen mit den die Ausgangsmaterialien erzeugenden Industrien zu erzielen. Diese freiwilligen Entscheidungen der Privatunternehmer können aber niemals die Basis für eine systematisch betriebene staatliche Standortpolitik sein. Der Staat kann nur die Preise jener Güter in der gewünschten Weise differenzieren, die in verstaatlichten Industrien hergestellt werden, und deshalb dürften die Massnahmen, die über eine Variierung der Material- und Kraftstoffkosten einen Einfluss auf die Standortsverteilung zu erzielen beabsichtigen, entsprechend dem kleinen staatlichen Wirtschaftssektor geringen Umfang annehmen.

Es liesse sich auch denken, dass der Staat jenen Industrien, die ihren Standort neu an volkswirtschaftlich erwünschten Standorten wählen, die Material- und Kraftstoffkosten durch Subventionen senke, um so ein Zusammenfallen von volkswirtschaftlich erwünschten und privatwirtschaftlich rationalen Standorten zu erreichen. Dazu ist aber zu sagen, dass die Ausrichtung von solch ständig fliessenden Subventionen, was eine massive Durchbrechung des Prinzips der Maximierung des Sozialproduktes bedeutet, nur dann zu rechtfertigen ist, wenn die Erhaltung eines bestimmten Wirtschaftszweiges — hier eines besonderen Industriezweiges oder einer besonderen Industrie in einer bestimmten Gegend — aus besonderen wirtschaftlichen oder ausserwirtschaftlichen Gründen zu fordern ist und der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung die Erhaltung dieses Wirtschaftszweiges am gewünschten Ort ernstlich in Frage stellt. Ist ein solch superiorer Zweck nicht ersichtlich, so bedeutet eine dauernde Gewährung von Subventionen eine Verschleuderung öffentlicher Mittel.

d) Arbeitskosten

In einem Staat mit garantierter Freizügigkeit und Handels- und Gewerbefreiheit fehlen dem Staat die rechtlichen Grundlagen, Arbeitskräfte zum Verlassen gewisser Gebiete und zur Ansiedlung in neuen Gebieten zu zwingen. Er ist deshalb nicht in der Lage, direkt auf die Arbeitskosten, weder in positivem noch in negativem Sinne, eine Wirkung auszuüben. Seine Tätigkeit wird sich im wesentlichen darauf beschränken, durch Vergünstigungen aller Art, z. B. Zurverfügungstellung billiger Wohnungen etc., Arbeitskräfte in ein Gebiet oder an einen Ort zu bringen, wo sie bisher nicht vorhanden gewesen sind. Er muss darauf bedacht sein, unumgänglich notwendige Techniker und Facharbeiter zur Übersiedlung an die volkswirtschaftlich erwünschten Standorte zu veranlassen und durch Umschulungskurse die im betreffenden Gebiet anwesenden Arbeitskräfte auf die neuen Industrien vorzubereiten, damit bei deren Aufnahme in den Produktions-

prozess möglichst wenig Reibungsschwierigkeiten entstehen. Es geht hier letztlich darum, die örtliche und berufliche Mobilität der Arbeit zu erhöhen, da mangelnde Mobilität der Arbeit oftmals der Grund zum langen Weiterbestand akuter Notstandsgebiete gewesen ist. Von diesen, nur positiv anwendbaren Massnahmen, dürfen keine erheblichen Erfolge erwartet werden.

e) Transportkosten

Die Erkenntnis, dass der Eisenbahntarifpolitik¹ eine industrieschaffende, unter Umständen aber auch eine industriezerstörende Kraft eignet, hat schon vor längerer Zeit dazu geführt, die Tarifpolitik bewusst in den Dienst der Industriepolitik zu stellen. Neueren Datums aber ist — wie Neumark² ausführt — die Erkenntnis, dass die Tarifpolitik auch als Mittel einer planmässigen Standortpolitik fruchtbar gemacht werden kann. Dies setzt nun aber voraus, dass die Tarife nicht nach dem Gesichtspunkt des höchsten Ertrages, sondern nach dem Gesichtspunkt des grössten volkswirtschaftlichen Nutzens festgesetzt werden. Es wird dem Staat relativ leicht fallen, diesen Grundsatz zu verwirklichen, wenn — wie in der Schweiz zum Beispiel — die Bahnen zum grösseren Teil Staatsbahnen sind und die noch verbliebenen Privatbahnen in starkem Masse durch den Staat beeinflusst werden. In diesem Falle ist der Staat praktisch Monopolist für die Grösszahl aller Verkehrsleistungen und daher in der Lage, die Preise weitgehend autonom, öffentlich-rechtlich festzusetzen, wobei er nach dem Grundsatz, dass die Bahnen «service public» zu sein haben, handeln muss.

Die Tarife zeichnen sich durch eine ziemlich weitgehende Differenzierung aus, die einerseits in den betriebswirtschaftlichen, anderseits in den volkswirtschaftlichen Anforderungen an die Tarife begründet ist. Der Zweck der volkswirtschaftlichen Differenzierung ist, eine «optimale Verkehrsbedienung zu angemessenen Preisen»³ zu gewährleisten. Der Staat kann aber auch mittels der von ihm festgesetzten Tarife beabsichtigen, gewisse wirtschaftliche Lenkungsmassnahmen durchzuführen, also mittels Tarifpolitik wirtschaftspolitische Zwecke zu erreichen. In diesem Falle sind die Tarife eigentlich «politische Preise». «Zum Wesen der politischen Preise gehört, dass sie auf die Kosten nicht immer Rücksicht nehmen . . . Da sich Leistung und Gegenleistung auf die Dauer entsprechen müssen, kann auch bei politischen Preisen nicht darauf verzichtet werden, dass durch irgendeinen Ausgleich die gesamten Kosten im Durchschnitt gedeckt werden⁴.» Dieser Ausgleich kann auf zwei Arten erreicht werden, indem entweder die Verluste, die durch solche, die Selbstkosten nicht mehr deckenden Tarife ver-

¹ Da in der Schweiz die Eisenbahntransporte weitaus am wichtigsten sind, beschränken wir uns auf ihre Behandlung.

² Fritz Neumark: Zur Verkehrspolitik im Interventionsstaat der Gegenwart, in: Schweizerisches Archiv für Verkehrswissenschaft und Verkehrspolitik, 3. Jhrg. 1948, S. 201. Nr. 3, Zürich.

³ Hans Dirlewanger: Grundsätzliches zur Gütertarifpolitik, in: Schweizerisches Archiv für Verkehrswissenschaft und Verkehrspolitik, Zürich, 1. Jhrg. 1946, Nr. 2, S. 103.

⁴ Dirlewanger, a. a. O. S. 103.

ursacht werden, durch Gewinne in entsprechender Höhe ausgeglichen werden, die von über den Selbstkosten stehenden Tarifen herrühren, oder indem der Staat die jährlich sich ergebenden Defizite durch Zuschüsse ausgleicht. Die neuere Ansicht geht dahin, die Tarife so zu veranlassen, dass die Gesamtkosten aller Leistungen ausgeglichen und die notwendigen Rückstellungen für Re- und Neuinvestitionen gemacht werden können. Auch wenn also die Wirtschaftspolitik bei der Tarifgestaltung einen wichtigen Platz einnimmt, ist an folgendem Grundsatz festzuhalten: «Die Eisenbahnen haben der Volkswirtschaft zu dienen, können aber auf die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse bei ihrer Tarifgestaltung nur so weit Rücksicht nehmen, als ihre finanziellen Mittel es erlauben ¹.»

Eine Veränderung der Transportkosten wirkt sich für eine bestimmte Industrie gleich aus wie eine Senkung der Material- und Kraftstoffkosten, denn für die einzelne Unternehmung setzt sich der Preis für ein zu beziehendes Material aus dem Preis ab Lager plus dem Preis für die Transportleistung vom Lager zum Produktionsstandort zusammen. Eine allgemeine Senkung der Transportkosten zum Beispiel bedeutet ein weiteres Auseinanderrücken der Isodapanen, so dass die Möglichkeit, billigere Lager heranzuziehen, entsteht. Dadurch können die Gestehungskosten des Produktes weiter gesenkt werden. Durch das weitere Auseinanderrücken der Isodapanen wird aber auch der Bereich der Konkurrenzfähigkeit erhöht, einestheils durch Gewinnung grösserer Absatzgebiete (unter Beibehaltung des alten Preises) andernteils durch die Möglichkeit der Preissenkung auf dem bisherigen Markt. Kommt die Senkung der Transportkosten nur einer Auswahl von Industrien zugute, so ist leicht zu erkennen, dass ihre Konkurrenzfähigkeit sich auf Kosten derjenigen erhöht, die nicht in den Genuss dieser Vergünstigung kommen. Die Isostanten ² werden immer weiter von den Orten dieser ausgezeichneten Industrien wegrücken, ihr Marktbereich vergrössert sich. Das Umgekehrte gilt für den Fall einer Erhöhung der Transportkosten.

Sollen einzelne Industrien und Orte berücksichtigt werden, wirtschaftspolitische Zielsetzungen mittels Tarifpolitik erreicht werden etc., so kann die Aufstellung eines Normaltarifschemas nicht mehr genügen, da darin nicht alle Sonderwünsche berücksichtigt werden können, ohne dass das Normaltarifschema zu einem unübersichtlichen Gewirre wird. Deshalb wurde das Mittel der «Ausnahmetarife» geschaffen. Dadurch, dass für die Transporte zwischen zwei Punkten einer Bahnlinie ein Ausnahmetarif zur Anwendung kommt, wird die «tarifarische Entfernung» zwischen ihnen verkürzt oder ver-

¹ Dirlewanger, a. a. O. S. 121.

² «Isostanten» Begriff nach A. Schilling: Die wirtschaftsgeographischen Grundgesetze des Wettbewerbs in mathematischer Form. Technik und Wirtschaft 1924.

Palander greift diesen Begriff auf und definiert: «Isostanten vereinigen solche Punkte untereinander, an denen zwei oder mehrere, an verschiedenen Orten gelegene Unternehmungen dasselbe Konkurrenzvermögen haben.» Palander, a. a. O. S. 305/6.

Palander untersucht in seiner Arbeit mehrmals das Problem des Marktbereiches und der Konkurrenzverhältnisse unter verschiedenen Bedingungen.

Palander, a. a. O. S. 220 ff., S. 360 ff., S. 370 ff.

längert, je nachdem ob der Ausnahmetarif gegenüber dem Normaltarif billiger oder teurer ist. Der Ausnahmetarif kann für alle oder nur für eine Auswahl von Gütern gelten, und dementsprechend werden sich die beiden Punkte generell oder nur in bezug auf die bestimmten Güter entfernungsmässig verschieben.

Nach Paillard ¹ können die Ausnahmetarife in drei Gruppen eingeteilt werden: erstens allgemeine Ausnahmetarife, die vor allem den volkswirtschaftlichen Interessen des Landes dienen. Hierunter fallen z. B. Frachtverbilligungen für Rohstoffe, landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewisse Fabrikate, zweitens Ausnahmetarife für besondere Zwecke, die aus Gründen des Konkurrenzkampfes der betreffenden Bahn mit andern Bahnen, Automobil- und Schiffsverkehr geschaffen werden, und drittens die Ausnahmetaxen, die für bestimmte Güter oder Verbindungen geschaffen sind. Diesen kommt im Zusammenhang mit der staatlichen Standortpolitik besonders grosse Beachtung zu. Wie Paillard ² nachweist, hat im Verlauf der letzten Jahrzehnte die Zahl der Ausnahmetarife und der zu Ausnahmetarifen abgefertigte Teil des gesamten Güterverkehrs so stark zugenommen, dass mit Recht gesagt werden kann, die Ausnahmetarife seien zu Normaltarifen und diese zu Ausnahmetarifen geworden. Dieser Zustand birgt die Gefahr ungleicher Behandlung von Transportleistungen bei Vorliegen gleicher Umstände, führt zu grosser Unübersichtlichkeit im ganzen Güterverkehr und erschwert den Bahnen auch die auf Deckung der gesamten Kosten ausgerichtete Kalkulation.

Diese Nachteile müssen jedoch in Kauf genommen werden, soll diese Kardinalmassnahme der staatlichen Standortpolitik angewendet werden können. Die Ausnahmetarife sind eine Alternativmassnahme, d. h. sie können so weit differenziert und mit Bedingungen versehen werden, dass sie nur die beabsichtigten Wirkungen haben, die unerwünschten Nebenwirkungen somit ganz dahinfallen. Die Ausnahmetarife lassen sich auch zweiseitig anwenden, d. h. positiv und negativ. Dies hat zudem noch den Vorteil, dass die aus Kostensenkungen entstehenden Verluste durch aus Kosten erhöhungen entstehende Gewinne möglicherweise ausgeglichen werden können. Sie benötigen also keine staatlichen finanziellen Mittel, sind also eine juristisch-organisatorische Massnahme. Die Anwendbarkeit dieser Massnahme ist weiter dadurch erleichtert, dass sie durch den Beschluss einer Verwaltungsbehörde und nicht wie das Normaltarifschema auf dem Wege der Gesetzgebung eingeführt oder abgeändert werden kann ³.

Die Anwendbarkeit dieser Massnahme wird allerdings dadurch eingeschränkt, dass nicht bei allen Industrien die Transportkosten einen namhaften Teil der Gesamtkosten ausmachen. Die grösste Wirkung werden die

¹ *Armand Paillard*: La notion de tarif exceptionnel en trafic marchandise, in: Schweizerisches Archiv für Verkehrswissenschaft und Verkehrspolitik, Zürich, 1. Jhrg. 1946, Nr. 2, S. 127 ff.

² Paillard, a. a. O. S. 124.

³ Darauf weist besonders Miescher hin. *Otto Miescher*: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Ausnahmetarife der Schweizerischen Bundesbahnen. Diss. Basel 1932, S. 19.

Ausnahmetarife auf die materialorientierten Industrien mit grossen zu transportierenden Gewichten ausüben, während stark arbeitsorientierte, stark kraftstofforientierte (an der Elektrizität) und Industrien, die viel Ubiquitäten verarbeiten, wenig berührt werden. Soll auf solche Industrien durch staatliche Massnahmen eine nachhaltige Wirkung ausgeübt werden, so können die Ausnahmetarife bloss als zusätzliche Massnahme gelten.

Neben den Tarifmassnahmen besteht natürlich auch heute noch die Möglichkeit, gewissen Gebieten durch Ausbau des Verkehrsnetzes — sei es durch Verdichtung der Bahnlinien, sei es durch Bau von Kanälen oder durch Schiffbarmachung von Flüssen — einen transportkostenmässig günstigeren Charakter zu verleihen.

Auf transportkostensenkende Massnahmen weist besonders Salin hin ¹.

f) Zinssätze für das Vorschusskapital

Die Erkenntnisse der Theorie lassen den Schluss zu, dass durch eine Veränderung der Höhe des Zinssatzes Umfang und Dauerhaftigkeit der Investitionen verändert werden ². Stellt der Staat in einem bestimmten Gebiet für industrielle Zwecke Kredite zu einem niedrigeren als dem dortigen Marktzinssatz zur Verfügung, so kann er diesem Gebiet eine erhöhte Attraktionskraft auf Industrien verleihen. In Wirklichkeit liegt die Sache heute allerdings so, dass — da der Marktzinssatz ohnehin tief ist und bei einer Vollbeschäftigungspolitik durch die Politik des billigen Geldes noch mehr gesenkt wird — durch Zinssatzsenkungen keine wesentlichen Kosteneinsparungen mehr erzielt werden können. Nur unter aussergewöhnlichen Gegebenheiten, etwa in zurückgebliebenen Gebieten und starken akuten Notstandsgebieten, wird diese staatliche Massnahme einige Erfolge buchen können, aber mehr dadurch, dass genügend langfristige Kredite zur Verfügung gestellt werden. Diese Massnahme wirkt nur positiv, da bei zu höherem als dem Marktzins angebotenen staatlichen Krediten der private Kapital-

¹ Salin, Standortverschiebungen, S. 80, S. 101.

² Welche Wirkung hat eine Zinssatzänderung unter den Annahmen der reinen Theorie auf die Produktionspläne der Unternehmer? Ein Sinken des Zinssatzes hat, da die Abzinsungsfaktoren sinken und die Aufzinsungsfaktoren steigen, eine Verschiebung des ganzen Systems der Gegenwartspreise zur Folge. Die Gegenwartspreise der für eine spätere Zukunft geplanten Aufwendungen und Erträge steigen, die Gegenwartspreise der für die nähere Zukunft geplanten Aufwendungen und Erträge sinken, im Verhältnis zur Gesamtheit der Gegenwartspreise. Deshalb werden die früheren Aufwendungen und die späteren Ausbringungen vergrössert, mit andern Worten: die gegenwärtigen Investitionen werden gesamthaft erhöht und in langfristiger Form vorgenommen. Die Verlängerung der Ausreifungszeit — nach der Zinsgleichung von Jevons bestimmt sich die günstigste Ausreifungszeit darnach, dass ihr relativer zeitlicher Grenzertrag dem Zinssatz in Bruchform gleich ist — hat nach dem Gesetz der Mehrergiebigkeit längerer Produktionswege (durch Böhm-Bawerk entwickelt) eine Vergrösserung der gesamten Erträge der Produktion zur Folge, bewirkt also eine Tendenz zur Steigerung des Sozialproduktes. — Diese Ausführungen basieren auf Stackelberg, wo auch das Nötige über die Zinsgleichung von Jevons und das Gesetz der Mehrergiebigkeit längerer Produktionswege gesagt ist.

Heinrich von Stackelberg: Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, mit einem Vorwort von Valentin F. Wagner, 2. Auflage, Bern 1948, S. 86 ff., besonders S. 95/6.

markt benützt würde. Zinsbeeinflussende Massnahmen wirken auf alle Industrien, besonders stark aber auf die kapitalintensiven. — Beveridge und Cole, die diese Massnahmen erwähnen, messen ihr wohl zu grosse Bedeutung zu ¹.

g) *Amortisationsquote für stehendes Kapital*

Weber ² nennt dies eher einen speziellen als einen generellen Standortsfaktor, da wohl nur Klimadifferenzen die Abnutzungsquote beeinflussen — eine Ansicht, der wir voll beipflichten. Dagegen kann der «buchhalterische Stand der Abnutzungen», im Gegensatz zur «natürlichen» Amortisation, eine erhebliche Rolle spielen, wobei wir bereits die Kostengrupp tangieren, die mit dem Sammelbegriff «Generalunkosten» bezeichnet werden kann.

h) *Generalunkosten*

Hierher gehören einmal alle jene Kosten, die aus der Verbindung des Betriebes mit politischen und andern Organisationen stammen, also Steuern, Versicherungen, Sozialabgaben etc. Sie werden von Weber ³ nicht behandelt, weil sie ausserhalb des Bereiches der «reinen» Theorie stehen. Den andern Teil der Generalunkosten betreffend, sagt Weber: «Soweit sie aber naturale Kosten sind (Regie-, Licht- und Beheizungskosten), sind ihre geographisch bedingten, lokalen Differenzen, die sie zu regionalen Standortsfaktoren machen könnten, nicht wesentlich genug, um in der allgemeinen Theorie Berücksichtigung zu finden ⁴.» Dies hat auch in unserem Zusammenhang Geltung, hingegen erweist sich der andere Teil der Generalunkosten (Steuern etc.), gerade weil er aus der Verbindung der Unternehmen mit öffentlichen Institutionen erwächst, der staatlichen Beeinflussung gegenüber als leicht zugänglich, und zudem kann er einen erheblichen Anteil der Gesamtkosten ausmachen.

Es ist hier schwierig zu entscheiden, welchen Anwendungsbereich, Wirkungsgrad und spezielle Angriffspunkte der staatlichen Massnahmen sind, die darauf gerichtet sind, diejenigen Kosten zu beeinflussen, die sich für eine Unternehmung aus der Tatsache ergeben, dass sie in einem konkreten Staate produziert und nicht im luftleeren Raum, weil eine theoretische Betrachtung keinerlei allgemeine Anhaltspunkte über bestehende Steuersysteme, Versicherungsinstitutionen und die übrigen Sozialinstitutionen gibt. Es können hier deshalb nur grundsätzliche Bemerkungen gemacht werden.

Unter all den möglichen Massnahmen greifen wir die wichtigste heraus: die *steuerlichen Massnahmen*. Generell lassen sich zwei Wege unterscheiden: Steuerpolitik und Steuerpraxis.

¹ Beveridge, a. a. O. S. 165. Cole, a. a. O. S. 46.

² Weber, STOI, S. 29.

³ Weber, STOI, S. 28.

⁴ Weber, STOI, S. 28.

In den durch Mono-Industrie gefährdeten Gebieten soll für die die Gefährdung verursachende Industrie eine Steuer erhoben werden. Das primäre Ziel dieser Steuer — nennen wir sie «Standortssteuer» oder «präventive Krisensteuer» — ist, durch Erhöhung der Kosten für eine bestimmte Industrie in einem bestimmten Gebiet, den weiteren Zuzug diesem Industriezweig angehörender Betriebe zu verhindern, um die Abhängigkeit des betreffenden Gebietes von dieser einen Industrie nicht noch weiter zu steigern. Die Steuer darf dabei selbstverständlich nicht so hoch veranschlagt werden, dass der Bestand der ganzen betreffenden Industrie im betreffenden Gebiet in Frage gestellt ist, es soll ja nur ein weiterer Zuzug verhindert werden. Diese Steuer hat allerdings auch die Wirkung, dass die Grenzproduzenten der betreffenden Industrie im betreffenden Gebiet aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet bzw. zum Wegzug aus diesem Gebiet gezwungen werden, so dass sich die Abhängigkeit auch absolut senkt. Diese Wirkung der Standortssteuer ist solange wünschenswert, als nicht namhafte Teile der betreffenden Industrie zum Wegzug gezwungen werden ¹. — Der Staat ist generell frei in der Verwendung der Erträge der Standortssteuer. Es lässt sich aber die Ansicht vertreten, die Erträge seien nicht vollkommen andern Zwecken zuzuführen, so dass sich etwa folgende Regelung denken liesse: zum grösseren Teil werden die Erträge dafür verwendet, die dem Staate bei der Einführung neuer Industrien im betreffenden Gebiet entstehenden Kosten zu decken, während der übrigbleibende Teil als spezieller Krisenfonds für die das durch Mono-Industrie gefährdete Gebiet verursachende Industrie zu dienen hat. Dieser Teil stellt also eine Art «Zwangssparen» dar. Der grössere Teil der Erträge steht dem Staat allein zur Verfügung und kann im Rahmen des vorgeschriebenen Zweckes durch ihn jederzeit frei verwendet werden. Der kleinere Teil wird beim Auftreten krisenhafter Vorzeichen den Unternehmern wieder zur Verfügung gestellt und unter der Aufsicht des Staates für Aufgaben eingesetzt, die geeignet sind, den Bestand der Industrie selbst zu wahren oder — wo dies als unmöglich erscheint — den in dieser Industrie eingesetzten Produktionsfaktoren eine weitere produktive Verwendung zu sichern. Durch das Mitspracherecht des Staates soll vermieden werden, dass diese Beträge schon in Zeiten des Aufschwunges oder der Hochkonjunktur auf «Schleichwegen» wieder an die betreffenden Unternehmen zurückfliessen. Wird die betreffende, den Notstand verursachende Industrie von einer Krise betroffen, so soll diese Steuer aufgehoben werden, um die Depression nicht noch zu verschärfen.

Aus dem der Standortssteuer gesetzten Ziel geht hervor, dass es sich um eine direkte Steuer handeln muss, d. h. dass sie auf Grund von Registern erhoben wird. Da die Steuererträge für bestimmte Zwecke reserviert sind und nicht allgemeinen fiskalischen Zwecken dienen, eignet der Stand-

¹ Wünschenswert im wirtschaftlichen Sinne. Ausserwirtschaftliche, z. B. militärische Gründe können gar dafür sprechen, eine ganze Industrie aus einem bestimmten Gebiet wegzuziehen und in ein anderes zu verlegen.

ortssteuer der Charakter einer Zwecksteuer und nicht einer allgemeinen Steuer.

Es ist hier zu fragen, ob es zu rechtfertigen ist, eine Steuer zu erheben, von der nur Unternehmen einer bestimmten Industrie und auch nur dann, wenn sie ihren Standort in einem bestimmten Gebiet gewählt haben, betroffen werden. Wird damit dem Grundsatz der Rechtsgleichheit nicht in krasser Weise widersprochen? Liegen hier wesentliche, sachliche Verschiedenheiten vor, die eine Sonderbehandlung rechtfertigen?

Bringt eine bestimmte Industrie durch Zusammenballung in einem bestimmten, in seiner geographischen Ausdehnung grössenmässig relevanten Gebiet, dieses Gebiet in ein übermässig starkes Abhängigkeitsverhältnis, so kommt ihr unserer Ansicht nach nicht die gleiche Behandlung zu wie andern Industrien, die sich räumlich so viel aufgelockerter verteilen, dass sie kein Gebiet in ein solches Abhängigkeitsverhältnis bringen. Denn, wird eine Industrie von einer Krise betroffen, so werden deren Wirkungen auf das Gebiet, in dem die Industrie liegt, um so schlimmer sein, je grösser das Abhängigkeitsverhältnis des betreffenden Gebietes von der betreffenden Industrie ist. Je schlimmer aber diese Auswirkungen, um so grösser werden auch die Kosten sein, die für den Staat aus der Bekämpfung dieser Auswirkungen entstehen. Es kann deshalb die Ansicht sehr wohl vertreten werden, den Industrien, die durch Zusammenballung ein bestimmtes Gebiet potentiell besonders gefährden, komme eine spezielle Behandlung zu und sie seien vor allem mit der Bezahlung eines angemessenen Teiles dieser Kosten zu belasten. Diese spezielle Behandlung und die Sicherstellung der Beiträge zur Bezahlung der Kosten soll durch die Erhebung der Standortssteuer erreicht werden.

Welche Vorteile vereinigt die «Standortssteuer» auf sich? Sie ist wohl wie kaum eine zweite Massnahme dazu angetan, dauerhafte Gewinndifferenzen zu schaffen, die zudem für alle Industrien von erheblicher Bedeutung sein werden, da ja alle Industrien, unabhängig von ihrer standortsmässigen Orientierung, gleichmässig besteuert werden können. Darin unterscheidet sie sich positiv von den Ausnahmetarifen. Als direkte Steuer, nach Registern erhoben, wirkt die Standortssteuer weitgehend alternativ, d. h. es werden praktisch nur diejenigen Industrien von ihr betroffen, auf die der Staat eine Wirkung auszuüben beabsichtigt. Da nur eine weitere Ausdehnung der betreffenden Industrie in einem bestimmten Gebiet verhindert werden soll, kann von den Nebenwirkungen auf eventuell bestehende Hilfsindustrien im gleichen Gebiet und Substitutionsgüterindustrien abstrahiert werden. Als juristisch-organisatorische Massnahme verursacht die Standortssteuer nur Kosten, die aus dem administrativen Vollzug entstehen, die — da jeder Staat über eine Steuerverwaltung verfügt — als praktisch unbedeutend angesehen werden können. Primär wirkt die Standortssteuer als negative Massnahme, aber dadurch, dass sie nur bestimmte Industrien treffen will und ein Teil ihrer Erträge zur Einführung neuer Industrien dient — ein weiterer Vorteil — wirkt sie, allerdings nur sekundär, auch im Sinne einer positiven Massnahme, ohne aber die Bezeichnung einer solchen zu verdienen.

Diese Vorteile machen die Standortssteuer zu einer standortspolitischen Massnahme erster Ordnung; zusammen mit den Ausnahmetarifen stellt sie den Kern der staatlichen Standortspolitik nach dem präventiven Prinzip dar.

bb) Steuerpraxis

Unter dem Sammelbegriff «Steuerpraxis» sollen alle jene Massnahmen des Staates zusammengefasst werden, die durch Modifizierung des bestehenden Steuersystems und der Ordnung der Sozialabgaben die Kosten für bestimmte Industrien in einem bestimmten Gebiet beeinflussen. Grundsätzlich kann die «Steuerpraxis» sowohl im Sinne einer positiven als auch einer negativen Massnahme aufgefasst werden. Soll sie als negative Massnahme verwendet werden, so würde auf die bestehenden direkten Steuern für die ein durch Mono-Industrie gefährdetes Gebiet verursachenden Industrien eine Zusatzsteuer «aufgepfropft», die sich von der oben beschriebenen Standortssteuer praktisch nicht unterscheidet. Vollzug und Verwendung der Erträge würden in gleicher Weise gehandhabt. Indessen wäre die praktische Durchführung einer solchen Zusatzsteuer komplizierter und würde deshalb höhere administrative Kosten verursachen als die gesondert erhobene Standortssteuer. Fällt diese aus irgendeinem Grunde dahin, so ist es durchaus möglich, dieselben Ziele mittels dieser Zusatzsteuer zu erreichen.

Im folgenden soll die «Steuerpraxis» durchwegs als positive Massnahme verstanden werden. Sie soll dazu dienen, in akuten Notstandsgebieten und durch Mono-Industrie gefährdeten Gebieten durch vorübergehende oder dauernde Senkung der Kosten für direkte Steuern und Sozialabgaben die Einführung neuer Industrien zu erleichtern, sei es, dass der Staat für diese vermehrte Abzüge, höhere Amortisationsquoten, Hinausschieben der Abschreibungen auf Zeiten guten Geschäftsganges, erhöhte steuerfreie Minima etc. zulässt, sei es, dass er einen Teil der durch die Unternehmer zu entrichtenden ordentlichen Sozialabgaben selbst übernimmt.

Durch eine Senkung der Kosten soll erreicht werden, dass volkswirtschaftlich erwünschte Standorte für eine grössere Zahl verschiedener Industrien als bisher auch zu privatwirtschaftlich rationalen Standorten werden. Diese Steuererleichterungen müssen zentral erfolgen und dürfen nicht den Gemeinden überlassen bleiben, nicht nur, weil so eine einheitlichere Behandlung erreicht wird, sondern weil gerade die Gemeinden der akuten Notstandsgebiete auf die noch wenigen verbleibenden Steuererträge angewiesen sind und nicht noch weitere Ausfälle ertragen können.

Die Vorteile dieser Massnahme liegen darin, dass durch sie erhebliche Gewinndifferenzen erzielt werden können und dass sie auf alle Industrien, unabhängig von ihrer standortsmässigen Orientierung, die gleiche Wirkung auszuüben vermag. Wie die Standortssteuer wirken auch die Steuererleichterungen, wenn sie auf direkte Steuern erhoben werden, in stärkstem Masse alternativ, so dass unbeabsichtigte Nebenwirkungen praktisch ausgeschaltet sind. Steuererleichterungen auf indirekte Steuern können in aller Regel,

da ihre Wirkung nicht regional differenziert werden kann, nicht in den Dienst der staatlichen Standortspolitik gestellt werden.

Nachteilig an dieser Massnahme ist erstens einmal, dass sie nicht eine juristisch-organisatorische, sondern eine finanzielle Mittel beanspruchende Massnahme ist, und es stellt sich das Problem, wie der Ausfall an Steuererträgen zu decken ist. Zweitens: wenn die Steuererleichterungen zwar auch auf Jahre hinaus garantiert werden können, so haftet dieser Massnahme doch irgendwie ein zeitlich befristeter Charakter an, was vor allem dann zutrifft, wenn die Kostenherabsetzung durch eine Herabsetzung der Sozialabgaben erreicht werden soll. Sind die Steuererleichterungen zeitlich ganz kurz befristet, so sind sie zu den Massnahmen zu zählen, die die bei Standortwechseln auftretenden Reibungskosten vermindern. Sie verändern in diesem Fall nicht generell die Standortsunterlagen. Drittens ist der administrative Vollzug erheblich komplizierter als etwa bei der Standortsteuer.

Trotz dieser Nachteile stellt diese Massnahme doch eine Hauptmassnahme der staatlichen Standortspolitik dar, deren Wirkung besonders dann von grossem Wert ist, wenn die Ausnahmetarife — als primäre positive Massnahme — versagen, weil bei den Industrien, die herangezogen werden sollen, die Transportkosten nur einen unbedeutenden Teil der Gesamtkosten ausmachen ¹.

i) Kosten der Betriebsverlegung

Entschliesst sich eine Industrie wirklich, ihren bisherigen Standort aufzugeben und einen neuen am volkswirtschaftlich erwünschten Standort liegenden einzunehmen, so kann der Staat die aus der Betriebsverlegung herrührenden Kosten ganz oder teilweise übernehmen. Diese Massnahme hat grundsätzlich nichts mit den oben unter 1–8 genannten gemein, da sie nicht dazu beiträgt, volkswirtschaftliches und privatwirtschaftliches Interesse auf denselben Nenner zu bringen. Ihr Ziel besteht darin, die Reaktionsgeschwindigkeit auf die Veränderungen der Standortsunterlagen zu erhöhen, das Verringern des Radius der kritischen Isodapane zu verhindern. Je höher die Kosten sind, die aus einer Betriebsverlegung resultieren, desto grösser wird die Wirksamkeit dieser Massnahme sein.

3. Zusammenfassung

Damit sind die wesentlichsten der möglichen Massnahmen genannt. Zusammenfassend ist zu sagen, dass Ausnahmetarife und steuerliche Massnahmen als Hauptmassnahmen gelten können, da sie die stärkste Wirkung ausüben, keine staatlichen finanziellen Mittel in grösserem Umfange bean-

¹ Die Möglichkeiten der Beeinflussung industrieller Produktion durch steuerpolitische Massnahmen sind Gegenstand der Dissertation von Fridolin Zweifel, der sich (S. 181 ff.) — wenn auch nur sehr kurz — mit dem Einfluss der Steuern auf die industrielle Standortsverteilung befasst.

Fridolin Zweifel: Förderung und Lenkung industrieller Produktion durch steuerpolitische Massnahmen, Diss. Zürich 1948.

sprechen, weitgehend alternativ wirken und administrativ leicht anwendbar sind. Diese Eigenschaften machen sie zum Kernstück der staatlichen Standortpolitik, so wie diese hier beschrieben ist. Die übrigen Massnahmen sind ihrer Bedeutung nach bloss Zusatz- und Ergänzungsmassnahmen, sei es, weil sie finanzielle Aufwendungen grösseren Stiles verlangen, sei es, weil sie nur temporär befristet wirken, sei es, weil die verursachten Gewinndifferenzen nicht bedeutend genug sind, sei es, weil sie nur eine kleine Zahl von Industrien treffen. Diese Subsidiärmassnahmen kommen insbesondere dann zur Anwendung und wachsen in diesen Fällen über den «Zusatzcharakter» hinaus, wenn die Hauptmassnahmen zu kleine Gewinndifferenzen erzeugen oder ganz versagen oder wenn sie denselben Erfolg, aber mit kleineren finanziellen Aufwendungen erreichen. Dann können die Subsidiärmassnahmen sogar zu Hauptmassnahmen werden.

Gelingt es, diese Massnahmen auf Grund eines gut fundierten Gesamtplanes und koordiniert zur Anwendung zu bringen, so sollte, trotz den sich ergebenden politischen und wirtschaftlichen Hindernissen und Widerständen, die Erreichung der der staatlichen Standortpolitik gesetzten Ziele wenigstens angenähert möglich sein. Darüber allerdings, welches in concreto diese politischen Widerstände sein werden, lässt eine theoretische Betrachtung keine näheren Angaben zu. Ebensowenig gestattet sie, ein Schema des Zusammenwirkens der verschiedenen möglichen Massnahmen zu geben, da dies ausschliesslich von den konkreten Verhältnissen der wirtschaftlichen Wirklichkeit in einem bestimmten Staate abhängt, wie überhaupt jede wirtschaftspolitische Massnahme durch Milieubedingungen bestimmt wird. Diese entscheiden also auch weitgehend über Erfolg oder Misserfolg einer anzuwendenden Massnahme.

2. Abschnitt

Anwendung: die Schweiz

1. Kapitel

Notwendigkeit einer staatlichen Standortpolitik in der Schweiz?

Im ersten Abschnitt dieses zweiten Teiles haben wir angenommen, dass die freie Wahl der Industriestandorte durch die Unternehmer «Notstände» verursacht hat, die in der wirtschaftlichen Wirklichkeit als akute Notstandsgebiete, durch Mono-Industrie gefährdete Gebiete und riesige städtische Industrieagglomerationen erscheinen. Ihre negativen Auswirkungen auf wirtschaftlichem und ausserwirtschaftlichem Gebiet sind als so schwerwiegend angenommen worden, dass ein Eingreifen des Staates in den Wirtschaftsprozess — wenn der Staat an seiner Pflicht, der Mehrung der gemeinsamen Wohlfahrt, festhält — als notwendig angesehen werden muss. Dieser Eingriff würde im Rahmen einer staatlichen Standortpolitik vor sich gehen, deren wesentliche Merkmale herausgearbeitet worden sind.

Es ist also vorerst einmal zu untersuchen, ob auch in der Schweiz infolge der freien Standortwahl durch die Unternehmer «Notstände» verursacht worden sind, die nach staatlichen Interventionen verlangen, oder anders ausgedrückt, ob die jetzigen wirtschaftlichen Gegebenheiten in der Schweiz eine staatliche Standortpolitik notwendig machen ¹. Es handelt sich also darum, die schweizerische Volkswirtschaft im Hinblick auf das Bestehen von Riesenagglomerationen, von akuten Notstandsgebieten und von durch Mono-Industrie gefährdeten Gebieten zu untersuchen. Es werden deren Ursachen genau zu analysieren sein, denn nur wenn ihr Entstehen auf eine, unter dem Gesichtspunkt des Allgemeininteresses falsche, durch die freie Wahl der Unternehmer entstandene Industrieverteilung zurückzuführen ist, ist die staatliche Standortpolitik das adäquate Mittel zur Bekämpfung der Notstände.

I. Die Verstädterung in der Schweiz

Wenn wir bisher immer von Riesenagglomerationen gesprochen haben und nun an Stelle dieses Begriffes jenen der «Verstädterung» setzen, so deutet dies schon darauf hin, dass in der Schweiz der Prozess der Verstädterung nicht oder noch nicht jenen Grad erreicht hat, wo es zur Bildung von eben solchen «Riesenagglomerationen» gekommen ist. Es mag vielleicht erstaunlich sein, dass, trotz der frühen Industrialisierung und trotzdem diese schon früh einen bedeutenden Stand erreicht hat, in der Schweiz sich keine jener riesigen Industrie- und Bevölkerungszusammenballungen herausgebildet haben wie in andern Ländern, und dass die eigentliche Verstädterung erst relativ spät einsetzte. «Es erklärt sich dies, von dem Fehlen interlokaler und interregionaler Freizügigkeit abgesehen, vor allem aus der starken Dezentralisierung der Industrie, die sich ihrerseits aus der weiten Verbreitung der Heimarbeit und der Bindung der industriellen Betriebe an den Standort der Wasserkräfte ergab. Die eigentliche Verstädterung begann daher erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit der wachsenden Loslösung der Industrie vom Wasser und der allmählichen Herausbildung von Grossbetrieben. Im 20. Jahrhundert schliesslich wurde der Prozess der Großstadtbildung durch die starke Entfaltung des gesamten Geld- und Warenhandels gefördert, da dessen Sitz fast ausschliesslich die Großstadt ist. Dazu kam die durch die steigende Produktivität der Wirtschaft ermöglichte rasche Zunahme anderer, nicht unmittelbar produktiver Berufe, die sich gleichfalls in der Großstadt konzentrieren ².» Es ist in diesem Zusammenhang besonders auch auf das Fehlen bedeutender Eisen- und Kohlenvorkommen hinzuweisen, deren Lager mancherorts zu den bekannten riesigen Industriegebieten und -städten geführt haben und zum Ort der notwendigen wie der Zufallsagglomeration geworden sind.

¹ Wenn nichts anderes bemerkt, verstehen wir unter «staatlicher Standortpolitik» immer eine wie von uns im ersten Teil dieser Arbeit charakterisierte.

² Wilhelm Bickel: Bevölkerungsgeschichte und Bevölkerungspolitik der Schweiz seit dem Ausgang des Mittelalters. Zürich 1947, S. 200.

Der Vergleich der Schweiz mit den meisten industrialisierten Staaten in bezug auf den Grad der Verstädterung fällt zugunsten der Schweiz aus, wie folgende Tabelle zeigt ¹:

Berufstätige in der Industrie und ländliche Bevölkerung um 1930

Staaten	Von 100 Berufstätigen gehören zur Industrie	Von der Gesamtbevöl- kerung wohnen in ländlichen Gemeinden %
Belgien	48,9	54,1
Grossbritannien	48,1	27,3
Schweiz	44,9	67,1
Deutschland	40,6	50,8
Niederlande	39,3	36,4
USA	35,2	52,5
Frankreich	35,1	60,4
Schweden	32,3	71,6
Italien	28,7	48,3
Dänemark	28,1	58,5

Diese Tabelle verdeutlicht, dass die Schweiz, trotzdem sie an dritter Stelle hinsichtlich des Industriereichtums steht, ihren dörflichen Siedlungscharakter bewahrt hat und dass sie auch einem Vergleich mit den meisten der weniger industrialisierten Staaten durchaus standhält.

Trotz diesem für die Schweiz günstigen Ergebnis sei die Entwicklung und der heutige Stand der Verstädterung in der Schweiz kurz untersucht.

Wohnbevölkerung der Städte und übrigen Gemeinden 1888–1941 ²

Jahre	Städte	Übrige Gemeinden	Total Schweiz	Anteil Städte in %	Jährlicher Zuwachs in %		Vom Total- zuwachs gehen . . % in die Städte
					Total	Städte	
1888	440 461	2 477 293	2 917 754	15,1			
1900	728 385	2 587 058	3 315 443	22,0	1,13	5,45	72,4
1910	968 956	2 784 337	3 753 293	25,8	1,32	3,3	54,9
1920	1 071 554	2 808 766	3 880 320	27,6	0,34	1,06	80,8
1930	1 237 776	2 828 624	4 066 400	30,4	0,48	1,55	89,3
1941	1 402 335	2 863 368	4 265 703	32,8	0,44	1,21	82,6

¹ «Die Schweiz als Kleinstaat in der Weltwirtschaft», herausgegeben vom schweizerischen Institut für Aussenwirtschafts- und Marktforschung an der Handelshochschule St. Gallen. St. Gallen 1945, S. 328.

² Absolute Zahlen aus dem Statistischen Jahrbuch der Schweiz 1945. Unter Städten sind hier, nach der Praxis der eidgenössischen Statistiken, Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern verstanden.

Die Tabelle zeigt deutlich das ständige Zunehmen des Anteils der in den Städten wohnenden Bevölkerung. 1941 ist rund ein Drittel der gesamtschweizerischen Bevölkerung in Städten wohnhaft. Eine auffallend starke Zunahme der städtischen Bevölkerung ist in den 12 Jahren von 1888 bis 1900 zu verzeichnen, wo sie sich um rund zwei Drittel vermehrt hat. Der Zuwachs der Städte ging im Dezennium 1910-1920 stark zurück, was einmal auf die relative Verlangsamung der Industrialisierung und die Auswirkungen des ersten Weltkrieges zurückgeführt werden kann, worin andererseits aber auch der absolute Bevölkerungsrückgang zwischen 1914 und 1920 (Abnahme um ca. 20 000) zum Ausdruck kommt. Welche Bedeutung dem Zuwachs der Städte innerhalb des Totalzuwachses zukommt, zeigt die letzte Kolonne, woraus zu ersehen ist, dass immer mehr als 50 % des Bevölkerungszuwachses auf die Städte entfallen sind. Da bekanntlich aber der Geburtenüberschuss der Städte kleiner ist als der der ländlichen Gegenden, muss der Zuwachs der Städte zu einem erheblichen Teil aus Wanderungsgewinnen gespeist worden sein. Welchen Umfang diese angenommen haben und welche Kantone besonders hohe Wanderungsgewinne aufweisen, darüber orientiert folgende Tabelle ¹:

Geburtenüberschuss und Wanderungsgewinn 1870-1910

Kantone	Jährliche Zunahme in Promillen		
	Geburten- überschuss	Wanderungs- gewinn	Total
Baselstadt.	11,9	15,0	26,9
Genf	0,7	13,3	14,0
Zürich	8,1	6,3	14,4

Geburtenüberschuss und Wanderungsgewinn 1910-1941 ²

Kantone	Jährliche Zunahme in Promillen		
	Geburten- überschuss	Wanderungs- gewinn	Total
Genf	— 2,5	6,4	3,9
Zürich	4,0	5,5	9,5
Baselstadt.	2,4	4,8	7,2

Das Auffallende an diesen Zahlen ist, dass die Wanderungsgewinne, und unter ihnen die bedeutendsten, denjenigen Kantonen zufallen, die die Großstädte aufweisen. Für Bern wird diese Erscheinung weniger deutlich,

¹ Bickel, a. a. O. S. 134. Bickel führt in seinen Tabellen alle Kantone und auch die absoluten Zahlen an. Gewinne hatten ausserdem: St. Gallen, Zug, Graubünden, Thurgau, Tessin und Waadt.

² Bickel, a. a. O. S. 192. Wanderungsgewinne verzeichneten ausser Baselstadt, Zürich und Genf noch Zug und Waadt. Alle übrigen Kantone hatten teilweise sehr erhebliche Wanderungsverluste aufzuweisen.

da «in diesem Kanton als Ganzes genommen die Zuwanderung in die Hauptstadt durch die Abwanderung aus der Landschaft überdeckt wird»¹. Der Umfang der Wanderungen scheint sich vermindert zu haben, was auf die Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre und die Beschränkung der Freizügigkeit während des ersten Weltkrieges infolge Wohnungsnot zurückzuführen sein dürfte.

Innerhalb der Städte sind es vor allem die Großstädte, die eine massgebliche Zunahme aufweisen, was folgende Zahlen belegen²:

Wohnbevölkerung der Städte 1910–1941

Jahre	Absolute Zahlen			Promillezahlen		
	Großstädte	Mittelstädte	Kleinstädte	Großstädte	Mittelstädte	Kleinstädte
1910	323 009	353 409	292 538	333	365	302
1920	447 763	346 918	276 773	418	324	258
1930	633 787	313 831	290 158	512	254	234
1941	753 262	340 832	308 241	537	243	220

Diese Tabelle zeigt, dass die Großstädte absolut und relativ zunehmen, dass die Mittelstädte erst ab 1930 wieder einen absoluten Anstieg zu verzeichnen haben, während ihre relative Grösse weiter sinkt und dass die Kleinstädte in den absoluten Zahlen eine schwankende Tendenz aufweisen und ihre relative Grösse im ganzen betrachteten Zeitraum abnimmt.

Wohnbevölkerung der Städte und übrigen Gemeinden 1941–1948³

Jahresende	Städte	Übrige Gemeinden	Total Schweiz	Anteil Städte in %	Jährlicher Zuwachs in %		Vom Totalzuwachs gehen ... % in die Städte
					Total	Städte	
1941	1 404 500	2 863 300	4 267 800	32,91			
1945	1 479 200	2 946 800	4 426 000	33,42	0,93	1,33	47,22
1946	1 511 100	2 994 900	4 506 000	33,54	1,81	2,16	39,87
1947	1 550 500	3 037 500	4 588 000	33,75	1,82	2,61	48,05
1948	1 577 300	3 052 700	4 630 000	34,07	0,92	1,73	63,81

¹ Bickel, a. a. O. S. 193.

² Bickel, a. a. O. S. 199, zitiert nach den Angaben des Statistischen Jahrbuchs der Schweiz 1945. — Nach der Praxis des Eidgenössischen Statistischen Amtes sind Großstädte Städte mit mehr als 100 000, Mittelstädte solche mit 30 000–100 000 und Kleinstädte solche mit 10 000–30 000 Einwohnern. — Zahlen nach dem Gebiet zur Zeit der Volkszählungen.

³ Absolute Zahlen aus dem Statistischen Jahrbuch 1948. Die in dieser und der nächsten Tabelle aufgeführten absoluten Zahlen sind nicht Volkszählungsergebnisse, weshalb sie den tatsächlichen Verhältnissen nicht mit gleicher Exaktheit wie die Volkszählungsergebnisse gerecht werden können. Um Tendenzen aufzuzeigen, genügen sie aber vollkommen.

Die Entwicklung der Verstädterung in den sieben Jahren von 1941 bis 1948 ist gekennzeichnet durch eine relative Verlangsamung der Bewegung, was besonders darin zum Ausdruck kommt, dass ein wesentlich geringerer Teil des Totalzuwachses auf die Städte entfällt als in den Jahren 1920-1941. Im Laufe des Jahres 1943 hat der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung erstmals ein volles Drittel erreicht.

Diese Tabelle verdeutlicht klar die Tatsache, dass die Überkonjunktur der ersten Nachkriegsjahre zwar die Verstädterungsbewegung weitergetrieben hat, dass aber von einem sprunghaften Fortschreiten nicht die Rede sein kann.

Unter den Städten sind allgemein die Großstädte weiter gewachsen, während die Mittel- und Kleinstädte trotz absolutem Wachsen einen sinkenden Anteil an der gesamten städtischen Bevölkerung aufweisen, womit die 1930 begonnene Linie ihren Fortgang findet.

Wohnbevölkerung der Städte 1941-1948 ¹

Jahresende	Absolute Zahlen			Promillezahlen		
	Großstädte	Mittelstädte	Kleinstädte	Großstädte	Mittelstädte	Kleinstädte
1941	753 700	340 900	309 900	537	243	220
1948	854 000	377 500	345 800	542	239	219

Folgende Zahlenangaben mögen zur Illustration der unterschiedlichen Entwicklung der Bevölkerungszahl in den schweizerischen Großstädten in den ersten Nachkriegsjahren dienen.

Bevölkerungszunahme und Wanderungsgewinn auf 1000 Einwohner in den schweizerischen Großstädten 1945-1948 ²

Jahr	Zürich		Basel		Bern		Genf		Lausanne	
	Bevölkerungszunahme	Wanderungsgewinn	Bevölkerungszunahme	Wanderungsgewinn	Bevölkerungszunahme	Wanderungsgewinn	Bevölkerungszunahme	Wanderungsgewinn	Bevölkerungszunahme	Wanderungsgewinn
1945	15,9	8,5	16,7	12,1	10,4	1,9	13,0	12,8	5,8	4,1
1946	26,9	20,1	25,1	21,8	8,3	— 0,2	30,9	30,3	20,5	17,1
1947	26,5	20,2	25,4	22,4	12,6	4,5	30,4	30,6	28,3	25,3
1948	16,8	11,5	19,1	14,5	16,1	8,8	25,1	24,8	24,1	22,0

Aus diesen Zahlen geht hervor, in wie starkem Masse die Schwankungen der Bevölkerungszahl in den Großstädten vom Ausmass der Wanderungen herrühren und welchen Umfang die Wanderungen angenommen haben. Vermutlich wären sie noch viel stärker gewesen, wenn nicht der chronische Wohnungsmangel in den Städten als natürliche Bremse gewirkt hätte. Die

¹ Absolute Zahlen aus dem Statistischen Jahrbuch 1948.

² Statistisches Jahrbuch des Schweizerischen Städteverbandes 1948. Brugg 1950, S. 8*

Tabelle zeigt aber auch, dass die Entwicklung der Bevölkerungszahl in den Großstädten mit namhafter Industrie — speziell Exportindustrie — nahezu parallel mit der Konjunkturbewegung verläuft. Zürich, Basel und Genf verzeichnen in den Jahren 1946 und 1947 eine starke Bevölkerungszunahme, um dann, parallel dem sinkenden Beschäftigungsgrad, einen Rückschlag zu erleiden. Bei Lausanne sind Zunahme und Abnahme weniger brüsk, während die Verhältnisse in Bern durch den Abbau des während des Krieges stark angeschwollenen Beamtenapparates gekennzeichnet sind. — Wie die Tabelle zeigt, ist es vor allem Genf, das eine besonders starke Bevölkerungszunahme zu verzeichnen hat, wozu aber zu bemerken ist, dass hier nicht bloss die Industrie, sondern ebensosehr auch die Niederlassung von der UNO angehörenden Organisationen und ähnlichen Institutionen zu dieser Entwicklung beigetragen haben mag.

Damit ist die Frage aufgeworfen, ob denn überhaupt in der Schweiz die Industrieverteilung in erster Linie zur Verstädterung geführt hat. Dass es nicht nur die Industrie ist, die in der Schweiz zur Verstädterung führt, sondern dass Handel, Verwaltung und nicht unmittelbar produktive Berufe daran ebenso beteiligt sind, geht aus der ziemlich starken räumlichen Auflockerung der Industrie hervor, wobei besonders hervorsticht, dass sich zwischen 1929 und 1944 die Verhältnisse kaum merklich geändert haben.

*Gliederung der Gemeinden nach der Zahl der Fabrikarbeiter 1929, 1937, 1944*¹

Gemeinden mit ... Fa- brikarbeitern	Zahl der Gemeinden			Fabrikarbeiter					
				Absolute Zahlen			Prozente		
	1929	1937	1944	1929	1937	1944	1929	1937	1944
bis 500	956	965	1029	100 133	101 107	108 015	24	28	25
501-1000	87	79	80	58 518	52 511	54 290	14	14	13
1001-2000	43	39	49	60 016	54 165	69 204	15	15	16
2001-5000	28	20	21	76 621	60 040	63 841	19	17	15
über 5000	11	8	11	113 795	92 180	130 660	28	26	30
Zusammen	1125	1111	1190	409 083	360 003	426 010	100	100	100

Diese Verteilung, aus der hervorgeht, dass immer noch rund ein Viertel der Fabrikarbeitschaft in ländlichen Verhältnissen wohnt — eine Zahl, die sich noch erhöht, wenn berücksichtigt wird, dass die moderne Verkehrstechnik es einem erheblichen Teil der städtischen Arbeiter erlaubt, auf dem Lande zu wohnen und zwischen Arbeits- und Wohnort hin- und herzupendeln — und die Konzentration in den Mittel- und Großstädten ein Drittel noch nicht erreicht hat, ist vom wirtschaftlichen, politischen und sozialen Standpunkt aus äusserst wertvoll.

Auf die Nachteile der Verstädterung braucht an dieser Stelle wohl nicht besonders hingewiesen zu werden, es sind in der Schweiz dieselben wie in

¹ Absolute Zahlen aus den schweizerischen Fabrikstatistiken von 1929, 1937 und 1944.

irgendeinem anderen Staate. Es liegt heute die Tendenz vor, die schwerwiegendsten Nachteile der Großstädte eher auf bevölkerungspolitischem, sozialem und hygienischem, denn auf rein wirtschaftlichem Gebiet zu sehen. Für die Schweiz, wie für jedes andere föderalistische Staatsgebilde, besteht zudem noch die Gefahr, dass durch das rapide Anwachsen einzelner Großstädte auf Kosten des übrigen Landes das politische Gleichgewicht zwischen den einzelnen Landesteilen empfindlich gestört werden kann¹. Von diesem Gesichtswinkel aus gesehen muss das weitere starke Anwachsen der Stadt Zürich als besonders nachteilig beurteilt werden.

Der heutige Stand der Verstädterung in der Schweiz kann kurz dahingehend zusammengefasst werden, dass der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung rund ein Drittel ausmacht — wovon mehr als die Hälfte in Großstädten ansässig — dass sich aber die Bewegung nicht mehr im selben Tempo wie in den Jahren 1920 1941 fortzusetzen scheint. Immerhin sollte die Entwicklung der Städte Zürich, Basel und Genf genau beobachtet werden. Wir halten dafür, dass der Grad der Verstädterung noch nicht jene Höhe erreicht hat, die nach sofortiger Intervention des Staates — etwa in der Anwendung drastischer negativer Massnahmen der staatlichen Standortpolitik — rufen würde, da das Anwachsen der Städte nur teilweise von der Konzentrationstendenz der Industrie herrührt. Es wäre indessen verfehlt, die Entwicklung bis zu jenem kritischen Punkt gedeihen zu lassen, bis etwas unternommen wird. Es gilt auch hier den Anfängen zu wehren und alles zu vermeiden, was zu einer Steigerung des Tempos der Verstädterungsbewegung führen könnte. In dieser Richtung könnte eine sinnvoll angewandte staatliche Standortpolitik, die ja nicht bloss in negativer Weise eine weitere Zusammenballung verhindern, sondern auch positiv die Deglomeration fördern will, wertvolle Resultate zeitigen, wenn ihre Einführung in der Schweiz zurzeit auch nicht mit einer zu starken Entwicklung der Verstädterung begründet werden kann.

II. Die durch Mono-Industrie gefährdeten Gebiete

Bevor wir an die Untersuchung des schweizerischen Industriekörpers hinsichtlich des Bestehens von «durch Mono-Industrie gefährdeten Gebieten» gehen, sei hier kurz der Sachverhalt klargelegt, der hinter diesem Begriffe steht. Es kann zunächst einmal gesagt werden, dass unter einem «durch Mono-Industrie gefährdeten Gebiet» ein Gebiet² zu verstehen ist, das überwiegend von einem einzigen Industriezweig abhängig ist — d. h. dass die

¹ Auf diesen Punkt weist auch Bickel hin, Bickel, a. a. O. S. 204.

² Dem Begriff «Gebiet» dürfen hier keine zu engen Grenzen gezogen werden, soll der Begriff «durch Mono-Industrie gefährdetes Gebiet» nicht ad absurdum geführt werden. Die moderne Technik macht oft sehr grosse Aggregate notwendig, d. h. bei bestimmter Technik liegt das Betriebsoptimum oftmals sehr hoch, so dass die Bevölkerung ganzer Gemeinden und Bezirke in einer einzigen Industrie beschäftigt und deshalb von ihr abhängig ist. Streng genommen sind auch dies durch Mono-Industrie gefährdete Gebiete, doch ist dieser Begriff nur dann anzuwenden, wenn durch den Niedergang des betreffenden Industriezweiges beträchtliche Teile der erwerbstätigen Bevölkerung des betreffenden Kantons beschäftigungslos und zur Wanderung gezwungen werden.

Bevölkerung des betreffenden Gebietes zum überwiegenden Teil in jenem Industriezweig beschäftigt ist — so dass der Niedergang dieses Industriezweiges im betreffenden Gebiet ein die wirksame Nachfrage wesentlich übersteigendes Angebot an Arbeit erzeugen würde. Mit andern Worten, es entstünde ein akutes Notstandsgebiet¹. Da indessen, wie die Betrachtung des Verlaufes des Beschäftigungsgrades in solchen Gebieten während längerer Zeit lehrt, selbst Gebiete mit ähnlich starker Konzentration auf einen Industriezweig eine zum Teil völlig disparate Entwicklung genommen haben, wird es offensichtlich, dass sich das Mass der Gefährdung nicht nur nach der Stärke der Konzentration, sondern auch nach dem Charakter des diese Konzentration erzeugenden Industriezweiges bestimmt. Je krisengefährdeter dieser ist, d. h. je elastischer die Nachfrage nach dessen Produkten und je grösser die Möglichkeit des Eintretens von Nachfrageverschiebungen ist, desto grösser ist auch die durch die Zusammenballung erzeugte Gefährdung. Sie ist dann weiter erhöht, wenn die betreffende Industrie in starkem Masse Exportindustrie ist — es sei denn, sie besitze ein absolutes Monopol auf allen Weltmärkten — denn je grösser die Abhängigkeit von den Auslandsmärkten ist, desto geringer sind die Möglichkeiten, durch Massnahmen des Inlandes der betreffenden Industrie einen dauernd guten Beschäftigungsgrad zu sichern. Wäre die Nachfrage nach den Produkten der betreffenden Industrie vollkommen starr, wäre die Möglichkeit von Nachfrageverschiebungen Null und besässe sie ein absolutes, durch technischen Fortschritt nicht zu beeinträchtigendes Monopol, so könnte eine auch noch so starke Konzentration auf ein bestimmtes Gebiet keine besondere Gefährdung bedeuten. Da solche Industrien in der wirtschaftlichen Wirklichkeit aber nicht bestehen, könnte jegliches Gebiet mit stärkerer Abhängigkeit von einer einzigen Industrie als ein durch Mono-Industrie gefährdetes Gebiet bezeichnet werden. Dies scheint uns indessen als zu weit gefasst, und wir verwenden diesen Begriff deshalb nur dann, wenn es sich um ein grössermässig relevantes Gebiet mit grosser Abhängigkeit von einem einzigen Industriezweig handelt, der stark krisenanfällig ist, sei es, dass die Nachfrage nach seinen Produkten sehr elastisch ist, sei es, dass sich leicht Nachfrageverschiebungen einstellen, sei es, dass er fast ausschliesslich auf den Export angewiesen ist.

Unsere Aufgabe besteht nun darin, zu untersuchen, ob heute in der Schweiz durch Mono-Industrie gefährdete Gebiete vorhanden sind, die nach einem staatlichen Eingreifen verlangen.

1. Die Industriekantone

Bei der Untersuchung der kantonalen Volkswirtschaften im Hinblick auf das Bestehen von durch Mono-Industrie gefährdeten Gebieten wird es zunächst darum gehen, festzustellen, welches die eigentlichen «Industriekantone» sind, da in jenen natürlich das Überwiegen einer einzelnen Industrie

¹ Betreffs Ausführungen über die akuten Notstandsgebiete sei auf S. 123 ff. verwiesen.

ein viel grösseres Gefahrenmoment bedeutet als in Kantonen, deren Bevölkerung mehrheitlich in andern Erwerbsklassen beschäftigt ist ¹.

	Berufstätige 1941 in ‰			Auf 1000 der Wohnbevölkerung fallen ... in Industrie etc. Berufstätige + Angehörige	Auf 1000 Berufstätige 1941 fallen ... Fabrikarbeiter 1944
	Urproduktion	Industrie, Handwerk, Bergbau	Handel, Bank, Gastgewerbe, Verkehr		
	1	2	3	4	5
Zürich	103	462	246	443	241
Bern	237	424	162	411	202
Luzern	298	359	167	344	144
Uri	244	475	160	417	277
Schwyz	287	415	137	385	162
Obwalden	385	302	130	298	82
Nidwalden	286	361	132	352	141
Glarus	147	612	117	558	364
Zug	201	461	124	449	233
Freiburg	431	288	106	284	86
Solothurn	144	613	128	589	435
Baselstadt	12	431	308	415	237
Baselrand	170	520	181	493	258
Schaffhausen	170	556	134	526	370
Appenzell A.-Rh.	207	489	131	439	165
Appenzell I.-Rh.	429	344	96	285	36
St. Gallen	203	477	159	437	230
Graubünden	384	255	174	260	69
Aargau	211	562	109	535	318
Thurgau	268	490	106	457	273
Tessin	275	375	185	348	135
Waadt	242	340	207	322	122
Wallis	479	286	117	298	120
Neuenburg	123	540	170	480	297
Genf	62	418	266	284	192
Schweiz	208	435	181	412	214

Bei der Betrachtung der Verteilung der Berufstätigen auf die drei wichtigsten Erwerbsklassen (Spalte 1–3) ergibt sich, dass 1941 ausser in den Kantonen Obwalden, Freiburg, Appenzell I.-Rh., Graubünden und Wallis — wo die Urproduktion dominiert — überall die Erwerbsklasse «Industrie, Handwerk, Bergbau» an der Spitze steht. Weitgefasst könnte gesagt werden, dass ausser diesen fünf Kantonen alles «Industriekantone» seien, indessen scheint uns die Verwendung dieses Begriffes — der wohl nicht ganz eindeutig und scharf zu fassen ist — nur dort am Platze zu sein, wo mindestens die Hälfte aller Berufstätigen in Industrie, Handwerk und Bergbau beschäf-

¹ Quellen zur Tabelle: Ergebnisse der Volkszählung 1941 und Fabrikstatistik 1944.

Beim Vergleich der Zahl der Fabrikarbeiter mit der Zahl aller Berufstätigen mussten gezwungenermassen die Zahlen verschiedener Jahre verwendet werden, da Volkszählung und Fabrikstatistik nicht im selben Jahre durchgeführt worden sind. — Die in Spalte 5 gegebenen Werte sind also nicht absolut zu nehmen, sondern nur zur Aufzeigung von Tendenzen geeignet.

tigt sind, was für die Kantone Solothurn, Glarus, Aargau, Schaffhausen, Neuenburg, Baselland und allenfalls Thurgau zutreffen würde. Über dem schweizerischen Durchschnitt stehen ausserdem noch Appenzell A.-Rh., St. Gallen, Uri, Zürich und Zug.

Betrachtet man die Anteile der in Industrie, Handwerk und Bergbau Berufstätigen plus die entsprechenden Angehörigen an der gesamten Wohnbevölkerung (Spalte 4) in den einzelnen Kantonen, so zeigt es sich, dass es die nämlichen Kantone sind, die obenan stehen. Einen Anteil von mehr als 50 % weisen auf: Solothurn, Glarus, Aargau, Schaffhausen, über dem schweizerischen Durchschnitt stehen ferner: Baselland, Neuenburg, Thurgau, Zug, Zürich, Appenzell A.-Rh., St. Gallen, Uri und Baselstadt. Auf die Zahl aller Berufstätigen bezogen weisen am meisten Fabrikarbeiter auf (Spalte 5)¹: über 30 %: Solothurn, Schaffhausen, Glarus und Aargau; über dem schweizerischen Durchschnitt stehen weiter: Neuenburg, Uri, Thurgau, Baselland, Zürich, Baselstadt, Zug und St. Gallen. Es ist wichtig, hervorzuheben, dass die oben als «Industriekantone» (Industrie als abkürzende Bezeichnung für die Erwerbsklasse Industrie, Handwerk, Bergbau) bezeichneten Kantone — Solothurn, Glarus, Aargau, Schaffhausen, Neuenburg, Baselland und Thurgau — also auch diejenigen sind — wenn auch in anderer Rangfolge — die, auf die Zahl aller Berufstätigen bezogen, am meisten Fabrikarbeiter aufweisen. So kann, wenigstens für diesen Fall, «Industrie-Kanton» mit «Fabrikindustrie-Kanton» gleichgesetzt werden.

2. Kantone und Gebiete grösster Abhängigkeit von einzelnen Industrien

Um feststellen zu können, in welchen Kantonen und Gebieten einzelne Industrien einen das normale Mass übersteigenden Anteil an der Gesamtzahl der Fabrikarbeiter umfassen, können die Tabelle 2 und die Ausführungen über die Industrievertellung innerhalb der Kantone² herangezogen werden. Daraus ergibt sich, dass die grösste Industriegruppe in den Kantonen Uri, Obwalden und Neuenburg einen 50 % übersteigenden Anteil, in den Kantonen Genf und Wallis einen zwischen 40 und 50 % liegenden Anteil und in den Kantonen Nidwalden, Schaffhausen, Zug, Zürich, Appenzell I.-Rh., Appenzell A.-Rh., Glarus und Baselstadt einen zwischen 30 und 40 % liegenden Anteil aufweist. Dies sind also die Kantone mit der ungleichmässigsten Industrievertellung. In diesem Zusammenhang wichtig ist jedoch nicht der Anteil der grössten Industrie an der Gesamtzahl der Fabrikarbeiter, sondern an der Zahl aller Berufstätigen des betreffenden Kantons. Wir setzen also die Zahl der Fabrikarbeiter der wichtigsten Industriegruppen der einzelnen Kantone in Beziehung zur Zahl aller Berufstätigen des be-

¹ Wird die Zahl der Fabrikarbeiter von 1947 oder 1948 als Vergleichsbasis genommen, so ergeben sich wohl Rangverschiebungen, doch tritt keine generelle Änderung ein. 1944 wurde gewählt als Jahr der Fabrikstatistik, weil uns da wichtige Angaben zur Verfügung stehen, die wir für die späteren Jahre nicht kennen.

² Vgl. S. 9 und S. 52 ff.

treffenden Kantons ¹. In der folgenden Tabelle sind diese Anteile berechnet. Alle Kantone sind mit ihren wichtigsten Industriegruppen aufgeführt, dagegen sind nur diejenigen Industriegruppen berücksichtigt, die in irgendeinem Kanton von Bedeutung sind.

Fabrikarbeiter 1944 nach Industriegruppen in ‰ der Berufstätigen 1941, nach Kantonen

	Baumwollindustrie	Kleidung, Ausrüstung	Nahrung, Genussmittel	Chemische Industrie	Holzbearbeitung	Metallindustrie	Maschinen, Apparate, Instrumente	Uhren, Bijouterie	Erden und Steine
Zürich						15	93		
Bern							50	43	
Luzern							28		
Uri.							220		
Schwyz		31			31				
Obwalden					45				
Nidwalden									49
Glarus	127						58		
Zug						35	92		
Freiburg			23						
Solothurn		63				78	114	90	
Baselstadt				73					
Baselland						45			
Schaffhausen						93	140		
Appenzell A.-Rh..	58								
Appenzell I.-Rh..	13								
St. Gallen		45							
Graubünden					15				
Aargau		51	34			38	75		
Thurgau		61							
Tessin		34							
Waadt							34		
Wallis				49					
Neuenburg							61	160	
Genf						16	84	22	
Schweiz.		25				21	54		

Wir können nun an die Aufzählung der Gebiete und Kantone gehen, die durch eine besonders starke Abhängigkeit von einer einzigen Industrie-
gruppe hervorstechen ².

¹ Auch hier mussten gezwungenermassen die Zahlen verschiedener Jahre miteinander verglichen werden, da die neueste Volkszählung und die neueste Fabrikstatistik nicht im gleichen Jahre durchgeführt wurden. Die Zahlen dienen deshalb nur zur Auf-
zeigung von Tendenzen und sind nicht absolut zu nehmen.
² Um den Rahmen der Arbeit nicht zu sprengen, müssen wir uns bei der Besprechung
der einzelnen Gebiete sehr kurz fassen. Ausführliche Schilderungen müssen Monographien
überlassen bleiben.

a) Gebiet des Kantons Neuenburg

Hier liegt wohl das in seiner geographischen Ausdehnung grösste Gebiet der Schweiz vor, das von einer einzigen Industrie beherrscht ist. Soll die gesamte Abhängigkeit des Kantons von der Uhrenindustrie erfasst werden, darf nicht ausser acht gelassen werden, dass ein erheblicher Teil der Maschinenindustrie des Kantons sich der Herstellung von Maschinen zur Erzeugung von Uhren und Uhrenbestandteilen widmet, so dass sich der Anteil der direkt von der Uhrenindustrie abhängigen Fabrikarbeiter an der Gesamtzahl aller Berufstätigen nicht unwesentlich erhöht. Diese Abhängigkeit von einer einzelnen Industrie, die in den sogenannten «Montagnes» besonders gross ist, wurde selbstverständlich schon seit etlicher Zeit erkannt, und man bemühte sich um Abschwächung dieser Einseitigkeit¹ — wie es scheint allerdings ohne grossen Erfolg.

b) Gebiet des Kantons Schaffhausen

Hier ist es die Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente, besonders die Zweige Maschinenbau und Bau und Reparatur von Eisenbahnwagen, die den Kanton dominieren, doch weist auch die Metallindustrie, in erster Linie hier die Eisen-, Stahl- und Walzwerke, einen ziemlich grossen Anteil an der Zahl aller Berufstätigen auf. Die Gleichheit des zu bearbeitenden Rohstoffes und besonders die grosse Ähnlichkeit der Anforderungen an die Arbeiter rechtfertigen es, sie zu einer Industrie, der Metall- und Maschinenindustrie, zusammenzufassen. Die Abhängigkeit von dieser zusammengefassten Gruppe wird dann natürlich noch grösser. Diese grosse Abhängigkeit und die flächenmässig kleine Ausdehnung des Kantons zwingen dazu, den ganzen Kanton als ein Gebiet zu einseitiger Industrieorientierung zu bezeichnen, obwohl standortsmässig die Metall- und Maschinenindustrie in starkem Masse auf das kleine Gebiet um Schaffhausen und Neuhausen konzentriert ist.

c) Gebiet um Solothurn–Balsthal

Prinzipiell gleich wie im Kanton Schaffhausen ist auch hier der grosse Anteil der Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente — besonders die Zweige Maschinenbau und Herstellung elektrischer Apparate — an der Gesamtzahl aller Berufstätigen des Kantons für die Entstehung einer übermässig grossen Abhängigkeit verantwortlich. Auch hier ist die Metallindustrie, deren wichtigste Zweige die Eisen-, Stahl- und Walzwerke und die Herstellung von Schrauben und Fassonteilen sind, als der Maschinenindustrie sehr nahe verwandt, zu grossen Teilen der Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente zuzuzählen, so dass sich die Abhängigkeit des Kantons von dieser Doppelindustrie noch wesentlich erhöht. Trotz der

¹ Vgl. hierüber die Ausführungen Crolls. Jean-David Croll, op. cit.

unbestreitbar grossen Abhängigkeit des ganzen Kantons von dieser Industrie-
gruppe darf nicht der Kanton als Ganzes als Gebiet zu einseitiger Industrie-
orientierung bezeichnet werden. Die Metall- und Maschinenindustrie ist
zu sehr auf ein bestimmtes Gebiet, die Gegend um die Stadt Solothurn bis
nach Balsthal, konzentriert, und die flächenmässige Ausdehnung des Kantons
ist zu gross. Dieses genannte engere Gebiet muss als das aus einer ungleichen
Verteilung der Metall- und Maschinenindustrie entstandene Gebiet zu ein-
seitiger Industrieorientierung bezeichnet werden.

d) Gebiet des Kantons Glarus

Im Kanton Glarus ist es die Baumwollindustrie, die eine sehr ungleich-
mässige Industrieverteilung erzeugt hat. Obwohl sie stark auf das Tal der
Linth konzentriert ist und flächenmässig der Kanton Glarus nur wenig
hinter Solothurn zurücksteht, muss der Kanton als Ganzes unter das Gebiet
zu einseitiger Industrieorientierung gefasst werden, da die geographische
Beschaffenheit des Kantons — alpines und voralpines Gebiet, daher viel
unproduktives Land (ca. ein Viertel der gesamten Fläche) — industrielle
Anlagen nur in einem ziemlich kleinen Teil des Kantons gestattet.

e) Gebiet um Zürich und Winterthur

Die Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente und in be-
sonderem Mass der Zweig Maschinenbau beherrscht den Kanton Zürich.
Auch hier erhöht die Metallindustrie, wenn auch nicht sehr stark, die Ab-
hängigkeit. Trotzdem der ganze Kanton von dieser Industrie beherrscht ist,
ist es nicht angängig, den ganzen Kanton als ein aus einer ungleichmässigen
Verteilung der Metall- und Maschinenindustrie entstandenes Gebiet zu ein-
seitiger Industrieorientierung zu bezeichnen, da der Kanton Zürich flächen-
mässig zu gross und die Metall- und Maschinenindustrie ziemlich stark auf
das Gebiet um Zürich und Winterthur konzentriert ist.

f) Zug

Auch in diesem Kanton erzeugte die Industrie der Maschinen, Apparate
und Instrumente, besonders hervorstechend der Zweig Herstellung elek-
trischer Apparate, eine so ungleiche Verteilung der Industrie, dass füglich
vom Bestehen eines Gebietes zu ungleicher Industrieverteilung gesprochen
werden muss. Die flächenmässige Kleinheit des Kantonsgebietes zwingt dazu,
das ganze Gebiet des Kantons unter diesen Begriff zu subsumieren, trotz-
dem die Industrie einen deutlichen Schwerpunkt in der Stadt Zug hat.

g) Gebiet um Grenchen, Solothurner Jura

Die Uhrenindustrie, insbesondere die Herstellung von Roh- und Geh-
werken, ist verantwortlich für das Bestehen eines weiteren Gebietes unglei-

cher Industrieverteilung im Kanton Solothurn. Wiederum umfasst es nicht den ganzen Kanton, sondern ist auf ein kleineres Gebiet, die Gegend um Grenchen, lokalisiert.

h) Gebiet des Kantons Genf

In diesem Kanton dominiert die Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente, hauptsächlich der Maschinenbau und teilweise — soweit sie noch besteht — die Waffenindustrie, wobei zu bemerken ist, dass sich die Abhängigkeit von dieser einen Industriegruppe noch erhöht, wenn richtigerweise die Metallindustrie zur Maschinenindustrie zugezählt wird. Die flächenmässige Kleinheit des Kantons zwingt dazu, das ganze Kantonsgebiet als Gebiet ungleicher Industrieverteilung zu charakterisieren.

i) Gebiet des Kantons Baselstadt

Die geringe flächenmässige Ausdehnung dieses Halbkantons und die erhebliche Abhängigkeit des gesamten Beschäftigungsgrades des Kantons vom Beschäftigungsgrad einer einzigen Industriegruppe, der chemischen Industrie, machen es notwendig, den ganzen Kanton als Gebiet zu einseitiger Industrieverteilung zu bezeichnen.

k) Berner Jura

Der jurassische Teil des Kantons Bern ist in so starkem Masse auf die Uhrenindustrie eingestellt, dass es berechtigt ist, dieses ganze Gebiet als Gebiet einer sehr ungleichmässigen Verteilung der Industrie anzusprechen.

l) Aargauisches Wynen- und Seetal

Der Grad der Abhängigkeit des aargauischen Wynen- und Seetales von der Tabakindustrie und die in bezug auf die Grösse des Kantons Aargau erhebliche Ausdehnung dieses Gebietes lassen mit Recht dieses Gebiet als ein durch eine sehr ungleichmässige Verteilung der Industrie hervorstechendes Gebiet bezeichnen ¹.

m) Aaretal zwischen Olten und Aarau

Die Schuhindustrie beherrscht in sehr starkem Masse das Gebiet des Aaretales zwischen Olten und Aarau. Dieses Gebiet liegt in zwei Kantonen — Solothurn und Aargau —, und ein Niedergang der Schuhindustrie würde zwar keinen der beiden Kantone in eine sehr schwierige Lage bringen ², aber das bezeichnete Gebiet, ungeachtet seiner Aufteilung auf zwei Kantone, in ein akutes Notstandsgebiet umwandeln.

¹ Der Anteil der Zahl der Fabrikarbeiter der aargauischen Tabakindustrie (1944) an der Zahl aller Berufstätigen des Kantons Aargau (1941) beträgt 23 ‰.

² Schuhindustrie: Anteil im Kanton Solothurn 39 ‰, Anteil im Kanton Aargau: 19 ‰.

Damit sind die Gebiete genannt, die durch eine besonders grosse Abhängigkeit von einer einzelnen Industriegruppe, oftmals auch nur von einem einzelnen Zweig, hervorstechen. Es bleibt nur noch ein Wort über die Verhältnisse im Kanton Uri zu sagen: die Wahl des Standorts der Munitionsfabrik in Altdorf ist nicht durch Privatunternehmer, sondern durch den Staat, und zwar nach metaökonomischen — militärisch-strategischen — Faktoren erfolgt, so dass sich im Kanton Uri weder ein in unserem Sinne «echtes», durch Mono-Industrie gefährdetes Gebiet, noch ein «echtes» akutes Notstandsgebiet ergeben kann. Aus diesen Gründen haben wir den Kanton Uri nicht in die Liste der Gebiete stark einseitiger Industrievertelung aufgenommen, obwohl er, wie die Tabelle auf S. 113 zeigt, hier an der Spitze steht.

Fassen wir die Gebiete ungleichmässiger Industrievertelung zusammen:

Kanton	Gebiet	Industrie	Abhängigkeit in ‰ ¹
Neuenburg	ganzer Kanton	Uhrenindustrie,	ca. 200
Schaffhausen . . .	ganzer Kanton	Maschinenindustrie	
Glarus	ganzer Kanton	Metall- und Maschinen-	ca. 200
Zug	ganzer Kanton	industrie	
		Baumwollindustrie	127
		Metall- und Maschinen-	120
		industrie	
Genf	ganzer Kanton	Metall- und Maschinen-	100
		industrie	
Baselstadt	ganzer Kanton	Chemische Industrie	73
Solothurn	Solothurn/Balsthal	Metall- und Maschinen-	(180)
		industrie	
Zürich	Zürich/Winterthur	Metall- und Maschinen-	(100)
		industrie	
Solothurn	Grenchen/Jura	Uhrenindustrie	(90)
Bern	Jura/Biel	Uhrenindustrie	(40)
Aargau	Wynen-, Seetal	Tabakindustrie	(23)
Aargau	Olten/Aarau	Schuhindustrie	(19)
Solothurn }			

¹ In dieser Spalte sind die approximativen Abhängigkeiten angegeben, d. h. der Anteil der Zahl der Fabrikarbeiter der betreffenden Industrie (1944) an der Zahl aller Berufstätigen des betreffenden Kantons (1941). Da die Zahl der Berufstätigen nicht nach Bezirken unterteilt ist, kann nicht die Abhängigkeit der betreffenden Gebiete, sondern nur die der Kantone angegeben werden, was nicht immer eine richtige Vorstellung vom wahren Sachverhalt vermitteln kann.

Es wurde oben festgestellt, dass nicht bloss der Grad der Abhängigkeit eines bestimmten Gebietes von einem bestimmten Industriezweig, sondern in mindestens gleichem Masse auch der Charakter der betreffenden Industrie massgebend dafür ist, ob ein durch Mono-Industrie gefährdetes Gebiet vorliegt. Deshalb haben wir auch bisher nur von «Gebieten mit ungleichmässiger Industrievertelung» oder ähnlichen Ausdrücken gesprochen. Die vorgängig gegebene Aufstellung bezeichnet also nicht durch Mono-Industrie gefährdete Gebiete. Wir stehen demnach vor der Notwendigkeit, den Charakter der

Industrien zu untersuchen, die für die Entstehung von Gebieten mit ungleichmässiger Industrieverteilung geführt haben.

Da absolut gültige Urteile über die Krisenanfälligkeit einer bestimmten Industrie wohl nicht zu geben, Aussagen darüber aber hier unumgänglich sind, betrachten wir — um zu einigermaßen fundierten Aussagen zu kommen — die Auswirkungen der Krise der 1930er Jahre auf die schweizerischen Industrien. Wir sind uns dabei voll bewusst, dass auch die Erfahrungen jener Krise nicht verallgemeinert werden können, doch scheint es uns notwendig, überhaupt Erfahrungen der wirtschaftlichen Wirklichkeit zu verwenden.

3. Erfahrungen der Krise der 1930er Jahre

Die Weltwirtschaftskrise nahm in den USA mit dem New Yorker Börsenkrach vom 24. Oktober 1929 ihren Anfang und breitete sich sehr rasch nicht nur auf alle Wirtschaftszweige, sondern auch auf alle im weltwirtschaftlichen Nexus verflochtenen Länder aus. Ein so stark wie die Schweiz mit den ausländischen Märkten verbundenes Land musste naturgemäss die Folgen dieser Krise rasch und nachhaltig verspüren. Durch den Rückgang der Kaufkraft der ausländischen Konsumenten ergab sich ein deutlicher Exportrückgang für die Schweiz, was in der Exportindustrie — zuerst in der Uhren-, dann in der Textil- und zuletzt in der Metall- und Maschinenindustrie — viele Betriebe zu Produktionseinschränkungen und entsprechend zunehmenden Entlassungen von Arbeitskräften zwang.

Durchschnittliche Zahl der Stellensuchenden nach Berufsgruppen 1932–1937

	1932	1933	1934	1935	1936	1937
Baugewerbe	10 445	16 935	19 192	30 872	38 393	32 302
Holz-, Glasindustrie	1 994	2 687	2 592	3 839	5 148	3 850
Uhrenindustrie	12 552	13 379	10 913	9 455	7 546	4 092
Textilindustrie	6 005	5 751	4 880	5 392	4 402	2 371
Metalle, Maschinen	7 651	10 169	9 552	11 347	12 662	7 473
Chemische Industrie	44	54	36	48	93	59
Bekleidung, Reinigung . .	746	918	838	1 051	1 255	1 026
Lebensmittel	759	914	942	1 102	1 367	1 199
Leder, Kautschuk	445	457	460	522	753	563
Papierindustrie	263	301	270	308	363	247
Graphische Industrie . . .	603	796	737	867	1 081	839
Alle Berufsgruppen	54 366	67 867	65 440	82 468	93 009	71 130

Die Abwertung des Pfundes (1931) und des Dollars (1933) bewirkten einen Rückgang der Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Exportindustrie auf den ausländischen Märkten, so dass sich der im Ausland allmählich in Gang kommende Aufschwung auf die schweizerische Exportindustrie vorerst nur wenig auswirken konnte. Immerhin hatte die Exportindustrie, vor allem die Uhren- und die Textilindustrie, 1933 ihren Tiefpunkt überwunden, während die Zahl der Stellensuchenden in der Metall-

und Maschinenindustrie bis 1936 weiter stieg. — Auf dem inländischen Arbeitsmarkt erhielt sich bis gegen Ende 1934 eine relativ gute Lage — von 1933 auf 1934 sank die Zahl der Stellensuchenden gar — was seinen Grund in der bis 1933/34 anhaltend guten Lage des Baugewerbes hatte ¹. Die arbeitslos gewordenen Arbeiter der Exportindustrien fanden zum Teil noch in der Bauindustrie Beschäftigung. Erst als die Baukonjunktur zusammenbrach und die mit ihr unmittelbar zusammenhängenden Industriezweige und die übrigen Zweige der Inlandsindustrie ebenfalls von der Krise erfasst wurden, stieg die Zahl der Stellensuchenden stark an und erreichte 1936 ihren Höhepunkt. Durch die im September 1936 vorgenommene Abwertung wurde vor allem die Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie im Ausland wieder erhöht, so dass sie einen schnelleren Aufschwung nehmen konnte. Dies und die sich allmählich stärker auswirkenden Arbeitsbeschaffungsmassnahmen vermochten dann eine deutliche Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zu erzeugen ².

Nachdem nun festgestellt ist, in welchen Industriezweigen sich die Krise besonders ausgewirkt hat, ist die weitere Frage zu stellen, welches der Verlauf der Krise in den einzelnen Kantonen gewesen ist. Insbesondere interessiert, welche Kantone eine über dem schweizerischen Durchschnitt stehende Zahl von Stellensuchenden aufwiesen. Dies wird in der nachfolgenden Tabelle dargestellt ³:

Stellensuchende auf 1000 Erwerbstätige (1920 bzw. 1930) im Jahresdurchschnitt in ausgewählten Kantonen 1932–1937

	1932	1933	1934	1935	1936	1937
Zürich	43	74	59	72	(82)	63
Bern	59	65	56	65	(68)	54
Solothurn	(40)	61	56	(57)	(61)	(40)
Baselstadt.	65	72	58	78	95	72
Appenzell A.-Rh.	68	77	96	111	89	63
Appenzell I.-Rh.	.	.	49	66	(53)	(38)
St. Gallen	45	55	48	(56)	(56)	(42)
Neuenburg	79	96	96	95	96	66
Genf	58	62	55	75	83	61
Schweiz.	41	52	46	58	83	50

¹ Der Umfang der Bautätigkeit sank besonders stark von 1934 auf 1935, wie sich aus der Statistik der Bautätigkeit im Statistischen Jahrbuch der Schweiz ersehen lässt. Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1938.

² Der ganze Verlauf der Krise lässt sich aus der Tabelle auf S. 118 ersehen. — Die Tabelle ist zusammengestellt auf Grund der Jahresergebnisse 1932–1937, aus: «Die Volkswirtschaft», wirtschaftliche, sozialstatistische und arbeitsrechtliche Mitteilungen, herausgegeben vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement, 1932–1938.

³ Die Zahlen sind entnommen aus «Die Volkswirtschaft» 1932–1937. Bis 1933 ist die Zahl der Stellensuchenden auf die Ergebnisse der Volkszählung von 1920, von 1934 an auf die Ergebnisse von 1930 bezogen. Ein absoluter Vergleich ist also unmöglich. — Es sind nur diejenigen Kantone aufgeführt, die im betrachteten Zeitraum mindestens zweimal über dem Durchschnitt gestanden haben.

1932 standen ausserdem über dem Durchschnitt: Baselland; 1934: Glarus; 1935: Freiburg und 1937: Tessin.

Um eine Erklärung dafür geben zu können, warum gerade diese Kantone über dem Durchschnitt der Arbeitslosigkeit stehen, muss kurz die Struktur der Industrie dieser Kantone untersucht werden. Dies vermittelt die folgende Tabelle:

*Erwerbstätige nach Industriegruppen 1929 in % aller Erwerbstätigen der betreffenden Kantone 1930*¹

	Baugewerbe	Uhren- industrie	Textil- industrie	Metalle, Maschinen
Zürich	13	—	8	14
Bern	10	7	2	8
Solothurn	10	15	3	19
Baselstadt	13	—	7	9
Appenzell A.-Rh.	5	—	15	5
St. Gallen	8	—	16	7
Neuenburg	7	27	—	8
Genf	8	5	—	10

Diese Tabelle zeigt, dass in allen eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit aufweisenden Kantonen entweder das Baugewerbe oder eine der von der Krise betroffenen Exportindustrien einen grossen Teil der Gesamtzahl der Erwerbstätigen des Kantons umfasst. Es kann somit geschlossen werden, dass in den Kantonen Baselstadt² und Bern in erster Linie das Baugewerbe die Arbeitslosigkeit verursacht hat, dass in den Kantonen Zürich und Genf Baugewerbe und Maschinenindustrie etwa zu gleichen Teilen dafür verantwortlich gemacht werden müssen, dass im Kanton Neuenburg und in Teilen der Kantone Solothurn und Bern die Uhrenindustrie als primärer Grund der Arbeitslosigkeit gewirkt hat und dass in den Kantonen St. Gallen und Appenzell die Textilindustrie — besonders die Baumwoll- und die Stickereiindustrie — die grosse Zahl der Arbeitslosen verursacht hat.

Als Resultat der Untersuchung ist somit festzuhalten: die Krise der 1930er Jahre hatte in der Schweiz einen doppelten Charakter: sie wurde durch eine als Folge der Weltwirtschaftskrise entstandene Exportkrise ausgelöst, wobei speziell die Uhren-, die Textil- und die Metall- und Maschinenindustrie unter Beschäftigungsmangel zu leiden hatten, und — in keinem direkten Zusammenhang damit stehend — durch eine Baukrise ver-

¹ Zahlen aus dem Statistischen Jahrbuch der Schweiz 1938 und aus: Die Gewerbebetriebe in den Kantonen, Eidgenössische Betriebszählung vom 22. August 1929, Bd. 2, Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 15, Bern 1931. — Um das ganze Baugewerbe berücksichtigen zu können, wurde die Betriebszählung und nicht die Fabrikstatistik wie in der Tabelle auf S. 113 verwendet. Vergleiche sind also nur bedingt möglich.

² Der Anteil der Arbeitslosen des Baugewerbes betrug in Basel ziemlich konstant etwa 60 % aller Arbeitslosen bei Stichtag 31. Dezember. — Aus: Ratschlag und Entwurf zu einem Gesetz über dringliche Massnahmen zur Milderung der Wirtschaftskrise im Kanton Baselstadt, Nr. 3579, Basel 1936, Statistische Übersichten, S. 27 f.

längert, die ihre Ursache in einem Überborden der Spekulationstätigkeit hatte. Besonders betroffen wurden von der Krise einmal jene Kantone, die in erheblichem Masse durch eine Exportindustrie beherrscht waren, und dann die Kantone mit den grossen Städten. Das Bild der ursprünglichen Exportkrise ist verwischt worden durch die Baukonjunktur der ersten 1930er Jahre. Die Städte, die eine besonders grosse Zahl von Bauarbeitern benötigten, zogen die beschäftigungslosen Arbeiter der Exportindustrien an ¹, so dass die Zahl der Stellensuchenden in den Gebieten der Exportindustrie zurückging ². Als dann die Baukonjunktur zusammenbrach, verharrten die zugewanderten Arbeiter vorerst in den Städten, nicht zuletzt auch wegen der hier in der Regel höheren Sozialleistungen und der intensiveren Bemühungen um Arbeitsbeschaffung. Dies ist auch der Grund dafür, dass im Höhepunkt der Krise, im Jahre 1936, und auch nachher noch, die Arbeitslosigkeit als ein Problem der Städte erscheinen musste ³. Föderalismus und Freizügigkeit haben somit die Möglichkeit geboten, die Arbeitslosigkeit und damit die höheren Soziallasten auf andere, sozialere Kantone abzuschieben!

4. Zusammenfassung

Wenn nun die aus der Betrachtung der Krise der 1930er Jahre gewonnenen Erfahrungen auf den heute bestehenden Zustand angewandt werden, so drängt sich — unter der Annahme, dass auch eine zukünftige Krise in erster Linie einen Rückgang der Exportmöglichkeiten zur Folge haben wird — die Feststellung auf, dass die stark mit der Weltwirtschaft verflochtene schweizerische Exportindustrie besonders krisenanfällig ist, und zwar um so mehr, je stärker der Luxuscharakter der Produkte, d. h. je elastischer die Nachfrage nach ihnen ist. — Ist dieser Schluss richtig, so kann gesagt werden, dass die Uhrenindustrie wiederum in erster Linie von einer Krise betroffen würde. Die Erfahrungen der Krise der 1930er Jahre haben gezeigt, dass selbst eine so einzigartige Stellung auf dem Weltmarkte, wie sie die schweizerische Uhrenindustrie besass, nicht vor negativen Auswirkungen starken Grades schützt. Wenn die Stellung der schweizerischen Uhrenindustrie auch heute noch sehr stark ist, so ist uns doch kein Grund ersichtlich, der im Falle einer neuen Weltwirtschaftskrise für grundlegend bessere Aussichten sprechen würde. — Ähnliches dürfte für die schweizerische Textilindustrie gelten, wenn sie auch am Inlandsmarkt eine stärkere Stütze findet als die Uhrenindustrie. Der Luxuscharakter ihrer Produkte wird dadurch besonders unterstrichen, dass diese in praktisch allen Ländern bei der Güter-

¹ Der Zuzug an Bauhandwerkern nach Basel zum Beispiel wurde auf rund 1800 geschätzt. Ratschlag Nr. 3579, Anhang B: Wege und Ziele der Arbeitsbeschaffung im Kanton Baselstadt, Gutachten von Edgar Salin, S. 40.

² Dies ist wahrscheinlich auch der Grund, warum der Kanton Aargau beispielsweise, der eine grosse Exportindustrie besitzt, stets unter dem Durchschnitt der Arbeitslosigkeit blieb und warum der Kanton Baselland die Arbeitslosigkeit so rasch überwinden konnte.

³ Dies betrifft nicht nur Basel und Genf, auch Zürich, Biel, Lausanne, St. Gallen, Chaux-de-Fonds und Winterthur standen meist weit über dem schweizerischen und dem kantonalen Durchschnitt. Unter den in «Die Volkswirtschaft» für 1932–1937 veröffentlichten Zahlen machten davon nur Bern und Luzern eine Ausnahme.

unterteilung in «essentials» und «non-essentials» der zweiten Gruppe zugewiesen wurden. Zudem sind ihr durch die zunehmende Industrialisierung zurückgebliebener Gebiete traditionelle Absatzmärkte teilweise verlorengegangen.

Die Metall- und Maschinenindustrie als Ganzes ist nicht in dem Mass exportorientiert wie die Uhrenindustrie, was sich mitunter auch darin äusserte, dass sie dem Verlaufe der Konjunkturlage des Auslandes während der 1930er Jahre nicht so streng wie jene folgte. Zudem ist die Nachfrage nach einer grossen Zahl ihrer Produkte, als Kapitalgüter ersten Ranges, relativ starr, verglichen etwa mit der Nachfrage nach Uhren und Textilien. Wiederaufbau, Nachholbedarf und die Industrialisierung bisher weniger entwickelter Gebiete — «dem einen sin Ul ist dem andern sin Nachtigall!» -- lässt darüber hinaus die Lage der Maschinenindustrie günstiger erscheinen.

Die chemische Industrie erwies sich während der Weltwirtschaftskrise als relativ krisensicher¹, doch hat gerade diese Industrie, zumeist im Gefolge des Krieges, in vielen Ländern einen solchen Aufschwung genommen, dass nicht zum vorneherein während eventuell kommender Krisen eine ähnliche Entwicklung erwartet werden darf. Es handelt sich hier möglicherweise um eine einmalige Erscheinung.

Diese Ausführungen scheinen den Schluss aufzuzwingen, alle jene Gebiete, deren stark ungleichmässige Industrieverteilung durch eine dieser genannten Industrien verursacht wird, als «durch Mono-Industrie gefährdete Gebiete» zu bezeichnen und zur Verminderung dieser Gefährdung staatliche Interventionen zu verlangen. Dies ist jedoch unserer Ansicht nach ein verfrühter Schluss und deshalb nicht zulässig, weil die jeweils bestehenden besonderen Verhältnisse zu wenig beachtet und gewürdigt sind. Erst nach Vornahme eingehender Analysen des Charakters und der Lagerung der in den betreffenden Gebieten ansässigen Unternehmen der genannten Industrien und der bestehenden Ausweichmöglichkeiten kann entschieden werden, ob das betreffende Gebiet wirklich als durch Mono-Industrie gefährdet angesehen werden kann. Solche Analysen gehen aber weit über die Möglichkeiten dieser Arbeit hinaus.

Trotzdem ein endgültiger Entscheid über die Frage des Vorliegens durch Mono-Industrie gefährdeter Gebiete hier nicht gegeben werden kann, seien hier jene Gebiete aufgezählt, die wohl am ehesten durch eine solche Gefährdung gekennzeichnet sind:

1. In erster Linie sind dies die von der Uhrenindustrie beherrschten Gebiete, also der Kanton Neuenburg, das Gebiet um Grenchen und der Berner Jura bis Biel.

2. Weiter können genannt werden die von der Metall- und Maschinenindustrie abhängigen Gebiete, sofern die dort vorhandenen Unternehmen stark exportorientiert sind. Nach den Erfahrungen der 1930er Krise sind dies: das Gebiet um Zürich und Winterthur, das Gebiet Solothurn-Balsthal

¹ Der Beschäftigungskoeffizient der chemischen Industrie ist während der Jahre 1932–1936 nie unter den schweizerischen Durchschnitt gesunken. — Vgl. «Die Volkswirtschaft», Quartalergebnisse 1931–1936.

und der Kanton Genf. Die besonders starke Abhängigkeit des Kantons Schaffhausen von dieser Industrie lässt es als angebracht erscheinen, dieses Gebiet ebenfalls hier aufzuführen, obwohl der Kanton während der Krise den schweizerischen Durchschnitt der Arbeitslosigkeit nie überschritten hat. — Das Vorhandensein grosser Städte wird in den Gebieten Zürich Winterthur und im Kanton Genf die primär vorhandene Gefährdung tendenziell verstärken ¹.

3. Endlich kann genannt werden das von der exportorientierten chemischen Industrie beherrschte Gebiet des Kantons Baselstadt, wo ebenfalls das Vorhandensein einer Großstadt und zudem das Fehlen der vermehrte Ausweichmöglichkeiten bietenden Landwirtschaft die primär bestehende Gefährdung noch verschärft.

Dies sind die Gebiete, die, auf Grund einer allerdings bloss oberflächlichen Untersuchung, als am meisten gefährdet erscheinen. Bei den übrigen in der Tabelle auf S. 117 genannten Gebieten liegen Umstände vor, die die Gefährdung als geringer erscheinen lassen. — Bei dem durch die Schuhindustrie verursachten Gebiet zu ungleichmässiger Industrieverteilung zwischen Olten und Aarau wird die durch die starke Exportorientierung gehobene Gefährdung durch die erhebliche Ausweichmöglichkeiten bietende Landwirtschaft stark gemildert. — Das Gebiet des Kantons Glarus — obwohl stark nach der Baumwollindustrie orientiert — hat sich während der Krise der 1930er Jahre als relativ krisensicher erwiesen, so dass es nicht ohne weiteres bei den Gebieten mit stärkster Gefährdung eingereiht werden kann. — Da auch der Kanton Zug während der Krise den schweizerischen Durchschnitt der Arbeitslosigkeit nie überschritten hat und die Ausweichmöglichkeiten in die Landwirtschaft noch immer ziemlich gross sind, kann er den Gebieten geringerer Gefährdung subsumiert werden. — Die Tabakindustrie, die das aargauische Wynen- und Seetal beherrscht, ist fast ausschliesslich inlandsorientiert, deshalb also von der Weltkonjunkturlage nicht direkt abhängig, und ist im Genusse staatlicher Schutzmassnahmen, die ihr den Inlandsmarkt einigermassen garantieren. Da die Nachfrage nach ihren Produkten zudem relativ unelastisch ist, ist die Möglichkeit von Rückschlägen nicht sehr gross.

III. Die akuten Notstandsgebiete

Ein «akutes Notstandsgebiet» ist ein Gebiet ², dessen Hauptindustriestweig von einer Krise von solcher Stärke betroffen wurde, dass in diesem Gebiet die gesamte wirksame Nachfrage nach Arbeit auf ein Niveau sinken

¹ Die grössere Beschäftigungsmöglichkeiten zu versprechen scheinenden städtischen Arbeitsmärkte wirken in Krisenzeiten attraktiv auf Beschäftigungslose, weshalb sich hier eine Tendenz zur Zusammenballung der Arbeitslosigkeit abzeichnet.

² Der Begriff «Gebiet» in «akutes Notstandsgebiet» darf nicht zu eng gefasst werden, soll der Begriff «akutes Notstandsgebiet» nicht ad absurdum geführt werden. Nicht jede Gemeinde, jeder Bezirk mit Arbeitslosigkeit und Wanderungsverlust kann als akutes Notstandsgebiet bezeichnet werden. Erst wenn beträchtliche Teile der Bevölkerung eines Kantons zur Wanderung gezwungen werden, ist die Verwendung dieses Begriffes am Platze.

musste, das die Entstehung eines erheblichen Überangebotes an Arbeitskräften notwendigerweise zur Folge haben musste. Daraus resultiert ein wesentlich über dem normalen stehender Grad an Arbeitslosigkeit. Die beschäftigungslos gewordenen Arbeitskräfte müssen, da im betreffenden Gebiet keine genügenden andern Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden sind, ihre Arbeitskraft anderswo zu realisieren suchen, woraus eine Auswanderungsbewegung aus diesem Gebiet entsteht.

Auf der Suche nach in der Schweiz bestehenden akuten Notstandsgebieten können wir in drei Etappen vorgehen:

1. Ist heute in der Schweiz ein Industriezweig von einer Strukturkrise betroffen und, wenn ja, welche Bedeutung kommt ihm in den einzelnen Kantonen zu?
2. Ist durch den Niedergang dieses Industriezweiges in einem Kanton eine erhebliche Arbeitslosigkeit verursacht worden? Fanden eventuell die beschäftigungslos gewordenen Arbeitskräfte in andern Industriezweigen oder Erwerbszweigen neue Beschäftigung, so dass sich die Strukturkrise des betreffenden Industriezweiges nicht aus der Statistik der Arbeitslosen feststellen lässt?
3. Ist, im Falle dass im betreffenden Kanton keine genügenden anderweitigen Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen, eine Abwanderungsbewegung aus dem betreffenden Kanton ausgelöst worden?

1. Der Beschäftigungsgrad der Industrie

Der nach Kriegsende einsetzende gewaltige in- und ausländische Nachholbedarf, der Wiederaufbau und die Notwendigkeit der Aufnahme neuer Produktionszweige während des Krieges, deren Halb- und Fertigfabrikate vorher importiert werden konnten, brachten in den letzten Jahren eine riesige Steigerung der wirksamen Nachfrage nach den Produkten der schweizerischen Industrie, so dass sich ein Beschäftigungsgrad ergab, der vielerorts eher mit Über- denn mit Vollbeschäftigung bezeichnet werden muss. War es 1945 noch der Mangel an diversen Rohstoffen (Kohle, Rohbaumwolle, Roh- und Kunstseide, Rohwolle, Häute, Gummi, Zellulose, Öle, Fette, Metalle, Tonerde etc.), der vielerorts einer Steigerung der Produktion hindernd im Wege stand, so war es von 1946 an, mit der Zunahme der Rohstoffimporte, in erster Linie der Mangel an genügend vielen und genügend geschulten Arbeitskräften, der der Ausweitung oder sogar der vollen Ausnützung der vorhandenen Produktionsanlagen eine Grenze setzte. Engpässe dieser Art konnten oft nur durch den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte einigermassen überwunden werden (insbesondere im Baugewerbe und der Textilindustrie). Erst gegen Ende des Jahres 1947 und im Verlauf des Jahres 1948 liess sich eine allgemeine Abschwächung der Überkonjunktur erkennen, ohne dass die Lage der schweizerischen Industrie aber als ungünstig angesprochen werden könnte.

Die Zahl der gänzlich arbeitslosen Stellensuchenden aller Berufsgruppen im Jahresdurchschnitt betrug 1945: 6474 (Industrie und Baugewerbe allein:

5097); 1946: 4262 (3395); 1947: 3473 (2761) und 1948: 2971 (2032). Als Vergleich möge dienen, dass im Hochkonjunkturjahre 1929 im Durchschnitt 4657 gänzlich arbeitslose Stellensuchende vorhanden waren ¹. Vergleicht man die Zahl der Stellensuchenden mit der Zahl der offenen Stellen, so kommt man zum selben günstigen Bilde: kamen 1945 auf 100 offene Stellen noch 118 Stellensuchende, so waren es 1946 noch 88 und 1947 gar nur 87. 1948 stieg die Zahl der Stellensuchenden wieder leicht an auf 96 ². Diese Tatsachen lassen auf einen sehr hohen Beschäftigungsgrad schliessen, wie er im «Beschäftigungskoeffizienten» ³, der auf Grund der Angaben der Industriebetriebe errechnet wird, zum Ausdruck kommt: im Quartalsdurchschnitt betrug der Beschäftigungskoeffizient 1944: 106, 1945: 118, 1946: 137, 1947: 140,5 und sank 1948 wieder auf 130.

Nachdem wir festgestellt haben, dass der Beschäftigungskoeffizient insgesamt sehr hoch ist und Arbeitslosigkeit nur in sehr geringem Umfange besteht, wenden wir uns nun der Frage zu, ob heute in der Schweiz ein Industriezweig von einer starken Krise betroffen worden ist.

Zahl der Fabrikarbeiter 1944–1948 nach Industriegruppen ⁴

	1944	1945	1946	1947	1948
Baumwollindustrie	19 978	20 609	23 730	27 152	27 466
Seiden-, Kunstseidenindustrie .	14 468	14 772	15 503	16 630	15 978
Wollindustrie	9 104	9 454	10 737	11 933	11 218
Leinenindustrie	2 086	2 000	2 291	2 743	2 617
Stickereiindustrie	1 745	2 018	2 359	2 409	2 278
Übrige Textilindustrie	5 183	6 423	6 315	6 572	6 594
Kleidung, Ausrüstungsgegenstände	50 495	51 799	54 300	60 722	60 211
Nahrungs- und Genussmittel .	28 096	27 146	30 750	32 226	32 804
Chemische Industrie	20 420	20 220	23 232	25 082	26 031
Zentralanlagen	5 287	5 137	5 148	4 874	5 001
Papier, Leder, Kautschuk . .	19 425	20 227	22 595	24 455	24 124
Graphische Industrie	16 426	17 312	18 349	19 309	20 147
Holzbearbeitungsindustrie . .	29 174	31 880	34 610	38 495	38 730
Metallindustrie	42 730	43 458	49 866	56 147	57 219
Maschinen, Apparate, Instrumente	108 247	105 794	115 919	124 033	131 999
Uhren, Bijouterieindustrie . .	37 498	42 219	48 702	49 945	49 966
Industrie der Erden und Steine	15 648	15 135	16 585	18 624	18 970
Total	426 010	435 603	480 991	521 351	531 353

¹ «Die Volkswirtschaft», wirtschaftliche, sozialstatistische und arbeitsrechtliche Mitteilungen, herausgegeben vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement. XXII. Jahrgang, 1. Heft, Januar 1949.

² Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1946. Für die Zahlen von 1947 und 1948 vgl. «Die Volkswirtschaft».

³ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1946. — Zahlen von 1947 und 1948 aus «Die Volkswirtschaft». — 150 bedeutet gut, 100 bedeutend befriedigend und 50 gilt als schlecht. — Betreffend die Berechnung des Beschäftigungskoeffizienten verweisen wir auf: «Sozialstatistische Mitteilungen» 1925, Heft 1, S. 17 ff.

⁴ Zahlen aus der Fabrikstatistik 1944 und den Dezemberheften der Zeitschrift «Die Volkswirtschaft» der Jahre 1945, 1946, 1947 und 1948.

Die Tabelle der Zahl der Fabrikarbeiter 1944–1948, s. S. 125, gibt uns Rechenschaft darüber, wie sich die einzelnen Industriegruppen seit der letzten fabrikstatistischen Erhebung verändert haben.

Hervorstechend ist, dass sich ausser bei einer einzigen unbedeutenden Gruppe — den Zentralanlagen für Kraft-, Gas- und Wasserversorgung — die Zahl der Fabrikarbeiter seit 1944 in allen Gruppen stark vermehrt hat, total um 24 %. Eine starke Zunahme um mehr als 30 % weisen auf: die Baumwollindustrie, die Metallindustrie, die Uhren- und Bijouterieindustrie, die Holzbearbeitungsindustrie und die Stickereiindustrie. Eine unterdurchschnittliche Zunahme ist zu verzeichnen bei: Papier-, Leder-, Kautschukindustrie, Wollindustrie, Graphische Industrie, Industrie der Maschinen, Apparate und Instrumente, Industrie der Erden und Steine, Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie, Nahrungs- und Genussmittelindustrie und Seiden- und Kunstseidenindustrie. — Die Tatsache, dass die Zahl der Fabrikarbeiter in allen bedeutenden Gruppen z. T. sogar recht wesentlich seit 1944 gestiegen ist und der absolute Rückgang in einigen Gruppen von 1947 auf 1948 keine beunruhigenden Ausmasse angenommen hat, lässt darauf schliessen, dass im heutigen Zeitpunkt keine Industriegruppe von einer Strukturkrise betroffen worden ist. Dieser Schluss wird noch durch die Tatsache unterstrichen, dass die Zahl der Stellensuchenden in allen Berufsgruppen im Jahresmittel bis 1947 ständig gesunken ist und sich auch im Jahr 1948 nicht erheblich und nur in einzelnen Zweigen gesteigert hat ¹. Auch beim Vergleich der Zahl der Stellensuchenden und der offenen Stellen ² ergibt sich, dass die Zahl der offenen Stellen teilweise sogar erheblich überwog, wenn auch die Zahl der Stellensuchenden im Verlauf des Jahres 1948 wieder im Steigen begriffen ist. Dasselbe Bild zeigt sich innerhalb der einzelnen Berufsgruppen: im Jahresmittel überwog 1946 und 1947 bei allen Gruppen (ausser dem Baugewerbe) die Zahl der offenen Stellen. 1948 war in der Uhren- und Bijouterieindustrie und der Chemischen Industrie die Zahl der Stellensuchenden insgesamt höher als die Zahl der offenen Stellen, doch wäre angesichts des Steigens der Zahl der Fabrikarbeiter in beiden Industriegruppen von 1947 auf 1948 der Schluss, es liege der Beginn einer krisenhaften Entwicklung vor, verfehlt.

Bei der Untersuchung der Entwicklung der Beschäftigungskoeffizienten der verschiedenen Industriegruppen zeigt es sich, dass von 1946 an sämtliche Gruppen einen Koeffizienten von mehr als 100 Punkten erreichten, was bedeutet, dass für die Jahre 1946–1948 in allen Industriegruppen ein Beschäftigungsgrad herrschte, der zumindest mit «befriedigend bis gut» bezeichnet werden kann, wobei einzelne Gruppen sehr nahe ans Maximum kamen. Während einzelne Gruppen — Seide- und Kunstseidenindustrie, Stickerei, übrige Textilindustrie, Holzbearbeitungsindustrie und Uhrenindustrie —

¹ Stellensuchende und Berufsgruppen im Jahresmittel 1945–1948: «Die Volkswirtschaft», XXII. Jhrg., Heft 1, Januar 1949. Da die Einteilung nach Berufsgruppen bei der Industrie der Einteilung der schweizerischen Fabrikstatistiken nicht entspricht, verzichten wir auf eine Wiedergabe der Tabelle.

² «Die Volkswirtschaft», Quartals- und Jahresberichte 1946–1948.

ihren Kulminationspunkt schon 1946 erreichten, stieg der Koeffizient der übrigen Gruppen bis 1947 weiter an, und erst gegen Ende dieses Jahres zeigte sich in einzelnen Gruppen eine rückläufige Bewegung, die sich dann 1948 auf alle Gruppen ausdehnte¹. Auf einen Koeffizienten von unter 100 sanken: Stickereiindustrie im IV. Quartal 1947 und im I. Quartal 1948, Wollindustrie im III. Quartal 1948, Textilveredlungsindustrie im III. Quartal 1948 und Leinenindustrie im IV. Quartal 1948. Keiner dieser Koeffizienten sank indessen unter 90 Punkte, so dass die Gesamtlage auch nach den Beschäftigungskoeffizienten als günstig bezeichnet werden kann. Sie deuten nirgends auf Anzeichen einer schon vorhandenen oder beginnenden eigentlichen Krise hin.

Bei den verschiedenen Industriegruppen kann also nirgends von einer Strukturkrise gesprochen werden, wiewohl die Entwicklung der einzelnen Gruppen eine recht verschiedenartige ist. Es besteht nun aber durchaus die Möglichkeit, dass sich innerhalb der Gruppen Zweige befinden, die von einer Strukturkrise betroffen worden sind, dass aber ihr Niedergang in der Zahl der Fabrikarbeiter der Gruppe nicht zum Ausdruck kommt, weil andere Zweige der Gruppe nach der Zahl der Fabrikarbeiter stark gewachsen sind. Zum Beispiel könnte die Schokoladenindustrie in einem scharfen Niedergang begriffen sein, doch könnte gleichzeitig die Zahl der Fabrikarbeiter bei der Konservenindustrie so stark angestiegen sein, dass die Gruppe der Nahrungs- und Genussmittelindustrie gleichviel oder noch mehr Fabrikarbeiter aufwiese. Bei ausschliesslicher Betrachtung der Industriegruppen würde der Niedergang der Schokoladeindustrie nicht erkannt. Um solchen Täuschungen zu entgehen, ist es daher angebracht, die Entwicklung der wichtigsten Industriezweige zu verfolgen. Diese Untersuchung stösst nun aber deshalb auf Schwierigkeiten, weil die letzte Fabrikstatistik im Jahre 1944 durchgeführt worden ist, also während des Krieges, und die Verhältnisse sich seither so geändert haben, dass nicht angenommen werden darf, alle Zweige hätten sich proportional weiterentwickelt. Wir sind daher gezwungen, Hilfsmittel heranzuziehen, deren Ausführlichkeit und Verlässlichkeit weit unter derjenigen der amtlichen Statistiken liegen. Wir stützen uns in den folgenden Ausführungen weitgehend auf die Berichte des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins für die Jahre 1945, 1946 und 1947².

2. Industriezweige mit schlechtem Beschäftigungsgrad

Abgesehen von denjenigen Industriezweigen, die wegen vorübergehendem Rohstoff- und Kraftstoffmangel, Mangel an genügenden und/oder

¹ Die rückläufige Bewegung zeigt sich auch daran, dass im IV. Quartal 1948 nur noch 40,6% der Betriebe, die 53,7% aller Arbeiter umfassen, die Beschäftigungslage als gut bezeichnen. 48,7% der Betriebe mit 39,9% aller Arbeiter bezeichneten sie als befriedigend und 11,3% der Betriebe, 6,4% aller Arbeiter umfassend, als schlecht. In den Vorquartalen und Vorjahren bezeichneten mehr Betriebe mit einem grösseren Anteil an allen Arbeitern die Beschäftigungslage als gut. — «Die Volkswirtschaft», XXII. Jhrg., 2. Heft, Februar 1949 (Zahlen nur Industrie, ohne Baugewerbe, betreffend).

² «Bericht über Handel und Industrie der Schweiz im Jahre 1945» (bzw. 1946, bzw. 1947), erstattet vom Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Zürich 1946 (bzw. 1947, bzw. 1948).

geeigneten Arbeitskräften ihre Produktionskapazität nicht voll ausnützen konnten, gab es nur ganz wenige Zweige, die wegen zu geringer Nachfrage einen kleineren oder grösseren Teil ihrer Anlagen unbeschäftigt lassen und zur Entlassung von Arbeitskräften schreiten mussten.

a) Kunstwollproduktion

Während noch 1945 die Produktion von Reisswolle auf vollen Touren lief und die Industrie praktisch vollbeschäftigt war, gingen mit der im zweiten Halbjahr 1945 einsetzenden vermehrten Einfuhr von Rohwolle die Zivil- und Heeresaufträge zurück und blieben endlich ganz aus, so dass die Produzenten gezwungen waren, die noch vorhandenen Lager zu Liquidationspreisen abzustossen. Eine Produktion für das Ausland, das vor dem Kriege rund 80 % der Produktion abgenommen hatte, kam ebenfalls nicht in Frage, da die Nachfrage sich hauptsächlich auf unzerrissene Wollabfälle verlegte.

b) Hutgeflechtindustrie

Schon relativ rasch nach Kriegsende vermochte die Hutgeflechtindustrie einen guten Aufschwung zu nehmen und die Ausfuhr auf ein über dem Kriegszustand liegendes Niveau zu bringen. Gegen Ende des Jahres 1946 ging der Bestellungseingang aber plötzlich erheblich zurück, in einem Zeitpunkt also, wo sonst die Hutgeflechtindustrie Hochsaison haben sollte. Es waren hauptsächlich die überseeischen Märkte, die rund 90 % der Produktion übernehmen, und darunter besonders die USA, deren Nachfrage zurückging. Die Gründe dieser Erscheinung lagen in einer Expansion der amerikanischen Hutgeflechtindustrie, im Auftreten der italienischen und chinesischen Konkurrenz und der Verstärkung der hutlosen Mode. Der Rückschlag äusserte sich deutlich in einem Sinken der Zahl der Fabrikarbeiter ¹: im Jahresdurchschnitt 1945: 2039 Fabrikarbeiter, Jahresdurchschnitt 1946: 2025 Fabrikarbeiter und Jahresdurchschnitt 1947: 1841 Fabrikarbeiter. Dabei fällt auf, dass der Rückgang der Zahl der Fabrikarbeiter erst im Laufe des III. Quartals 1946 einsetzte, während in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres die Vorjahreszahlen überschritten wurden. Die rückläufige Bewegung hat 1947 offenbar angehalten, da der Ausfuhrmengenindex noch weiter sank ². 1948 scheint indessen wieder ein neuer Aufschwung vorstatten gegangen zu sein, stieg doch der Ausfuhrmengenindex wieder stark an und überschritt sogar den Wert von 1945. Es scheint sich also bei der Hutgeflechtindustrie bloss eine vorübergehende Stockung bemerkbar gemacht zu haben.

¹ «Bericht über Handel und Industrie der Schweiz im Jahre 1947», S. 77. - Leider sind uns die Zahlen für 1948 nicht bekannt.

² Ausfuhrmengenindex (mit den handelsstatistischen Mittelwerten des Jahres 1938 zollpositionsweise gewogener Mengenindex): 1945: 140,4, 1946: 140,7, 1947: 107,3, 1948: 145,5. — «Die Volkswirtschaft», XXII. Jhrg., Heft 2, Februar 1949.

c) Strumpfwarenindustrie

Die schweizerische Strumpfwarenindustrie konnte während des Krieges einen erfreulichen Aufschwung nehmen, der um so mehr zu den schönsten Hoffnungen für die Nachkriegszeit berechnete, als der bisher schärfste Konkurrent, Deutschland, praktisch ausgeschaltet war. Die nach Kriegsende einsetzende in- und ausländische Nachfrage war denn auch sehr gross und brachte der Strumpfindustrie Vollbeschäftigung, doch konnte der Nachfrage nicht voll genügt werden, da Rohstoffe und qualifizierte Arbeitskräfte in genügendem Masse fehlten und während des Krieges die Produktionskapazität nicht wesentlich gesteigert worden war. Einerseits begannen nun die nicht voll befriedigten Konsumenten sich nach ausländischer Ware umzusehen, was Anlass zu Importen durch branchenfremde Kreise gab, während andererseits im gleichen Zeitpunkt — zweite Hälfte 1946 — die USA die Produktion der neu erfundenen Nylonstrümpfe in grossem Stile aufnahmen und sich stark um den Export nach Ländern mit «harter Währung» bemühten. So begannen unglücklicherweise mit zunehmender Sättigung des Marktes gleichzeitig die Importe erheblich zu steigen und erreichten im Jahre 1947 eine vorläufige Rekordhöhe ¹. Dadurch ergab sich eine eigentliche Strumpfschwemme, in der sich die schweizerische Strumpfindustrie deswegen einer unglücklichen Lage gegenüber sieht, weil die Nachfrage nach Nylonstrümpfen grösser und grösser wird, Nylon in der Schweiz noch nicht hergestellt werden kann und der Import von Nylongarnen nicht in genügenden Mengen und nicht in den benötigten Garnsorten getätigt werden konnte ², so dass die Lager sich erhöhten und die Betriebe zu Kurzarbeit und Arbeiterentlassungen schreiten mussten. Dadurch, dass es gelang, im Sommer 1948 ein ansehnliches Kontingent der benötigten Garnsorten direkt aus Amerika zu importieren, hat sich die Ungunst der Lage etwas gemildert, doch dürfte der Importwert für 1948 nicht viel unter demjenigen von 1947 liegen ³.

«Die Zukunft der schweizerischen Strumpfindustrie wird dabei in besonderem Masse davon abhängig sein, wie weit es ihr gelingt, Nylongarn zur Herstellung von schweizerischen Nylonstrümpfen zu beschaffen ⁴.»

d) Flugzeugindustrie

Die zwischen den beiden Weltkriegen entstandene und während des zweiten Weltkrieges im Rahmen der schweizerischen Möglichkeiten sich relativ stark entwickelnde Flugzeugindustrie kam mit dem Ende der Feind-

¹ Import: 1945: 16 q, 0,1 Mill. Fr., 1946: 420 q, 6,43 Mill. Fr., 1947: 1559 q, 16,4 Mill. Fr. Vor dem Kriege wies das Jahr 1930 den höchsten Importwert auf: 690 q, 3,24 Mill. Fr. 40 % der Einfuhr von 1947 (630 q) bestand aus Nylonstrümpfen! «Neue Zürcher Zeitung» Nr. 1014 vom 13. Mai 1948!

² Der Lizenzhalter des Erfinders der Nylonstrümpfe für die Schweiz, die Rodiaceta S. A. in Lyon, war nicht in der Lage, die richtigen Garnsorten zu liefern!

³ Nach Schätzungen (auf der Basis der Importe der ersten 5 Monate von 1948) soll sich der Gesamtimport für 1948 auf rund 1600 q oder 26,5 Mill. Fr. belaufen. — «National-Zeitung», Basel, Nr. 354 vom 3. August 1948.

⁴ «Neue Zürcher Zeitung», Nr. 1014 vom 13. Mai 1948. Leider sind für die Strumpfindustrie uns seit 1944 keine Fabrikarbeiterzahlen mehr bekannt.

seligkeiten im Jahre 1945 in eine ziemlich prekäre Lage. Nach dem Aufhören der Heeresaufträge ¹ blieb nur noch ein sehr geringer Rest von Absatzmöglichkeiten, da die Schweiz in der Erzeugung von Flugzeugen für zivile Zwecke (Sportflugzeuge, Transportflugzeuge) nicht mit dem Ausland in erfolgreiche Konkurrenz treten kann und die Inlandnachfrage — Reparatur von Flugzeugen, Herstellung von Spezialflugzeugen — ein Weiterbestehen der Industrie im bisherigen Umfange nicht mehr gestattet ². Am 18. Juli 1946 richtete deshalb die «Vereinigung der schweizerischen Flugzeugindustrie» (ASIA) eine Eingabe an den Bundesrat, die um staatliche Hilfe zur Erhaltung der schweizerischen Flugzeugindustrie bat, die ohne staatliche Mittel und Aufträge nicht zu halten, militärisch aber notwendig und für die Zukunft wirtschaftlich wertvoll sei.

e) Industrie der Herstellung von Waffen und Munition

Die während des Krieges natürlich eine Hochkonjunktur erlebende Waffen- und Munitionsfabrikation musste zum vorneherein nach Kriegsende mit einem starken Niedergange rechnen. Die zeitlich bedingten Bestellungen der schweizerischen Armee gingen denn auch sehr stark zurück, und auch die Auslandnachfrage war sehr gering. Vollends geriet dieser Industriezweig in eine sehr schwierige Lage, als der Bundesrat am 11. Juni 1946 ein allgemeines Waffenausfuhrverbot erliess und damit auch noch die wenigen Exportmöglichkeiten unterband. Immerhin wurde später, am 6. Dezember 1946, dieser Beschluss etwas modifiziert, um die private Waffenindustrie — deren Erhaltung als militärisch geboten angesehen werden kann — nicht ganz dem Verfall preiszugeben. Die weitere Entwicklung dieses Industriezweiges hängt natürlich in erster Linie von der politischen Zukunft Europas und der Welt ab ³.

3. Bedeutung dieser Industriezweige **Auswirkungen des schlechten Beschäftigungsgrades**

Nachdem nun die Industriezweige aufgezeigt worden sind, in denen sich stärkere oder schwächere Anzeichen einer eventuell bestehenden Strukturkrise nachweisen lassen, bleibt nun, ihre Bedeutung in den einzelnen Kantonen zu untersuchen und die Fragen 2 und 3 zu beantworten, also festzustellen, welches die Auswirkungen des Niederganges der einzelnen Industriezweige auf die Zahl der Arbeitslosen innerhalb der einzelnen Kantone sind, und zu untersuchen, ob Wanderungsbewegungen verursacht worden sind.

¹ Diese gingen besonders deshalb zurück, weil die Kolbenmotorflugzeuge in den letzten Kriegsjahren durch Flugzeuge mit Strahlantrieb überflügelt worden waren und die schweizerische Flugzeugindustrie noch keine solchen verwendungsfähigen Typen anzubieten vermochte.

² Die Dornierwerke gingen deshalb dazu über, Strassenbahnwagen und Kinderwagen herzustellen.

Leider sind uns für Flugzeugindustrie für die Zeit nach 1944 keine Zahlen bekannt.

³ Auch für diesen Industriezweig fehlen uns Zahlenangaben.

a) Kunstwollproduktion

Dieser Industriezweig ¹ ist nach der Zahl der in ihm beschäftigten Fabrikarbeiter zu unbedeutend, als dass sein Niedergang in irgendeinem Kanton Beschäftigungslosigkeit von einigem Ausmass hervorrufen könnte.

b) Hutgeflechtindustrie

Bei der Betrachtung des schweizerischen Industriekörpers wurde festgestellt, dass dieser Industriezweig in sehr starkem Masse auf den Kanton Aargau konzentriert ist ², so dass sein Niedergang nur in diesem Kanton primär negative Folgen nach sich ziehen könnte. Die Hutgeflechtindustrie war 1944 der achtgrösste Industriezweig, da sie jedoch bloss 3–4 % der Fabrikarbeiter des Kantons umfasst ³, würde ihr Niedergang, wenn er isoliert bleibt, den Kanton in keine aussichtslose Lage stürzen, um so mehr als der Aargau über eine gut entwickelte Textil- und Kleidungsindustrie verfügt. Prekärer würde die Lage für das Gebiet um Wohlen. — Der Rückgang der Hutgeflechtindustrie brachte 1946 und 1947 keine Steigerung der gesamten Arbeitslosigkeit im Kanton Aargau ⁴, die Zahl der Fabrikarbeiter des Kantons vermehrte sich seit 1944 überdurchschnittlich ⁵, so dass gesagt werden kann, der Rückgang der Hutgeflechtindustrie — der offenbar nur kurzfristiger Natur gewesen ist — habe im Kanton Aargau kein akutes Notstandsgebiet geschaffen, was sicher auch z. T. auf den kräftigen Konjunkturaufschwung der Industrie allgemein zurückzuführen ist.

c) Strumpfwarenindustrie

Der Schwerpunkt dieses Industriezweiges liegt im Kanton St. Gallen ⁶, doch umfasst er bloss 4 % der Fabrikarbeiter des Kantons ⁷, so dass auch hier zu sagen ist, dass ihr Niedergang — so er isoliert bleibt — noch kein den ganzen Kanton umfassendes Notstandsgebiet hervorzurufen imstande ist, besonders auch dann nicht, wenn, wie im vorliegenden Falle, der Kanton

¹ Zweig 43 der Fabrikstatistik 1944, umfassend die Verarbeitung von Textilabfällen, die Hadernsortierung und die Scheuertuchherstellung, enthält 1944 57 Betriebe, 1836 Arbeiter und 5261 PS. Davon kommt aber nur ein Teil auf die Kunstwollproduktion. — Den grössten Anteil, 1,1 %, weist der Kanton St. Gallen auf.

² 1944 waren 95 % der in der Hutgeflechtindustrie beschäftigten Fabrikarbeiter auf den Aargau konzentriert.

³ 1937: 4,8 %, 1944: 3,0 %, 1946: 4,2 %. — Fabrikstatistiken 1937 und 1944, Vortragsbericht 1946 (Zahl der Fabrikarbeiter). Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1946 (Zahl der Fabrikarbeiter des Kantons).

⁴ 1946 und 1947 entfielen auf 1000 unselbständig Erwerbende im Kanton Aargau durchschnittlich Null gänzlich arbeitslose Stellensuchende, ebenso bis Mitte 1948. — «Die Volkswirtschaft», XXI. Jhrg., 1. Heft, Januar 1948, und folgende Monatshefte. Zahl der unselbständig Erwerbenden von der Volkszählung 1941.

⁵ Zunahme 1944–1947 im Kanton Aargau: 25 %, Schweiz: 22 %. — Schweizerische Fabrikstatistik 1944: «Die Volkswirtschaft» XX. Jhrg., 12. Heft, Dezember 1947 (Zahl der Fabrikarbeiter 1947).

⁶ Im Kanton St. Gallen sind 44 % aller Fabrikarbeiter der Strumpfwarenindustrie beschäftigt. — Fabrikstatistik 1944.

⁷ Fabrikstatistiken 1937 bzw. 1944 (4,1 % bzw. 3,8 %).

eine grosse Textilindustrie und Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie besitzt ¹. Auf 1000 unselbständig Erwerbende entfielen im Jahresdurchschnitt der Jahre 1946 und 1947 bloss je zwei gänzlich arbeitslose Stellensuchende, und auch das Jahr 1948 brachte keine wesentliche Verschlechterung der Beschäftigungslage ². Der Kanton St. Gallen verzeichnete eine durchschnittliche Zunahme der Zahl der Fabrikarbeiter ³. Trotz der ungünstigen Lage der Strumpfindustrie im Kanton St. Gallen wäre es verfehlt, vom Bestehen eines dadurch ausgelösten akuten Notstandsgebietes zu sprechen.

d) Flugzeugindustrie

Die Flugzeugindustrie ist für den Kanton Nidwalden — und nur für diesen Kanton ⁴ — von grosser Bedeutung, stand sie doch 1944, 32 % der Fabrikarbeiter des Kantons umfassend ⁵, an der Spitze aller Industriezweige dieses Kantons. Ihr Rückgang musste demnach Beschäftigungslosigkeit und/oder Abwanderung in erheblichem Masse hervorrufen, wobei die Abwanderung die wahrscheinlichere Folge sein musste, da die in der Flugzeugindustrie Beschäftigten zum grossen Teile Spezialisten sind und der Kanton Nidwalden sonst keine bedeutenden Zweige der Metall- und Maschinenindustrie mehr aufweist. Die Zahl der Beschäftigungslosen war denn auch gering ⁶, hingegen ist die Zahl der Fabrikarbeiter des Kantons seit 1944 gesunken ⁷. Formal könnte also von einem akuten Notstandsgebiet gesprochen werden. Es ist jedoch mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass die Flugzeugindustrie im Kanton Nidwalden erst während des zweiten Weltkrieges entstanden ist, dass bei der Standortwahl in diesem Kanton in erster Linie militärisch-strategische — also metaökonomische — Faktoren ausschlaggebend gewesen sind, dass eines der beiden Werke ein vom Bund errichtetes ist und dass die Arbeiter hauptsächlich aus andern Kantonen zuwanderten. Das Entstehen der Industrie aus kriegsbedingten Gründen zwang aber dazu, zum vorneherein damit zu rechnen, dass nach Kriegsende ein Rückgang

¹ Von 1944–1947 nahm die Kleidungs- und Ausrüstungsgegenständeindustrie ständig zu, verzeichnete aber von 1947 auf 1948 einen Rückgang der Zahl der Fabrikarbeiter um knapp 1 %. — Zahlen aus «Die Volkswirtschaft», XXI. Jhrg., 12. Heft, Dezember 1948.

² «Die Volkswirtschaft», XXI. Jhrg., 1. Heft, Januar 1948, und folgende Monatshefte. Zahl der unselbständig Erwerbenden aus der Volkszählung 1941.

³ Zunahme 1944–1947: St. Gallen: 26 %, Schweiz: 22 %. Zunahme 1944–1948: St. Gallen: 25 %, Schweiz: 25 %. Von 1947 auf 1948 verzeichnete der Kanton St. Gallen eine absolute Abnahme um 90 Fabrikarbeiter. — «Die Volkswirtschaft», XXI. Jhrg., 12. Heft, Dezember 1948.

⁴ In den Kantonen Luzern und St. Gallen umfasste die Flugzeugindustrie bloss 1,9 % der Fabrikarbeiter der beiden Kantone. — Fabrikstatistik 1944.

⁵ Fabrikstatistik 1944.

⁶ Jahresdurchschnitt 1946 bzw. 1947: auf 1000 unselbständig Erwerbende entfielen 3 bzw. 4 gänzlich arbeitslose Stellensuchende. — Quellen s. Anmerkung 2.

⁷ Von 1944–1946 sank die Zahl der Fabrikarbeiter des Kantons um 23 %, stieg bis 1947 wieder um 13 % und sank bis 1948 wieder um 8 %, so dass sich ein Totalrückgang von 18 % ergibt. Am Rückgang bis 1946 dürfte auch die unter Kohlenmangel leidende Glasindustrie beteiligt gewesen sein. — «Die Volkswirtschaft», XXI. Jhrg., 12. Heft, Dezember 1948.

einsetzen könnte. Daher ist es nicht richtig, materiell vom Bestehen eines akuten Notstandsgebietes im Kanton Nidwalden zu sprechen — die Einflüsse metaökonomischer Zielsetzungen des Staates spielten bei der Standortswahl die entscheidende Rolle. Es handelt sich hier viel eher um einen Rückbildungsprozess zu «normaleren» Verhältnissen.

e) Industrie der Herstellung von Waffen und Munition

Diesem während des Krieges natürlich stark gewachsenen Industriezweig kommt 1944 innerhalb der Kantone Uri, Genf und Schaffhausen grössere Bedeutung zu. — Im Kanton Uri umfasste er 1944 74 % der Fabrikarbeiter des Kantons¹, stellte also den Hauptindustriezweig dar, so dass ihr Niedergang zu Arbeitslosigkeit und/oder Abwanderung führen musste, da bedeutende andere Beschäftigungsmöglichkeiten nicht bestehen. Dies kommt auch deutlich in der Abnahme der Zahl der Fabrikarbeiter des Kantons zum Ausdruck². Formell liegt also ein akutes Notstandsgebiet vor, materiell jedoch nicht, da es sich um eine durch den Staat errichtete Munitionsfabrik handelt, deren Standort nach metaökonomischen — militärisch-strategischen — Zielsetzungen des Staates orientiert ist. — Im Kanton Genf stand die Waffen- und Munitionsindustrie 1944 an zweiter Stelle unter den Industriezweigen, 15 % aller Fabrikarbeiter auf sich vereinigend³. Die Ausweichmöglichkeiten in die übrigen Zweige der gut gehenden Metall- und Maschinenindustrie brachten es mit sich, dass die durch den Krieg stark aufgeblähte Waffen- und Munitionsindustrie⁴ durch ihren Rückgang nicht den ganzen Kanton Genf in ein akutes Notstandsgebiet verwandeln konnte. Trotzdem weist der Kanton von 1944–1947 ein unterdurchschnittliches Anwachsen der Zahl der Fabrikarbeiter und von 1947–1948 gar ein absolutes Sinken dieser Zahl auf⁵. Die geringe Zahl der Beschäftigungslosen⁶ unterstreicht, dass vom Bestehen eines akuten Notstandsgebietes gleichwohl nicht gesprochen werden kann. — Auch im Kanton Schaffhausen vermochte der Rückgang der Waffen- und Munitionsindustrie — die 1944 7,3 % der Fabrikarbeiter des Kantons auf sich vereinigte⁷ — kein akutes Notstandsgebiet zu begründen. Die als Ausweichmöglichkeiten auftretenden Zweige der

¹ Fabrikstatistik 1944.

² Abnahme 1944–1946 um 18 %, Zunahme bis 1947 um 3 %, Zunahme bis 1948 um 5 %, Totalabnahme 1944–1948: 11 %. Die Zunahme seit 1946 rührt wahrscheinlich vom Aufschwung der Kabel- und Kautschukindustrie her, die vorher durch Rohstoff- und Brennstoffmangel behindert gewesen war.

³ Fabrikstatistik 1944.

⁴ 1937 umfasste die Waffenindustrie bloss 3 % der Fabrikarbeiter des Kantons. Bis 1944 versachsfachte sich die Zahl der Fabrikarbeiter der Waffenindustrie. — Fabrikstatistiken 1937 und 1944.

⁵ Zunahme der Zahl der Fabrikarbeiter 1944–1947 im Kanton Genf: 17 %, in der Schweiz insgesamt: 22 %. Abnahme im Kanton Genf 1947 auf 1948: 2,4 %. — «Die Volkswirtschaft», XXI. Jhrg., 12. Heft, Dezember 1948.

⁶ Im Jahresdurchschnitt 1946 bzw. 1947 betrug die Zahl der gänzlich arbeitslosen Stellensuchenden auf 1000 unselbständig Erwerbende bezogen: 4 bzw. 2. — «Die Volkswirtschaft», XXI. Jhrg., 1. Heft, Januar 1948.

⁷ Fabrikstatistik 1944.

übrigen Metall- und Maschinenindustrie wiesen einen so guten Geschäftsgang auf, dass sie vermutlich in der Lage waren, die Beschäftigungslosen der Waffenindustrie ohne weiteres aufzunehmen. Zudem dehnte sich die Waffenindustrie im Kanton Schaffhausen deutlich weniger stark aus als in den Kantonen Uri und Genf ¹. Erhärtet wird unsere Behauptung, es liege im Gebiet des Kantons Schaffhausen kein akutes Notstandsgebiet vor, durch die geringe Zahl der Beschäftigungslosen ² und die Tatsache des — wenn auch unterdurchschnittlichen, doch stetigen — Anwachsens der Zahl der Fabrikarbeiter des Kantons ³.

4. Zusammenfassung

Die vorangegangene Untersuchung hat gezeigt, dass, wenn auch in einigen wenigen Gebieten die Umstellung von Kriegs- auf Friedensverhältnisse zu vorübergehenden Friktionen geführt hat, im heutigen Zeitpunkt in der Schweiz keine durch die freie Wahl der Industriestandorte durch die Privatunternehmer verursachten akuten Notstandsgebiete bestehen. Aus diesem Grund ist somit heute die Einführung einer staatlichen Standortpolitik in der Schweiz nicht geboten. Wir möchten hingegen nachdrücklich unterstreichen, dass dieses Urteil nur im Zeitpunkt der Niederschrift dieser Untersuchungen und für die nähere Zukunft gilt, dass sich aber sehr wohl Situationen denken lassen, die zum Entstehen von akuten Notstandsgebieten auch in der Schweiz führen könnten, zu deren Bekämpfung dann Massnahmen der staatlichen Standortpolitik eingesetzt werden müssten.

IV. Ergebnis der Untersuchung

Es ist nicht sehr leicht, eine eindeutige Antwort auf die Frage nach der Notwendigkeit einer staatlichen Standortpolitik in der Schweiz im heutigen Zeitpunkt zu geben, da die vorangegangenen Untersuchungen gezeigt haben, dass heute keine eigentlichen akuten Notstandsgebiete bestehen, dass die Verstädterungsbewegung wohl fortschreitet, aber noch nicht jenen Grad erreicht hat, der nach sofortiger staatlicher Intervention verlangen würde, und da die vorliegende Arbeit nicht die Möglichkeit bietet, mit Sicherheit das Bestehen von durch Mono-Industrie gefährdeten Gebieten feststellen zu können. Die relativ grosse Bedeutung der Gebiete hingegen, bei denen wir eine solche Gefährdung als sehr wahrscheinlich bezeichneten, bewegt uns dazu, die Frage nach der Notwendigkeit einer staatlichen Standortpolitik in der Schweiz in bejahendem Sinne zu beantworten. Dem Einwand, dass in einzelnen Gebieten, die von einer einzigen, nicht sehr krisensicheren Indu-

¹ Zunahme der Zahl der Fabrikarbeiter der Waffenindustrie 1937–1944 im Kanton Schaffhausen: 40%. — Fabrikstatistiken 1937 und 1944.

² Jahresdurchschnitt 1946 bzw. 1947: 4 bzw. 3 gänzlich arbeitslose Stellensuchende auf 1000 unselbständig Erwerbende. — «Die Volkswirtschaft», XXI. Jhrg., 1. Heft, Januar 1948.

³ Zunahme 1944–1948: Schaffhausen: 23%, Schweiz: 25%. «Die Volkswirtschaft», XXI. Jhrg., 12. Heft, Dezember 1948.

strie in starkem Masse beherrscht sind, diese Abhängigkeit und Gefährdung schon seit Jahrzehnten bestehe und dem Gebiet eher zum Vorteil als zum Nachteil gereicht habe — in einigen Fällen wird dieser Einwand schon durch die Auswirkungen der Krise der 1930er Jahre widerlegt — und dass einzelne dieser Industrien seit Jahrzehnten in einem grossen Aufschwung begriffen seien und alles andere als Anzeichen des Niederganges aufwiesen, kann mit dem Hinweis auf die paar wenigen, aber instruktiven Beispiele in der Schweiz begegnet werden, wo auch alteingesessene Industrien, deren Aussichten als günstig angesehen wurden, durch einen mehr oder weniger plötzlichen Niedergang den ganzen betreffenden Kanton oder das ganze betreffende Gebiet in ein Gebiet gewandelt haben, das das Wort «Notstandsgebiet» in jeglicher Hinsicht verdiente. Es sei an die Krise im Stickereigebiet, insbesondere im Kanton St.Gallen, und an die Krise der Seidenbandindustrie im Kanton Baselland erinnert, deren Auswirkungen teilweise heute noch verspürbar sind, obwohl seit ihrem Auftreten mehr als 20 Jahre verflossen sind. Wir halten dafür, dass eine Abschwächung der Einseitigkeit in der Industrieorientierung vonnöten sei — auch wenn im gegenwärtigen Augenblick die Konjunkturlage allgemein und in den betreffenden Industrien eine gute ist.

2. Kapitel

Möglichkeiten und Schwierigkeiten einer schweizerischen Standortpolitik

Nachdem das vorangegangene Kapitel gezeigt hat, dass auch in der Schweiz im heutigen Zeitpunkt von einer Notwendigkeit für eine staatliche Standortpolitik gesprochen werden kann und dass die Schweiz auch in Zukunft nicht vor Entwicklungen gefeit ist, die nach einer solchen verlangen können, stehen wir nunmehr vor der Aufgabe zu untersuchen, ob eine staatliche Standortpolitik in der Schweiz überhaupt möglich ist, und es wird von besonderer Wichtigkeit sein, die auftretenden Schwierigkeiten herauszuarbeiten.

I. Schwierigkeiten, die aus der rechtlichen Struktur der Schweiz herrühren

Zunächst einmal stellt sich die Frage, ob in der Schweiz überhaupt die rechtlichen Grundlagen bestehen, auf deren Basis eine staatliche Standortpolitik möglich ist, und ob diese Grundlagen genügen, um eine wirklich wirksame Standortpolitik durchzuführen.

1. Wirtschaftsverfassung und staatliche Standortpolitik

Da eine Standortpolitik nicht im luftleeren Raum, sondern nur in einem bestimmten Staate denkbar ist, dessen konkrete Eigenschaften das Gesicht der staatlichen Standortpolitik bestimmen, waren wir im 1. Abschnitt dieses zweiten Teiles gezwungen, mit einem idealtypischen Modell

eines Staates zu arbeiten, dessen Wirtschaftsverfassung in ihren wesentlichen Zügen dargestellt wurde. Diese Wirtschaftsverfassung ermöglichte eine staatliche Standortpolitik und bestimmte die Auswahl unter den drei möglichen Prinzipien der Durchführung der staatlichen Standortpolitik. Dieses ausgewählte Prinzip wiederum war bestimmend für die Art der anzuwendenden Massnahmen.

Ergibt die folgende Untersuchung, dass sich die Wirtschaftsverfassungen des idealtypischen Modells und der Schweiz in den entscheidenden Punkten entsprechen, so ist damit sowohl die Frage nach den rechtlichen Grundlagen einer staatlichen Standortpolitik in der Schweiz als auch die Frage nach dem bestimmenden Prinzip beantwortet, da dann die im 1. Abschnitt angestellten Überlegungen grundsätzlich auch hier Geltung haben. Da wir es hier mit einem konkreten Staate zu tun haben, dessen Verfassung, Gesetze, wirtschaftliche Struktur, Kulturmilieu etc. feststellbar sind, so sind hier auch weit differenziertere Aussagen möglich als bei einem idealtypischen Modell, das nur in seinen wichtigsten Grundzügen bestimmt sein kann.

Das idealtypische Modell wurde durch vier Kriterien gekennzeichnet:

1. Die Staatsform ist eine Demokratie.
2. Die bürgerlichen Freiheiten sind durch die Verfassung garantiert, insbesondere ist Handels- und Gewerbefreiheit grundsätzlich gewährleistet.
3. Der Staat bekennet sich zu einer aktiven Konjunktur- und Sozialpolitik.
4. Der Staat kann bei Vorliegen besonderer wirtschaftspolitischer Umstände auch wirtschaftspolitische Massnahmen ergreifen, die vom Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit abweichen.

Treffen diese vier Kriterien auch auf die Schweiz zu? Wo bestehen eventuell Unterschiede? Sind diese Unterschiede so schwerwiegend, dass eine schweizerische Standortpolitik überhaupt nicht durchgeführt werden kann oder dass das im idealtypischen Modell angewandte Prinzip für die Schweiz unmöglich ist?

In bezug auf das *erste Kriterium* ist zu sagen, dass die Staatsform der Eidgenossenschaft eine Demokratie ist — eine Tatsache, die so allgemein bekannt und anerkannt ist, dass wohl nicht näher darauf eingegangen werden muss ^{1 2}.

Zum *zweiten Kriterium* ist zu bemerken, dass die bürgerlichen Freiheiten in der Schweiz durch die Bundesverfassung garantiert sind ³. Auch die Handels- und Gewerbefreiheit ist grundsätzlich gewährleistet, wobei jedoch von diesem Grundsatz unter bestimmten Voraussetzungen abgewichen werden kann ⁴.

¹ Ruck gibt folgende Definition: «Die Eidgenossenschaft ist eine bedingt repräsentative, ministeriell regierte Kollegialdemokratie mit rein demokratischer Spitze.»

Erwin Ruck: Schweizerisches Staatsrecht, 2. Aufl., Zürich 1939, S. 25.

² Auf die Tatsache, dass die Schweiz kein Einheitsstaat, sondern eine Staatenverbindung, und zwar ein Bundesstaat, ist, und die daraus sich ergebenden Probleme kommen wir später zu sprechen.

³ Vgl. Bundesverfassung Art. 4, 31, 45, 49, 50, 55, 56, 57, 58, 74.

⁴ Auf die in unserem Zusammenhang wichtigen Einschränkungen der Handels- und Gewerbefreiheit kommen wir später zu sprechen.

Drittes Kriterium: Mit der Revision der «Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung»¹, der eine jahrelang dauernde Diskussion voranging — datiert doch die erste Botschaft des Bundesrates in dieser Sache vom 10. September 1937² — und die in der Volksabstimmung vom 6. Juli 1947 angenommen wurde, ist das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft neu geordnet worden. Ausgangspunkt der ganzen Diskussion waren die auch in der Schweiz zu verspürenden Folgen der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Abgesehen von den Störungen einmaliger und vorübergehender Art jener Zeit, glaubte man noch eine Reihe von mit der damals bestehenden Wirtschaftsverfassung zusammenhängenden Unvollkommenheiten zu erkennen. Die damalige Wirtschaftsverfassung wurde folgendermassen gekennzeichnet: «Die heutige sogenannte liberale Wirtschaftsverfassung beruht auf dem Grundsatz der wirtschaftlichen Freiheit oder der freien Konkurrenz, d. h. die Wirtschaft wird grundsätzlich nach dem Prinzip der individuellen Selbstverantwortlichkeit auf Grund freier Verträge geführt³.» Die Neuordnung der Wirtschaft — die auch in einer Änderung der bestehenden Wirtschaftsartikel zum Ausdruck kommen sollte — sollte keine grundsätzliche Abkehr von der bisherigen Wirtschaftsverfassung bringen, sondern einerseits den durch die Verhältnisse der Krisen- und Kriegsjahre vernichteten Grundgedanken wiederherstellen und andererseits die Weiterentwicklung des Wirtschaftslebens anerkennen. Es ging darum, den Ausgleich zwischen Freiheit und Bindung, zwischen dem «uneingeschränkten Wirtschaftsliberalismus und den sozialen und wirtschaftlichen Bestrebungen der Gegenwart»⁴ nach einem übergeordneten Grundsatz zu finden, wobei man sich durchaus klar war, dass eine stärkere staatliche Intervention in den Wirtschaftsablauf nötig sei, als dies den Gesetzgebern der alten Wirtschaftsartikel vorgeschwebt hatte. «Dieses Prinzip kann nur das wohlverstandene Gesamtinteresse des Volkes sein, worunter nicht nur die wirtschaftlichen, sondern die gesamten Lebensinteressen zu verstehen sind, also neben den wirtschaftlichen auch bevölkerungspolitische und militärische Interessen sowie Rücksichten auf das soziale Gleichgewicht⁵.» Der Staat hat demnach immer dann und überall dort einzugreifen, wo es gilt, die Dauerinteressen der ganzen Volkswirtschaft gegenüber den oft kurzfristigen Interessen Einzelner zu wahren, obwohl «die Privatwirtschaft, die sich auf die freie Initiative des Einzelnen und seine persönliche Verantwortung aufbaut», «nach wie vor die Grundlagen unserer Wirtschaft bilden» soll⁶. So stellen nun die neuen Wirtschaftsartikel — wohl nicht dem Worte aber dem Sinne

¹ An Stelle der alten Artikel 31, 32 und 34^{ter} traten die neuen Artikel 31, 31^{bis}, 31^{ter}, 31^{quater}, 31^{quingies}, 32 und 34^{ter}.

² Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über eine Partialrevision der Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung. Vom 10. September 1937. — Zitiert im folgenden: Botschaft, S.

³ Botschaft, S. 5.

⁴ Ergänzungsbotschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Revision der Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung. Vom 3. August 1945. S. 8. — Im folgenden zitiert: Ergänzungsbotschaft, S.

⁵ Botschaft, S. 15.

⁶ Botschaft, S. 16.

nach – die Grundlage dar, die dem Bund die Durchführung einer aktiven Konjunktur- und Sozialpolitik ermöglichen. Art. 31^{ter} der neuen Wirtschaftsartikel «bildet die Grundlage bestehender und künftiger Sozialmassnahmen des Bundes» ¹, Art. 31^{bis}, Abs. 1, und Art. 31^{quinqüies} sind beide vom «Gedanken der Vollbeschäftigung und der aktiven Konjunkturpolitik getragen» ². In Abänderung der Fassung der neuen Wirtschaftsartikel vom 21. September 1939 führte der Bundesrat in seiner Ergänzungsbotschaft aus: «Ganz allgemein wird vom Staat verlangt, dass er nicht nur in Zeiten gestörter Wirtschaft Massnahmen der Arbeitsbeschaffung treffe, sondern vorausschauend durch geeignete Vorkehrungen den Ausbruch einer drohenden Krise nach Möglichkeit zu verhindern sucht ³.» Damit wird deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sich die staatliche Aktivität nicht darin erschöpfen darf, erst nach Eintreten der Krise Gegenmassnahmen wirksam werden zu lassen, sondern dass sie vorausschauend, ganz im Sinne der «aktiven» Konjunkturpolitik, möglichst das Entstehen der Krisen zu verhindern hat. Der Staat hat «den verfassungsmässigen Auftrag zur aktiven Konjunkturpolitik, deren allgemeines Wesen somit darin zu erblicken ist, dass der Staat selbst die Verpflichtung auf sich nimmt, für das Gleichgewicht der gesamten Wirtschaft besorgt zu sein oder – etwas gelehrter ausgedrückt – eine annähernde Vollbeschäftigung der vorhandenen Produktionskräfte anzustreben, um zugleich das Realeinkommen möglichst hochzuhalten» ⁴.

Festzuhalten ist, dass in den neuen Wirtschaftsartikeln nirgends von einer «staatlichen Standortspolitik» die Rede ist. Sollten hingegen die entscheidenden Behörden zur Auffassung gelangen, dass die Durchführung einer staatlichen Standortspolitik zur Erreichung der der aktiven Konjunkturpolitik gesetzten Ziele notwendig ist, so könnten durch eine extensive Auslegung der Art. 31^{bis}, Abs. 1, und 31^{quinqüies} die zur Durchführung einer solchen wirtschaftspolitischen Massnahme notwendigen rechtlichen Grundlagen geschaffen werden. Formell steht somit der Durchführung einer staatlichen Standortpolitik in der Schweiz nichts entgegen – idealtypisch konstruiertes Modell und konkreter Staat stimmen auch in bezug auf das dritte Kriterium weitgehend überein.

Viertes Kriterium: Können auch in der Schweiz – sei es durch Bund oder Kanton – bei Vorliegen besonderer wirtschaftspolitischer Umstände Massnahmen wirtschaftspolitischer Art ergriffen werden, die vom Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit abweichen?

Unter der durch die alten Wirtschaftsartikel statuierten Wirtschaftsverfassung war der Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit, der

¹ Leo Schürmann: Die rechtliche Tragweite der neuen Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung, in: Beiträge zur schweizerischen Verwaltungskunde, herausgegeben von der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz. Heft 31, Zürich 1948, S. 26.

² Schürmann, a. a. O. S. 22.

³ Ergänzungsbotschaft, S. 20.

⁴ So kommentiert Böhler den Artikel 31^{quinqüies} der neuen Wirtschaftsartikel. Eugen Böhler: Möglichkeiten und Grenzen der aktiven Konjunkturpolitik, in: Industrielle Organisation, herausgegeben vom Betriebswissenschaftlichen Institut an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich, Zürich, XVI. Jhr., Heft 5, Oktober 1947, S. 161.

besagt, dass «jede privatwirtschaftliche, in Erwerbsabsicht geübte Tätigkeit grundsätzlich von obrigkeitlichem Zugriffe frei sein»¹ soll, grundsätzlich garantiert, und auch die gewährten Vorbehalte gestatteten weder Bund noch Kanton, wirtschaftspolitische Massnahmen zu ergreifen. Die Staats-eingriffe waren beschränkt auf Massnahmen «zur Wahrung der öffentlichen Ordnung, Ruhe, Sicherheit, Sittlichkeit und Gesundheit, sowie Vorschriften, die bestimmt sind, Treu und Glauben im Verkehr zu sichern und einerseits das Publikum vor Ausbeutung durch auf Täuschung berechnete Machenschaften, andererseits die redlichen Gewerbetreibenden vor illoyaler Konkurrenz zu schützen»². Es handelte sich also um gewerbepolizeiliche Eingriffe, die aber nie durch wirtschaftliche Motive bestimmt sein durften. — Durch den Druck der Verhältnisse in einzelnen Wirtschaftszweigen und Berufsgruppen³ — meist im Gefolge der Krise der 1930er Jahre auftretend — sah sich der Bund gezwungen, zu ihrer Sanierung Massnahmen zu ergreifen, die von der Handels- und Gewerbefreiheit abwichen. Durch diese Massnahmen wurde eine unbefriedigende Lage begründet, denn für die Lösung einer Reihe von Wirtschaftsproblemen, die nur durch den Bund zu geben waren, fehlte dem Bund die Gesetzgebungskompetenz, und er musste in eigentlichem Verfassungsbruch gewisse wirtschaftspolitische Eingriffe vornehmen. Es war daher geboten, im Zuge der Revision der Wirtschaftsartikel Bestimmungen aufzustellen, die der wirklichen Lage entsprechen. Es ging darum, die Handels- und Gewerbefreiheit abzugrenzen, erlaubte Abweichungen zu statuieren. «Die neuen Wirtschaftsartikel gehen von der Handels- und Gewerbefreiheit und der Idee der Konkurrenzwirtschaft aus, schreiten aber darüber hinaus und gestatten dem Gesetzgeber, aus wirtschaftspolitischen Gründen von der Handels- und Gewerbefreiheit abzuweichen⁴.» Diese Abweichungen sind im Art. 31^{bis}, Abs. 3, zusammengefasst⁵:

«Wenn das Gesamtinteresse es rechtfertigt, ist der Bund befugt, nötigenfalls in Abweichung von der Handels- und Gewerbefreiheit, Vorschriften zu erlassen:

- a) zur Erhaltung wichtiger, in ihren Existenzgrundlagen gefährdeter Wirtschaftszweige oder Berufe, sowie zur Förderung der beruflichen Leistungsfähigkeit der Selbständigerwerbenden in solchen Wirtschaftszweigen oder Berufen;
- b) zum Schutze wirtschaftlich bedrohter Landesteile.»

Im Verfassungstext kommt zum Ausdruck, dass diese Abweichungen von der Handels- und Gewerbefreiheit an gewisse Bedingungen geknüpft sind. Abweichungen sind nur statthaft, wenn sie durch das «Gesamtinteresse» gerechtfertigt sind, worunter nicht nur gesamtwirtschaftliche, sondern auch gesamtpolitische (staatspolitische) Interessen gemeint sind⁶. Einerseits bedeutet dies eine Einschränkung, indem nicht nur wirtschaftliche Belange eine Rolle spielen sollen, andererseits kann, gerade weil nicht nur wirtschaft-

¹ Ruck, Schweizerisches Staatsrecht, S. 57.

² Botschaft, S. 33.

³ Als Beispiele seien genannt: Fremdenverkehr, Uhrenindustrie, Schuhindustrie, Stickereiindustrie.

⁴ Schürmann, a. a. O. S. 29.

⁵ Wir nennen hier nur die in unserem Zusammenhang wichtigen Abweichungen.

⁶ Darauf weist besonders Schürmann hin. Schürmann, a. a. O. S. 11.

licher Notstand gemeint ist, daraus eine Ausdehnung der Abweichungen von der Handels- und Gewerbefreiheit entstehen. — Ausdrücklich wird gesagt, «nötigenfalls» dürfe von der Handels- und Gewerbefreiheit abgewichen werden. Dies bedeutet, dass zuerst Wege gesucht werden müssen, die unter Innehaltung der Handels- und Gewerbefreiheit zur Erreichung des gesteckten Zieles führen. Erst wenn sich kein solcher Weg zeigt, ist die Abweichung gestattet. — Art. 31^{bis}, Abs. 4, verfügt, dass Bestimmungen gemäss lit. a (und lit. b) nur zu erlassen seien, «wenn die schützenden Wirtschaftszweige oder Berufe diejenigen Selbsthilfemassnahmen getroffen haben, die ihnen billigerweise zugemutet werden können»¹. Voraussetzung zur Bundeshilfe ist also Selbsthilfe. — Eine weitere Bedingung für Abweichungen von der Handels- und Gewerbefreiheit ist darin zu erblicken, dass nach Art. 32, Abs. 1, alle Bundesbeschlüsse und -gesetze, die auf Grund des Art. 31^{bis} (wie übrigens auch Art. 31^{ter}, Abs. 2, Art. 31^{quater} und Art. 31^{quinquies}) gefasst oder erlassen werden, der Volksabstimmung unterliegen. Nur für dringliche Fälle in Krisenzeiten genügt die Mehrheit beider Räte (nach Art. 89, Abs. 3), doch sind diese Beschlüsse dann zeitlich zu befristen. — Ferner sind nach Art. 32, Abs. 2, vor Erlass der Ausführungsgesetze die Kantone und die Organisationen der Privatwirtschaft anzuhören und an der Durchführung der getroffenen Massnahmen nach Möglichkeit zu beteiligen. — Grundsätzlich ist nur der Bund befugt, von der Handels- und Gewerbefreiheit abweichende Massnahmen zu erlassen, wie Art. 31^{bis}, Abs. 3, besagt. Nach Art. 31^{ter}, Abs. 2, können dies zwar auch die Kantone, doch nur im Rahmen einer ausdrücklichen Delegation durch den Bund. Da dieser aber an seine eigene Gesetzgebungsbefugnis gebunden ist, bedeutet die Möglichkeit der Delegation an die Kantone keine neuen Möglichkeiten, von der Handels- und Gewerbefreiheit abzuweichen.

Obwohl also Abweichungen von der Handels- und Gewerbefreiheit nur unter gewissen, speziell aufgeführten Umständen möglich sind und gewisse Bedingungen eingehalten werden müssen, scheint die Möglichkeit gegeben zu sein, eine staatliche Standortspolitik in der Schweiz gleich wie im idealtypisch konstruierten Modell nach dem präventiven Prinzip durchzuführen. Der Staat wäre demnach rechtens befugt, den Gegensatz zwischen den volkswirtschaftlichen und privatwirtschaftlichen Interessen hinsichtlich der Standortwahl so zu überwinden, dass er an den volkswirtschaftlich erwünschten Standorten Massnahmen wirksam werden lässt, die diese Standorte auch zu privatwirtschaftlich rationalen machen. Der Anwendung der im 3. Kapitel des 1. Abschnittes des 2. Teiles genannten und ähnlichen Massnahmen — mit all den dort aufgeführten Einschränkungen formeller und materieller Art — steht in der Schweiz prinzipiell nichts entgegen².

¹ Text des Art. 31^{bis}, Abs. 4, der Bundesverfassung.

² Dies ist — neben dem Zwang zur Beschränkung — auch der Grund, weshalb wir uns einer nochmaligen Aufführung der wichtigsten in Frage kommenden Massnahmen enthalten können. Die besonderen Schwierigkeiten, die bei der Anwendung der einzelnen Massnahmen in der Schweiz auftreten, werden am gegebenen Ort separat behandelt.

2. Bundesstaat und staatliche Standortspolitik

Wir haben oben darauf hingewiesen, dass in einer Beziehung ein Unterschied zwischen dem konkreten Staat und dem idealtypisch konstruierten Modell besteht. Während dieses als Einheitsstaat konstruiert worden ist, haben wir es bei der Eidgenossenschaft mit einer Staatsverbindung zu tun, und zwar mit einem Bundesstaat. Dieser ist dadurch gekennzeichnet, dass auf der rechtlichen Grundlage einer Staatsverfassung ein verschiedene Staaten zusammenfassender Oberstaat besteht, «dessen Wille den Mitgliedstaaten übergeordnet, aber von diesen wesentlich bestimmt ist»¹. Völkerrechtlich gesehen haben die Mitgliedstaaten eines Bundesstaates ihre Souveränität verloren.

Es stellt sich nun hier zunächst einmal die Frage, ob diese Diskrepanz zwischen konkretem Staat und Modell so schwerwiegend ist, dass das präventive, als bestes erkannte Prinzip der Durchführung der Standortpolitik nicht ohne weiteres auf die Schweiz übertragen werden kann, oder mit andern Worten gesagt: Erzwingt der föderative Aufbau der Eidgenossenschaft grössere Modifizierungen am präventiven Prinzip, das im Rahmen des Modells als bestes erkannt worden ist?

Dazu ist folgendes zu sagen: wir haben bei der Besprechung des dritten Kriteriums ausgeführt, dass durch die Einführung der neuen Wirtschaftsartikel dem Bund ausdrücklich das Recht übertragen worden ist, Wirtschaftspolitik im Sinne einer Vollbeschäftigungs- oder aktiven Konjunkturpolitik zu betreiben, ja dass er dazu sogar verpflichtet ist, und die Behandlung des vierten Kriteriums hat ergeben, dass bei der Durchführung einer solchen Wirtschaftspolitik unter gewissen Bedingungen auch vom Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit abgewichen werden darf. Es ist einerseits betont worden, dass die Wirtschaftsgesetzgebung auf den föderativen Aufbau der Eidgenossenschaft Rücksicht zu nehmen und bei der Durchführung der ergriffenen Massnahmen Kantone und Privatwirtschaft zu berücksichtigen habe, doch wurde andererseits klar erkannt, dass gewisse Probleme nur durch den Bund, also zentral, zu lösen sind. «Indessen wird man sich vor Augen halten müssen, dass die Schweiz als solche ein einheitliches Wirtschaftsgebiet darstellt — das bei den heutigen Verhältnissen auch in seiner Gesamtheit im Vergleich zu andern Wirtschaftsgebieten klein ist — und dass eine Aufteilung in 25 kantonale Wirtschaftsgebiete undenkbar wäre. Infolgedessen wird es Aufgabe des Bundes sein, die Wirtschaftspolitik zu leiten und die grundlegenden Wirtschafts- und Sozialgesetze (...) zu erlassen.»² Dieser Verlautbarung des höchsten Exekutivorganes innerhalb der Eidgenossenschaft, des Bundesrates, kommt doch einiges Gewicht zu.

Gelingt es also, den Nachweis zu erbringen, dass eine staatliche Standortpolitik auch in der Schweiz zentral, d. h. durch den Bund und unter Umständen über die Köpfe der Kantone hinweg, geleitet werden muss, wenn sie Erfolge bringen und den Aufwand lohnen soll, so steht grundsätzlich

¹ Ruck, Schweizerisches Staatsrecht, S. 19.

² Botschaft, S. 62.

der bundesstaatliche Aufbau der Eidgenossenschaft der unmodifizierten Anwendung des im 3. Kapitel des 1. Abschnittes ausgeführten Prinzips nicht im Wege.

Dass und warum die Aufgaben der Standortspolitik nicht durch Private oder ihre Verbände gelöst werden können, darauf glauben wir im bisherigen Verlauf dieser Arbeit schon mehrfach und mit Nachdruck hingewiesen zu haben. Deshalb wurde die Standortspolitik ja auch «staatliche» Standortpolitik genannt, und ihre Aufgabe, die aus der freien Wahl der Industriestandorte durch die Privatunternehmer sich ergebenden Übel zu beseitigen, ist eine eminent staatliche Aufgabe. Darüber, dass die Durchführung der staatlichen Standortpolitik eine «öffentliche Aufgabe»¹ ist, dürfte also Klarheit bestehen.

Abzuklären bleibt nun, ob «öffentlich» oder «staatlich» primär im Sinne von «kantonal» oder «national» zu verstehen ist.

Ruck bestimmt als Aufgabe des Bundes «jene im gesamtschweizerischen Interesse liegenden Staatsaufgaben, die von den Kantonen nicht befriedigend erfüllt werden können und daher dem Bunde zur Lösung anvertraut sind»². Wir haben uns also zu fragen, einerseits welche der aus der Durchführung einer Standortpolitik entstehenden Aufgaben durch die Kantone nicht oder nur ungenügend gelöst werden könnten und anderseits welche Vorteile aus der zentralen Leitung durch den Bund erwachsen.

1. Der Bund verfügt dank seiner zentralen Stellung und der Arbeit seiner Organe über einen weit besseren Überblick über die gesamtwirtschaftliche Situation als die Kantone. Er ist insbesondere in der Lage, die Absatz- und Marktverhältnisse des In- und Auslandes und, was in unserem Zusammenhang besonders wichtig ist, die Entwicklungstendenzen und -aussichten der verschiedenen Industrien mit weniger Aufwand sicherer und umfassender zu analysieren und zu beobachten als die Kantone. Deshalb kann er auch z. B. mit grösserer Sicherheit bestimmen, welche Industrien sich zur Einführung in einem bestimmten Gebiete eignen.

2. Zur Finanzierung der bei der Durchführung einer Standortpolitik entstehenden Kosten stehen dem Bund grössere Mittel zur Verfügung als den Kantonen. Zudem, ist ein ganzer Kanton oder ein entscheidendes Gebiet eines Kantons zu einem akuten Notstandsgebiet geworden, so werden ihm aller Voraussicht nach die nötigen finanziellen Mittel fehlen, neben den Arbeitslosenunterstützungen noch die Einführung neuer Industrien vorzunehmen.

3. Aus dem Niedergang einer bestimmten Industrie entstehende akute Notstandsgebiete sind oft nicht nur auf das Gebiet eines einzigen Kantons beschränkt, so dass sich eine interkantonale Hilfe aufdrängt, wobei einer Hilfe durch den Bund wahrscheinlich mehr Vertrauen entgegengebracht

¹ Unter «öffentlichen Aufgaben» des Staates versteht Ruck jene Aufgaben, «deren Lösung vom öffentlichen Interesse verlangt wird, aber durch Einzel- oder Gesellschaftsbetätigung innerhalb des Volkes nicht erreicht werden kann».

Ruck, Schweizerisches Staatsrecht, S. 116.

² Ruck, Schweizerisches Staatsrecht, S. 116.

würde als der Hilfe eines aus Vertretern der beteiligten Kantone zusammengesetzten Komitees ¹.

4. Einzelne der möglichen Massnahmen können kantonale überhaupt nicht angewendet werden. So sind z. B. die Ausnahmetarife, die als eine Hauptmassnahme gekennzeichnet wurden, nur durch Bundesbeschluss möglich, da die Schweizerischen Bundesbahnen Staatsbahnen sind. Nur der Bund kann die Zollltarife manipulieren, da die Durchführung der Handelspolitik nach Art. 8 der Bundesverfassung dem Aufgabenbereich des Bundes zugehört. Eine vorübergehende Senkung der eidgenössischen Sozialabgaben der Unternehmer ist ebenfalls nur durch Beschluss der eidgenössischen Behörden möglich etc.

5. Wir haben schon früher auf die Notwendigkeit eines «nationalen Planes» hingewiesen, denn nur ein solcher garantiert ein sinnvolles Zusammenspielen, ein richtiges System der diversen Massnahmen, und nur ein solcher garantiert, dass durch die Hilfgewährung an ein bestimmtes Gebiet nicht ein anderes dadurch entscheidend benachteiligt wird. Gerade die Aufstellung eines solchen Gesamtplanes muss überkantonale geschehen und ist wohl ausgesprochene Domäne des Bundes. Wir halten aus diesen Gründen dafür, dass die Leitung der staatlichen Standortpolitik auch in der Schweiz, trotz des föderativen Staatsaufbaues, unbedingt zentral, durch den Bund zu erfolgen hat, wenn ihr überhaupt Erfolge vorausgesagt werden sollen. Auch Komitees irgendwelcher Art, die aus an einer bestimmten Sache interessierten Kantonen bestehen, dürften aller Wahrscheinlichkeit nach nicht über den notwendigen Weitblick und besonders nicht über die notwendigen Mittel verfügen, die erforderlich wären. Deshalb muss die staatliche Standortpolitik in der Schweiz eine — im eigentlichen Sinne des Wortes — «schweizerische» Standortpolitik sein. Dass bei der praktischen Durchführung der einzelnen Massnahmen da und dort mit Vorteil die Methode der Delegation an Kantone und private Vereinigungen angewandt werden kann, ändert an diesem Grundsatz nicht das mindeste.

Haben wir nunmehr erkannt, dass weder die durch die neuen Wirtschaftsartikel festgelegte Wirtschaftsverfassung noch der föderative Aufbau der Eidgenossenschaft der Anwendung des präventiven Prinzips prinzipiell im Wege stehen, so ist die Frage nach dem Prinzip der Durchführung der schweizerischen Standortpolitik beantwortet, denn die Überlegungen, die im 1. Abschnitt über die Vor- und Nachteile der drei Prinzipien angestellt worden sind, haben auch hier ihre volle Gültigkeit. Der Bund wird versuchen müssen, die Übel, die aus der freien Standortwahl der Privatunternehmer entstehen, so zu beseitigen, dass er Massnahmen wirksam werden lässt, die die Wirtschaftssubjekte in der Weise zu handeln zwingen, wie es der staatlichen Absicht entspricht.

¹ «Auch Hilfsaktionen für bestimmte Erwerbsgruppen sind vielfach nur auf eidgenössischem Boden durchführbar, da die Verbreitung der einzelnen Industriezweige an den Kantonsgrenzen nicht haltmacht. So kann beispielsweise für die Uhrenindustrie nur eine gesamtschweizerische Regelung in Betracht fallen, und es wäre nicht angängig, sie in Neuenburg, im Berner Jura oder in Solothurn besonderen Bedingungen zu unterwerfen.»

Botschaft, S. 62. — Hier sind also die nämlichen Überlegungen und Begründungen angestellt worden.

Welche Folgen und Konsequenzen aber hat die Anwendung dieser schweizerischen Standortpolitik auf den Bundesstaatscharakter der Schweiz und welche Schwierigkeiten stellt dieser einer solchen Standortpolitik entgegen?

1. Wenn gesagt wird, der «Bund» habe die Leitung der schweizerischen Standortpolitik zu übernehmen, so ist damit noch nichts darüber ausgesagt, welche Behörde, welche Institution im speziellen diese Aufgabe zu übernehmen hat. Es stellt sich die Frage, «welches Gremium genügend Sachverstand und genügend Autorität besitzt, um die Richtlinien, die sich aus dem Ziel der Vollbeschäftigung» — hier im besondern der schweizerischen Standortpolitik — «ergeben, festzulegen und entsprechend der Veränderung der Daten zweckmässig und rasch zu verändern und — ihnen auf allen Gebieten genügend Nachachtung zu verschaffen»¹. Es steht ausser Zweifel, dass bei der Standortpolitik, wie bei der Vollbeschäftigungspolitik im allgemeinen, die Erreichung der gesetzten Ziele weitgehend von der theoretischen Einsicht und der praktischen Erfahrung des mit der Durchführung der betreffenden Massnahmen betrauten Gremiums abhängt.

Da diese Sachkenntnis beim Parlament in seiner heutigen Zusammensetzung unseres Erachtens nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden kann, da oftmals sehr rasch Entschlüsse zu fassen sind und sich aus der Durchführung einer Standortpolitik zahlreiche Detailprobleme stellen werden, die vom ohnehin schon überlasteten Parlament wohl kaum auch noch ohne nachteilige Folgen auf die so notwendige allgemeine Übersicht behandelt werden können, ist es wohl zweckmässig, die Durchführung der schweizerischen Standortpolitik einem besonderen, dem Bundesrat unterstellten Gremium anzuvertrauen. Wenn das Parlament auch die Oberaufsicht über dies Gremium behielte, so würden durch die Schaffung dieses Gremiums doch wirtschaftspolitische Entscheidungen grundsätzlich der Exekutive übertragen — Aufgaben, die nach der bisherigen Ordnung der Dinge grundsätzlich der Legislativen, dem Parlament, reserviert blieben. Trotz aller Kontrollmöglichkeiten würde — als Folge wirtschaftspolitischer Notwendigkeiten — die direkte Einflußsphäre der Volksvertreter zugunsten der zentralen Verwaltung beschnitten — eine Entwicklung, die dem heute in weiten Kreisen des Volkes bestehenden Wunsch nach einer Rückkehr zum, durch den Krieg verwischten, Grundsatz der Gewaltentrennung entgegenlaufen würde. Dass dieser Tatbestand die Einführung einer schweizerischen Standortpolitik in der Form, wie sie vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus wünschbar wäre, nicht eben erleichtern würde, ist offensichtlich.

2. Mit der Einführung von Massnahmen, die bewusst die Standortverteilung der Industrie zu beeinflussen suchen, würden Aufgaben der Zentralgewalt zur Lösung übertragen, die vorher Sache der Kantone und Gemeinden gewesen sind oder die gar überhaupt nicht als öffentliche Aufgaben angesehen und durch Private autonom geregelt wurden. Die notwendige

¹ Edgar Salin, in der Einleitung zu: Vollbeschäftigung, 6 Studien zur Theorie der Wirtschaftspolitik, herausgegeben vom Statistischen Institut der Universität Oxford, Bern 1946, S. 12.

Folge der Einführung einer schweizerischen Standortspolitik wäre somit einerseits eine Verminderung der staatsgewaltsfreien Sphäre der Bürger und andererseits eine Schwächung des föderalistischen Grundgedankens der Eidgenossenschaft. Wenn die Standortpolitik auch weder den Anfang zu dieser Entwicklung bedeutet noch diese Entwicklung in entscheidender Weise weitertreiben würde, so würden doch Grundprinzipien des schweizerischen Staatswesens in ihrer absoluten Form durch sie berührt und auf einem Gebiet mehr in Frage gestellt. Es zeigt sich hier sehr deutlich, dass ein Bundesstaat, wenn er nicht mehr bloss «Verwalten» kann, sondern vor die Notwendigkeit zu «Regieren» gestellt ist, ein äusserst schwerfälliges Gebilde ist. Darin ist auch der Hauptgrund zu erblicken, weshalb die Krise der 1930er Jahre und besonders der zweite Weltkrieg einen solch mächtigen Zug zum Zentralismus gebracht haben und nicht in der — ebenfalls wirksamen — Verharrungstendenz des Beamtenapparates. Den «messieurs de Berne» die eigentliche Schuld für diesen Zustand zuzuschreiben, heisst Sündenböcke für eine notwendige Entwicklung zu suchen! Es ist hier nicht der Ort, Vor- und Nachteile des Föderalismus zu diskutieren — für uns wichtig ist bloss die Feststellung, dass eine schweizerische Standortpolitik, wie sie vom wirtschaftlichen Standpunkt aus wünschbar wäre, den Zug zum Zentralismus stärken und daher die Gegnerschaft der überzeugten Föderalisten finden würde.

3. Wenn wir daran gehen, die Möglichkeiten zu überdenken, die verschiedenen in Frage stehenden Massnahmen auf die Schweiz zu übertragen, so zeigen sich weitere Schwierigkeiten, die mit dem föderativen Aufbau der Schweiz zusammenhängen.

Wir bezeichneten im 1. Abschnitt die Steuermassnahmen, insbesondere die Steuerpolitik, als eine der Hauptmassnahmen der staatlichen Standortpolitik, wobei in der zentralen Regelung dieser Massnahmen das entscheidende Kriterium ihrer Wirksamkeit erkannt wurde. Wie steht es damit in der Schweiz?

Prinzipiell verunmöglicht der Grundsatz der Aufteilung der direkten und indirekten Steuern zwischen Bund und Kantonen die Einführung der Standortssteuer, da der Bund bisher nur in Ausnahmefällen zur Erhebung direkter Steuern berechtigt war. Entscheidend für die Schwierigkeiten, die sich der «Bundesfinanzreform» — der Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes — in den ersten Nachkriegsjahren entgegenstellten, war gerade der Streit um diesen Grundsatz. Solange aber dieser Kampf noch keine Entscheidung gefunden hat, haben alle Steuermassnahmen, die in den Dienst der Standortpolitik gestellt werden können, seien es positive oder negative, geringe Chancen, verwirklicht zu werden. Wird der genannte Grundsatz aufgehoben, so könnten — selbst wenn die Standortssteuer sich nicht verwirklichen liesse, was angesichts des ohnehin schon grossen Steuerwirrwarrs in der Schweiz und des zu erwartenden Widerstandes der Unternehmer nicht unwahrscheinlich ist — eine modifizierte Anwendung der direkten Bundessteuer oder eine darauf aufgepfropfte Zusatzsteuer die erwarteten Wirkungen erzielen, wenn sich auch die administrative Arbeit sehr schwierig anliesse. Bleibt dieser Grundsatz aber bestehen, so ist eine direkte zentrale Beeinflussung der Standortsverteilung über die Steuern unmöglich, da sich

indirekte Steuern zu solchem Zwecke nicht eignen. Der einzige gangbare Weg wäre dann noch der, die Steuermassnahmen über die direkten kantonalen Steuern durchzuführen. Ein Rahmengesetz des Bundes müsste wenigstens eine gewisse Einheitlichkeit, die aus sachlichen Gründen unumgänglich ist, zu garantieren suchen. Wer aber die Vielfalt der verschiedenen kantonalen Veranlagungssysteme, Progressionsskalen und steuerfreien Minima kennt, wird sich über die geringe Wirksamkeit dieser Massnahme und die Schwierigkeiten, die sich ihrer Durchführung entgegenstellen, ein Bild machen können. Auf diese Art durchgeführt, könnten die Steuermassnahmen nicht mehr eine Hauptmassnahme der staatlichen Standortpolitik genannt werden. Ist die Anwendung der Standortsteuer auf wirksame Art und Weise aber nicht möglich, so erhält die Frage, woher sich der Bund die zur Durchführung der positiven Seite der staatlichen Standortpolitik notwendigen finanziellen Mittel beschaffen soll, grösste Wichtigkeit. Die Standortsteuer hat ja zum Ziel, nicht bloss eine Weiterausdehnung der Industrien, die durch Mono-Industrie gefährdete Gebiete verursachen, zu verhindern, sondern auch die finanziellen Mittel bereitzustellen, die zur Einführung neuer Industrien benötigt werden.

So stehen sich als Alternativen gegenüber: wirksame Anwendung der Steuermassnahmen, was ein Fallenlassen des Grundsatzes der Steuerverteilung und damit eine Abschwächung des föderativen Grundgedankens der Eidgenossenschaft bedingt und Beibehaltung des Grundsatzes der Steuerverteilung und damit des Pluralismus, was aber die Wirksamkeit der Anwendung der Steuermassnahmen entscheidend herabsetzt und die Beschaffung der finanziellen Mittel, die zur Durchführung der positiven Seite der staatlichen Standortpolitik benötigt werden, zumindest sehr erschwert.

Ähnliche Schwierigkeiten ergeben sich, wenn versucht werden sollte, über eine zentral gelenkte Beeinflussung des Preises und der angebotenen Menge elektrischer Energie eine Wirkung auf die Standortverteilung zu erzielen. Dies deshalb, weil das Wasserregal grundsätzlich kantonales Regal ist ¹, somit die Verteilung elektrischer Energie kantonale geregelt ist und der Bund über keine eigenen Werke zur Erzeugung elektrischer Energie verfügt ², obwohl er zur Errichtung von solchen berechtigt wäre ³. Um gleichwohl die Preisgestaltung beeinflussen zu können, müsste der Bund entweder selbst neue grosse Werke errichten, was grosse finanzielle Mittel benötigte, nur die positive Anwendung dieser Massnahme gestattete und keine einheitliche Lenkung zuliesse, oder mit den verschiedenen kantonalen Verteilungsinstitutionen zu einem Vertrag zu kommen suchen, was aber faktisch eine Abtretung des kantonalen Wasserregals an den Bund zur Folge hätte. Wenn

¹ Vgl. Schweizerisches Zivilgesetzbuch Art. 664, Abs. 3, und Bundesgesetz vom 22. Dezember 1916 über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte, genannt «Wasserrechtsgesetz», Art. 2. Trotz der durch dieses Gesetz an den Bund übertragenen Rechte bleibt das Wasserregal kantonales Regal.

² Die den Schweizerischen Bundesbahnen gehörenden Werke können, da sie betriebseigenen Zwecken dienen und der Bund über diese Energie nicht frei verfügen kann, vernachlässigt werden.

³ Wasserrechtsgesetz Art. 12, Abs. 1.

auch Möglichkeiten bestehen, diese Massnahme in der Schweiz zu verwirklichen, so zeigt es sich hier doch erneut, dass der föderative Aufbau der Eidgenossenschaft einer voll befriedigenden Anwendung von Massnahmen der staatlichen Standortpolitik ernsthafte Schwierigkeiten in den Weg stellt.

4. Begriffswesentlich für den Bundesstaat ist, dass er sich aus einer Mehrheit von politisch souveränen Gliedstaaten zusammensetzt. Demzufolge besteht auch das Gesamtwirtschaftsgebiet aus einer Mehrheit von Einzelwirtschaftsgebieten, deren Geschicke zu einem kleineren oder grösseren Teil von den Regierungen der entsprechenden Gliedstaaten abhängen. In dieser Aufteilung des Wirtschaftsgebietes liegt eine weitere Ursache zu einem möglichen Widerstand gegen eine staatliche, d. h. wesentlich zentral geleitete Standortpolitik. Der zu erwartende Widerstand wird um so grösser sein, je mehr die Gliedstaaten gewachsene Grössen mit eigener historischer Prägung sind.

Dass die schweizerischen Gliedstaaten, die Kantone, diese Eigenschaft in ganz besonderem Masse besitzen, braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden. Der «Kantönligeist» — Ausdruck des überbordenden und ad absurdum geführten Föderalismus — hat schon oft über besseres Wissen gesiegt, als es darum ging, gewisse Probleme einer gesamtschweizerischen Lösung zuzuführen. Selbst wenn es gelingen würde, alle Kantone von der Notwendigkeit der langfristigen und wesentlich zentralen Planung zu überzeugen und die Einführung einer staatlichen Standortpolitik beschlossen würde, wäre noch keine Gewähr dafür vorhanden, dass nicht der «Kantönligeist» den Erlass der notwendigen Ausführungsbestimmungen verunmöglichen würde. Jeder Kanton wird naturgemäss vom Bund die Einführung neuer Industrien auf seinem Gebiet verlangen und sich gegen Massnahmen, die eine Weiterausdehnung gewisser Industrien auf seinem Gebiet verhindern sollen, zur Wehr setzen. Wir haben indessen dargelegt, dass die negativen Massnahmen nicht nur die raschere Abschwächung der Abhängigkeit bestimmter Gebiete von gewissen Industrien herbeiführen und das rasche Anwachsen der Großstädte verhindern, sondern auch bei der Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Einführung neuer Industrien mithelfen sollen. Somit sind sie wesentlicher Bestandteil der staatlichen Standortpolitik. Eine staatliche Standortpolitik ohne die Möglichkeit der Anwendung negativer Massnahmen würde entscheidend an Wirkung verlieren, und die Erreichung ihrer Ziele würde wesentlich schwerer fallen. Auch in dieser Richtung stossen also die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten mit den Kräften, die eine möglichst weitgehende Beibehaltung der Eigenstaatlichkeit der Kantone anstreben, aufeinander.

II. Schwierigkeiten, die aus dem Kleinstaatcharakter der Schweiz und ihrer besonderen wirtschaftlichen Struktur herrühren

Dadurch, dass bisher bloss in Staaten mit grossen Territorien — Deutschland, Russland, England — Fragen einer staatlichen Standortpolitik diskutiert worden sind, ist die Gegenüberstellung Kleinstaat und staatliche

Standortspolitik noch keiner näheren Betrachtung unterzogen worden. Diese Fragestellung ist aber für die Schweiz von grosser Wichtigkeit, und es sei daher versucht, einige in diesem Zusammenhang auftauchende Probleme und Schwierigkeiten kurz zu beleuchten. Im gleichen Zuge werden auch die Schwierigkeiten, die aus der besonderen wirtschaftlichen Struktur der Schweiz herrühren, ihre gebührende Beachtung finden.

Als eines der Hauptziele der staatlichen Standortpolitik nannten wir die Erreichung einer möglichst ausbalancierten Industrieverteilung, damit einzelne Gebiete infolge Niederganges der Hauptindustrie nicht innert kurzer Zeit zu akuten Notstandsgebieten werden können. Es stellt sich hier die Frage, ob überhaupt die Möglichkeit besteht, in kleinen Wirtschaftsgebieten eine solche Ausbalancierung der Industrie zu erreichen.

Im wesentlichen sind es folgende Punkte, die eine Ausbalancierung in der Schweiz erschweren — ja die Möglichkeit einer einigermassen dauerhaften Ausbalancierung überhaupt in Frage stellen.

1. Ein Kleinstaat bietet, einerseits wegen des geringen territorialen Umfanges an sich, andererseits wegen der relativen Kleinheit des inneren Marktes, beschränkte Möglichkeiten der industriellen Entwicklung. Zu Grossindustrien können deshalb — wie gerade das Beispiel der Schweiz lehrt — fast ausschliesslich die Exportindustrien werden. Die Ausbalancierung eines Gebietes sehr ungleichmässiger Industrieverteilung würde demzufolge am wirksamsten durch die Ansiedlung von Industriezweigen erfolgen, die am Export orientiert sind. Indessen ist heute, wo sich die zurückgebliebenen Länder immer stärker zu industrialisieren suchen und der internationale Konkurrenzkampf immer schwerer wird, die Gewinnung internationaler Märkte ein langsamer, langwieriger Prozess. Eine Ausbalancierung würde sich nur allmählich erreichen lassen. Zudem eignet — eine bekannte Tatsache — der Exportindustrie eine höhere Krisenanfälligkeit als den am innern Markt orientierten Industrien, weshalb eine Ausbalancierung durch Exportindustrien, die keine internationale Monopolstellung einnehmen, von zweifelhaftem Bestande ist.

2. Die Tatsache, dass die Schweiz alles Interesse an einem möglichst freien, durch keine Zollschränken gehemmten internationalen Waren- und Dienstleistungsverkehr hat, lässt die Möglichkeit nicht zu, starke Zollmauern zu errichten, damit dahinter Industrien entstehen können, die sich ohne diese Schutzmassnahmen auf dem Inlandsmarkt überhaupt nicht erhalten liessen. Aber nicht allein die Verflechtung mit dem Nexus der Weltwirtschaft¹, sondern auch die politische Schwachheit eines Kleinstaates,

¹ Diese starke Verflechtung mit der Weltwirtschaft wird auch eine schweizerische Vollbeschäftigungspolitik — wie schon mehrfach, auch von offizieller Seite aus, betont worden ist — sehr erschweren, denn, je mehr der Beschäftigungsgrad vom Beschäftigungsgrad der Exportindustrie abhängt, der seinerseits durch die Konjunkturlage des Auslandes bestimmt wird, desto weniger wirksam werden sich die binnenstaatlichen Massnahmen erweisen. Damit werden die internationalen Aspekte der Vollbeschäftigung tangiert, ein Problem, das u. a. speziell von Balogh behandelt worden ist.

Vgl. *T. Balogh*: Die internationalen Aspekte der Vollbeschäftigung, in: Vollbeschäftigung, 6 Studien zur Theorie der Wirtschaftspolitik, herausgegeben vom Statistischen Institut der Universität Oxford, Bern 1946.

der nicht in der Lage ist, andern Freihandel vorzuschlagen und selbst Schutzzollpolitik zu betreiben, und der bei der Anwendung eigentlicher Schutzzollmassnahmen mit sofortigen ausländischen Gegenmassnahmen politischer und wirtschaftlicher Natur zu rechnen hätte, verunmöglichen es der Schweiz, diesen Weg zu beschreiten, der erlauben würde, durch staatliche Massnahmen einer wesentlich grösseren Zahl von Industrien Lebenschancen zu geben, als dies den natürlich-technischen Standortunterlagen entsprechen würde. Einzelerfolge in dieser Richtung auf diesem oder jenem Gebiet vermögen nicht über die Tatsache hinwegzutäuschen, dass in dieser Beziehung der Kleinstaat dem Großstaat ebenfalls unterlegen ist; es stehen ihm weniger Möglichkeiten der industriellen Entwicklung und zur Erhaltung bedrohter Industrien offen.

3. Eine weitere, sich der Ausbalancierung entgegenstellende Schwierigkeit hat ihren Grund in den wegen der Rohstoffarmut und der Binnenlage der Schweiz eingeschränkten Möglichkeiten der industriellen Entwicklung. In der Schweiz konnten deshalb keine bedeutenden materialorientierten Industrien entstehen. Den Haupttypus der schweizerischen Industrie bilden die arbeitsorientierten Industrien, die zweitwichtigste Gruppe bilden die an traditionellen und speziellen Standortfaktoren orientierten und die kraftstofforientierten Industrien, die sich den Kapitalreichtum der Schweiz zunutze gemacht haben.

4. Ein weiterer Faktor, der die Möglichkeiten der Ausbalancierung beeinflusst, ist die Entwicklungsstufe und der Grad der Industrialisierung eines Landes. Je höher ein Land entwickelt und je stärker es industrialisiert ist, desto kleiner ist der noch bleibende Sektor der Möglichkeiten der industriellen Weiterentwicklung. Der Prozess der Industrialisierung geht wohl weiter und erhält dann und wann durch neue grundlegende Erfindungen neuen Antrieb, er verläuft aber bedeutend langsamer, und neue und besonders grosse neue Industrien sind seltener und entwickeln sich nur allmählich. In der Schweiz, die ja eines der am höchsten entwickelten und industrialisierten Länder ist, ist dieser Tatbestand in starkem Masse wirksam, und es wird deshalb noch schwieriger halten, überhaupt Industrien mit guten Entwicklungsmöglichkeiten zu finden, die im Rahmen des Versuches, Gebiete mit ungleichmässiger Industrieverteilung auszubalancieren, zu Hilfe gezogen werden können.

5. Eine Ausbalancierung eines Gebietes mit ungleichmässiger Industrieverteilung lässt sich theoretisch durch die Ansiedlung neuer Industrien, durch die Verlegung von Teilen der die ungleichmässige Verteilung verursachenden Industrie oder durch eine Kombination der ersten beiden Möglichkeiten erreichen.

Würden in der Schweiz selbst die politischen Widerstände der Kantone und der Unternehmerschaft überwunden, die sich der Anwendung rigoroser negativer Massnahmen entgegenstellen, was — wie schon dargelegt — sehr unwahrscheinlich ist, so wäre ein Erfolg der angewandten Massnahmen immer noch sehr fraglich. Dies aus folgenden Gründen.

Für die meisten an der Qualitätsarbeit orientierten Industrien ist eine starke traditionale Verharrungstendenz charakteristisch. Je stärker dieser

Faktor aber ist, desto unbeweglicher sind die Industrien, die auf ihm fussen. Eine Verlegung der Uhrenindustrie beispielsweise muss sich deshalb als ein Ding der Unmöglichkeit erweisen, was auch durch die negativ verlaufenen Versuche Englands und der USA, eine Qualitätsuhrenindustrie in ihr Land zu ziehen, bewiesen wird. — Auch die kraftstofforientierten Industrien sind sehr schwer bewegbar, da für sie die Elektrizität einmal keine Ubiquität ist und eine Verlegung den Verlust bedeutender Teile des grossen in den Anlagen investierten Kapitals bedeuten würde. — Was endlich die an traditionellen und an speziellen Standortfaktoren orientierten Industrien angeht, so würde eine Verlegung ihren Fortbestand schlechthin in Frage stellen. — Da aber gerade diejenigen Industrien, die den Hauptteil der schweizerischen Industrie ausmachen und die meisten Gebiete zu ungleichmässiger Industrieverteilung verursachen, sehr unbeweglich sind, sind die Aussichten, Teile davon zur Standortsverlegung bringen zu können, sehr gering. Dazu kommt noch, dass die transportkostenbeeinflussenden Massnahmen — positiv und negativ angewandt — die arbeitsorientierten Industrien insgesamt nur sehr wenig, die Uhrenindustrie im speziellen praktisch überhaupt nicht beeinflussen können. Diese Massnahme, die eine der hauptsächlichen Massnahmen der staatlichen Standortspolitik sein sollte, erweist sich in der Schweiz also als eine recht stumpfe Waffe.

Von den negativen Massnahmen kann in der Schweiz demnach aus verschiedenen Gründen keine grosse Wirkung erwartet werden, und es dürfte als wirklicher Erfolg gebucht werden können, wenn es gelänge, die Weiterausdehnung der Industrien, die durch Mono-Industrie gefährdete Gebiete verursachen, zu verhindern. Eine positive Leistung bei der Ausbalancierung von Gebieten zu ungleichmässiger Industrieverteilung kann deshalb nur von den positiven Massnahmen herkommen. Wie schwer es aber gerade in der Schweiz hält, Industrien zu finden, die in den betreffenden Gebieten überhaupt günstige Standortsunterlagen haben und neben der Hauptindustrie bestehen können, und wie schwer es sein wird, genügend grosse oder genügend viel Industrien zu finden, damit die Abhängigkeit von der einen Industrie in fühlbarer Masse abgeschwächt wird — darauf haben wir schon zur Genüge hingewiesen.

Wenn schon, wie die hier aufgeführten Gründe darlegen, eine Ausbalancierung in einem Kleinstaat ohne Rohstoffe überhaupt recht schwierig ist, weil der zur Verfügung stehende Raum nur beschränkte Möglichkeiten bietet, so machen darüber hinaus die speziellen Verhältnisse der Schweiz die Erreichung dieses Zieles noch viel schwieriger. Die Aufteilung des ohnehin kleinen Gesamtwirtschaftsgebietes in eine Mehrzahl noch kleinerer Gebiete wirkt als weiterer hemmender Faktor, denn je kleiner in der Regel ein solches durch Mono-Industrie gefährdetes Gebiet ist, desto geringer sind die Aussichten, eine Ausbalancierung zu erreichen. Eine Ausbalancierung gar in jedem Kanton — besonders aber in kleinen Kantonen wie Baselstadt, Genf oder Zug — ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die Gebiete, die zur Ausbalancierung überhaupt ins Auge gefasst werden können, müssten in der Schweiz, einem hoch entwickelten, nur einer relativ geringen Zahl verschiede-

artiger Industrien Raum bietenden Kleinstaat, wesentlich grösser sein als die meisten Kantone. Der schweizerischen Standortspolitik kann aus diesen Gründen niemals zum Ziele gesetzt werden, eine Ausbalancierung auf dem Gebiet jedes Kantons zu erreichen. Sie wird sich darauf beschränken müssen, einen Ausgleich der Industrievertellung in den einzelnen Landesgegenden zu erreichen. Die Schwierigkeiten aber, die sich dabei durch die Tatsache, dass die Schweiz ein Bundesstaat ist, ergeben werden, haben wir schon bei der Gegenüberstellung Bundesstaat und staatliche Standortspolitik in gebührender Masse hervorgehoben.

Schlusswort

In unseren Darlegungen haben wir zu zeigen versucht, dass auch heute in der Schweiz von einer Notwendigkeit für eine staatliche Standortpolitik gesprochen werden kann und dass eine Einflussnahme des Staates auf die Standortwahl heute und wohl auch in Zukunft sinnvoll ist. Einer Verwirklichung der staatlichen Tätigkeit auf diesem Gebiet stehen jedoch, gerade in der Schweiz, wesentliche Schwierigkeiten entgegen. Unter diesen Schwierigkeiten nehmen diejenigen, die aus dem Bundesstaatscharakter der Schweiz herrühren, den ersten Platz ein. Aber auch die Tatsache, dass die Schweiz ein hochindustrialisierter Kleinstaat ist, und die starke Verflechtung mit der Weltwirtschaft lassen die Durchführung einer staatlichen Standortpolitik in der Schweiz wesentlich schwieriger werden als beispielsweise in England.

Wir glauben indessen mit genügender Klarheit dargetan zu haben, dass auch in der Schweiz Möglichkeiten bestehen, die Standortwahl der Unternehmer zu beeinflussen. Soll dies jedoch auf wirklich sinnvoller Art und Weise geschehen, so werden gewisse Konsequenzen gezogen werden müssen. Es kann nicht übersehen werden, dass eine Standortpolitik, wie sie vom wirtschaftlichen Standpunkt aus als notwendig bezeichnet werden muss, ein weiteres Vordringen des Etatismus zur Folge hat und demgemäss die staatsgewaltsfreie Sphäre sich weiter verkleinern wird. Eine nicht minder schwerwiegende Auswirkung liegt in der unbestreitbar zentralistischen Tendenz, die einer Standortpolitik in der Art, wie wir sie hier dargelegt haben, eignet. Schon allein die Kleinheit einzelner Kantone zwingt dazu, die Lösung gewisser Probleme auf überkantonaler Basis zu suchen. Die föderalistische Struktur der Schweiz stellt sich auch hier — wie auf noch so manchem Gebiet — geradezu als Alternative wirtschaftspolitisch notwendiger Massnahmen dar. Wirklich konstruktive, erfolgversprechende Lösungsmöglichkeiten der Probleme, die durch die freie Standortwahl der Unternehmer entstehen, lassen sich jedoch kaum finden, die nicht in irgendeiner Weise die überkommene Ordnung der Dinge verändern. Grösstmögliche wirtschaftliche Sicherheit ist nicht mit grösstmöglicher politischer, wirtschaftlicher und persönlicher Freiheit des Individuums zu vereinen, und das Problem, worum es immer wieder gehen wird, besteht darin, zwischen diesen Alternativen einen, den wechselnden Bedürfnissen und Umständen ent-

sprechenden Weg zu finden. Zu verschiedenen Zeiten werden die gefundenen Kompromisse zwischen dem Gegensatzpaar Freiheit und Bindung ein verschiedenes Gesicht aufweisen.

Heute scheint, was eine Reihe von Abstimmungsergebnissen beweist, die Mehrheit des Volkes Lösungen zu bevorzugen, die ein Mehr an Freiheit gewähren. Diese Einstellung kann nicht verwundern in einer Zeit, die sich durch eine allseits gute Beschäftigungslage auszeichnet und die unmittelbar auf sechs Kriegsjahre folgt, Jahre, die ein Vordringen des Elatismus und des Zentralismus in bisher nicht gekanntem Ausmass gebracht haben. Deshalb sind wohl die Chancen, heute eine schweizerische Standortpolitik — speziell die notwendig damit zusammenhängenden negativen Massnahmen — verwirklichen zu können, gering, obwohl die rechtlichen Grundlagen vorhanden sind und sich auch durchaus wirksame Massnahmen finden liessen. Solange aber die gute Konjunkturlage anhält, ist kaum mit einem Stimmungsumschwung zu rechnen. Zudem ist die Zeit, die die Einführung einer schweizerischen Standortpolitik wesentlich erleichtert hätte, vorbei und wurde nicht ausgenützt. Während des Krieges und unmittelbar nach dessen Ende hätten sich vielleicht nicht wiederkehrende Erleichterungen geboten: der eklatante Wohnungsmangel, der teilweise relativ niedrige Beschäftigungsgrad, die ausserordentlichen Vollmachten des Bundesrates, die Kriegsgewinnsteuer und die Vielzahl der übrigen Kontrollen — insbesondere die Baumaterial- und Kraftstoffrationierung — hätten dem Bund Möglichkeiten in die Hand gegeben, die gesetzten Ziele mit geringeren finanziellen Aufwendungen und weniger politischen Widerständen zu verwirklichen.

Angesichts der Schwierigkeiten, die sich einer schweizerischen Standortpolitik entgegenstellen, und der ihr nicht eben günstigen Stimmung, kann heute wohl nicht mehr erwartet werden, als dass es gelingt, allzu Negatives zu verhindern. Es wäre als wirklicher Erfolg der staatlichen Bemühungen zu werten, wenn es zu erreichen gelänge, dass die Standortwahl nicht weiterhin an den volkswirtschaftlich unerwünschten Standorten geschieht, dass also die grossen Agglomerationen nicht sprunghaft weiterwachsen werden und in den Gebieten ungleichmässiger Industrieverteilung die Abhängigkeit von einer einzigen Industrie nicht noch grösser wird. Die Einführung einer staatlichen Standortpolitik in der Art, wie hier ausgeführt, verlangt von Kantonen und Unternehmerschaft ein wirklich gesamtwirtschaftliches Denken und ein Aufgeben der allzu individuell ausgerichteten Interessen. Es wäre ein Zeugnis wirklicher Einsicht in wirtschaftliche Belange, wenn Unternehmerschaft und Kantone überzeugt werden könnten von der Notwendigkeit, auch in Zeiten der Prosperität Konjunkturpolitik zu betreiben und in deren Rahmen Massnahmen zu treffen, die unnötig starke Auswirkungen der Krise in einzelnen Gebieten verhindern können. Das unbedingte Festhalten am Grundsatz des Föderalismus und der wirtschaftlichen Freiheit verlangt aber Opfer, eben vielleicht gerade das Bestehenlassen einer ungünstigen Standortverteilung...

Jeder Arbeit über Wirtschaftspolitik in einem bestimmten Staat, und besonders solchen Arbeiten, die sich — wie die vorliegende — über eine grosse

Weite des Themas auszeichnen, eignet als Hauptschwierigkeit die Notwendigkeit zur Abstraktion von unwesentlichen Fakten und Nebenwirkungen, worunter einerseits naturgemäss die Vollständigkeit der Ausführungen leidet, worin andererseits aber auch die Gefahr verborgen ist, dass Nebenwirkungen, die als unwichtig vernachlässigt worden sind, sich nachträglich möglicherweise durch Verkoppelung verschiedener Umstände zu Wirkungen von höchster Wichtigkeit auswachsen. Von dieser Gefahr ist wohl keine solche Arbeit frei, um so mehr, als auch nur das Erkennen aller Nebenwirkungen äusserst schwierig, in manchen Fällen vielleicht gar unmöglich ist.

Wir hoffen, dass trotz dieser (und auch anderer!) Unvollkommenheiten und Mängel diese Arbeit dazu angetan sei, ein übersichtliches, zusammenhängendes Bild über den schweizerischen Industriekörper und seine Standorte zu geben und die Diskussionen um die Vollbeschäftigung im allgemeinen und die staatliche Standortspolitik im besonderen zu befruchten und vielleicht auch neue Wege und Möglichkeiten aufzuzeigen.

Verzeichnis der benützten Literatur

1. Standortstheorie

- Furlan, Louis V.*: Die Standortprobleme in der Volks- und Weltwirtschaftslehre, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 2. Bd., 1. Heft, 1913, S. 1 ff.
- Die Standortstheorie in Einstellung auf die Weltwirtschaft, in: Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart, 4. Bd., Wien 1928, S. 62 ff.
- Niederhauser, Elisabeth*: Zur Gültigkeit und Fruchtbarkeit der industriellen Standortstheorie Alfred Webers. Diss. Basel 1943.
- Palander, Tord*: Beiträge zur Standortstheorie. Diss. Stockholm 1935.
- Ritschl, Hans*: Reine und historische Dynamik des Standortes der Erzeugungszweige, in: Schmollers Jahrbuch, 51. Jhrg., II. Halbband. München und Leipzig 1927, S. 813 ff.
- Salin, Edgar*: Standortverschiebungen der deutschen Wirtschaft, in: Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft, herausgegeben von Bernhard Harms, 1. Band. Berlin 1929, S. 75 ff.
- Weber, Alfred*: Über den Standort der Industrien, I. Teil: Reine Theorie des Standortes, 1. Aufl. Tübingen 1909.
- Industrielle Standortstheorie. Allgemeine und kapitalistische Theorie des Standortes, in: Grundriss der Sozialökonomik, IV. Abt. Tübingen 1914.
- Die Standortstheorie und die Handelspolitik, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 32. Tübingen 1911, S. 667 ff.
- Europa als Weltindustriezentrum und die Idee der Zollunion, in: Europäische Zollunion, herausgegeben von Hans Heimann. Berlin 1926, S. 122 ff.

2. Wirtschaftspolitik

- Beveridge, Sir William*: Full Employment in a Free Society, London 1944.
- Bresciani-Turroni, Costantino*: Einführung in die Wirtschaftspolitik. Bern 1948.
- Böhler, Eugen*: Möglichkeiten und Grenzen der aktiven Konjunkturpolitik, in: Industrielle Organisation, herausgegeben vom Betriebswissenschaftlichen Institut an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich. Zürich, XVI. Jhrg., Heft 5, Oktober 1947.
- Cole, G. D. H.*: Building and Planning. London 1945.
- Küng, Emil*: Grenzen und Motive der staatlichen Wirtschaftspolitik. Diss. Bern 1939.
- La Roche, Charles*: Die schweizerische Konjunkturpolitik in der Nachkriegszeit, in: Untersuchungen des Instituts für Wirtschaftsforschung an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich, Bd. 3. Zürich 1947.
- Vollbeschäftigung*: Sechs Studien zur Theorie der Wirtschaftspolitik, herausgegeben vom Statistischen Institut der Universität Oxford, Einleitung von Edgar Salin. Bern 1946.

3. Monographien einzelner Industrien

- Anmann, Hektor: Die Anfänge der Leinwandindustrie des Kantons Bern. In: Zeitschrift für schweizerische Geschichte, XXIII. Jhg., Heft 2, 1903.
- Bebí, Olga: Der Zusammenbruch der Sil. Kordindustrie und der Aufbau neuer Industrie in der Ostschweiz. Diss. Zürich 1939.
- Bein, Georg: Die historische Entwicklung der Leinwandweberei im Kanton Bern. Diss. Bern 1918.
- Bodmer, Fritz: Die schweizerische Seidenstoffweberei in der Zwischenkriegszeit 1918 bis 1939). Diss. Zürich 1942.
- Braunschweig, Ernst: Die schweizerische Wolleindustrie. Diss. Zürich 1941.
- Christiansen, Carl: Chemische und Farben-Industrie, in: Über den Standort der Industrien von Alfred Weber, II. Teil: Die deutsche Industrie seit 1870, Heft 2, Hagen 1937.
- Corradi, Walter: Die schweizerische Hutgeflechtindustrie. Diss. Zürich 1924.
- Croll, Jean-David: L'introduction d'industries nouvelles dans les Montagnes vaudoises de 1930 à fin 1938. Diss. Neuenburg 1940.
- Dürr, Karl: Wilhelm Lannhards geographische Bestimmung der neuen Theorie des Industriestandortes. Mit einer Anwendung auf die schweizerische Glasindustrie, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, Bern, 8. Jhg., Heft 1, 1944.
- Fuhrländer, Ernst: Die schweizerische Winkerei- und Strickereiindustrie. Diss. Bern 1940.
- Fehrmann, Hans: Die schweizerischen Eisenerze und ihre Verwertung. Sonderabdruck aus dem Bulletin der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft, Nr. 29, Zürich 1938.
- Flügge, Eva: Kunstseidenindustrie. Leipzig 1936.
- Frick, Gustav: Die schweizerische Papierindustrie unter besonderer Berücksichtigung ihres Standortes. Diss. Zürich 1923.
- Gutwiller, Alfred: Die schweizerische Schokoladenindustrie und die Wirtschaftspolitik. Diss. Basel 1931.
- Haas, Paul: Die tessinische Tabakindustrie und die Standortfrage eines Standortes. Diss. Bern 1930.
- Haegi, Oscar: Die Entwicklung der schweizerischen Papierindustrie. Diss. Bern 1925.
- Hagenbach, Helene: Die Entwicklung der schweizerischen Textilindustrie. Diss. Bern 1927.
- Hartmann, Hans: Zur ökonomischen Theorie der schweizerischen Schokoladenindustrie mit besonderer Berücksichtigung der Standortfrage. Diss. Bern 1919.
- Hintermeister, Karl: Die schweizerische Seidenindustrie mit besonderer Berücksichtigung der mechanischen Seidenstoffweberei. Diss. Zürich 1916.
- Jaeger, Walter: Der Standortaufbau der basler Industrie. Diss. Basel 1930.
- Justiz, Alfred: Die schweizerische Käsereiindustrie. Diss. Basel 1943.
- Kropf, Robert: Die schweizerische Zigarettenindustrie. Diss. Zürich 1938.
- Küng, Niklaus: Die industrielle Umstellung im schweizerischen Strickgewerbe. Diss. Neuenburg 1937.
- Kurz, Andre: Entwicklung, Struktur und Organisation der schweizerischen Baumwollindustrie. Diss. Bern 1947.
- Lehmann, Fritz: Les verreries suisses. Diss. Lausanne 1939.
- Linke, Bruno: Die schweizerische Maschinenindustrie und ihre Entwicklung in wirtschaftlicher Beziehung. Frauenfeld 1911.
- Die schweizerische Maschinen- und Elektroindustrie. Zum fünfzigjährigen Bestehen des Vereins Schweizerischer Maschinenindustrieller 1881-1931. Zürich 1931.
- Mungold, Walter: Die Herstellung und Verwertung der basler Exportindustrie mit besonderer Berücksichtigung ihres Standortes. Diss. Basel 1935.
- Neef, H.: Die Standortfrage in der deutschen Baumwollindustrie. Diss. Köln 1925.
- Nef, Victor: Untersuchungen zum Standort der schweizerischen Strickereiindustrie. Diss. Bern 1920.

- Neumann und Weckerle:* Die schweizerische Industrie und ihre Arbeiter, herausgegeben im Auftrag des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Olten. Industrien der Erden und Steine, 1. Folge, 1944. Uhren und Bijouterien, 2. Folge, 1945. Industrien der Nahrungs- und Genussmittel, 3. Folge, 1945. Die Textilindustrie, 4. Folge, 1946. Leder- und Schuhindustrie, 5. Folge, 1946. Die Metallindustrie, 6. Folge, 1946. Die Maschinenindustrie, 7. Folge, 1946. Papierfabrikation, Chemische Industrie, 8. Folge, 1946.
- Oetiker, Karl:* Die Standorte der schweizerischen Industrie der Lebens- und Genussmittel. Diss. Basel 1915.
- Pfaff, Hans:* Die Ziegeleiindustrie der Schweiz. Diss. Basel 1936.
- Roediger, Walter:* Das Schuhgewerbe in der Schweiz. Diss. Zürich 1925.
- Scheibli, Hans-Peter:* Marktformen und Marktinterventionen in der schweizerischen Tabakwirtschaft. Diss. Basel 1946.
- Sigrist, Gottfried:* Kunstseidenindustrie. Diss. Bern 1934.
- Streiff, Sam.:* Der Standort der schweizerischen Baumwollspinnerei. Diss. Bern 1924.
- Tromp, Hermann:* Der Standort der schweizerischen Sägereiindustrie. Diss. St. Gallen 1947.
- Weh, Max:* Die Landesgrenze als Standortsfaktor, untersucht an der oberbadisch-schweizerischen Grenzindustrie. Diss. Basel 1932.

4. Verschiedenes

- Bickel, Wilhelm:* Bevölkerungsgeschichte und Bevölkerungspolitik der Schweiz seit dem Ausgang des Mittelalters. Zürich 1947.
- Die Schweiz als Kleinstaat in der Weltwirtschaft, herausgegeben vom Schweizerischen Institut für Aussenwirtschafts- und Marktforschung an der Handelshochschule St. Gallen. St. Gallen 1945.
- Dirlwanger, Hans:* Grundsätzliches zur Gütertarifpolitik, in: Schweizerisches Archiv für Verkehrswissenschaft und Verkehrspolitik, herausgegeben von der Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen, 1. Jhrg., Nr. 2, Zürich 1946.
- Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft 1939, herausgegeben von der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft. Bern 1939.
- Bericht über Handel und Industrie der Schweiz im Jahre 1945, bzw. 1946, bzw. 1947, erstattet vom Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins. Zürich 1946 (bzw. 1947, 1948).
- Herold, Hans:* Die Neugestaltung der Schweizerischen Gütertarife, in: Schweizerisches Archiv für Verkehrswissenschaft und Verkehrspolitik, herausgegeben von der Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen, 3. Jhrg., Nr. 1. Zürich 1948.
- Lundmann, Julius:* Volkswirtschaft, Arbeitsrecht und Sozialversicherung der Schweiz, herausgegeben im Auftrage des schweizerischen Bundesrates vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement. Einsiedeln 1925.
- Miescher, Otto:* Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Ausnahmetarife der Schweizerischen Bundesbahnen. Diss. Basel 1931.
- Neumark, Fritz:* Zur Verkehrspolitik im Interventionsstaat der Gegenwart, in: Schweizerisches Archiv für Verkehrswissenschaft und Verkehrspolitik, herausgegeben von der Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen, 3. Jhrg., Nr. 3. Zürich 1948.
- Paillard, Armand:* La notion de tarif exceptionnel en trafic marchandise, in: Schweizerisches Archiv für Verkehrswissenschaft und Verkehrspolitik, herausgegeben von der Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen. 1. Jhrg., Nr. 2. Zürich 1946.
- Ruck, Erwin:* Schweizerisches Staatsrecht, 2. Aufl. Zürich 1939.
- Ruck, Erwin:* Schweizerisches Verwaltungsrecht, 2. Aufl. Zürich 1939.
- Salin Edgar:* Deutsche Verkehrsprobleme der Gegenwart, Verhandlungen der Friedrich List-Gesellschaft vom 27. Oktober 1927, herausgegeben von Edgar Salin. Berlin 1927.
- Von der Sozialpolitik zum Recht auf Arbeit, in: Schweizerische Wirtschaftsfragen, Festgabe für Fritz Mangold, herausgegeben von der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft. Basel 1941.

- Schlier, Otto*: Aufbau der europäischen Industrie nach dem Kriege, in: Zum wirtschaftlichen Schicksal Europas, I. Teil, herausgegeben von Alfred Weber, Heft 1. Berlin 1932.
- Schürmann, Leo*: Die rechtliche Tragweite der neuen Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung, in: Beiträge zur Schweizerischen Verwaltungskunde, herausgegeben von der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz, Heft 31. Zürich 1948.
- von Stackelberg, Heinrich*: Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, mit einem Vorwort herausgegeben von Valentin F. Wagner. Bern 1948.
- Zweifel, Fridolin*: Förderung und Lenkung industrieller Produktion durch steuerpolitische Massnahmen. Diss. Zürich 1948.
- Botschaft* des Bundesrates an die Bundesversammlung über eine Partialrevision der Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung. Vom 10. September 1937.
- Ergänzungsbotschaft* des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Revision der Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung. Vom 3. August 1945.
- Ratschlag* und Entwurf zu einem Gesetz über dringliche Massnahmen zur Milderung der Wirtschaftskrise im Kanton Baselstadt, mit einem Gutachten von Edgar Salin, Nr. 3579. Basel 1936.
- Statistische Jahrbücher der Schweiz 1938, 1945, 1946, 1947, herausgegeben vom Eidgenössischen Statistischen Amt, 48., 54., 55. und 56. Jhrg. Bern 1939, 1946, 1947, 1948.
- Die Volkswirtschaft: wirtschaftliche, sozialstatistische und arbeitsrechtliche Mitteilungen. Monatszeitschrift mit vierteljährlicher Beilage der Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung, herausgegeben vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement, Bern.
- Eidgenössische Betriebszählung vom 22. August 1929, Bd. 2: Die Gewerbebetriebe in den Kantonen, Statistische Quellenwerke der Schweiz, herausgegeben vom Eidgenössischen Statistischen Amt, Heft 15. Bern 1931.
- Eidgenössische Betriebszählung vom 24. August 1939. Band 1: Die Gewerbebetriebe in den Kantonen 1939, Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 100. Bern 1941. Band 3: Die Gewerbebetriebe in der Schweiz 1939, Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 103. Bern 1942.
- Schweizerische Fabrikstatistik vom 22. August 1929, Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 3, herausgegeben vom Eidgenössischen Statistischen Amt. Bern 1930.
- Schweizerische Fabrikstatistik vom 16. September 1937, Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 84, herausgegeben vom Eidgenössischen Statistischen Amt. Bern 1939.
- Schweizerische Fabrikstatistik vom 14. September 1944, Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 163, herausgegeben vom Eidgenössischen Statistischen Amt. Bern 1946.
- Statistisches Jahrbuch des Schweizerischen Städteverbandes 1948. Brugg 1950.

Lebenslauf

Ich, Peter Alfred Ullrich, von Basel und Schwarzenburg (Kanton Bern), wurde am 4. Dezember 1923 in Basel geboren als Sohn des Alfred Ullrich, kaufmännischen Direktors in Binningen, und seiner Gattin Meta, geb. Kaeser.

Ich besuchte die Primarschule und das Mathematisch-Naturwissenschaftliche Gymnasium in Basel und erhielt im Frühjahr 1942 das eidgenössische Maturitätszeugnis, Typus C. Anschliessend immatrikulierte ich mich an der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel zum Studium der Nationalökonomie. Während der Kriegsjahre wurde mein Studium mehrmals durch Militärdienst unterbrochen, so dass ich mich für die Sommersemester 1943 und 1944 vom Besuch der Vorlesungen dispensieren lassen musste. Ich besuchte die Vorlesungen folgender Herren Professoren und Dozenten: Brogle, Furlan, Haab, Lewald, Mangold, Mason, Muschg, Ruck, Salin, Schneider, Simonius und Wagner.

Die Dissertation entstand auf Anregung und unter der Leitung von Herrn Professor Salin.

